

DER BÜRGER IM STAAT

55. Jahrgang **Heft 4** 2005

Nach der „Orangenen Revolution“

Inhaltsverzeichnis

Nach der „Orangenen Revolution“

Marzena Kloka Die „Orangene Revolution“ – Ein Überblick	164	Peter W. Schulze Good-bye Putin	208
Anna-Halja Horbatsch Die Literaturelite der Ukraine und die „Orangene Revolution“	168	Dagmar Meyer Die Russische Föderation im Überblick	216
Serhij V. Morozenko Die Ukraine unter Kutschma	171	Christian Wipperfürth Die verunsicherte Großmacht	219
Dagmar Meyer Die Ukraine im Überblick	178	Gerhard Simon Der Funke der „Orangenen Revolution“	224
Ernst Lüdemann Ost-West-Süd in der Ukraine: Auseinanderstreben oder Konsolidierung?	180		
Juri Durkot Europäische Perspektiven der Ukraine	186		
Heinz Timmermann Belarus unter Lukaschenko: Zwischen Russland und der EU	191		
Dagmar Meyer Belarus (Weißrussland) im Überblick	200		
Hermann Clement Die wirtschaftliche Entwicklung in Belarus	202		

Einzelbestellungen und Abonnements bei der
Landeszentrale (bitte schriftlich)

Impressum: Seite 207

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel
mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte
Kunden-Nr. an.

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Die „Orangene Revolution“

in der Ukraine offenbarte eine bisher unbekannte Dynamik des demokratischen Aufbruchs und setzte deutliche Zeichen, dass der aus der Sowjetzeit geerbte Untertanengeist überwindbar ist – eine Botschaft, die auch die Menschen in den Nachbarländern Russland und Belarus erreicht hat. Ausgewiesene Ukrainekenner und eher nüchterne Universitätsprofessoren sprechen von einer Revolution, weil die friedliche Bürgerbewegung die geltende Ordnung aufheben und eine neue Ordnung schaffen konnte. Der Wahlsieg von Viktor Juschtschenko kommt einem Signal für den demokratischen Umbruch in Osteuropa gleich. Marzena Kloka lässt in dem einleitenden Beitrag des Heftes „Nach der ‚Orangenen Revolution‘ – Ukraine, Belarus und Russland“ die Ereignisse dieser friedlichen Revolution noch einmal Revue passieren.

Große Beachtung verdienen Künstler und Persönlichkeiten aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, die trotz offensichtlicher Verordnung zum Schweigen öffentlich Partei für die demokratische Bürgerbewegung ergriffen und Viktor Juschtschenko unterstützen. Dies gilt besonders für die Mitglieder des ukrainischen PEN-Clubs. Anna-Halja Horbatsch, die eine Reihe von Anthologien ukrainischer Prosa und Lyrik übersetzte und veröffentlichte, schildert in ihrem Beitrag die unterstützende Rolle der literarischen und intellektuellen Elite der Ukraine. Erstmals in deutscher Sprache veröffentlichte Auszüge aus Verbandsorganen und Literaturzeitschriften sind ein Beleg für den mutigen Beitrag zivilgesellschaftlicher Akteure zum Gelingen der „Orangenen Revolution“. Die Ukraine war nach Russland die reichste Republik der ehemaligen UdSSR. Trotzdem kann das Land nach schweren Rückschlägen erst seit 2000 ein deutliches Wirtschaftswachstum verzeichnen. Versäumte Wirtschaftsreformen und ein unzureichendes marktwirtschaftliches Gesamtkonzept, so eine der zentralen Thesen von Serhij V. Morozenko, begünstigten den systematischen Machtausbau der Oligarchen im Zuge der Transformation. Am Ende der Amtszeit von Präsident Kutschma war die Entwicklung von der Planwirtschaft zur Clanwirtschaft vollzogen. Die unkontrollierte Macht der Clans führte zu Machtmissbrauch, Rechtsunsicherheit und Korruption. Eine Verschränkung wirtschaftlicher und politischer Interessen ist auf nahezu allen Ebenen festzustellen. Für Viktor Juschtschenko wird es ein schwieriger Balanceakt werden, die Macht und den Einfluss der Oligarchen einzudämmen, gleichzeitig aber deren Investitionskraft nicht zu verlieren.

Es ist unbestritten, dass es eine historische Trennungslinie in der Ukraine gab und wohl noch immer gibt. Diese zwischen der russisch geprägten Ostukraine und den westlichen Regionen einschließlich des Zentrums verlaufende Trennlinie schlug sich im Abstimmungsverhalten der Wähler

im Herbst und Winter 2004 nieder. Will man die unterschiedlichen Ausprägungen und Besonderheiten der ukrainischen Regionen verstehen, ist ein Blick auf die historischen Wurzeln unerlässlich. Die Sowjetisierung, der Einfluss verschiedener Kirchen, eine unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung und eine daraus resultierende ökonomische Disparität führten letztlich zur Entwicklung unterschiedlicher politischer Kulturen. Auf den ersten Blick hatte es den Anschein, dass die Ereignisse im Herbst und Winter 2004 diese Unterschiede verstärkt haben. Zeitweilig wurde im Wahlkampf gar mit dem Szenario einer Spaltung des Landes gedroht. Der Beitrag von Ernst Lüdemann zeigt jedoch, dass die vorhandenen Unterschiede und der „regionale Faktor“ im Wahlkampf zwar instrumentalisiert wurden, die Geschlossenheit des Landes aber stärker ist, als gemeinhin dargestellt. Tendenzen der Annäherung zwischen den Regionen sind durch die „Orangene Revolution“ eher noch verstärkt worden, dennoch wird die zukünftige Politik weiterhin von der Suche nach einer Lösung für das Zusammenleben und Zusammenwirken der Regionen bestimmt sein.

Im Zuge des Transformationsprozesses war die Ukraine in den vergangenen Jahren gezwungen, zweigleisig zu fahren. Kennzeichnend für die Außenpolitik war die stete Suche nach einer Balance zwischen der EU und Russland. Seit dem Sieg der „Orangenen Revolution“ strebt die Ukraine einen Beitritt zur EU mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen an und räumt den Beziehungen zur EU offiziell den Vorrang ein. Gleichwohl besteht die schwierige Aufgabe der EU darin, der Ukraine eine unabhängige Politik und eine Annäherung an Europa zu ermöglichen, ohne dass darüber die politischen und ökonomischen Verbindungen zu Russland in Frage gestellt werden. Die jüngste politische Krise und die Absetzung der Regierung von Julia Timoschenko werden wohl keine großen Auswirkungen auf die außenpolitischen Prioritäten des Landes haben. Für die europäischen Aspirationen bleiben, so die Hauptthese des Beitrags von Juri Durkot, die innenpolitischen Entwicklungen und notwendigen Reformen entscheidend.

Die „Orangene Revolution“ hat auch in den angrenzenden Ländern die Frage der demokratischen Mit- und Umgestaltung des politischen Systems auf die Tagesordnung gesetzt. Welche Auswirkungen hat der politische Umbruch in der Ukraine auf die Nachbarstaaten Russland und Belarus?

„Alles um Belarus herum bewegt sich, nur Belarus bewegt sich nicht“ – so beschreibt Heinz Timmermann die Situation in Weißrussland. Für Präsident Lukaschenko hat der Machterhalt höchste Priorität. Trotz außenpolitischer Isolierung hält Lukaschenko unbeirrt an seinem innenpolitisch scharf

autoritären Kurs fest. Die „Schaukelpolitik“ zwischen Ost und West zeitigt allerdings nicht die gewünschten Ergebnisse. Der Schulterchluss mit Putin will nicht so recht gelingen, und die Beziehungen zur EU gestalten sich mehr als schwierig. Heinz Timmermann analysiert zunächst die zentralen Ursachen für den Durchbruch und Wahlerfolg Lukaschenkos im Jahre 1994, zeigt die autoritären Mechanismen des Regimes auf und skizziert das geringe Potenzial oppositioneller Kräfte. Es hat den Anschein, dass ein Regimewandel in nächster Zeit eine Vision bleibt. Belarus wird unter Lukaschenko wohl weiterhin eine Zone von Unsicherheit, Unberechenbarkeit und möglichen Konflikten auf der Achse Russland-EU bleiben.

Obwohl Lukaschenko am Modell der Kommandowirtschaft festhält, verwundert zunächst die in der offiziellen Statistik ausgewiesene Dynamik der Wirtschaft, die seit den 1990er-Jahren ein fortschreitendes Niveau verzeichnen kann. Belarus scheint demnach die Grundannahme, dass demokratische und marktwirtschaftliche Ordnungen für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand sorgen, zu widerlegen. Die Analyse von Hermann Clement zeigt aber deutlich, dass ein großer Teil des Wachstums letztlich auf administrativen Eingriffen des Staates beruht. Weiterhin könnten das Festhalten am Staatsinterventionismus und die Präferenzbeziehungen zu Russland eine Reihe von Wachstums- und Politikrisiken nach sich ziehen.

Die Präsidentschaft Putins konnte anfänglich auf eine Reihe von Reformen zurückblicken. Inzwischen ist jedoch die schleichende autoritäre Transformation des russischen Staates unübersehbar geworden. Russlands Marsch in Richtung „straffer Staat“ ist in einem Stadium angelangt, in dem eine funktionierende Gewaltenteilung und parlamentarische Kontrollmechanismen ebenso wenig erkennbar sind wie eine öffentliche Kontrolle durch die russischen Medien. Die „Partei der Macht“, Edinaja Rossia, verfügt über eine Zweidrittelmehrheit in der Staatsduma und der Kreml kontrolliert den Föderationsrat. Auch die traditionellen Großverbände der Unternehmer und Arbeitnehmer sind in die „Machtvertikale“ der Kremelführung eingegliedert. Das Korruptionsgeflecht von käuflicher Staatsbürokratie und Oligarchen funktioniert wie eh und je. Putins Anspruch, die „Diktatur der Gesetze“ durchzusetzen, ist zur reinen Fiktion geworden. Dass der Vertrauensbonus von Putin aufgebraucht ist, zeigte sich Anfang des Jahres in massiven sozialen Protesten. Trotz dieser Proteste schlussfolgert Peter W. Schulze, dass gegenwärtig keine wirkungsvolle Opposition in Putins Russland vorhanden ist.

Die von Putin forcierte politische Stabilisierung und ökonomische Modernisierung soll Russland als eigenständige und von westlichen Vorgaben möglichst unabhängige Großmacht auf die in-

ternationale Bühne zurückführen. Gegenwärtig weckt nicht nur die innenpolitische Entwicklung des Landes bei westlichen Beobachtern Bedenken. Im Westen wachsen auch die Sorgen über den außenpolitischen Kurs Russlands. Die Stimmung hat sich merklich verschlechtert. Dies gilt in gleichem Maße für die Einschätzung der Motive und des Vorgehens deutscher und westlicher Politik in Russland. Der Beitrag von Christian Wipperfürth legt ein Schwergewicht auf das Verständnis der Politik aus russischer Sicht. Er beschreibt die Entwicklung der russischen Außenpolitik seit 1991 und erläutert die Politik Russlands gegenüber den GUS-Nachbarn sowie das Verhältnis zu den USA, der EU und zu Deutschland. Gerade diese Innensicht erlaubt tiefere Einsichten in Motive und Hintergründe russischer Politik und eröffnet realistische Perspektiven einer zukünftigen Zusammenarbeit.

Die „Orangene Revolution“ hat in der Ukraine die Demokratie vorgebracht und der sich formierenden Zivilgesellschaft zu mehr Selbstvertrauen verholfen. Gerhard Simon geht in seiner Zusammenschau der spannenden Frage nach, ob im GUS-Raum angesichts der Vorgänge in der Ukraine eine neue Welle revolutionärer Umwälzungen zu erwarten ist. Ein knapper Blick auf die Vorgänge in Kirgisistan und Georgien, in denen Wahlfälschungen erstmalig zu politischen Konsequenzen führten, und ein Vergleich mit den Vorgängen in der Ukraine zeigen, dass Proteste gegen gefälschte Wahlen allein offenbar nicht ausreichen. Zu den Erfolgsfaktoren der „Orangenen Revolution“ gehörten eine funktionierende Opposition gegen das autoritäre Regime Kutschma, ein herausragender politischer Führer in Gestalt von Viktor Juschtschenko und die nicht zu unterschätzende Wirkung des demokratischen Nationalismus. Gleichwohl mahnt Gerhard Simon angesichts des abrupten Endes des „orangenen Projektes“ im September 2005 zu Vorsicht und nüchterner Einschätzung. Denn das ukrainische Beispiel lehrt, dass vom Sieg einer demokratischen Volksbewegung bis zur Befestigung einer stabilen demokratischen Ordnung ein weiter Weg zurückzulegen ist.

Die Beiträge dieses Heftes beruhen auf einer Tagung, die im Sommer 2005 federführend von den Kolleginnen Angelika Barth, Maria Melnik und dem Leiter der Außenstelle Heidelberg der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg organisiert wurde. Ihnen sowie allen Autorinnen und Autoren, die mit ihren Beiträgen detaillierte Informationen vermitteln und zu einer sachlichen Diskussion beitragen, sei an dieser Stelle gedankt. Dank gebührt nicht zuletzt auch dem Schwabenverlag für die gute und effiziente Zusammenarbeit.

Stuttgart / Heidelberg
Siegfried Frech / Ernst Lüdemann

Die „Orangene Revolution“ – Ein Überblick

MARZENA KLOKA

Die Massenproteste der ukrainischen Bevölkerung im Herbst und Winter 2004 offenbarten eine bis dato unbekannte Dynamik demokratischer Mitgestaltung und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten. In der Ukraine wurden deutliche Zeichen gesetzt, dass der aus der Sowjetzeit geerbte Untertanengeist zu überwinden ist. Ging es in der Auseinandersetzung doch auch um die Korrektur von Deformationen, die nach 1991 in den postsowjetischen Gesellschaften entstanden. Der Wahlsieg von Viktor Juschtschenko kommt einem Signal für den demokratischen Umbruch in Osteuropa gleich. Die „Orangene Revolution“ hat die geltende Ordnung in wesentlichen Merkmalen aufgehoben und eine neue Ordnung geschaffen. Die breite Oppositionsbewegung war letztlich getragen von der Bereitschaft zum Wandel und der Überzeugung, dass nur durch den Aufbau demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen die Zukunft für die Ukraine gewonnen werden kann. Marzena Kloka lässt in ihrem Beitrag den dramatischen, 57 Tage andauernden Wahlmarathon und die Ereignisse der friedlichen Bürgerrevolution noch einmal Revue passieren. Red.

ZWEI KANDIDATEN – ZWEI POLITISCHE RICHTUNGEN

Die Präsidentschaftswahl in der Ukraine im Herbst und Winter 2004 war mehr als nur eine Entscheidung über das zukünftige Staatsoberhaupt. Zwei Hauptkandidaten – Viktor Janukowitsch und Viktor Juschtschenko – verkörperten unterschiedliche Richtungen der politischen Entwicklung des Landes. Juschtschenko, liberaldemokratisch gesinnter Ökonom, ehemaliger Ministerpräsident und Chef der Nationalbank, international gelobt für seinen erfolgreichen Kampf gegen die Inflation, sprach sich offen für eine westliche Orientierung der Ukraine, für umfassende Reformen und für die Bekämpfung der Korruption aus. Janukowitsch, amtierender Regierungschef, Kutschmas und Putins Lieblingskandidat und politischer Arm der mächtigen Finanz- und Wirtschaftsgruppen aus der ostukrainischen Region Donezk, erteilte der Westintegration eine deutliche Absage. Stattdessen versprach er im Wahlkampf, Russisch als zweite Amtssprache der Ukraine zu etablieren, eine sofortige Rentenerhöhung sowie jedem Kriegsveteranen ein Auto auf Staatskosten.¹ In den westlich geprägten Regionen der Ukraine wurde Janukowitsch mit dem alten Regime und mit allem, was das „System Kutschma“ kennzeichnete (Korruption, Gewalt, Manipulation, Zentralisierung), assoziiert. Im russischsprachigen Schwerindustriegbiet Donezk wurde dagegen

Juschtschenko als Nationalist, Initiator eines Bürgerkrieges und Sklave des Westens dargestellt.² Die Präsidentschaftswahl war also eine Wahl zwischen dem „Status quo einer korrupten Herrschaft von Oligarchen-Clans mit einer quasi-monarchischen Spitze“³ und dem Weg einer wirtschaftlichen Modernisierung nach westlichem Muster. Ein Weg, der eine gleichzeitige Option für Demokratisierung und Europäisierung bedeutet. Die Entscheidung sollte von einer Gesellschaft getroffen werden, die jahrelang als apathisch und unpolitisch galt und selbst nicht wusste, wohin sie will.⁴ Die Ereignisse zwischen dem ersten Wahlgang am 31. Oktober 2004 und der Vereidigung Juschtschenkos als neuer Präsident waren eine Reaktion der ukrainischen Gesellschaft auf die Ära Kutschma: Zehn Jahre Präsidentschaft eines Politikers, der zwar die territoriale Integrität des Staates sicherte und die Ukraine als einen souveränen Akteur auf der internationalen Bühne einführte, doch auch eine durch Korruption zerrüttete Wirtschaft und ein quasi-autoritäres, durch Finanz- und Parteieninteressen dominiertes politisches System hinterließ, in dem es an freiem demokratischen Wettbewerb mangelte. Mit den Hinweisen vom Herbst 2000, wonach die politische Führung in die Ermordung des oppositionellen Journalisten Georgi Gongadse involviert war, kam die gewaltvolle Seite des Regimes an das Tageslicht.⁵ Alle diese Faktoren bildeten günstige Bedingungen für die Entstehung und den Aufstieg einer demokratischen Opposition und für die politische Mobilisierung der ukrainischen Zivilgesellschaft.

VORWAHLPHASE UND ERSTER WAHLGANG (31. OKTOBER 2004)

Kennzeichnend für den Wahlkampf um die Präsidentschaft war eine ungleiche Verteilung von Ressourcen im politischen Wettbewerb. Das staatliche Fernsehen, die hauptsächlichste Informationsquelle der ukrainischen Bevölkerung, sorgte für eine hohe Medienpräsenz des Kandidaten der Regierung, Viktor Janukowitsch, der im Wahlkampf auch finanziell begünstigt war.⁶ Bekannt sind viele Fälle der Einschüchterung der Anhänger Juschtschenkos: Drohungen, Erpressungen, Verluste des Arbeits- und Studienplatzes und Verhaftungen. Dieser Mechanismus funktionierte dank der „regierungstreuen“ Unterordnung der so genannten administrativen Ressourcen (Behörden, Polizei, Bildungswesen). Einen brutalen Tiefpunkt des unfairen Wahlkampfes bildete der durch den ukrainischen Geheimdienst veranlasste Giftanschlag mittels Dioxin auf den Oppositionskandidaten. An den Folgen der Vergiftung und der Entstellung des Gesichtes leidet Juschtschenko sichtbar bis zum heutigen Tag. Am Tag der Wahl stellten die OSZE-Beobachter unter der Leitung des deutschen Botschafters Geert Ahrens zahlreiche Unregelmäßigkeiten und Wahlmanipulationen fest. So wurden zum Beispiel drei Wahlkreise, in denen Juschtschenko gewonnen hatte, in der Stim-

menauszählung nicht berücksichtigt (wegen Juschtschenko als Führer des Parteienbündnisses „Unsere Ukraine“ eine Klage beim Obersten Gerichtshof eingereicht hat). Die Exit Polls (Umfragen der Wähler am Ausgang des Wahllokals) wiesen auf einen klaren Sieg Juschtschenkos hin. Trotz der Fälschungen errang der Oppositionskandidat einen knappen Vorsprung (0,5 Prozent) vor Janukowitsch. Folgendes amtliches Ergebnis wurde veröffentlicht: 39,87 Prozent für Juschtschenko; 39,32 Prozent für Janukowitsch; 5,83 Prozent für den Sozialisten Moros; 5,03 Prozent für den Vorsitzenden der ukrainischen Kommunistischen Partei Symonenko. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreichte, wurde der Termin des zweiten Wahlganges auf den 21. November festgelegt.

DIE HEISSE PHASE DES WAHLKAMPFES

Die meisten der übrigen Kandidaten, die im ersten Wahlgang antraten, sprachen sich für Juschtschenko aus. Auch Intellektuelle, Künstler und prominente Sportler erklärten sich deutlich als Anhänger der demokratischen Opposition. Aktiv wurden darüber hinaus zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, vor allem Jugend- und Studentengruppierungen. An der Seite Janukowitschs standen dagegen Bergleute aus den östlichen und südlichen Regionen der Ukraine. Auffällig war in dieser Phase das allgemeine politische Engagement und politische Interesse der Bevölkerung: 20 Millionen Zuschauer verfolgten die Fernsehdiskussion zwischen den beiden Kandidaten – für eine Nachfolgerepublik der Sowjetunion ein phänomenales Ergebnis.⁷ Die gesellschaftliche Mobilisierung wurde von antidemokratischen und rechtlich zweifelhaften Schritten seitens der Kutschma-Administration begleitet: Die Gouverneure der Regionen, in denen Juschtschenko im ersten Wahlgang die Mehrheit gewann, wurden entlassen, und die Universitätsrektoren wurden aufgefordert, die für die Opposition protestierenden Studenten von den Hochschulen zu verweisen.

DIE GEFÄLSCHTE STICHWahl (21. NOVEMBER 2004)

Schon am Wahlabend des 21. November 2004 sprachen die OSZE-Wahlbeobachter den Verdacht aus, das Wahlergebnis werde zu Gunsten von Janukowitsch gefälscht. Nachdem zahlreiche Einschüchterungen gegen die Wähler, Mitarbeiter der Wahllokale und die Wahlbeobachter selbst bekannt wurden,⁸ erklärte die OSZE-Mission, das offizielle Wahlergebnis nicht anzuerkennen. Die dokumentierten „Techniken“ der Wahlfälschung waren der „Tausch“ ausgefüllter und noch unbenutzter Wahlzettel gegen einen Geldbetrag, der Diebstahl von Wählerlisten und Wahlzetteln sowie die missbräuchliche Handhabung der so genannten Abwesenheitszertifikate (mit denen die Wähler in einem be-

liebigen Wahlbüro außerhalb ihres Wohngebietes abstimmen können).⁹ Darüber hinaus fiel eine außergewöhnlich hohe Wahlbeteiligung (99 bis 100 Prozent) in den östlichen Regionen auf, die im Verhältnis zum ersten Wahlgang mit einer Wahlbeteiligung von 70 Prozent enorm angestiegen war. Laut offiziellen Wahlergebnissen sprach sich die Bevölkerung in diesen Regionen mit einer mehr als 90-prozentigen Mehrheit für Janukowitsch aus. Seriöse Nachwahlbefragungen hingegen ergaben für Juschtschenko einen Vorsprung von über zehn Prozent.¹⁰ Das offizielle Ergebnis, nach dem Janukowitsch fast drei Prozent Vorsprung vor Juschtschenko hätte (Janukowitsch: 49,45 Prozent; Juschtschenko: 46,61 Prozent), wurde nicht von allen Mitgliedern der Zentralen Wahlkommission unterschrieben. Zwei Mitglieder verweigerten ihre Anerkennung, weitere zogen ihre Unterschriften zurück. Beginnend mit dem Tag der Wahl sammelte die Opposition Belege für Wahlmanipulationen und Fälschungen. 11.000 Beweise von Verstößen gegen das Wahlgesetz legte Juschtschenko dem Obersten Gericht mit dem Antrag vor, die Stichwahl für ungültig zu erklären. Ab dem 22. November sammelten sich die ersten Menschen auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, von dem aus die Berichte des einzigen unabhängigen Fernsehsenders der Ukraine (Kanal 5) ausgestrahlt wurden, und protestierten gegen die Wahlfälschung. Bald waren es schon über 100.000 Demonstranten.

MASSENMobilisierung und der Weg zur Wahlwiederholung

Der Unabhängigkeitsplatz in Kiew, der Maidan, wurde zum Zentrum und zum Symbol der „Orangenen Revolution“. Neben der Leinwand und der Bühne bauten die Protestierenden trotz der eisigen Kälte eine Zeltstadt auf. Zahlreiche Jugendgruppierungen sorgten für die organisatorische Seite des Protestes in Form von Gesundheitsdiensten, Reinigung, heißen Getränken und Speisen. Auch die Minderheit der Janukowitsch-Anhänger sowie die Polizei und Miliz wurden mitversorgt.¹¹ Darüber hinaus sorgten die Organisatoren für die „förmlichen Erfordernisse“ der Demonstration: Die Beteiligten wurden aufgefordert, sich registrieren zu lassen und ihren Personalausweis dabei zu haben. Zu den weiteren „Sicherheitsmaßnahmen“ gehörte das absolute Alkoholverbot. Der Bürgermeister der Stadt Kiew stellte den Demonstrierenden das Rathaus und auch andere städtische Gebäude zur Verfügung. Dies stellte einerseits eine organisatorische Erleichterung dar, stärkte andererseits die Präsenz der Protestbewegung im öffentlichen Raum. Alle diese Faktoren trugen dazu bei, dass es während der „Orangenen Revolution“ zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen kam. Die staatliche Gewalt hätte keinen Grund gehabt, in das Geschehen einzugreifen.

Seit Ende November hielten sich Polizei, Soldaten und Milizgruppen im Zentrum von Kiew und auch in der Umgebung der Stadt bereit. Obwohl das düstere Szenario eines Ausnahmezustands oder Bürgerkriegs während der ganzen Revolution nicht auszuschließen war, kamen aus den Kreisen der Polizei und der Armee immer wieder diskrete Signale der Unterstützung. Einige (mutige) Angehörige dieser Dienste kündigten im oppositionsfreundlichen Kanal 5 an, die Staatsmacht müsste beim Einsatz von Gewalt mit Befehlsverweigerung rechnen.¹² Andere Militärs stellten sich demonstrativ neben Juschtschenko auf die Tribüne am Unabhängigkeitsplatz. Zum zivilen Ungehorsam von Staatsbeamten wird auch die Erklärung der ukrainischen Diplomaten in Washington vom 24. November 2004 gezählt, in der sie sich „mit der Stimme des ukrainischen Volkes“ solidarisierten.¹³ Dieser Erklärung schlossen sich weitere 200 ukrainische Diplomaten an. Unter den zivilgesellschaftlichen Akteuren, welche die Revolution getragen haben, fehlten Gewerkschaften, Unternehmensverbände sowie traditionelle Nicht-Regierungsorganisationen. Der Grund dafür liegt in der finanziel-

len Abhängigkeit dieser Gruppen vom ukrainischen Staat. Die Vermutung, dass ihnen Schweigen verordnet wurde, erscheint plausibel.¹⁴ Umso größere Beachtung verdienen Persönlichkeiten aus den einzelnen Verbänden, die durch ihre Unterstützung der demokratischen Opposition ihre Karriere aufs Spiel gesetzt haben. Dies gilt zum Beispiel für einzelne Mitglieder des ukrainischen PEN-Clubs. Intellektuelle Eliten des Landes sowie Prominente aus Kunst (z.B. die Sängerin Ruslana Lyschitschko) und Sport (z.B. die Brüder Vitali und Vladimir Klitschko) befürworteten und unterstützten die demokratische Bewegung in der Ukraine in bisher unbekanntem Maße. Nach Kiew stellten sich auch andere ukrainische Städte hinter Juschtschenko. Die Städteparlamente von Lwiw (Lemberg), Iwano-Frankiwsk, Lutsk, Winnyzja und Chmelnyzkyj wiesen am 26. November 2004 das Wahlergebnis zurück und erklärten, Viktor Juschtschenko als rechtmäßigen Präsidenten der Ukraine anzuerkennen.

Nach der Veröffentlichung der Ergebnisse durch die Zentrale Wahlkommission am 24. November 2004, wonach Janukowitsch mit

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

VIKTOR JUSCHTSCHENKO UND JULIA TIMOSCHENKO, DIE IKONEN DER „ORANGENEN REVOLUTION“, WÄHREND EINER KUNDGEBUNG AUF DEM MAJDAN (UNABHÄNGIGKEITSPLATZ) IN KIEW (4. DEZEMBER 2004). picture alliance / dpa

ABB. 1: CHRONOLOGIE DER „ORANGENEN REVOLUTION“

31. Oktober 2004	Erster Wahlgang der Präsidentschaftswahl. Knapper Vorsprung des Oppositionsführers Juschtschenko (39,87%) vor dem Regierungskandidaten Janukowitsch (39,32%). Zahlreiche Zweifel der internationalen Wahlbeobachtungsinstanzen (z.B. OSZE) am rechtmäßigen Verlauf der Abstimmung.
21. November 2004	Zweiter Wahlgang der Präsidentschaftswahl: Stichwahl zwischen Janukowitsch und Juschtschenko. Die Zentrale Wahlkommission der Ukraine erklärt Janukowitsch zum Sieger, obwohl das genaue Ergebnis noch nicht bekannt ist. Auch der russische Präsident Putin feiert Janukowitsch als neues Staatsoberhaupt. Aufgrund systematischer Manipulationen und Verletzungen des Wahlgesetzes erkennen die Wahlbeobachter die Stichwahl nicht an.
22. November 2004	Beginn der demokratischen Mobilisierung auf dem Maidan (Unabhängigkeitsplatz) in Kiew. Die Opposition legt dem Obersten Gerichtshof erste Belege für Wahlfälschungen vor und fordert die Annullierung der Wahl.
23. November 2004	Symbolischer Amtseid Juschtschenkos im ukrainischen Parlament, der Werchowna Rada.
24. November 2004	Veröffentlichung des amtlichen Stichwahlergebnisses durch die Zentrale Wahlkommission: Viktor Janukowitsch 49,46%; Viktor Juschtschenko: 46,61%. Ausweitung der demokratischen Opposition und Protestbewegung.
26. November 2004	Gemeinsame Erklärung von Janukowitsch und Juschtschenko, den Konflikt gewaltfrei lösen zu wollen. Beginn der Verhandlungen der beiden Lager mit Beteiligung internationaler Vermittler.
27. November 2004	Parlamentarischer Beschluss der Aufhebung der Stichwahl und der Absetzung der Wahlkommission (rechtlich nicht bindend; politisch jedoch bedeutsam).
28. November 2004	„Anti-Juschtschenko-Mobilisierung“ und Sezessionsdrohung der östlichen Regionen (z.B. Donezk).
30. November 2004	Präsident Kutschma, Stütze des Janukowitsch-Lagers, befürwortet überraschenderweise die Neuwahlen.
01. Dezember 2004	Das ukrainische Parlament spricht der Regierung von Janukowitsch das Misstrauen aus. Der Regierungschef erklärt den Beschluss für illegal und verweigert den Rücktritt.
03. Dezember 2004	Entscheidung des Obersten Gerichtshofes: Aufhebung der Stichwahl aufgrund nachgewiesener Fälschungen; Absetzung der Wahlkommission; Anordnung der Wahlwiederholung für den 26. Dezember 2004.
08. Dezember 2004	Im Rahmen eines politischen Tausches zwischen der Regierung und der demokratischen Opposition verabschiedet das ukrainische Parlament eine Verfassungsreform, die eine politische Bedingung für notwendige Wahlgesetzesänderungen darstellt.
11. Dezember 2004	Juschtschenkos Ärzte bestätigen, dass der Oppositionskandidat im Laufe des Wahlkampfes mit Dioxin vergiftet wurde.
26. Dezember 2004	Wiederholung der Stichwahl. Sieg der demokratischen Opposition mit 51,99% der Stimmen für Juschtschenko gegenüber 44,19% für Janukowitsch. Akzeptanz der Ergebnisse durch die internationalen Wahlbeobachter.
31. Dezember 2004	Rücktritt Janukowitschs vom Amt des Regierungschefs
30. Dezember 2004 06. Januar 2005 17. Januar 2005 20. Januar 2005	Der Oberste Gerichtshof weist die Wahlanfechtungsklagen des Regierungskandidaten Janukowitsch zurück. Die Prüfung der Klagen verzögert die Amtseinführung des neuen Präsidenten.
23. Januar 2005	Vereidigung Juschtschenkos zum Präsidenten der Ukraine; die „Orangene Revolution“ endet nach 57 Tagen.

49,45 Prozent klar über dem Kandidaten der Opposition mit 46,61 Prozent lag, weitete sich der Protest aus. Die Demonstration zog zum Parlamentsgebäude und zum Präsidialamt. Die Menschen skandierte gegen den Wahlbetrug und forderten den Rücktritt der Regierung Janukowitsch. Es kam zu Verkehrsblockaden. Der Aufruf nach einem Generalstreik wurde laut. Gleichzeitig gab der Oberste Gerichtshof der Ukraine den Anhängern der demokratischen Opposition neue Hoffnung. Der Oberste Gerichtshof untersagte die Veröffentlichung der Wahlergebnisse bis zur Klärung der von der Opposition vorgebrachten Vorwürfe der Wahl-

fälschung. In diesem Zeitraum durfte kein neuer Präsident ausgerufen werden.

DAS PARLAMENT ALS SCHAUPLATZ DES KAMPFES

Ein weiterer Schauplatz des politischen Kampfes war das ukrainische Parlament (Werchowna Rada). Hier erklärte sich Juschtschenko während der Sitzung am 23. November 2004, kurz nach der umstrittenen Stichwahl, zum Sieger und bat um internationale Anerkennung. Er leistete sogar symbolisch vor den Parlaments-

abgeordneten den Amtseid auf die Bibel, was bei internationalen Kommentatoren auf Skepsis und Kritik stieß.¹⁵ An dieser Stelle wurde die Fernsehübertragung der Parlamentsitzung unterbrochen. Da die Abgeordneten der Regierungspartei die Sitzung boykottierten und das ukrainische Parlament somit nicht beschlussfähig war, konnte über den Antrag der Opposition, den zweiten Wahlgang für ungültig zu erklären, nicht abgestimmt werden. Zu dieser Entscheidung kam es dagegen in einer weiteren Sondersitzung des Parlamentes: Am 27. November 2004 forderten 206 Abgeordnete (bei einer Gegenstimme und 106 Enthaltungen) die Aufhebung der Stichwahl und die Absetzung der Wahlkommission. Dieser Beschluss war zwar rechtlich nicht bindend, allerdings politisch sehr bedeutsam. Während der Oberste Gerichtshof über die Wahlfälschungsbeschwerde beriet, forderte die gestärkte Opposition im Parlament ein Misstrauensvotum gegen die Regierung Janukowitsch. Dieses wurde erst im zweiten Versuch (am 1. Dezember 2004) durchgesetzt. Janukowitsch widersetzte sich dem Beschluss und verweigerte den Rücktritt. Der Präsident Kutschma „beurlaubte“ den Regierungschef, der offiziell noch bis zum 31. Dezember 2005 im Amt blieb.

INTERNATIONALE UNTERSTÜTZUNG

Die demokratische Mobilisierung in der Ukraine erfuhr breite Unterstützung von außen. Ende November reisten der EU-Vertreter Javier Solana, der litauische Präsident Valdas Adamkus, OSZE-Generalsekretär Jan Kubis sowie der polnische Staatschef Aleksander Kwasniewski zu Vermittlungsgesprächen nach Kiew („Erster Runder Tisch“). Schon am 26. November 2004 gaben Juschtschenko und Janukowitsch eine gemeinsame Erklärung ab, den Konflikt gewaltfrei zu lösen. Der Forderung Juschtschenkos, Neuwahlen abzuhalten, schlossen sich überraschenderweise Präsident Kutschma und der ehemalige Staatschef Krawtschuk an. Auch die internationalen Vermittler begrüßten den Vorschlag. Am 30. November und am 7. Dezember 2005 fanden weitere Gipfeltreffen mit Beteiligung internationaler Politiker statt.

VERSTÄRKUNG DES OST-WEST-GEGENSATZES

Die politische Spannung im Lande verstärkte zusätzlich der Ost-West-Gegensatz, der während der Präsidentschaftswahlen deutlich zum Ausdruck kam. Auch die Anhänger von Janukowitsch aus den ostukrainischen Regionen reisten in der Zeit der Mobilisierung nach Kiew, um ihren Kandidaten zu verteidigen, wenn nötig auch mit Gewalt. Am 28. November 2004 gingen in der Bergbaustadt Donezk schätzungsweise 150.000 Menschen auf die Straße und forderten Autonomie für ihre Region im Falle des Sieges von Juschtschenko. Zwei Tage vor dieser Demonstration beschloss das regionale Parlament, eine Volksabstimmung über die Bildung einer Republik Donezk abzuhalten. Ähnlich verlief es in der Krimstadt Odessa. Der Gouverneur von Charkiw, Kuschnjarow, kündigte im Fernsehen an, sein Gebiet werde keine Steuern

mehr an die Hauptstadt abführen. In Sewastopol wurde die Situation in Kiew als „Pöbelherrschaft“ bezeichnet.¹⁶ Die Gouverneure von Charkiw, Donezk und Luhansk trafen sich mit Jurij Luzkow, dem Bürgermeister von Moskau, und mit Viktor Janukowitsch, um über eine künftige autonome Föderation zu sprechen. Die Oppositionsführerin Julia Timoschenko forderte den Präsidenten auf, diese Gouverneure zu entlassen. Die Generalstaatsanwaltschaft leitete eine Ermittlung gegen diese Gouverneure wegen Separatismus ein. Janukowitsch machte sich durch seine demonstrative Unterstützung der separatistischen Bestrebungen in der Ostukraine unbeliebt und verlor damit zum Teil das Vertrauen des Präsidenten.

DIE ANNULLIERUNG DER STICHWahl

Am 3. Dezember 2005 kam die erwartete Entscheidung des Obersten Gerichtes der Ukraine. Die Richter annullierten die Stichwahl vom 21. November aufgrund zahlreicher nachgewiesener Fälschungen. Auch die Erklärung der Zentralen Wahlkommission, dass Janukowitsch der Gewinner der Wahl sei, wurde als ungültig bezeichnet, da zu diesem Zeitpunkt die Beschwerden der Opposition noch nicht überprüft worden waren. Der dritte Punkt der Entscheidung betraf die Wahlwiederholung: sie sollte am 26. Dezember 2004 stattfinden. Trotz der Versuche politischer Erpressung seitens der Kutschma-Administration wurde die Entscheidung des Gerichtshofes allgemein anerkannt. Das höchste Justizorgan genießt in der Ukraine große Autorität und ist relativ unabhängig, seine Beschlüsse sind unanfechtbar und sofort bindend. Das ukrainische Wahlrecht regelte nicht, wie im Falle einer ungültigen Stichwahl vorzugehen ist. Die Entscheidung des Gerichtes löste eine intensive parlamentarische Debatte über die Änderung des Wahlgesetzes aus. Nach dem Entwurf einer Arbeitsgruppe (eingeleitet durch die internationalen Vermittler) sollte bis zur wiederholten Stichwahl ein vorübergehendes Wahlgesetz gelten, das den Missbrauch der Abwesenheitsscheine erheblich einschränken und die Stimmabgabe von Behinderten und Kranken zu Hause neu regeln sollte. Außerhalb des Wahllokals zu wählen, sollte danach ausschließlich für Schwerbehinderte möglich sein. Janukowitsch kritisierte diese Bestimmung mit dem Argument, ältere Menschen würden ihres Wahlrechts beraubt. Gleichzeitig griff die Regierung die Gelegenheit auf, um die von ihr lang geplante Verfassungsänderung durchzusetzen.¹⁷ So wurde die Änderung des Wahlrechts von einer umfassenden Verfassungsreform abhängig gemacht, die einen beachtlichen Teil der präsidentiellen Befugnisse an das Parlament abgab. Das Ziel dieses Schrittes war offensichtlich, nämlich den eventuellen Wahlsieger Juschtschenko in seiner Präsidentenmacht zu schwächen. Trotz großer Kontroversen um das so genannte „Kutschma-Paket“ (Verfassungsreform gekoppelt mit der Wahlgesetzänderung) stimmte das ukrainische Einkammerparlament am 8. Dezember 2004 dem politischen Tausch zwischen der Regierung und der demokratischen Opposition mit 402 von 450 Stimmen zu. Dieses Ereignis spaltete jedoch erheblich das Oppositionslager, vor allem die Grup-

pirierungen um den Kandidaten Juschtschenko und seine Verbündete Julia Timoschenko. Ihre Partei stimmte gegen das Paket; Juschtschenko selbst enthielt sich der Stimme. Das Inkrafttreten der Verfassungsreform wurde auf September 2005 verschoben, so dass der gewählte Präsident seine Regierung noch nach alten Grundsätzen formen konnte (in der Zukunft wird die ukrainische Regierung vom Parlament auf Vorschlag des Präsidenten gewählt). Nach der Justiz sprach sich auch die Legislative für eine Wahlwiederholung am 26. Dezember aus.

DIE STICHWahl VOM 26. DEZEMBER

Auf den Sieg Juschtschenkos deuteten schon die ersten Umfrageergebnisse hin.¹⁸ Nach dem Bericht der OSZE-Wahlbeobachter wies die Wahl vom 26. Dezember 2004 deutliche Verbesserungen gegenüber den vorherigen Wahlgängen auf. Die Beobachter empfahlen, das Wahlergebnis anzuerkennen. Am 28. Dezember wurde von der Wahlkommission folgendes amtliches Ergebnis veröffentlicht: Zu den Urnen gingen wieder über 80 Prozent der Wahlberechtigten, 51,99 Prozent stimmten für Juschtschenko, 44,19 Prozent für Janukowitsch. Am erfolgreichsten war der Kandidat der Opposition im Zentrum und im Westen des Landes, in Donezk und Lugansk konnte er allerdings nur 4,21 Prozent und 6,21 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Der Regierungskandidat entschied in acht Regionen, in der Stadt Sewastopol und der autonomen Republik Krim die Wahl für sich. Die Anhänger von Janukowitsch bezeichneten die Wahlwiederholung als verfassungswidrig und reichten ab dem 30. Dezember zahlreiche Anfechtungsklagen beim Obersten Gerichtshof ein. Zwar wurden diese Klagen als unbegründet zurückgewiesen, aber durch ihre Prüfung verzögerte sich die offizielle Amtseinführung Juschtschenkos. Am 31. Dezember 2004 trat Janukowitsch vom Amt des Ministerpräsidenten zurück. Die offizielle Vereidigung des neuen Präsidenten fand im ukrainischen Parlament am 23. Januar 2005 statt. Gemäß der ukrainischen Tradition schwor der Neugewählte auf Bibel und Verfassung. An der Zeremonie im Parlament nahmen auch ausländische Gäste teil. In seiner Antrittsrede betonte Juschtschenko die europäischen Ambitionen der Ukraine sowie die Aufrechterhaltung der Einheit des Landes. Der Albtraum, die ostukrainischen Anhänger Janukowitschs würden in Kiew

gegen das Wahlergebnis gewaltsam protestieren, bestätigte sich zum Glück nicht. Der ukrainische Wahlmarathon, begleitet durch eine einzigartige und friedliche Bürgerrevolution, endete somit nach 57 Tagen.

LITERATUR

Forbig, J./Shepherd, R. (Hrsg.): Ukraine after the Orange Revolution. Strengthening European and Transatlantic Commitments. Washington 2005.
 Kurth, H./Kempe, J. (Hrsg.): Presidential Election and Orange Revolution. Implications for Ukraine's Transition. Friedrich-Ebert-Stiftung, Kiew 2005.
 Piehl, E.: Hauptphasen und Ergebnisse, wichtigste Akteure im In- und Ausland sowie Gesamtbewertung der Präsidentschaftswahlen 2004 und der aufgelösten revolutionären Wirkungen. In: Piehl, E./Schulze, P. W./Timmermann, H.: Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. Berlin 2005, S. 409–452.
 Simon, G.: Neubeginn in der Ukraine. Vom Schwanken zur Revolution in Orange. In: osteuropa, Heft 1/2005, S. 16–33.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. Die Zeit v. 28.10.2004.
² Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 27.10.2004.
³ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 08.01.2005.
⁴ Vgl. Simon 2005, S. 16.
⁵ Im Herbst 2000 kamen Ereignisse an das Tageslicht, in die Kutschma persönlich involviert war, und die an innenpolitischer Brisanz und internationaler Kritik alle seitherigen Machenschaften übertrafen, nämlich die Entführung und Ermordung des kritischen Journalisten Georgi Gongadse und die in diesem Zusammenhang entdeckten Tonbandmitschnitte aus dem Führungszirkel. Gerade diese Tonbandaufnahmen belasteten Kutschma und drei seiner engsten Mitarbeiter schwer (vgl. Piehl 2005, S. 359ff.). In Anlehnung an die Affäre von Watergate wurde dieser Vorfall in der Folge „Kutschma-Gate“ genannt.
⁶ Genaueres s. den Bericht der OSZE-Wahlbeobachtermission vom 1. November 2004; abrufbar unter: http://www.osce.org/documents/odihr/2004/11/3771_en.pdf
⁷ Vgl. Piehl 2005, S. 16.
⁸ Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 23.11.2004 sowie der zweite OSZE-Wahlbericht vom 22. November 2004; abrufbar unter: http://www.osce.org/documents/odihr/2004/11/3811_en.pdf
⁹ Beobachtet wurden auch einige Fälle von „Wahltourismus“: Wähler von Janukowitsch wurden mit Bussen von einem Wahllokal zum anderen gefahren und konnten somit mehrfach ihre Stimmen abgeben; s. Wahlbericht Nr. 3 der Konrad Adenauer-Stiftung von Ralf Wachsmuth und Igor Plaschkin; abrufbar unter: http://www.kas.de/db_files/dokumente/laenderberichte/7_dokument_dok_pdf_5738_1.pdf
¹⁰ Umfragewerte von Exit-Polls ermittelt durch das Kiewer Internationale Institut für Soziologie/Rasumkow-Zentrum/Fonds „Demokratische Initiativen“: 54 Prozent der Stimmen für Juschtschenko, 43 Prozent für Janukowitsch; siehe Wahlbericht Nr. 3 von Ralf Wachsmuth und Igor Plaschkin (s. Anm. 9).
¹¹ Siehe Piehl 2005, S. 421ff.
¹² Siehe den Kommentar von Konrad Schuller in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 26.11.2004. In der Ausgabe vom 20. Dezember berichtete Schuller vom Befehl des ukrainischen Innenministeriums, die Demonstration in Kiew niederzuschlagen, der tatsächlich nicht befolgt wurde.
¹³ Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 25.11.2004.
¹⁴ Vgl. Piehl 2005, S. 422.
¹⁵ Vgl. Die Welt vom 24. November 2004 sowie die Kommentare der Phoenix- und Tagesschau-Journalisten am Tag der Parlamentssitzung.
¹⁶ Siehe den Kommentar von Konrad Schuller in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24.11.2004.
¹⁷ Aufgrund der Gefahr, die Präsidentschaft könnte in die Hände der Opposition fallen, strebte Kutschma seit 2002 eine Entmachtung des Präsidenten und die Stärkung des Parlaments an (vgl. Simon 2005, S. 19).
¹⁸ Die Ergebnisse der von verschiedenen Instituten durchgeführten Exit-Polls lauteten: Kiewer Internationales Institut für Soziologie/Rasumkow-Zentrum: 56,31% für Juschtschenko und 41,31% für Janukowitsch; Soziales Monitoring: 58,1% für Juschtschenko und 41% für Janukowitsch; ICTV (The Luntz Research Company, Penn, Schoen & Berland): 56,5% für Juschtschenko und 41% für Janukowitsch; Quelle: Wahlbericht Nr. 4 der Konrad-Adenauer-Stiftung von Ralf Wachsmuth und Igor Plaschkin; abrufbar unter: http://www.kas.de/publikationen/2004/5858_dokument.html

UNSERE AUTORIN



Marzena Kloka, geboren 1983 in Gdansk, studiert als DAAD-Stipendiatin Politikwissenschaft, Musikwissenschaft und Öffentliches Recht an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg. Gegenwärtig bringt sie einen Studienaufenthalt in Paris.

Die Literaturrelite der Ukraine und die „Orangene Revolution“

ANNA-HALJA HORBATSCH

Die zivilgesellschaftliche Unterstützung der demokratischen Opposition war eher verhalten. Dies erklärt sich nicht zuletzt durch den Umstand, dass ein Großteil der Nicht-Regierungsorganisationen in der Ukraine von staatlichen Subventionen abhängig ist. Umso größere Beachtung verdienen Persönlichkeiten aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich, die trotz der offensichtlichen Verordnung zum Schweigen öffentlich Partei für die demokratische Bürgerbewegung ergriffen und Viktor Juschtschenko unterstützten. Dies gilt besonders für einzelne Mitglieder des ukrainischen PEN-Clubs. Anna-Halja Horbatsch, die eine Reihe von Anthologien ukrainischer Prosa und Lyrik übersetzte und veröffentlichte, schildert in ihrem Beitrag die unterstützende Rolle der literarischen und intellektuellen Elite der Ukraine während der „Orangenen Revolution“. Erstmals in deutscher Sprache veröffentlichte Auszüge aus Verbandsorganen und Literaturzeitschriften sind ein Beleg für den aktiven und mutigen Beitrag einzelner zivilgesellschaftlicher Akteure. Red.

AUFBRUCH UND RÜCKBESINNUNG AUF LITERARISCHE TRADITIONEN

Es war die Wochenschrift *Literaturna Ukrajina* (Die literarische Ukraine) des Ukrainischen Schriftstellerverbandes, die bereits in den beginnenden 1980er-Jahren während der Gorbatschow-Ära mit Veröffentlichungen von Texten aus den 1920er-Jahren begonnen hatte. Diese Texte riefen Zeiten in Erinnerung, als man sich zu gesellschaftspolitischen Fragen der Ukraine noch einigermaßen frei äußern konnte. Gerade in den 1920er-Jahren hatte die Ukraine nach Beendigung des Bürgerkrieges eine wahre Kulturrenaissance erlebt, die unter dem diktatorischen Regime Stalins ein tragisches Ende finden sollte. Die Autoren und Literaturwissenschaftler, die in diesem Jahrzehnt zu Wort gekommen waren, fanden in den Jahren ab 1930 ihren Tod durch Exekutionskommandos, begingen Selbstmord oder wurden zu langjähriger Zwangsarbeit nach Sibirien und auf die Solowkiinseln verbannt. Nur wenige Literaten und Intellektuelle wurden während der von Chruschtschows eingeleiteten Phase des „Taufweters“¹ in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre rehabilitiert. Vereinzelt Personen, die überlebt hatten, darunter namhafte Wissenschaftler und Autoren, durften zwar in die Ukraine zurückkehren, jedoch nur um ein Schattendasein zu fristen. Zwar hatten das „Taufwetter“ und die schrittweise Entstalinisierung vor allem der jungen

literarischen Generation gewisse Perspektiven eröffnet, doch die Zeit des freien Schaffens war nur von kurzer Dauer, zumal das „Taufwetter“ im literarischen Bereich schon um die Mitte der 1960er-Jahre von neuen eisigen Winden zum Stillstand gebracht wurde.

In den 1920er-Jahren waren die ukrainischen Autoren auf Europa ausgerichtet gewesen. Populär war der Ruf: „Weg von Moskau – Europa ist unser Ziel!“ („Het’ wid Moskwj, dawaj Jewropu!“) Die in den 1960er-Jahren entstandene Bürgerrechtsbewegung, die von Dichtern, Literaturwissenschaftlern und Historikern ins Leben gerufen wurde, verfolgte eine Erneuerung des kulturellen und geistigen Lebens. In mutigen Texten, die zumeist in handschriftlichen Exemplaren kursierten, wurde die Eigenständigkeit der ukrainischen Kultur betont. Diese geistige Erneuerung zeichnete sich durch die Rückbesinnung auf die Kultur der 1920er-Jahre und die jahrzehntelang vom Sowjetregime verbotenen historischen und literarischen Werke aus.

Diese Aufbruchstimmung der beginnenden 1960er-Jahre wurde nach einem verheißungsvollen Jahrzehnt durch erneute Verhaftungen, Prozesse, langjährige, von Zwangsarbeit begleitete Haftstrafen in entfernten Regionen der Sowjetunion zum Schweigen gebracht. Etlichen bedeutenden jungen Autoren, die frei geblieben waren, wurde bis zum Beginn der 1980er-Jahre ein Veröffentlichungs- und Druckverbot auferlegt.

REPRESSIONEN GEGEN KRITISCHE LITERATEN

Bevor wir zu den Reaktionen der ukrainischen Literaturrelite auf die „Orangene Revolution“ kommen, sei ein Vorfall erwähnt, der die Haltung des Kutschma-Regimes zum ukrainischen Schriftstellerverband sinnfällig illustriert. Es geht um den Versuch von Leonid Kutschma, sich das Haus des Schriftstellerverbandes anzueignen. Dieses Gebäude ähnelt einem Palais und steht im Regierungsviertel von Kiew in der Bankiwka-Straße.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts vom Besitzer einer Zuckerfabrik errichtet, wechselte das Haus einige Male den Eigentümer und wurde nach Beendigung des Bürgerkrieges vom Staat beschlagnahmt. Das Zentralkomitee der KPdSU übertrug es zu Beginn der 1930er-Jahre, als der Sitz der Hauptstadt von Charkiw nach Kiew wechselte, dem Schriftstellerverband, um das „schreibende Volk“, eine über tausend Menschen zählende Gruppe von Autorinnen und Autoren, so nah wie möglich an sich zu binden und unter Kontrolle zu halten.

Da der im Jahre 2004 amtierende Vorsitzende des Ukrainischen Schriftstellerverbandes, der bekannte Prosaautor Wolodymyr Jaworjwskyj und gleichzeitige Abgeordnete des Parlaments, in seinen Schriften die regierende Klasse ziemlich kritisch darstellte, wurde seitens der Staatsführung beschlossen, im Schriftstellerverband zunächst einen neuen Vorsitz „durch-

zusetzen“. Jaworjwskyj hatte in der Vergangenheit immer wieder auf gravierende Probleme der aktiven Schriftsteller aufmerksam gemacht. Er bezog kritisch Stellung gegen die 15-prozentige Mehrwertsteuer für den Buchdruck. Ein weiterer, von ihm immer wieder geäußelter Kritikpunkt betraf die Überflutung des ukrainischen Buchmarktes mit billigen importierten russischen Büchern, die zu einer extremen Verteuerung der ukrainischsprachigen Ausgaben (Schulbücher inbegriffen) führte.

Im Herbst 2004 verübte eine regimetreue Autorengruppe nachts durch einen Hintereingang einen Einbruch und warf die wachhabende Nachtwächterin hinaus. Dieser gelang es jedoch, den Vorsitzenden des Verbandes anzurufen und ihn über das Geschehen zu unterrichten. Die im Auftrag Kutschmas agierende, etwa gut ein Dutzend Personen zählende Autorengruppe, die bereits mit einer „neu gewählten“ Vorsitzenden das Haus besetzte, erklärte öffentlich, der „alte Schriftstellerverband sei von senilen, irren alten Autoren“ geführt worden. Ein Wechsel des Vorstandes sei daher dringend notwendig gewesen.

Die Angelegenheit kam vor ein örtliches Gericht, das sich zunächst nicht sonderlich beeilte, die rechtmäßige Ordnung wieder herzustellen. Daraufhin versammelten sich vor dem Gebäude 960 alarmierte Mitglieder des Schriftstellerverbandes der Stadt Kiew und Umgebung, die mit ihren gültigen Verbandsausweisen in der Hand den alten Vorstand bestätigten. Nach einem wochenlangen Hin und Her entschied das zuständige Gericht, das angeblich beschlagnahmte Gebäude an den Schriftstellerverband mit seinem alten und rechtmäßigen Vorstand zurückzugeben.

DIE UNTERSTÜTZUNG DER „ORANGENEN REVOLUTION“

Während der kalten und schneefuchten Witterung in den Wochen der Monate November und Dezember 2004 diente der geräumige Bau zahlreichen Maidan-Demonstranten als Schlaf-, Verpflegungs- und Versorgungsstätte. Auch die Kiewer Autoren nahmen in ihren Wohnungen so viele Demonstranten auf, wie es nur eben ging. Der Schriftstellerverband hat kurz vor der Präsidentschaftswahl als auch während der Wahlen in seiner Wochenzeitschrift eine ganze Reihe von Erklärungen veröffentlicht, welche die Bürger auf die politische Lage im Lande aufmerksam machten und ehrliche Wahlen forderten. Die Erklärungen trugen die Unterschriften bekannter Persönlichkeiten des literarischen und öffentlichen Lebens. Stellvertretend für andere Kulturschaffende seien genannt: Oksana Sabutschko, Vizepräsidentin des ukrainischen PEN-Clubs, die Schriftsteller Jurij Andruchowjtsch und Andrij Bondar, die mit weiteren zehn Kollegen einen Offenen Brief zur Unterstützung von Juschtschenko schon vor dem ersten Wahlgang versandt hatten.

UNTERSTÜTZUNG DURCH DEN
POLNISCHEN PEN-CLUB

Besonders wichtig für die Stimmung im Schriftstellerverband der Ukraine war die Veröffentlichung eines Briefes des polnischen PEN-Clubs an den ukrainischen PEN-Club, der am 25. Oktober 2004, einige Tage vor dem ersten Wahltermin in der Wochenzeitschrift *Literaturna Ukrajina* veröffentlicht wurde. Diesem ins Ukrainische übersetzten Brief war auch die Antwort des Vorsitzenden des ukrainischen PEN-Clubs, Jewhen Swerstjuk, beigefügt worden. Jewhen Swerstjuk ist ein bekannter, mit dem Schewtschenko-Literaturpreis² ausgezeichnete Essayist und Lyriker. Er ist ein ehemaliger Bürgerrechtler, der ab 1972 sieben Jahre strenge Lagerhaft und fünf Jahre Verbannung mit Zwangsarbeit in Ostsibirien verbüßt hatte. Beide Texte, nachfolgend in deutscher Übersetzung, sind ein Zeugnis der politischen Einstellung und moralischen Haltung der literarischen Eliten beider Staaten. Beide Nationen haben in der Vergangenheit gemeinsam sowohl kriegerische, schwierige als auch ruhigere Epochen durchlebt, aus denen Schriftstellerinnen und Schriftsteller beider Länder kluge Lehren gezogen haben.

„DER POLNISCHE AN DEN
UKRAINISCHEN PEN-CLUB:

Liebe Freunde! In diesen angespannten Tagen verfolgen wir aufmerksam den Verlauf der Ereignisse in der Ukraine. Mit ganzem Herzen und unseren Gedanken sind wir bei euch. Uns verbinden gemeinsame Ängste und die Ideale der Charta des Internationalen PEN-Clubs. Uns ist bewusst, was ihr als Intellektuelle und Menschen des geschriebenen Wortes heute gemeinsam mit dem größten Teil der ukrainischen Bürger verteidigt. Ihr verteidigt die Institution eines demokratischen, würdevollen und zeitgemäßen Staates. Ihr verteidigt die Souveränität eines Landes in den schweren Jahren der postkommunistischen Transformation, eines Staates, der von keinem Blut ethnischer Konflikte befleckt worden ist. Ihr verteidigt eine bürgerliche Gesellschaft und ein Volk, das keinem anderen Volk das Recht auf Gerechtigkeit und Freiheit abspricht. Dies ist Polen besonders bewusst, das sich mit dem Gedenken an eine gemeinsame Vergangenheit würdig zu versöhnen vermag. Ihr verteidigt die Menschenrechte, das Recht, sich mit politischen Morden und der kriminellen Unterwanderung des gesellschaftlichen Lebens nicht abfinden zu wollen. Ihr verteidigt die Freiheit des Gedankens, des Wortes und einen Rechtsstaat, in dem es weder Verbrechen, Provokation, Angst, Zynismus, öffentliche Lüge und Bedrohung geben darf. Ihr verteidigt in eurem Land Europa, dessen friedliche Zukunft sowie seine besten Traditionen. Wir teilen mit euch eure Hoffnungen und Ängste. Seid euch unserer Solidarität bewusst.

Warschau, den 25. Oktober 2004“

Der Vorsitzende des Ukrainischen PEN-Clubs, Jewhen Swerstjuk, veröffentlichte den Text dieses Briefes sowie seine – nachfolgend gekürzte – Antwort in der gleichen Ausgabe der *Literaturna Ukrajina* mit folgenden, an den polnischen PEN-Club gerichteten Worten:

„Solidarität der Demokratie! Wir stehen vor einer historischen Entscheidung. Das prokommunistische Regime stellt mittels der Massenmedien die Vorwahlkämpfe als ein Ringen zweier Günstlinge dar. Das Volk indes, besonders die Jugend, empfindet dies als Bedrohung und Stärkung eines kriminellen Regimes, worauf eine neue Fluchtwelle aus der Ukraine folgen würde. Flucht gerade jener Kräfte, die eine Stütze der demokratischen Gemeinschaft sein müssten.“

Für seine zum Ausdruck gebrachte Meinung musste Jewhen Swerstjuk einige Wochen später einen hohen Preis bezahlen. Seine Redaktion, in der er mit einigen Freunden die zweiwöchentlich erscheinende Zeitschrift *Nascha Wira* (Unser Glaube) der unabhängigen Ukrainischen Orthodoxen Autokephalen Kirche (UOAK) herausbringt, wurde im Februar 2005 von einer Gruppe angeblicher Bauarbeiter heimgesucht, die im Namen der Besitzer vorgaben, die Redaktionsräume in Ordnung bringen zu wollen. Dabei wurden in den Redaktionsräumen schriftliche Unterlagen, Archivmaterial und die PCs zerstört, ferner die protestierenden Redaktionsmitarbeiter hinausgejagt. Die Redaktionsräume waren in einem Gebäudekomplex der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Heiligen Michael untergebracht. Nach dem Überfall musste der Kirchenraum im Erdgeschoss für die Gläubigen geschlossen werden. Kurz danach hatte sich herausgestellt, dass der Metropolit der Ukrainischen Orthodoxen Autokephalen Kirche ein Günstling Kutschmas war und auf dessen Betreiben hin dieser Kirche aufgezwungen worden war. Während der Wahlen hatte der Erzbischof den Kandidaten Janukowitsch nach besten Kräften unterstützt. Der innerkirchliche Zwist landete vor dem Gericht und ist bis heute noch nicht entschieden. Inzwischen hat ein Literaturverlag der Redaktion der Zeitschrift *Nascha Wira*, ein im Übrigen gerne gelesenes und tolerantes Blatt, vorübergehend eine Unterkunft angeboten.

Auch Vaclav Havel, der ehemalige Präsident Tschechiens, hat dem Vorsitzenden des ukrainischen Schriftstellerverbandes – dem bekannten Prosaautor Wolodymyr Jaworiwskyj – am 30. November 2004 eine Solidaritätsbotschaft zugesandt, in der er die Bedeutung der ukrainischen Autoren für die Herausbildung einer bürgerlichen Gesellschaft unterstrichen hat. Auch diese Botschaft und die Antwort darauf wurde in der Zeitschrift *Literaturna Ukrajina* veröffentlicht.

DIE LITERARISCHE VERARBEITUNG
DER EREIGNISSE

Mychajlyna Kozjubynska, eine bekannte ukrainische Literaturwissenschaftlerin, schildert in

ihrem Beitrag „My na Majdani, Majdan u naschych duschach“ („Wir sind auf dem Maidan, der Maidan ist in unseren Seelen“) die Atmosphäre auf dem Maidan, dem „Platz der Unabhängigkeit“ in Kiew. Ihr Beitrag (*Kozjubynska* 2005, S. 5–8) ist in der Februarnummer der Literaturzeitschrift *Sutschasnist* (Die Gegenwart) veröffentlicht. Aus diesem höchst analytischen Text lohnt es, einige Textstellen zu zitieren, welche die Atmosphäre und die ungewöhnlichen Ereignisses schildern. Mychajlyna Kozjubynska schreibt:

„Der Maidan hat die bürgerlichen Stereotypen bezüglich unserer Jugend hinweggefegt, die man bis dahin als apolitisch, zynisch, geistlos dargestellt hatte; er hat auch den Abgrund aufgehoben, der angeblich zwischen den Generationen bestand. Alles hat sich als völlig anders erwiesen.“

Dabei stellt die Literaturwissenschaftlerin eine Änderung der russischen öffentlichen Meinung in Bezug auf die ukrainische Bevölkerung fest, die bis dahin nur als schlaue „Chochols“ (ein Spottname der Russen für die ukrainische Bevölkerung) dargestellt wurden. Zudem hat der Maidan das abgedroschene Stereotyp von einer angeblich unüberwindbaren Kluft zwischen den ukrainisch und russisch sprechenden Menschen in der Ukraine hinweggefegt. Mychajlyna Kozjubynska schreibt diesbezüglich:

„Ich habe stets gewusst, dass es falsch ist, die Menschen, die es gewohnt sind, russisch zu sprechen, aus der ukrainischen Gemeinschaft auszuschließen. In diesen Tagen ist den Menschen eine sehr wichtige These ins Bewusstsein gedrungen, die mir längst vertraut war: In einer solchen Ukraine, die aufrichtig, warmherzig, normal ist, möchten diejenigen, die Ukrainisch beherrschen auch in dieser Sprache reden. Dies ist kein Zwang, keine Konjunktur, sondern ein innerer Impuls.“

Als eine dritte wichtige Erfahrung führt die Autorin an, dass vor ihren Augen die teilnehmenden Menschen eine erst entstehende, sich noch im embryonalen Zustand befindende neue Gemeinschaft, gleich einem Phönix aus der Asche emporsteigen sahen. Es ging dabei, wie sie meint, um die Entstehung eines – den westukrainischen Dichter Iwan Franko (1856–1916) zitierend – „selbstbewussten Hausherrn“, der sich „auf eigenem Grund und Boden befindet.“ Die Autorin erlebte mit einem Mal Individuen, die fähig waren, konkrete Dinge zu tun, sich konkrete Ziele vorzunehmen und diese auch durchzusetzen.

Schließlich mahnt Mychajlyna Kozjubynska in ihrem Beitrag eine Reihe von Verhaltensregeln an: Der Selbstachtung zuliebe solle man einen gesunden Objektivismus sowie Selbstkritik nicht aus den Augen verlieren. Ihre Gedanken reichen dabei in die 1970er-Jahre zurück, als sie und ihre Freunde in Gerichtssälen verurteilten Bürgerrechtlern Blumen zuwarfen, ohne dabei

zu überlegen, dass sie durch diese Gesten ihre Arbeitsstellen in wissenschaftlichen Instituten verlieren würden. Die Gefühle des damals Erlebten und die Eindrücke von dem, was auf dem Maidan ausgelöst wurde, erfüllten Gleichgesinnte mit Kraft und Stolz.

„VOR DEN WAHLEN UND NACH DEN WAHLEN“

Eine ganze Reihe von Artikeln füllten die Nummern von Sutschasnist (Die Gegenwart) und anderen ukrainischen literarischen Zeitschriften Anfang des Jahres 2005. In der Monatszeitschrift Sutschasnist hat der in der Ukraine bekannte Literaturkritiker und Publizist Maxym Stricha eine detaillierte Darstellung veröffentlicht: „Vor und nach den Wahlen“ (Stricha 2005, S. 9–18). Er verfasste seinen Beitrag in den Tagen, als Janukowitsch gerade 27 Beschwerdebände beim Zentralen Wahlkomitee eingereicht hatte. Der Verfasser äußert sich kritisch und detailliert zum Wahlkampf und zu den beiden Kandidaten. Dabei geht er auf die beiden Gruppen Juschtschenkos und Julia Timoschenkos ein, die demokratische Veränderungen anstrebten und ein demokratisches Leben nach europäischen Standards herbeiwünschten. Hinter Janukowitsch hingegen, schreibt Stricha, stünde ein riesiger repressiver Staatsapparat sowie erhebliches Kapital der Oligarchen. Die Oligarchen ließen indes ihren Kandidaten fallen, als sie minimale Garantien erhielten, ihre Pfründen – wenn auch in beschränktem Ausmaß – doch noch behalten zu können. Interessant schildert Stricha auch die Vereidigung Juschtschenkos auf das Evangelium von Peresopnyzja, der ältesten ostslawischen Übersetzung des Evangeliums aus dem 16. Jahrhundert, verfasst in altukrainischer Sprache. Eine Sprache, die sich bereits unter reformatorischem Einfluss auf die Volkssprache stützte und Mundartelemente aus der Westukraine aufweist. Dabei hatte der Gegenkandidat Janukowitsch in den ukrainischen orthodoxen Kirchen des Moskauer Patriarchats die Kunde verbreiten lassen, Juschtschenko sei ein Ungläubiger, der im Falle seines Sieges das Kiewer Höhlenkloster (die Lawra) sowie das Wallfahrtskloster von Potchajiw im östlichen Podolien in Konzentrationslager für orthodoxe Gläubige verwandeln würde (vgl. Turij 2005, S. 261–266).

DEUTLICHE UNTERSTÜTZUNG VON JUSCHTSCHENKO

Die Literaturelite der Ukraine hat einen maßgeblichen Beitrag zur Unterstützung von Viktor Juschtschenko geleistet. Diese Unterstützung bestand vor allem aus einer Reihe von umfangreichen Erklärungen, die in der Wochenzeitschrift Literaturna Ukrainia veröffentlicht wurden. Die Erklärung anlässlich des ersten Wahltermins am 31. Oktober 2004 schloss mit den Worten: „Sagt der volksfeindlichen Macht am 31. Oktober NEIN!! Wählt Juschtschenko! Es lebe die Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit.“ Die Erklärung trug die Unterzeichnung: „Nationaler Rat der Schriftsteller der Ukraine.“

Am 11. November 2004 folgte eine zweite Erklärung in der Wochenzeitschrift Literaturna Ukrainia, die sich an alle Bürgerorganisationen, politischen Parteien, Kunstvereine und die ukrainische gebildete Schicht wandte. Darin wurde auf den von Janukowitsch ausgeübten Druck auf Wählerinnen und Wähler eingegangen und betont, dass sich die ukrainischen Zentralgebiete für Juschtschenko und damit die Einheit der Ukraine entschieden hätten. Diese Erklärung ging auf die Versuche Janukowitschs ein, die Ukraine in einen westlichen und östlichen Teil zu spalten, sowie eine doppelte Staatsangehörigkeit einzuführen. Die Schriftsteller sprachen sich in diesem Dokument für eine geistige Wiedergeburt aller Ethnien und Nationalgruppen in einem gemeinsamen ukrainischen Staat aus und wehrten sich gegen die Spaltung der ukrainischen Gesellschaft durch eine herrschende Clique, die nur das Ziel verfolgte, die Unabhängigkeit der Ukraine abzuschaffen.

In dieser Erklärung wird zudem betont, dass es Bestrebungen gebe, die Ukraine zu einem Randgebiet des russischen Imperiums zu machen. Es wird hinzugefügt, dass Wladimir Putin die Staatsduma bereits aufgefordert hätte, Janukowitschs Vorschlag einer doppelten Staatsangehörigkeit zu prüfen. Dies hätte Konsequenzen für junge ukrainische Männer gehabt, im Tschetschenienkrieg als Soldaten eingesetzt zu werden. Wörtlich heißt es in dieser Erklärung:

„Bürger der Ukraine, die ihr Kinder und Enkel habt! Seid auf der Hut! Vor euch stehen die Verwirklichung der Verfassungsordnung in Tschetschenien sowie, friedensstiftende Operationen im Kaukasus!“

Eine veröffentlichte Erklärung russisch schreibender Autoren der Ukraine, die sich für den Kandidaten Juschtschenko aussprach, sollte ebenfalls noch Erwähnung finden. Auch sie wurde in der Wochenzeitschrift des Schriftstellerverbandes veröffentlicht. Unter den Namen der Unterzeichner steht auch der in Deutschland wohlbekannte Autor Andrej Kurkow. Auch die in Charkow erscheinende Literaturzeitschrift Beresil – die alte ukrainische Bezeichnung für den Monat März – hatte mit einer laufenden Wahlchronik etliche Monate ihre Leserinnen und Leser in durchaus demokratischer Absicht mit interessantem Material über die Geschehnisse in Kiew und auf dem Maidan versorgt. Eine Gruppe junger Autoren, mit dem Dichter und Satiriker Serhij Zhadan an der Spitze, sowie junger Künstler aus dem Charkower Milieu hatte sich ungeachtet des Drucks der Janukowitsch-treuen Stadtväter Charkows nach Kiew aufgemacht, um sich der demokratischen Bewegung auf dem Maidan anzuschließen.

LITERATUR

Die nachfolgenden und im Beitrag zitierten Artikel zur Gesellschaftspolitik wurden in der Kiewer Monatsschrift Sutschasnist (Die Gegenwart) im Laufe des Jahres 2005 veröffentlicht:

Serhij Hrabovskij: TAK, revoluzija! (Ja, Revolution!).

Leonid Kapeljuschnyj: Format Nadiji. (Das Format der Hoffnung).

Wiktor Kaspruk: Ukrainia: Na schljachu do revoluziji rozwytku. (Die Ukraine auf dem Weg der Entwicklung).

Mychajlyna Kozjubynska: Mu na Majdani i Majdan u naschych duschach. (Wir sind auf dem Majdan, der Majdan ist in unseren Seelen.).

Anatolij Rusnatschenko: Z pohljadu istoryka i sutschasnyka: 2004 rik w Ukraini. (Ansicht eines Historikers: das Jahr 2004 in der Ukraine).

Leonid Schulman: Jakoji ekonomitschnoji polityky ja tschekaw by wid administracijy Juschtschenka. (Welche Wirtschaftspolitik würde ich von der Administration Juschtschenkos erwarten?).

Maxym Stricha: Ukrajinski wybory: do i pislja. (Wahlen in der Ukraine: davor und danach.).

Oleh Turij: Wie Religion ins Spiel kam. Die Kirchen und die „Orangene Revolution“ in der Ukraine. In: Herder Korrespondenz, Heft 5/2005, S.261–266.

ANMERKUNGEN

¹ „Tauwetter“ ist die Bezeichnung für die Zeit nach Stalins Tod in der sowjetischen Kulturpolitik. Die Phase wurde nach einem Kurzroman von Ilja Ehrenburg benannt. Dieser kurze Zeitraum brachte für das Kulturleben der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten eine weniger streng gehandhabte ideologische Reglementierung mit sich.

² Taras Hryhorowitsch Schewtschenko (1814–1861) war ein bedeutender Dichter der Ukraine. Er schrieb Werke mit unverhüllt rebellischem Unterton und wurde mit seinem Stil zum Prototypen des ukrainischen Romantikers. Tara Schewtschenko wird in der Ukraine als die bedeutendste historische literarische Gestalt verehrt. Gedichte aus seiner Gedichtsammlung „Kobsar“ sind bis heute im Bewusstsein aller Generationen und Gesellschaftsschichten tief verankert.

UNSERE AUTORIN



Dr. Anna-Halja Horbatsch wurde in Brodina, einem Bergort in den bukowinischen Karpaten in einer deutsch-ukrainischen Familie geboren. Nach der Zwangsumsiedlung im Jahre 1940 studierte sie

nach dem Kriegsende Slawische Philologie und Ostromanistik sowie Osteuropäische Geschichte. Noch während ihres Studiums begann Anna-Halja Horbatsch mit der Übersetzung ukrainischer Literatur ins Deutsche. Sie übersetzte und veröffentlichte eine Reihe von Anthologien ukrainischer Prosa und Lyrik sowie Texte der Bürgerrechtsbewegung. Seit 1995 betreibt sie einen eigenen kleinen Verlag (Brodina Verlag). Anna-Halja Horbatsch ist Mitglied der Ukrainisten Assoziation (Sitz in Berlin) sowie der Deutsch-Ukrainischen Gesellschaft Heidelberg.

Die Ukraine unter Kutschma

SERHIJ V. MOROZENKO

Die Ukraine war nach Russland die reichste Republik der ehemaligen Sowjetunion. In den 1990er-Jahren hingegen konnte die Ukraine in keinem einzigen Jahr ein positives Wirtschaftswachstum verbuchen. Versäumte Wirtschaftsreformen und ein unzureichendes marktwirtschaftliches Gesamtkonzept begünstigten den systematischen Machtausbau der Oligarchen im Zuge der Transformation. Am Ende der Amtszeit von Kutschma hatte sich in der Ukraine ein ausgeprägtes Oligarchensystem herausgebildet. Die Entwicklung von der Planwirtschaft zur Clanwirtschaft war vollzogen. Die unkontrollierte Macht einiger weniger Clans führte zu Machtmissbrauch, Korruption, Rechtsunsicherheit und zwangsläufig zu Strukturen Organisierter Kriminalität, die bis in höchste Regierungskreise hineinreichen. Eine Verschränkung wirtschaftlicher und politischer Interessen ist auf nahezu allen Ebenen festzustellen. Für Juschtschenko wird es zu einer der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben gehören, die Macht und den Einfluss der Oligarchen in einer demokratisch verfassten Ukraine einzudämmen, gleichzeitig in einem Balanceakt aber deren Investitionskraft nicht zu verlieren. Red.

KORRUPTION UND ORGANISIERTE KRIMINALITÄT BELASTEN DIE UKRAINE

Es gibt Themen, die wegen ihrer Brisanz oder Konjunktur auf ein besonderes Interesse stoßen. Die Probleme der Korruption und der Organisierten Kriminalität gehören gewiss dazu. Die historische Entwicklung zeigt, dass diese zwei Plagen eine missliche Begleiterscheinung der menschlichen Zivilisation sind. Allerdings zeigt die historische Erfahrung auch, dass diese Erscheinungen bekämpft werden können und müssen; ansonsten bringen sie Staaten und Gesellschaften an den Rand des Ruins.

Einen solchen Fall stellt gegenwärtig die Ukraine dar. Nach dem Untergang des Sozialismus wurde einer der reichsten und zukunftsreichsten Staaten Osteuropas binnen eines knappen Jahrzehnts zu einem armen und wirtschaftlich perspektivlosen Staat. Mittelweile ist offensichtlich, dass ohne eine rasche Bekämpfung der Korruption und Organisierten Kriminalität die Ukraine keine ökonomische Perspektive hat.

In der westlichen Welt ist es trotz aller zugänglichen Informationen schwer, sich vorzustellen, wie weit die Krebsgeschwüre Korruption und Organisierte Kriminalität den ukrainischen Staat und seine Gesellschaft bereits ergriffen haben. Die Untersuchung des Problems ist im Lande selbst zu einem riskanten Unterfangen geworden. Gezielte Morde an Parlamentsabge-

ordneten, Journalisten, Mitarbeitern der Rechtsschutzorgane und Publizisten gehen auf das Konto der Organisierten Kriminalität.

NACH DEN WAHLEN – KEINE BESSERUNG IN SICHT

Die Wahl des neuen Präsidenten Viktor Juschtschenko hat bis jetzt wenig positive Ergebnisse gebracht. Die Lage ist genauso prekär wie früher. Das Land ist ausgeraubt und ausgeblutet, der Staat ist korrupt und die in die Organisierte Kriminalität involvierten Clans regieren Politik und Wirtschaft.¹ Bereits 1999 hatte der erfolgreichste ukrainische Mafia-Jäger, Oberst Grigorij Omelchenko, in einem Vortrag vor dem ukrainischen Parlament festgestellt: „Solange die Ukraine nicht den Weg Südkoreas geht und solange unsere zwei Präsidenten, Leonid Krawtschuk und Leonid Kutschma, sich nicht auf die Anklagebank setzen, werden wir nicht aus diesem schrecklichen Loch herauskommen.“ Omelchenko will dies nicht als Rache verstanden wissen, sondern erklärt diese Forderung mit seiner umfangreichen Erfahrung: „Es ist notwendig, sowohl für die Reinigung der Situation als auch jedem Kandidaten auf dem Posten des Präsidenten, Premierministers und Parlamentsabgeordneten zu zeigen, dass der erbarmungslose Moment der Verantwortung kommen kann und dass Verbrecher bestraft werden können, wie Machtinhaber in Südkorea und in anderen Ländern bestraft wurden.“²

Die Ukraine ist jedoch von der südkoreanischen Lösung des Problems weit entfernt. Der Staat und die Gesellschaft sind durch Korruption und durch die Organisierte Kriminalität stark unterwandert und weitgehend kriminalisiert worden. Die Kriminalität bzw. das Organisierte Verbrechen sind zu einem dominierenden Faktor der politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und alltäglichen Aktivitäten geworden. Korruption und Organisierte Kriminalität sind zusammengewachsen und agieren als einheitliches System. Dies geschah in der Periode der Präsidentschaft Kutschmas.

DAS KRIMINELLE SYSTEM KUTSCHMAS

Die wichtigen Bestandteile des kriminellen Systems unter Kutschma waren – in bekannter kommunistischer Tradition – der Personenkult, die grobe Missachtung der Gesetze der Marktwirtschaft sowie eine starke Einschränkung bürgerlicher Freiheiten. Der mittelmäßige ehemalige Parteifunktionär Kutschma mit dem Spitzname „Suslik“ („Wiesel“), der sich als ehemaliger Parlamentsabgeordneter nie in den parlamentarischen Sitzungen geäußert hatte, wurde zum Herrscher nach dem Vorbild der russischen Zaren. Er entwickelte sich zu einem Staatsmann, der keine Kritik duldet. Die Massenmedien wurden unter Druck gesetzt, die Freiheiten der Bürger wurden stark beschnitten, es kam somit zu einer Diktatur des präsidentiellen Apparats, die im Grunde genommen einer

Spielart der Organisierten Kriminalität gleichkam.³ Kutschma glaubte an seine Unantastbarkeit und Straffreiheit so sehr, dass er keine großen Anstrengungen unternahm, seine kriminellen Taten zu verheimlichen oder zu vertuschen. So wurde 1998 bekannt, dass er staatliche Gelder in Höhe von 28 Millionen US-Dollar für den Bau eines privaten Palais in Kyiv verwendet hatte.⁴ Erst ein Jahr später, am 15. Juli 1999, erhielt die Werchowna Rada, das ukrainische Parlament, die Information über die Plünderung der Staatskasse. Es stellte sich heraus, dass Kutschma bereits während seiner Amtsperiode als Premierminister durch Amtsmissbrauch mehrere Millionen US-Dollar unterschlagen hatte.⁵ Dafür wurde Kutschma nie bestraft und rückblickend betrachtet, waren diese Aktivitäten nur die Vorbereitung für die kriminelle Karriere als Staatspräsident.

ALLES IST KÄUFLICH

Die Kutschma-Ära hat in der ukrainischen Geschichte keine Parallelen.⁶ Deshalb ist das Phänomen des „Kutschmismus“ einmalig. Diese historische Erscheinung charakterisiert die kriminelle Unterwanderung der Staats-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Wertsysteme durch die Korruption des politischen, ökonomischen und öffentlichen Lebens sowie die Übernahme von Teilen der Wirtschaft durch Gruppierungen der Organisierten Kriminalität. Am Ende der Kutschma-Ära existierte ein Staat, in welchem nur die korrupten Beziehungen und die kriminellen Seilschaften Kraft besaßen. Die Volkswirtschaft, die Naturschätze und das Leben Einzelner wurden zum Eigentum der Oligarchen-Clans. Alle in dieses System Eingebundene, selbst Kleinkriminelle und unter- bzw. nachgeordnete kriminelle Clanmitglieder sind Marionetten der mächtigen Mafiabosse. Der Staat mit seinem politischen und administrativen System, mit der scheinbar demokratischen Staatsordnung und mit seinem nur dekorativen und anscheinend für alle gleichen Rechtsschutz-, Finanz- und Steuersystem sowie mit dem „unkäuflichen“ Staatssicherheitsdienst, dem Zoll und anderen Organen ist nur eine Attrappe, die westliche Institutionen bloß äußerlich imitiert. Genauso ist es mit der Marktwirtschaft, die nur für Auserwählte funktioniert, in ihrem Geschehen undurchsichtig bleibt und in ihrem Funktionieren nie vorhersehbar ist. Feudalistische Strukturen und Willkür prägen die ökonomische Ordnung. Die wirtschaftliche Maxime auf diesem Markt heißt: „Alles ist käuflich und nichts ist umsonst zu haben. Auch dann nicht, wenn die Gesetze dies ausdrücklich proklamieren“. Nicht zuletzt deshalb sorgt die Ukraine ständig für negative Schlagzeilen in den Medien und vermittelt ein kränkliches Bild in der Öffentlichkeit: „Die Ukraine ist so groß – und so schwach“, betonte die in London erscheinende Zeitschrift „Economist“. „Die Ukraine könnte eine führende Industrienation Europas sein (...), stattdessen ist sie eine peinliche Belästigung“, unterstrich das US-Magazin „Time“.

KUTSCHMA – STAATSMANN ODER KRIMINELLER?

Die Rolle Kutschmas in diesen Prozessen ist sehr aufschlussreich. Die Folgen der 14-jährigen Herrschaft von Kutschma sind für die Ukraine desolat. Das Land und seine Gesellschaft wurden ausnahmslos kriminalisiert. Das von Kutschma aufgebaute System wird in der Ukraine als „kriminelles Clanregime“ charakterisiert (Dmytro Čobit, Parlamentsabgeordnete).⁷ Das System war gekennzeichnet durch die Alleinherrschaft des Präsidenten bei gleichzeitiger Diktatur krimineller Oligarchen. Die Wirtschaft des Landes wurde unter den Clans aufgeteilt, mafiöse Paten wurden zu den eigentlichen Herren der Ukraine.⁸

Ukrainische Staatsbürger wissen, dass ihre Interessen überhaupt nicht geschützt sind und dass die Rechtsstaatlichkeit nur auf dem Papier existiert. Falls Rechtshilfe gebraucht wird, muss sie im jeweiligen konkreten Fall erkauf werden.⁹ Das „Telefonrecht“ ist nach dem Untergang der Sowjetunion nicht schwächer, sondern viel stärker geworden. Damit ist der Anruf aus den Amtsstuben gemeint: Die höchste Kraft im Staat besitzt der Telefonanruf aus dem Präsidentenam. Dieser Anruf steht unvergleichbar höher als das Gesetz.¹⁰ Freiheiten existieren nur in Rahmen der Loyalität zur Macht. Nicht weniger als 55 Prozent der Volkswirtschaft sind dem Bereich der Schwarz- und Schattenwirtschaft zuzuordnen. Die Ausrichtung der Wirtschaft ist antistaatlich und antisozial.¹¹

Die Ukraine ist unter Kutschma ausgeplündert worden. Bis zu 40 Prozent der Bevölkerung wurden arbeitslos, davon zwei Drittel Frauen. Menschen sind aus ihrem Land vertrieben worden: Millionen sind ausgewandert, jeder fünfte Ukrainer arbeitet im Ausland. Korruption, Schattenwirtschaft, Organisierte Kriminalität und Kapitalflucht sind die wichtigsten Merkmale der gegenwärtigen ökonomischen Situation. Der Staat wird von den Oligarchen geführt. An der Spitze von ca. 300 Millionären stand Präsident Kutschma.¹² Auch nach der Präsidentschaftswahl gibt es bis heute keine gravierenden Änderungen und Kutschma behält weiterhin seine starke Position.

DER FALL GEORGI GONGADSE

Während in anderen osteuropäischen Staaten in der Transformationsphase demokratische Prinzipien allmählich Fuß fassten, verschlechterte sich die Situation in der Ukraine. Kutschma spielte bei der Unterdrückung demokratischer Strukturen eine führende Rolle. Wer seine Stimme laut gegen den Sumpf von Korruption, Insiderwirtschaft und Clan-Fehden erhob, wurde bedroht oder gar umgebracht.¹³ So löste der bestialische Mord an dem Journalisten Georgi Gongadse landesweite Empörung aus. Der Fall Gongadse wurde auch „Kutschma-Gate“ genannt, weil er den Präsidenten letztendlich zu Fall brachte.¹⁴ Seine engsten Mitarbeiter, wie der Ex-Innenminister Krawtschenko, beschuldigten Kutschma des Verbrechens gegen die Marktwirtschaft, gegen die Demokratie und die Menschlichkeit.¹⁵

Die Tatsache, dass Kutschma nach dem Selbstmord bzw. Mord des Ex-Innenministers Krawt-

schenko, der zur Aufklärung des Mordes an Gongadze beitragen sollte, doch aus Tschechien in die Ukraine zurückgekehrt ist, erklärt sich nicht durch seine Mut, sondern durch seine Aussichtslosigkeit, aber auch Arroganz: Kutschma hat in der Ukraine sehr viel zu verlieren. Außerdem gibt es nicht so viele Länder, die ihm ein Exil gewähren würden.¹⁶ Nicht zuletzt sieht es so aus, dass Kutschma seitens der gegenwärtigen Regierung Immunität zugesagt wurde. Kutschma ist wahrscheinlich eine einmalige Erscheinung in dieser Welt. Er war der Präsident des Landes, an dessen Fähigkeit zu überleben und sich durchzusetzen er nie glaubte. Außerdem blieb für ihn die Staatssprache, d.h. die ukrainische Sprache, eine Fremdsprache.¹⁷

ERPRESSBARE STAATSMACHT

Kutschma wurde zum Paradebeispiel des Funktionierens des erpresserischen Machtsystems in der Ukraine. Diese Spielart erpresserischer Macht setzt voraus, dass Menschen mit Machtbefugnissen bereits vor dem Amtsantritt bedeutende Fehler gemacht haben und deshalb erpressbar sind. Um sie ständig an kurzer Leine zu halten, wird ebenso dafür gesorgt, dass solche Amtsträger stetig weitere kleine und grobe Fehler oder Verbrechen begehen. Dann sind sie die besten Amtsträger für die führende Elite, die im Hintergrund die Strippen zieht.

Spätestens seit der Veröffentlichung der Gespräche aus dem Amtssitz des Präsidenten mit seinen Mittätern durch Major M. Melnychenko wurde der Öffentlichkeit klar, dass der Präsident zu einer leichten Beute für die „Falken“ in seiner Umgebung geworden war.

Kutschma wurde im Unterschied zu anderen bestechlichen Staatsführern nicht nur der ungeheuren Korruption, sondern auch blutiger Verbrechen beschuldigt. Diese Tatsache machte den ukrainischen Präsidenten Kutschma zu einer Marionette. Mit der ständigen Drohung, den Verbrecher im präsidialen Sessel gerichtlich verfolgen zu können, konnten „Freunde“ und die Opposition ihn ständig einschüchtern. Außerdem konnte ein solcher Präsident ausschließlich loyal zu Moskau stehen, weil ihm sonst die völlige Isolation drohte.¹⁸ Der Skandal um die Ermordung Gongadses bildete bei seinem außerordentlichen kriminellen Charakter jedoch nur einen Mosaikstein im Mechanismus der Erpressung des kriminell Gewordenen. Die Logik des Erpressungssystems war unerbittlich: Der Präsident sollte weiterhin „sündigen“ und Verbrechen begehen, um seine Macht erhalten zu können. Nur dann wurde er von seinen Anhängern sowie von der Opposition unterstützt. Nur so funktioniert nämlich der Erpressungsstaat.¹⁹ In dieses System wurde nicht nur Kutschma involviert, sondern auch zahlreiche hochrangige Politiker und Staatsangestellte. Die Grenzen dieses Systems bzw. das Ausmaß der Verwicklung der Staatselite in diese kriminellen Mechanismen sind noch unabsehbar.

ERPRESSUNGSSTAAT GREIFT AUCH IM PRIVATEN BEREICH

Der Erpressungsstaat offenbart sich nicht nur durch Überwachung, Lauschangriffe und die

Bespitzelung seitens der unterschiedlichsten Behörden. Auch private Strukturen sind durch das Bespitzeln ihrer wahren oder potenziellen Partner, Konkurrenten oder auch Behörden gekennzeichnet. Das Ziel ist die Sammlung von kompromittierenden Materialien, die als Druckmittel verwendet werden können.²⁰ Es wird in der Ukraine immer öfter festgestellt, dass „heutzutage alle von allen abgehört werden“ und dass diese Situation trotz neuer Machtverhältnisse weiterhin besteht.²¹

KRIMINELLE MACHENSCHAFTEN IN ENGSTER UMGEBUNG

Die engste Umgebung Kutschmas war ebenso höchst kriminell. Seine Tochter Olena, ihr Ehemann Pintchuk, sowie Gorbunin, der Sekretär des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung, Derkach, der Chef des Geheimdienstes SBU, und insbesondere Volkov, der persönliche Berater des Präsidenten, und Tschernyshow, Chef des ukrainischen Zollamtes, waren stets in Korruption und illegale Geschäfte involviert und besaßen widerrechtlich Konten und Immobilien im Ausland. Kutschma verteidigte sie alle trotz eindeutiger Beschuldigungen seitens der Presse und der Rechtsschutzorgane.²²

EIN STAAT WIRD RUINIERT

Der Tatbestand, dass die Ukraine heute zu den ärmsten Ländern Europas gehört, ist das „Verdienst“ der bisherigen ukrainischen Präsidenten Krawtschuk und Kutschma, die maßgeblich an der Ausbeutung und dem ökonomischen Ruin des Staates beteiligt waren. Besonders Kutschma brachte im Laufe eines guten Jahrzehnts die Wirtschaft der Ukraine zum Ausbluten. Die ehemalige Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik war der wichtigste Kohle- und Getreidelieferant und ein Zentrum der Hochtechnologie in den Bereichen Energie, Metallurgie, Petrochemie und Maschinenbau.²³ Heute ist nichts davon geblieben. In Folge der kriminellen Privatisierung – die objektiv betrachtet einer kolossalen De-Industrialisierung gleichkommt – ist dieses wirtschaftliche Potenzial verloren gegangen.

DIE UNKONTROLLIERBARE NOMENKLATURA

Die Korruption entstand in der Ukraine gewiss nicht erst gestern. Präsident Kutschma war ein Kind des sowjetischen Parteiensystems, in dem die Nomenklatura „Herr im Hause“ war. Der Untergang der UdSSR und das Entstehen der unabhängigen Ukraine machte diese Nomenklatura unkontrollierbar. Sie hatte, nach den ersten Jahren schüchternen krimineller Versuche der Ausraubung des Staates, schnell begriffen, dass weder im Lande, noch im Ausland jemand ernsthaft bereit ist, sie zu kontrollieren oder ihnen Einhalt zu gebieten. Sie wurde immer frecher und angriffslustiger. Das allgemeine duldsame Schweigen der ukrainischen Bevölkerung sowie die oft unreflektierte Haltung des Auslandes, das sich am häufigsten

seine Ruhe mit Krediten und Spenden an die Ukraine erkaufen wollte, – die später zum Teil als kriminelles Kapital ins Ausland zurückflossen – brachten den ukrainischen Staat in einen Zustand allgemeiner Kriminalisierung, die nicht von unten, sondern von oben kam: Staatsmacht, Staatsorgane, Wirtschaft und die Verwaltung wurden völlig kriminalisiert – ungeachtet der Tatsache, dass einige wenige Staatsangestellte sich doch widerstandsfähig zeigten.

KRIMINALISIERUNG INFOLGE DER SYSTEMTRANSFORMATION

Im ganzen osteuropäischen Raum zeitigte der Transformationsprozess ähnliche Ergebnisse: „Die Eliten haben gewonnen, die Bevölkerung hat verloren.“²⁴ Jedoch gibt es einen riesigen Unterschied zwischen den Eliten bzw. Oligarchen in anderen postsozialistischen und post-sowjetischen Staaten und der Ukraine. In allen anderen Ländern investieren die „neuen Rei-

chen“ in die Wirtschaft ihres Landes, aber in der Ukraine eben nicht. Der typische Oligarch der Ukraine ist deshalb ein Offshore-Investor. Als Verkörperung dieses Typs kann Surkis betrachtet werden, dessen einzige offizielle Funktion die des Präsidenten des Fußballclubs Dynamo Kyiv ist.²⁵

Die Gründe für die Kriminalisierung des Staates infolge der Systemtransformation sind ebenso in der Tatsache zu suchen, dass die radikalen Reformer der Ukraine sich nie mit der Wirtschaft, sondern mit der Ideologie beschäftigten. In der Anfangsphase gab es keine Wirtschaftsreformer wie in den anderen ehemaligen Ostblockländern. Deshalb war es für die Vertreter der „Schattenwirtschaft“ sehr einfach, zu den eigentlichen Eigentümern und Machthabern des Staates aufzusteigen. Außerdem spielten die Staatsinteressen bzw. außerwirtschaftliche Prioritäten bis vor kurzem keine bedeutende Rolle in der ukrainischen Politik.²⁶ Deshalb wurde 1994 sowie 1999 nicht über die Volkswirtschaft, sondern über die Ideologie

debattiert und entschieden. Die antikommunistische Auseinandersetzung brachte bei der Stichwahl 1999 über 75 Prozent Wahlbeteiligung und später den Sieg für Kutschma über Simonenko, obwohl ein konsequenter Richtungswechsel gar nicht zur Debatte stand. Simonenko und Kutschma waren nichts anderes als Kontrahenten, die seit der Perestroika den Platz der hegemonialen Clique der kommunistischen Partei übernommen hatten. Das Land wird seitdem von einem Konglomerat sich bekämpfender Gruppen, Cliquen und Banden beherrscht.²⁷ Die Gruppierung um Kutschma, die 1994 und 1999 das Rennen um die Vorherrschaft gewonnen hatte, ist die mächtigste von ihnen.

DIKTATUR DER KORRUPTION IN DER UKRAINE

Eine unerträgliche Hinterlassenschaft der Kutschma-Ära ist die allumfassende und grassierende Korruption (vgl. Tabelle 1) Sie hat sowohl

TABELLE 1: PREISLISTE DER BESTECHUNGSGELDER SOWIE DER KORRUPTIONSDIENSTE

Nr.	„Dienste“	„Preis“ und Aufwand
I.	PRÄSIDENT	
I.1	Erhalten eines Termins beim Präsidenten	\$ 20.000
I.2	Präsidentenerlass	Ca. 1. Mio. UAH
II	PARLAMENT	
II.1	Verabschiedung einer Gesetzesänderung	\$ 1 Mio. bis \$ 10 Mio.
II.2	Verabschiedung eines Gesetzes auf Bestellung	Ca. \$ 10 Mio.
III	RECHTSSCHUTZORGANE, VERKEHRSPOLIZEI	
III.1	Freikaufen von der Miliz bei Festnahme wegen Trunkenheit	\$ 10 bis \$ 20
III.2	Begleitung eines betrunkenen Kfz-Fahrers nach Hause, ohne Protokoll	\$ 40 bis \$ 200
III.3	Freikaufen bei Festnahme für das Steuern eines Kfz im betrunkenen Zustand	\$ 100 bis \$ 300
III.4	Überschreitung des Tempolimits sowie andere Verstöße gegen Verkehrsregeln, ohne Protokoll	5 bis 50 UAH
III.5	Grundlose Schließung einer Kriminalakte	\$ 1.000 bis \$ 10.000
IV	GERICHT	
IV.1	Grundlose Freisprechung	\$ 1.000 bis \$ 10.000
IV.2	Rückgabe der Kriminalakte zur Wiederholung der Untersuchung	\$ 1.000 bis \$ 7.000
IV.3	Verringerung der Bewährungsfrist bei Schuldspruch: Für jedes Jahr	\$ 500 bis \$ 1.500
IV.4	Milderung der Straftat (z.B. Verpflichtung, den Wohnort nicht zu verlassen anstatt Inhaftierung)	\$ 500 bis \$ 2.000
V	BILDUNG	
V.1	Immatrikulation an einer Universität	Durchschnittlich \$ 3.000
V.2	Immatrikulation an einer medizinischen Universität	\$ 10.000 bis \$ 12.000
V.3	Immatrikulation an einer Milizakademie	Min. 7.000 UAH
V.4	Aufnahmeprüfungen für die Juristische Fakultät der Nationalen Staatsuniversität T. Hr. Ševčenko, Kyiv (Eliteuniversität)	\$ 5.000 pro Prüfung. Insgesamt: vier Prüfungen, d.h. \$ 20.000
V.5	Immatrikulation an Prestigeuniversitäten, Akademien und Instituten, d.h. mit einem Berufsprofil, das „zusätzliche“ Verdienstmöglichkeiten bietet (z.B. Grenztruppen, Zoll, Miliz und für materielle Werte haftende Fachleute) a) Männer bzw. männliche Abiturienten b) Frauen bzw. weibliche Abiturienten	In Spitzenzeiten werden Auktionen veranstaltet und dann bietet auch die exorbitante Summe von \$ 25.000 keine Garantie für eine Immatrikulation. 7.000 bis 8.000 UAH 12. bis 13.000 UAH
V.6	Testat an einer Universität oder an einem Institut (außer medizinische Lehranstalt, an der die Preise viel höher sind)	30 UAH bis \$ 100
V.7	Prüfung (bei einer Gruppenprüfung sind die Preise niedriger, bei einer wiederholten Prüfung sind sie höher)	\$ 30 bis \$ 300
V.8	Promotion	\$ 2.000 bis \$ 3.000
V.9	Habilitation	Bis \$ 100.000

Nr.	„Dienste“	„Preis“ und Aufwand
VI	ARMEE	
VI.1	Befreiung vom Wehrdienst	\$ 500 bis \$ 2.500
VI.2	Aufnahme in die Truppen, die für friedensstiftende Maßnahmen international eingesetzt werden	Ab \$ 3.000
VII	BEHÖRDEN	
VII.1	Bestechungsgelder in den Finanz- und Steuerbehörden	Min. 50% des Bußgelds
VII.2	Zusätzliche Zahlung bei der Registrierung eines Unternehmens	\$ 200
VIII	DAS LEBEN DER MILIZ VON INNEN	
VIII.1	Von jedem LKW „muss“ jeder Verkehrspolizist erhalten	10 UAH
VIII.2	Jeder Verkehrspolizist muss pro Arbeitstag (8 Stunden) an seinen Vorgesetzten zahlen: a) Dem Abteilungsleiter (in der Stadt); b) Dem Abteilungsleiter (außerhalb der Stadtgrenze); c) Bei der Kontrolle durch den Vorgesetzten; d) Buße bei Dienstverfehlungen (z.B. ein fehlerhaftes Zitieren der Dienststatuten).	10 UAH 20 UAH 20 UAH 10 UAH jedem sowie Tanken des Wagens. Tanken des Wagens der Kontrolleure und Bezahlung des Mittag- bzw. Abendessens.
VIII.3	Übliche Geburtstagsgeschenke für Vorgesetzte (von jedem Angestellten): a) Bezirksabteilungen an ihren Chef; b) Stadtabteilungen an ihren Chef; c) Gebietsverwaltung an ihren Chef.	\$ 100 Ab \$ 300 Ab \$ 1000
IX	VERPFLEGUNGSPAKET FÜR KONTROLLKOMMISSIONEN (Innenministerium):	Für jeden der Kontrolleure.
	1. Auto volltanken; 2. Geld; 3. Tasche mit folgenden Komponenten: a) Körniger Kaviar (eine Dose mit schwarzem und eine mit rotem Kaviar); b) Eine Dose mit Oliven; c) Eine Flasche guten Wodkas; d) Eine Flasche guten Cognacs; e) Eine Flasche guten Weins; f) Mindestens fünf Sorten teurer Räucherwurst; g) Balyk oder Keule; h) Geräuchertes Bruststück; i) Eine Dose löslichen Kaffees; j) Früchte aller Art nach Jahreszeit + Bananen und Orangen; k) Ergänzungen nach den Wünschen der Kontrolleure; 4. Ein Sack Zucker; 5. Ein Sack Buchweizen; 6. Der Kühlschrank der Kontrolleure muss während der Aktion ständig voll mit auserlesenen Lebensmitteln und Alkoholgetränken sein; 7. (Zusatzprogramm für Kontrolleure aus der 1. bzw. Sonderabteilung)	Die Kontrollen sind häufig, die „Vorbereitung“ zu diesen Kontrollen nimmt 2/3 der Arbeitszeit sowie bedeutende Summen aus der Tasche der Angestellten in Anspruch. Frauen
X	GESUNDHEITSWESEN	
X.1	Das kostenlose Gesundheitssystem existiert in Wirklichkeit überhaupt nicht. Jede Leistung oder auch Zuwendung kostet viel Geld. Die teuersten Leistungen: Frauenheilkunde und Chirurgie.	Von einer Packung Pralinen bzw. ein Paar UAH bis Tausende \$
X.2	Geburtshilfe	Min. \$ 50
X.3	Anästhesie	Min. \$ 30
X.4	Operation	Min. \$ 300

die Elite kriminell gemacht, als auch den Staat rechtswidrig gestaltet. Seit den letzten Jahren der UdSSR und – mehr noch – in der Periode der Unabhängigkeit haben die ehemaligen Parteifunktionäre und die heutigen Machtinhaber, die gewöhnlichen Kriminellen und die regionalen Potentaten tonangebende Formationen der Organisierten Kriminalität gegründet und rauben Staat und Volk ständig aus.

Das augenfälligste Beispiel dieser Aktivitäten bleibt – zusammen mit Kutschma – der ehemalige Ministerpräsident Lazarenko, der später aus Macht- und Geldgier zu einem Rivalen Kutschmas wurde. Eine unbedachte oder (genauer betrachtet) realitätsfremde Tat von Lazarenko führte zu seiner Entlarvung, weil er kompromittierende bzw. desavouierende Informationen über alle Politiker und Oligarchen in der Ukrai-

ne zusammengestellt hatte. Dieses Material kommt – wie bereits erwähnt – als Mittel im politischen oder wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zum Einsatz.²⁸ Lazarenko musste sich deshalb vor einem Gericht in San Francisco wegen Geldwäsche (von 114 Millionen US-Dollar) und weiterer 28 Delikte verantworten. Dieser Prozess brachte die dunkle Seite der Grabenkämpfe und der Korruption der ukrainischen Elite ans Licht. Jedoch wird Lazarenko im Moment eingewaschen.²⁹

DER AKTIVE CHARAKTER DER KORRUPTION

Korruption hat in der Ukraine einen aktiven Charakter. Gewiss nehmen Politiker, Beamten,

Verwaltungs- und Staatsangestellte Geschenke und Gelder, falls ihnen solche angeboten werden. Hier kommt die so genannte „passive Korruption“ zum Ausdruck. Gleichwohl ist dieses „Gelegenheitsmuster“ zweitrangig. Jedoch sind die Staatsbediensteten weit davon entfernt, zu sitzen und abzuwarten, bis jemand etwas anbietet. Unter Kutschma wurde die Korruption von einer passiven zu einer aktiven Erscheinung. Diese aktive Form der Korruption hat alle Charakterzüge der Organisierten Kriminalität. Seit den Zeiten Kutschmas werden Gesetze und Vorschriften so ausgelegt, dass sie ohne Bestechungen und Schutzzahlungen nicht zu erfüllen sind. Diese Form der aktiven Korruption kann als eine bürokratische Form der Staatskorruption charakterisiert werden. Eine andere Form ist die Absprache zwischen

kriminellen Formationen und Amtsinhabern über die Methoden des Gelderwerbs. Das einfachste Handlungsmuster ist dabei die Rollenverteilung, die aus Berichten über die Organisation der Zwangsprostitution bekannt wurden. Das System funktioniert durch die Existenz von „Guten“ und „Bösen“, die gleichzeitig Teile ein- und desselben Netzwerks bilden. Die ukrainischen Unternehmer haben bereits erkannt, dass das Vorhandensein der Staatsdiener, der Miliz oder des Staatssicherheitsdienstes im Geschäft nur einem Zweck dienen kann: Dieses Geschäft zu „melken“. Diese uniformierten Staatsdiener spielen die Rolle der „Konfliktlöser“ und der Mediatoren zwischen dem Betrieb und dem Staat, zwischen dem „Business“ und der Organisierten Kriminalität. Dafür treffen sie Absprachen mit den Staatsorganen und den Formationen der Organisierten Kriminalität. Die letztgenannten setzen anschließend den Betrieb unter Druck. Danach erscheinen die „Staatsdiener mit Schulterstücken“ und „lösen die Probleme“. Dies geschieht beileibe nicht umsonst.³⁰

DER CLANCHARAKTER DER UKRAINISCHEN WIRTSCHAFT

Das entscheidende „Meisterwerk“ der Kriminalisierung des Staates durch das „System Kutschma“ ist die funktionierende Clanwirtschaft. Das Herzstück dieses Systems ist der Clancharakter der ukrainischen Wirtschaft, der seit Kutschmas Zeit die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande prägt. So hatten und haben die Lobbygruppen der Öl-, Schwer- und Grundstoffindustrie eine enorme Einflussnahme sowohl auf die Wirtschaftsordnung des Landes als auch auf das Funktionieren des ukrainischen Marktes, der kaum die Charakterzüge einer Marktwirtschaft aufweisen kann.³¹ Deshalb bleiben die ökonomischen Probleme des Staates, die von den illegalen Praktiken der Korruption, der Geldwäsche und des Schmuggels ausgehen und die nur unzureichend durch die Gesetze, die Gesetzgebungspraxis und die Strafverfolgung geahndet werden, weiter bestehen.

IM WÜRGEGRIFF KORRUPTER POLITIKER UND BÜROKRATEN

Die Ukraine wird seit der Herrschaft Kutschmas von ca. einem Dutzend Oligarchen regiert. Sie haben das Wirtschaftsleben des Landes fest im Griff. Dabei spielen drei Clans, die vor allem in der östlichen Landeshälfte agieren und fest mit den früheren Machthabern verbunden sind, die Hauptrolle. An erster Stelle steht der Dnipropetrowsker Clan. Zu ihm gehört auch der Ex-Präsident Kutschma. Der Clan wird von Kutschmas Schwiegersohn Pintschuk angeführt, der mit einem Vermögen von 2,5 Milliarden US-Dollar zu den zehn reichsten Osteuropäern gezählt wird. Pintschuk wird in der Ukraine auch als „Röhrenkönig“ bezeichnet. Seinen Reichtum hat er überwiegend der Lieferung von Röhren in die Russische Föderation zu verdanken. Zusätzlich spielen Stahl- und Kraftwerke sowie der Rüstungssektor eine herausragende Rolle.

An zweiter Stelle steht einer der engsten Mitarbeiter Kutschmas, der ehemalige Leiter der Präsidialadministration Medwedschuk, der den Kyjiver Clan anführt. Der Clan machte und macht Geld im Banken- und Mediensektor sowie mit Handelswesen. Das Ausmaß der Aktivitäten dieses Clans lässt die im Moment in der Ukraine laufende Untersuchung über das „Verschwinden“ von einer Milliarde US-Dollar ins Ausland während der „Orangen Revolution“ nur erahnen.³² Medwedschuks Geschäft ist eng mit dem seines Mitsreiters Surkis verbunden. Surkis ist der unangefochtene Monopolist im Genussmittelhandel.

Die drittgrößte oligarchische Formation ist der Donezker Clan. Sein Boss ist Rinat Achmetow, der den sechsten Platz in der Rangfolge der Oligarchen Osteuropas innehaben soll. Seine Finanzgesellschaft „System Capital Management“ (SCM) kontrolliert vor allem die Stahlproduktion im Donbass. Achmetow soll ca. 3,5 Milliarden US-Dollar besitzen und im Wahlkampf zwischen 600 und 900 Millionen US-Dollar für Janukowitsch gesponsert haben. Auf diese Weise zollte er Janukowitsch für die Verdoppelung seines Reichtums in dessen Amtszeit als Premier Dank.³³

CLANS VERHINDERN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ökonomie der Ukraine ist fast ausschließlich eine „Insider-Wirtschaft“. Die ukrainische Volkswirtschaft ist eine korrupt-kriminelle Formation und existiert als eingeschicktes, von außen kaum erkennbares Netzwerk der mächtigsten Politiker und Wirtschaftsgrößen. Dieses System gestattete und ermöglicht weiterhin den Zugang der Organisierten Kriminalität und Clans zum Staatsvermögen, zum Umgehen der Gesetze sowie den ersten Zuschlag bei profitablen Privatisierungen. Marktgesetze und staatliche Kontrolle werden völlig ausgeschaltet. Nur durch diese Vorgehensweise erklärt sich das Phänomen der rasanten Verarmung der früher wohlhabenden Sowjetrepublik.³⁴ Die ukrainische Volkswirtschaft ist durch kriminelle Umbrüche zu einer sehr „blutigen“ Wirtschaft geworden. Pro einer Million Tonnen geförderter Kohle im Donbass sterben heutzutage acht Kumpel – mehr als fast überall auf der Welt. Dafür verdient ein Donezker Bergmann rund 80 Euro im Monat.³⁵

Durch die Vorherrschaft der Clans in der ukrainischen Politik und Wirtschaft unterblieben die marktwirtschaftlichen und demokratischen Transformationen weitgehend. Der Staat wandelte sich von der Diktatur der Nomenklatura zur „Diktatur der Kriminalität“. Als Ergebnis fehlen in der Ukraine auch nach mehr als einem Jahrzehnt des proklamierten Wandels wichtige Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft und für eine funktionierende Marktwirtschaft. Staat und Wirtschaft stehen nach wie vor erst am Anfang des Transformationsprozesses.

Der bedeutendste Mangel der gegenwärtigen industriellen Entfaltung ist die kaum vorhandene Produktion höherwertiger Güter, die – wie früher – immer noch importiert werden müssen. Die ukrainische Industrie bleibt auch weiterhin veraltet und ineffizient. Energie und Ressourcen werden immer noch verschwendet. Da die Ukraine von Importen der Energieträger abhängig bleibt, befindet sich die Volkswirtschaft in einer prekären Lage (vgl. Tabelle 2). Die Jahre der Herrschaft Kutschmas, die als Reformjahre gedacht waren, brachten in diesem

TABELLE 2: INDUSTRIEPRODUKTION UND LEBENSMITTELHERSTELLUNG IN DER UKRAINE, 1990–1999

Nr.	Erzeugnis	Maßeinheit	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999*
1.	Elektroenergie	Mrd. kW pro Jahr	298,5	278,8	252,5	230	202,9	194	183	178	172	86,4
2.	Öl mit Gas-kondensat	Tausend Tonnen	5.300	4.900	4.474	4.232	4.200	4.100	4.100	4.100	3.895	1.884
3.	Gas	Mrd. Kubikmeter	28,1	24,3	20,9	19,2	18,3	18,2	18,4	18,1	17,9	8,9
4.	Kohle	Mio. Tonnen	164,8	135,6	133,6	115,7	94,6	83,8	70,5	70,9	59,4	30,2
5.	Stahl	Mio. Tonnen	52,6	45	41,6	32,3	24,1	22,3	22,3	25,6	24,4	13,1
6.	Fertiger Walzstahl	Mio. Tonnen	38,6	32,8	29,6	24,2	16,9	16,6	17,0	19,5	17,8	9,8
7.	Düngemittel	Tausend Tonnen	4.800	4.200	3.300	2.495	2.300	2.221	2.449	2.376	1.941	1.208
8.	Chemiefaser und -faden	Tausend Tonnen	179,2	136	118,9	80,3	46,8	41,3	33,3	26,0	24,5	11,2
9.	Zement	Mio. Tonnen	22,7	21,7	20,1	15	11,4	7,6	5,1	5,1	5,5	2,4
10.	Papier	Tausend Tonnen	369,2	353	278,6	181	94,1	98,0	95,1	86,6	103	36,5
11.	Webstoff	Mio. Quadratmeter	1.212	1.032	926	574,1	292	169	109	82	89,3	20,9
12.	Schuhe	Mio. Paar	169,4	177,3	144	101,3	39,2	20,6	13,1	10,4	8,3	4,7
13.	Textilien	Mio. Stück	351,2	295	240,6	146,8	63,9	26,9	13,1	10,3	5,8	3,2

Nr.	Erzeugnis	Maßeinheit	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999*
14.	Fernsehgeräte	Tausend Stück	3.774	3.616	2.569	1.874	806	315	118	49,6	26,9	14,2
15.	Kühlschränke	Tausend Stück	903	883	838	756	653	562	431	382	390	166
16.	Waschmaschinen	Tausend Stück	788	830	805	634	422	213	149	147	138	60,1
17.	Fleisch	Tausend Tonnen	2.763	2.488	2.050	1.181	1.291	957,4	760	558	240	118
18.	Wursterzeugnisse	Tausend Tonnen	900,1	851,5	757,9	470,6	436,7	276,4	213	206	123	56,8
19.	Butter	Tausend Tonnen	444,1	376,4	302,9	310,3	253,7	221,9	163	117	107	48,3
20.	Pflanzenöl	Tausend Tonnen	1.070	1.004	857,5	706	634,3	696,2	705	509	422	181
21.	Milcherzeugnisse	Tausend Tonnen	6.432	5.709	4.112	2.715	2.220	1.292	915	661	546	276
22.	Käse	Tausend Tonnen	185,8	161,5	112,7	101,1	104,7	73,5	59,0	46,3	50,3	24,1
23.	Zucker	Tausend Tonnen	6.791	4.786	3.647	3.838	3.368	3.857	3.269	2.034	1.985	?
24.	Brot und Backwaren	Tausend Tonnen	6.701	6.695	6.441	5.257	4.816	4.114	3.452	3.054	2.339	482
25.	Mehl	Tausend Tonnen	7.671	7.383	6.625	5.742	5.715	5.319	4.965	4.311	2.979	542
26.	Konditorwaren	Tausend Tonnen	1.111	1.040	842,9	343,4	410,4	314	283	322	396	219
27.	Konserven	Mio. Dosen	4.836	4.239	3.760	2.725	2.016	1.443	1.014	1.135	859,2	323,4
28.	Teigwaren	Tausend Tonnen	360	364,8	350,3	340,3	253,1	224,0	172	140	137	63,2

Quelle: Čobit, Dmytro: Svystun abo ču možna polityčnogo bankruta obyvaty kerivnykom deržavy? Kyjiv 1999, S. 22–24.

* Die Angaben für das Jahr 1999 beziehen sich nur auf die erste Jahreshälfte.

Zusammenhang absolut nichts: Die Ukraine wurde abhängiger als je zuvor. Besonders die Schwerindustrie, d.h. der Kern der ukrainischen Industrie, ist durch Stagnation und Rückschritt gekennzeichnet.

KRIMINELLE ENERGIE IN DER WIRTSCHAFT

Eine überaus starke Komponente der ukrainischen Volkswirtschaft ist ihre Kriminalisierung. Die Kriminalisierung der Wirtschaft ist eine relativ neue Erscheinung, obwohl der Missbrauch von Macht durch korrupte Politiker und Staatsangestellte nichts Neues ist. Gleichzeitig haben die „Privatisierung“ des Staates durch kriminelle Gruppierungen und die Rivalität dieser Formationen zur offiziellen Macht eine völlig neue Qualität angenommen. Zunächst kommt es zu parallelen Strukturen der offiziellen und kriminellen Macht. Danach übernehmen Gruppen der Organisierten Kriminalität die staatlichen Entscheidungsfunktionen und die offizielle Gewalt ist entweder eine Marionette der kriminellen Herrschaft, oder ein machtloser Gegenspieler.

Die Reformen unter Kutschma hatten einen dekorativ-kriminellen Charakter, d.h. sie nannten sich „marktwirtschaftliche Reformen“, jedoch war der faktische Inhalt der Reformen nie mit ihren Bekundungen identisch. Die Implementierung der reformistischen Regelwerke ist in allen Reformjahren ein riesiges Problem gewesen. Es muss betont werden, dass dieses Problem künstlich geschaffen wurde. Das heißt: Es diente stets zum Machterhalt der alten Nomenklatura sowie zur Beschaffung des wachsenden Zugangs zur Wirtschaft und Politik. Die Korruption und die Käuflichkeit der politischen, wirtschaftlichen und administrativen Entscheidungen brachten und bringen dementsprechend die Bedeutung der Reformen auf Null. Die breite Verflechtung von Politik, Wirtschaft und Organisierter Kriminalität behindert den Prozess der Gesetzgebung und begünstigt Entscheidungen „auf Bestellung“.³⁶

„WILDE“ PRIVATISIERUNGEN

Kutschma, der 1994 Krawtschuk ablöste, wurde zuerst von der EU und den USA getragen, weil er eng mit dem Internationalen Währungsfonds zusammenarbeitete und sich für eine EU- und NATO-Mitgliedschaft aussprach.³⁷ Jedoch hielt sich Kutschma mehr an die völlige Unabhängigkeit der Ukraine, weil sie der Garant für den Reichtum der ukrainischen Elite sowie der ungebremsten Ausbeutung der Volkswirtschaft und der Bevölkerung war. Es war die Auflösung der Sowjetunion, die die wichtigste Voraussetzung für die Konzentration des staatlichen und gesellschaftlichen Reichtums in den Händen einiger weniger Oligarchenclans bildete. Aus diesem Grund kam es zu der „wildem Privatisierung“ während der 1990er-Jahre. Diese „wilde Privatisierung“ wurde vom Westen vorbehaltlos unterstützt und bedeutete nichts anderes als die unkontrollierte Ausraubung der ukrainischen Volkswirtschaft durch Cliquen und Clans gut organisierter Nomenklatura-Angehöriger sowie Vertretern der Organisierten Kriminalität. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Ukraine entstand während der Amtszeit Kutschmas. Zuerst prägte er bzw. seine Umgebung die Politik. Allerdings verlor Kutschma im Laufe seiner Amtsjahre zunehmend jeglichen Einfluss auf mehrere Wirtschaftsbereiche, die zunehmend von Vertretern der Organisierten Kriminalität kontrolliert wurden. Es kam immer häufiger zum Interessenausgleich zwischen dem Präsidenten und den partiell direkt an der Regierung beteiligten Oligarchen. Dabei ging es keineswegs um die Interessen des Staates, sondern um Abmachungen im Interesse der Clans und von Kutschma. Die Grenze zwischen Ämtern und Posten in der Politik und in der Wirtschaft war und bleibt durchlässig. Wirtschaftsaktivitäten im großen Stil sind ohne Absicherung mit Machtinhabern und Clans unmöglich. Die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen unter Kutschma waren ein Objekt des Handels. Auch die Privatisierung großer Betriebe diente ausschließlich dem Ausgleich privater politischer Interessen. Die im Staatseigentum

verbliebenen Betriebe dienten jedoch nicht dem Staat, sondern ihren Direktoren als Quelle der Bereicherung, weil die Kontrolle (wenn überhaupt) nur lückenhaft existierte.³⁸

DIE UKRAINE UND DER WESTEN

Es ist schlichtweg erstaunlich, dass Europa mehr als ein Jahrzehnt ruhig das Regime beobachtete, ohne politischen Druck auszuüben. Gewiss ist eine Änderung der Zustände zunächst eine ukrainische Angelegenheit. Da das Land keinen Reformumbruch erlebt hatte, blieben alte kommunistische Strukturen erhalten. Unter den Bedingungen der Aufsichts- bzw. Straflosigkeit mutierten die Oligarchen zu Herrschern über den Staat und über seine Wirtschaft. Die kriminelle Erscheinung „Kutschma“ ist deshalb nicht als Zufallsprodukt, sondern eher als eine Gesetzmäßigkeit der unkontrollierten Entwicklung in der Ukraine zu sehen. Der Reformprozess imitierte nur der Form nach die westlichen Institutionen im Staats- und Wirtschaftsbereich. Der Inhalt der Reformen wurde nie an die westlichen Standards angepasst. Die Priorität der neuen Regierung wird auf die Bemühung setzen müssen, die Wirtschaft aus dem Schattenbereich herauszuführen. Jedoch ist dies keine leichte Aufgabe. Die Oligarchen fühlen sich, trotz der Ankündigung, die Privatisierungsgeschäfte zu überprüfen und die Monopole zu zerschlagen, recht wohl. Außerdem befindet sich auch Juschtschenko in gefährlicher Nähe der Oligarchen. Die Dnipropetrowsker „Erdgasprinzessin“ Julia Timoschenko und der „Schokoladenkönig“ Petro Poroschenko sind nur einige unter ihnen. Ein Kompromiss von Juschtschenko mit den Oligarchen wird als unausweichlich angesehen.³⁹ Jedoch sind Kompromisse bekanntlich keine gute Voraussetzung für durchgreifende Reformen. Zudem wird in der Ukraine erwartet, dass Kutschma für seine zahlreichen Verbrechen bestraft wird.⁴⁰ Und eine letzte Bemerkung sei erlaubt: Die Analyse mag hart klingen. Die Lage ist in der Ukraine auch nach der „Orangen Revolution“ nicht

PRÄSIDENTENTREFFEN AUF DEM SCHLACHTFELD VON KURS. WLADIMIR PUTIN (M.), ALEXANDER LUKASCHENKO (R) UND LEONID KUTSCHMA LÄUTEN DIE GLOCKEN. LEONID KUTSCHMA IST AUCH – ZUMINDEST WAS DIE VERFLECHUNG VON POLITIK UND WIRTSCHAFT BETRIFFT – EIN WAHRER „STRIPPENZIEHER“ picture alliance / dpa

sonderlich besser geworden. Jedoch darf dies für die EU kein Vorwand sein, einen neuen Eisernen Vorhang aufzubauen. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben deutlich gezeigt, dass der prinzipielle und offene Dialog mehr bewirken kann als die Politik der geschlossenen Fenster oder gar der Konfrontation. „Fördern und Fordern“ sollte der wichtigste Grundsatz sein im Verhältnis des Auslandes, insbesondere der EU zur Ukraine. Erfolg oder Misserfolg der ukrainischen Transformation werden in bedeutendem Maße davon abhängen, welche Perspektiven der Westen für das Land im Umbruch präsentieren kann.

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl.: Čobit, Dmytro: Svystun abo Čy možna polityčnogo bankruta obyraty kerivnykom deržavy?, Kyiv 1999, S. 3f.; Lazarenko, Pavlo Ivanovič. Ukraina – poslednij šans, Kyiv 1998, S. 8ff.
- ² Omelčenko, Grigorij: Vortrag in der Verchovna Rada bzw. im ukrainischen Parlament am 15. Juli 1999. Zit. nach: Čobit, Dmytro: Svystun abo Čy možna polityčnogo bankruta obyraty kerivnykom deržavy?, Kyiv 1999, S. 50.
- ³ Vgl.: Prezident, Sovbez, SBU, Kabmin ..., in: <http://belayastrela.com/27.html>; Čobit, Dmytro: Svystun abo Čy možna polityčnogo bankruta obyraty kerivnykom deržavy?, Kyiv 1999, S. 3 ff.
- ⁴ Kal'man, O.: Vzaemoz'jazok organizovanoi zložnosti ta korupcii u sferi ekonomiky. In: Visnyk Akademii pravovyh nauk, Charkiv 1997, Nr. 4, S. 188–90; Omelčenko, Grigorij/Ermak, Anatolij. Oligachija, S. 47. Vgl.: Čobit, Dmytro. Svystun, S. 48f.
- ⁵ Dos'e generala bezopasnosti Aleksandra Nezdoli, zit. in: Ben', Anatolij. Syndykat, S. 122f. Vgl.: Ben', Anatolij. Pravdy i sudu, Kyiv 1998, S. 48 ff.; Ders. Syndykat, S. 34ff.; 120ff.; Čobit, Dmytro. Svystun, S. 49f.
- ⁶ Als Historiker beschäftige ich mich mit dem Thema „Korruption und Organisierte Kriminalität in der Ukraine seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges“. Außer meinem Forschungsprojekt liegen keine vergleichbaren Arbeiten vor und die Ergebnisse der Forschungsarbeit zeigen die Entwicklung der Ukraine in noch unbekannter Perspektive.
- ⁷ Slednev, Volodymyr: Kutschma, mafija i ja, S. 3ff., 17ff., 48ff. Vgl.: Kal'man, O. Vzaemoz'jazok organizovanoi zložnosti ta korupcii u sferi ekonomiky, S. 188f.; Čobit, Dmytro. Gromootvid, S. 191.
- ⁸ Vgl.: „Tajm“: glavnye celi Viktora Juschtschenko, in: Pravda Ukrainy, Nr. 53 (17202), 2004, 28.–29. Dezember 2004, S. 6.
- ⁹ Siehe z.B.: „Tajm“: glavnye celi Viktora Juschtschenko, in: Pravda Ukrainy, Nr. 53 (17202), 2004, 28.–29. Dezember 2004, S. 6.
- ¹⁰ „Tajm“: glavnye celi Viktora Juschtschenko, in: Pravda Ukrainy, Nr. 53 (17202), 2004, 28.–29. Dezember 2004, S. 6.
- ¹¹ Vgl.: „Tajm“: glavnye celi Viktora Juschtschenko...; Ostrovskij, I., O., S., Z i V. A vy druz'ja kak ni tjadites', vse ž v prezidenty ne godites'. In: Pravda Ukrainy, Nr. 53 (17202), 2004, 28.–29. Dezember 2004, S. 12.
- ¹² Kersten, Heinz: Kwas und Cola. Unter: <http://www.sopos.org/aufsaez/4163ce91a1b7b/1.phtml>
- ¹³ Domnitz, Christian: Don Quixote in Kiew. Der rätselhafte Tod eines Journalisten in der Ukraine bringt den Präsidenten Kutschma in Bedrängnis. Unter: <http://amor.rz.hu-berlin.de/~h0444vhn/tsp10115.htm>; Sledstvie zakončeno, zabud'te ..., in: <http://www.ord.com.ua/categ1/article11191print.html>.
- ¹⁴ Vgl. Domnitz, Christian: Don Quixote in Kiew. (s. Anm. 13).
- ¹⁵ Toter Ex-Minister – Kutschma will aussagen. Gab der ehemalige ukrainische Präsident den Befehl zur Ermordung des Journalisten Georgi Gongadse? Unter: <http://www.abendblatt.de/daten/2005/03/07/407187.html>. Siehe auch: Hamburger Abendblatt, 7. März 2005.
- ¹⁶ Vgl.: Revskaja, Natal'ja: Mechanizm vozmezdzija, in: Moskovskij komsoholez v Ukraine, 2005, 14. März. Unter: <http://vydrin.com/express/1481/>.

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

¹⁷ Vgl.: Suprunenko, Oleg: Ukraine: Eine Zukunft ohne Kutschma, 2002, 12. Oktober. Unter: http://www.forumcivique.org/index.php?lang=DE&site=ARCHIPEL&sub_a=ARCHIPEL_100&article=220.

¹⁸ Rjabucuk, Mykola: Die Ukraine am Scheideweg. Ist ein Erpressungsstaat reformierbar? Unter: http://www.bpb.de/themen/R3QXRQ,5,0,Die_Ukraine_am_Scheideweg.html; Prezident, Sovbez, SBU, Kabmin..., in: <http://belayastrela.com/27.html>.

¹⁹ Vgl.: Rjabucuk, Mykola: Die Ukraine am Scheideweg. Ist ein Erpressungsstaat reformierbar? (s. Anm. 18).

²⁰ Sawyzyk, Oleksandr: Neuer Abhörskandal in der Ukraine. Unter: <http://dw-world.de>, 11. Juni 2005; Sledstvie zakončeno, zabud'te.

²¹ Vgl. Sawyzyk, Oleksandr (s. Anm. 20).

²² Roth, Jürgen: Dubiose Geldgeschäfte in höchsten Kreisen. Ukrainische Parlamentarier schreiben an den US-Senat – Präsident Kutschma unter Druck. Unter: <http://www.welt.de/daten/1999/10/28/1028au135265.htm>.

²³ Bessonow, Roman: Wenn es nach der Beerdigung nichts zu essen gibt. Unter: <http://www.bueso.de/nrw/Aktuelles/ukraine.htm>; Kal'man, O. Vzaemoz'jazok organizovanoi zložnosti ta korupcii u sferi ekonomiky, in: Visnyk Akademii pravovyh nauk, Charkiv 1997, Nr. 4, S. 188–90; Mandybura, V.O.: „Tinjova“ ekonomika Ukrainy ta naprtjam zakonodavčoi strategii ii obmežennja, S. 32 ff.

²⁴ So ein Befund des russischen Professors Dr. Kalaschnikow in: Bessonow, Roman: Wenn es nach der Beerdigung nichts zu essen gibt. Unter: <http://www.bueso.de/nrw/Aktuelles/ukraine.htm>.

²⁵ Čobit, Dmytro: Narzys, Kyiv – Brody 2001, S. 5ff.; Vgl.: Roman Bessonow: Wenn es nach der Beerdigung nichts zu essen gibt. (s. Anm. 24).

²⁶ Bazyljuk, Antonina Vasylyvna/Kovalenko, Serhij Oleksandrovy: Tinjova ekonomika v Ukraini, Kyiv 1998, besonders: 3–40; Kačkovs'kyj, L. Chabarnyctvo – nevid' emna oznaka ekonomiky. In: Večernij Kyiv, 2000, 24. Oktober; Mel'nyk, M.I. Korupcija..., S. 43 f.; Sackov, Nikolaj Jakovlevič: Politika i nauka, Buch 2, Teil 1, S. 174f.; Smirnov, Ju. O: Borot'ba z korupcieju ta organizovannuju zložnyntstju: teorija i praktyka, S. 25 f. Vgl.: Bessonow, Roman: Wenn es nach der Beerdigung nichts zu essen gibt (s. Anm. 24).

²⁷ Eichler, Lutz: Kutschma bleibt Präsident der Ukraine. Unter: http://www.nadir.org/nadir/periodika/jungle_world/_99/48/23b.htm.

²⁸ In diesem Zusammenhang soll unterstrichen werden, dass diese abnormale Position etwas Positives nur für Wissenschaftler hat, weil sie genug Material für ihre Analyse durch eben diese Rivalitäten erhalten.

²⁹ Cheterian, Vicken: Das Land, wo die Raketen fehlen. Le Monde diplomatique, 8.10.2004.

³⁰ Businessman (3-05-2005, 16:49), in: <http://www.ord.com.ua/forum/thread/327/>.

³¹ Institut praksekologii: Mafija. Naučnye osnovy formirovanija i funkcionirovanija, Buch 1. Hrsg. v. N. Sackov, Kyiv 1998, S. 142f.; Vgl.: http://www.ukraine-consult.de/pageID_2372419.html. Siehe auch: ost@ostconsult.de.

³² Vo vremja „oranževoj revoluzii“ za granizu nezakonno vyvezeno \$ 1 mlrd. Unter: <http://kiyany.com.ua/news.php?r=1&tid=2532>.

³³ Flückiger, Paul. Die Cliquen-Wirtschaft. Unter: <http://www.zeit.de/2005/02/Ukraine>.

³⁴ Omelčenko, Grigorij/Ermak, Anatolij. Olirachija: S. 44f.; Flückiger, Paul. Die Cliquen-Wirtschaft. (s. Anm. 33).

³⁵ Vgl. Flückiger (s. Anm. 3).

³⁶ Troshke, Manuela: Die Wirtschaftslage der Ukraine im Frühjahr 2004. In: Kurzanalysen und Informationen, Nr. 18, Mai 2004, S. 6f.; Prezident, Sovbez, SBU, Kabmin..., in: <http://belayastrela.com/27.html>.

³⁷ Schwarz, Peter. Der Machtkampf in der Ukraine und Amerikas Strategie der Vorherrschaft, in: <http://www.wsws.org/de/2004/dez2004/ukra-d22.shtml>

³⁸ Za junogo generala Dryžčanogo zamolvite slovo..., in: <http://belayastrela.com/hot>; Vgl.: Troshke, Manuela: Die Wirtschaftslage der Ukraine im Frühjahr 2004. In: Kurzanalysen und Informationen, Nr. 18, Mai 2004, S. 6ff.

³⁹ Flückiger, Paul: Die Cliquen-Wirtschaft, in: <http://www.zeit.de/2005/02/Ukraine>.

⁴⁰ Revskaja, Natal'ja: Mechanizm vozmezdzija, in: Moskovskij komsoholez v Ukraine, 2005, 14. März. Unter: <http://vydrin.com/express/1481/>.

UNSER AUTOR



Dr. Serhij V. Morozenko, geb. 1960 in Jenakijeve (Ost-ukraine), absolvierte das Staatliche Pädagogische Institut für Fremdsprachen. Von 1977 bis 1982 arbeitete er in Schulen und im Polytechnikum in der Karpatoukraine. Von 1984 bis 1990 Studium der Geschichte an der Universität Užgorod und Promotion in Geschichte (1990). Seit 1990 lehrt Serhij Morozenko an der Universität Užgorod. Zusätzlich ist er seit 1999 am Institut der Sozialwissenschaften der Interregionalen Akademie des Personalmanagements (Kyjiv) tätig. Seit 1992 Gastwissenschaftler an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Seine wissenschaftlichen Interessen gelten den West-Ost-Beziehungen, der Transformation osteuropäischer Gesellschaften sowie der Korruption und der Organisierten Kriminalität. Serhij V. Morozenko ist auch im Komitee zur Bekämpfung der Korruption und Organisierten Kriminalität tätig.

Die Ukraine im Überblick

DAGMAR MEYER

Fläche:	603 700 km ² (größter Flächenstaat Europas)
Bevölkerung:	48,356 Mio. Einwohner, davon sind 77,8% Ukrainer und 17,3% Russen. Zahlreiche weitere Nationalitäten u.a. Moldauer, Belarussen, Bulgaren, Griechen, Rumänen, Tataren.
Grenzen:	Im Norden liegt Belarus, im Osten die Russische Föderation und im Süden das Schwarze und Asowsche Meer. Im Westen schließen sich Moldau und Rumänien, die Slowakei und Ungarn sowie im Nordwesten Polen an.
Hauptstadt:	Kiew (Kyiw; andere Schreibweise: Kyjiv)
Urbanisierungsgrad:	68%
Landessprache:	Amtssprache ist Ukrainisch. Russisch, gesprochen von 29,6% und Sprachen der Minderheiten.
Währung:	1 Hrywnja (UAH) (gesprochen Griwna) = 100 Kopeken
Zeitzone:	MEZ + 1 Stunde
Gliederung:	Es gibt 27 Verwaltungseinheiten.
Religionen:	Überwiegend orthodoxe Christen, drei konkurrierende Patriarchate Moskau, Kyiw und Autokephale; Katholiken, lateinischer und byzantin. Ritus, Protestanten und Juden sowie andere Minderheiten.
Landesnatur:	Im Westen prägen die Berge der Karpaten (bis 2000 m) die Landschaft, auf der südlichen Halbinsel Krim das Krimgebirge (bis 1500 m). Der Rest des Landes ist flach oder leicht hügelig. Der Norden ist waldreich, in Richtung Südosten beginnt die Steppenlandschaft. Im Süden über 1000 Kilometer Küste zum Schwarzen Meer.
Klima:	Gemäßigtes Kontinentalklima, die Krim-Südküste liegt in der feuchtsubtropischen Klimazone

GEOGRAPHIE

Die Ukraine senkt sich von Norden nach Süden zum Schwarzen Meer als leicht wellige, fruchtbare Ebene. Wälder, Waldsteppen und Steppen sind das typische Landschaftsbild. Die Karpaten im Südwesten (bis 2000 Meter) und das Bergland der Halbinsel Krim (bis 1500 Meter) heben sich auffällig davon ab. Der Dnipro (Dnjepr) durchfließt das Land von Nord nach Süd und mündet ins Schwarze Meer.

Die Sommer werden von NW nach SO immer heißer. Die durchschnittlichen Temperaturen im Januar liegen dabei im NW zwischen -7 und -8 Grad und im S bei 2 bis 4 Grad Celsius, im Juli liegen die Temperaturen im NO zwischen 18 und 19 Grad Celsius und im Süden bis 24 Grad. Die Steppenzonen im Süden sind heiß und trocken mit Staubstürmen.

POLITIK

Staatsname: Ukraine – Ukraïna
Staatsform: Präsidialrepublik seit 1991
Nationale Feiertage: seit 1991 – 24. August Souveränitätserklärung am 16. Juli 1990 und Proklamation am 24. August 1991

POLITISCHE ENTWICKLUNG – VERFASSUNG

Nach der Erklärung der Unabhängigkeit galt in der Ukraine zunächst die mehrfach geänderte Verfassung aus dem Jahre 1978 und ein am 8. Juni 1995 verabschiedeter Verfassungsvertrag. Eine neue Verfassung wurde am 28. Juni 1996 durch das Parlament verabschiedet und orientiert sich am französischen Modell als präsidial-parlamentarische Regierungsform. Die Verfassung enthält einen ausführlichen Grundrecht katalog.

Am 8. Dezember 2004 wurde die Verfassung geändert. Vorgesehen ist unter anderem die Stärkung der Rolle des Parlaments und des Premier-

ministers und die Schwächung des Amtes des Präsidenten (Inkrafttreten der modifizierten Verfassung am 1.9.2005, hilfsweise erst am 1.1.2006, abhängig von der Annahme einer früheren Verfassungsänderung).

Das am 31. März 2002 gewählte Parlament (Werchowna Rada) hat 450 Abgeordnete. Derzeit gibt es 14 Fraktionen.

VERWALTUNGSEINHEITEN

Die Ukraine ist in 27 Verwaltungseinheiten aufgeteilt: 24 Bezirke (Oblasti), deren Gouverneure vom Präsidenten ernannt und entlassen werden. Die autonome Republik Krim und die Städte Kiew und Sewastopol haben einen Sonderstatus. Die Organe der regionalen und lokalen Selbstverwaltung haben relativ geringe Kompetenzen. Einzige Ausnahme bildet die Krim, die gemäß der ukrainischen Verfassung einen Autonomiestatus genießt.

INNENPOLITIK

Präsident Kutschma konnte 2004 nach zwei Amtszeiten nicht mehr als Ministerpräsident kandidieren, die Regierung nominierte daraufhin Viktor Janukowitsch als Kandidaten. Die wichtigsten Oppositionsparteien einigten sich auf Viktor Juschtschenko.

Im Dezember 2004 kam es zu Massenprotesten (sog. „Orangene Revolution“). Klarer Sieger des am 26. Dezember 2004 wiederholten 2. Wahlgangs war der Oppositionspolitiker Viktor Juschtschenko mit 51,99%, der am 23. Januar 2005 vereidigt wurde.

RECHT UND JUSTIZ

Ein neues bürgerliches Gesetzbuch wurde im Januar 2003 verabschiedet und gilt seit 2004. Die Todesstrafe wurde im Februar 2000 durch das Parlament abgeschafft. Nach dem neuen Gerichtsverfassungsgesetz (seit Juni 2002) ist der Oberste Gerichtshof die höchste Instanz.

Entscheidungen des Obersten Wirtschaftsgerichtes sind nicht anfechtbar. Das Verfassungsgericht befasst sich mit verfassungsrechtlichen Fragen.

AUSSENPOLITIK

Die „Orangene Revolution“ und die Wahl Viktor Juschtschenkos zum Präsidenten haben auch zu einem Paradigmenwechsel in der ukrainischen Außenpolitik geführt. Die wechselhafte West-Ost-Schaukelpolitik unter dem früheren Präsidenten Kutschma gehört der Vergangenheit an. Oberste Priorität hat die Annäherung der Ukraine an Europa. Die Ukraine strebt jetzt die volle EU-Mitgliedschaft an. Sie fordert auch eine Beitrittsperspektive zur NATO.

BEZIEHUNGEN ZUR EU

Die Ukraine ist einer der wichtigsten Adressaten des Konzepts „Neue Nachbarn“ der EU, dessen Ziel die Schaffung eines Raums gemeinsamer Werte, wirtschaftliche und kulturelle Integration ist. Der 2004 ausgehandelte „Aktionsplan EU-Ukraine“, ein auf drei Jahre angelegter Fahrplan für wirtschaftliche Integration und verstärkte politische Zusammenarbeit, wurde vom EU-Ukraine-Kooperationsrat am 21.2.2005 in Brüssel in Kraft gesetzt. Kiew erwartet ein positives Signal Brüssels (Einräumung einer über „Nachbarschaft“ hinaus weisenden Perspektive) und kurzfristige Aktionen noch im Jahr 2005: vor allem Anerkennung der Ukraine als Marktwirtschaft, Unterstützung des ukrainischen WTO-Beitritts und Visaerleichterungen. Die so genannten „10 Punkte“, die vom EU-Ukraine-Kooperationsrat in Ergänzung zum Aktionsplan verabschiedet wurden, tragen diesen ukrainischen Erwartungen Rechnung. Darüber hinaus wurde vereinbart, nach bereits einem Jahr – also im Frühjahr 2006 – gemeinsam Bilanz bei der Umsetzung des Aktionsplans zu ziehen. Grundlage der Beziehungen zur EU bleiben das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (in Kraft seit 1. März 1998), die vom

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Europäischen Rat in Helsinki am 14. Dezember 1999 verabschiedete "Gemeinsame Strategie EU-Ukraine" sowie das von der EU-Kommission und den EU-Mitgliedstaaten gebilligte "Nachbarschaftskonzept".

BEZIEHUNGEN ZU RUSSLAND

Das Verhältnis zu Russland bleibt für die Ukraine von zentraler Bedeutung. Die persönlichen, historischen und kulturellen Verbindungen sind eng und vielfältig. Die Ukraine bleibt wirtschaftlich eng mit Russland verflochten und hängt von Energieimporten aus Russland ab. In den Wirtschaftssektoren Aluminium, Öl und Gas hat Russland sein Engagement gezielt verstärkt, außerdem ist die Ukraine wichtigstes Transitland für russische Öl- und Gasexporte Richtung Westen. Auf dem trilateralen Gipfel in St. Petersburg im Juni 2002 haben Russland, die Ukraine und Deutschland eine engere Zusammenarbeit zur langfristigen Sicherung des Transits von Gas aus Russland durch die Ukraine vereinbart. Am 18. August 2004 hat das russische Parlament die Aufhebung der Mehrwertsteuer für in die Ukraine exportierte Energieträger ab 1. Januar 2005 beschlossen.

Trotz der klaren Parteinahme Putins für den Regierungskandidaten der Präsidentschaftswahlen, Viktor Janukowitsch, und der von Russland unerwünschten klaren Kursnahme der Regierung Juschtschenko auf Annäherung an die euro-atlantischen Strukturen haben Putin und Juschtschenko mit ihren Treffen im Januar 2005 in Moskau (Juschtschenkos erste Auslandsreise) und am 19. März 2005 in Kiew pragmatisch die Basis für eine konstruktive Beziehung gelegt. Juschtschenko betont, dass die Beziehungen zum "ewigen Nachbarn Russland" von strategischer Bedeutung sind. Im März wurde die Etablierung einer zwischenstaatlichen gemischten Kommission unter Vorsitz der beiden Präsidenten mit vier Unter-Ausschüssen vereinbart (Verteidigung, Außenpolitik, Wirtschaft und humanitäre Hilfe).

WIRTSCHAFT

<i>Währung</i>	Hrywnja (UAH) = 100 Kopeken
<i>BIP</i>	41 477 Mio. USD (2002)
<i>BIP/pro Kopf</i>	826 Euro (2003)
<i>Wachstumsrate real</i>	12,0%
<i>Durchschnittliches Einkommen</i>	k. A.
<i>Arbeitslosenquote</i>	8,5%
<i>Inflationsrate</i>	12,3% (2004)

Die ukrainische Wirtschaft wächst. Die höchsten Wachstumsraten waren in Groß- und Einzelhandel, Bauindustrie, Land- und Forstwirtschaft sowie in der Bearbeitungsindustrie zu beobachten. 2005 wird ein BIP-Zuwachs in Höhe von 6% erwartet. Das Wirtschaftswachstum hat zu einer überproportionalen Steigerung der Durchschnittseinkommen (2004: nominal 22,5%) und damit zu einem greifbaren Anstieg des Lebensstandards geführt. Von diesem Anstieg wiederum profitieren besonders der Handel, die Konsumgüterindustrie, die Bau- und Dienstleistungssektor.

DIENSTLEISTUNGEN (45%)

Anteil am realen Zuwachs 46%; Anteil der Beschäftigten 49,3%.

INDUSTRIE (41%)

Anteil am realen Zuwachs 40%, Anteil der Beschäftigten 30,8%. Die Ukraine verfügt über 20% der Weltreserven an Manganerzen und bis zu 5% der Eisenerzvorräte und ist ein bedeutender Produzent mineralischer Rohstoffe. Die schwierige Ausgangsposition der ukrainischen Wirtschaft in den 1990er-Jahren und die fehlende Reformpolitik stürzten das Land in eine schwere Krise. 1999 wurde zum ersten Mal wieder ein Wachstum verzeichnet, seitdem wächst die Industrie

mit zweistelligen Zahlen. Wichtigste Industriezweige sind die Stahlindustrie mit 21,1%, gefolgt von der Nahrungsmittelindustrie mit 19,5%, daneben ist die Energieproduktion mit 13,5%, der Maschinenbau mit 12,2%, die Montan- und Kohleindustrie mit 10,4% sowie die chemischen Industrien mit 6,7% am Gesamtwachstum beteiligt.

LANDWIRTSCHAFT (15%)

Anteil am realen Zuwachs 14%, Anteil der Beschäftigten 19,8%.

Die Ukraine ist aufgrund von günstigen klimatischen Bedingungen und fruchtbaren Schwarzerdeböden ein bedeutender Agrarproduzent. Die mit Abstand wichtigste Rolle spielt der Weizenanbau. Aus den einst 10700 Kolchosen in der Sowjetzeit sind zirka 2000 privatwirtschaftliche Unternehmen entstanden. Im Oktober 2001 wurde ein Bodengesetz verabschiedet, dass ab 2005 den Verkauf von landwirtschaftlich genutzten Böden erlaubt.

SONSTIGES

Menschenrechte

Seit einigen Jahren bestehen Kontrollmechanismen zur Durchsetzung von Menschenrechten wie das Verfassungsgericht und der Menschenrechtsbeauftragte des ukrainischen Parlament (Werchowna Rada). Ein Schritt in die richtige Richtung ist die moderne, den Grundrechten und dem Rechtsstaat verpflichtete Verfassung. Die Ukraine hat 2001 ein internationales Standards entsprechendes Asylgesetz verabschiedet und Anfang 2002 die Genfer Flüchtlingskonvention ohne Vorbehalte ratifiziert.

Umwelt

Die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe vom 26. April 1986 sind auch heute noch zu spüren. Hunderttausende mussten ihre Heimat verlassen und eine 30km-Zone um das Kraftwerk wird unbewohnbar bleiben. Das KKW wurde am 15. Dezember 2000 stillgelegt. Rund 3 Mio. Menschen und 9% des ukrainischen Territoriums sind betroffen. Der soziale Schutz der Tschernobyl-Opfer stellt das Land vor große finanzielle Herausforderungen. Die Umweltsituation im überwiegenden Teil des Landes ist dank der relativ geringen Bevölkerungsdichte und dank der Stilllegung von Industriebetrieben im Zuge des Transformations- und Privatisierungsprozesses unkritisch.

UNSERE AUTORIN



Dagmar Meyer ist freie Journalistin und studiert Literatur- und Politikwissenschaft an der Fernuniversität Hagen mit Schwerpunktsetzung im Bereich Politikwissenschaft (Internationale Beziehungen, EU).

Ost-West-Süd in der Ukraine: Auseinanderstreben oder Konsolidierung?

ERNST LÜDEMANN

Es ist unbestritten, dass es eine historische Trennungslinie in der Ukraine gab und wohl noch immer gibt. Diese zwischen der russisch geprägten Ostukraine und den westlichen Regionen einschließlich des Zentrums verlaufende Trennlinie schlug sich im Abstimmungsverhalten der Wähler im Herbst und Winter 2004 nieder. Will man die unterschiedlichen Ausprägungen und Besonderheiten der ukrainischen Regionen verstehen, ist ein Blick auf die historischen Wurzeln unerlässlich. Die nach 1917 betriebene Sowjetisierung und Russifizierung, der Einfluss verschiedener christlicher Kirchen, eine unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung und in der Folge eine sich daraus entwickelnde ökonomische Disparität führten letztlich zur Entwicklung zweier unterschiedlicher politischer Kulturen und damit zu regionalen Besonderheiten. Auf den ersten Blick hatte es den Anschein, dass die Ereignisse im Herbst und Winter 2004 diese Unterschiede verstärkt haben. Zeitweilig wurde im Wahlkampf gar mit dem Szenario einer möglichen Spaltung des Landes gedroht. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass die vorhandenen Unterschiede und der „regionale Faktor“ im Wahlkampf von beiden politischen Lagern instrumentalisiert wurden, die Geschlossenheit des Landes aber stärker ist, als gemeinhin dargestellt. Dennoch wird die zukünftige Politik von der Suche nach einer Lösung für das Zusammenleben und Zusammenwirken der Regionen bestimmt sein.

Red.

IST DIE UKRAINE EIN ZWEIFGETEILTES LAND?

Wenn von den Regionen der Ukraine die Rede ist, vom Westen, Osten und Süden, so wird gerne das Bild eines zweigeteilten Landes und einer Gesellschaft mit starken, geographisch festzumachenden Zentrifugalkräften entworfen. Die Himmelsrichtungen kennzeichnen hier nicht nur, wie überall in Europa, regionale Besonderheiten der Bevölkerungen. Vielmehr scheint eine scharfe Grenzlinie zwischen dem Westen und dem Zentrum einerseits, dem Osten und Süden andererseits zwei unterschiedliche politische Kulturen in ein und demselben Land voneinander zu trennen. Im Westen spricht man Ukrainisch, sucht politisch die Nähe zur euro-atlantischen Staatengemeinschaft und distanziiert sich von der sowjetischen Vergangenheit. Im Osten spricht man mehr Russisch als im Westen, bejaht starke Bindungen zu Russland und zur GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) und kann sich viel schwerer von alten sowjetischen Vorstellungen lösen. Eine besondere Rolle spielt

die Autonome Republik Krim im äußersten Süden, mit verfassungsmäßigen Sonderrechten und dem höchsten Anteil ethnischer Russen. Religiös stehen der Westen und das Zentrum besonders unter dem Einfluss der Unierten oder Griechisch-Katholischen Kirche (die dem Papst untersteht), im Osten und Süden wahrt die Orthodoxie, vor allem die des Moskauer Patriarchats, ihre starke Stellung.

Nicht nur in der deutschen Publizistik, auch sonst in weiten Teilen der Industrieländer wurde während der Wahlkrise das Bild einer gespaltenen ukrainischen Bevölkerung vorgeführt. Die Drohung der Janukowitsch-Anhänger mit offenem Separatismus in den östlichen und südlichen Bezirken, das Zusammentreten eines autonomistischen Kongresses in Siverodonec'k am 27.11.2004 wurde weithin bereits als Anzeichen für die reale Gefahr eines Zerfalls der Ukraine angesehen. Wer die Gegensätzlichkeit der Ost- und der Westukraine als hauptsächlich prägendes Merkmal des Landes und vorrangiges politisches Problem ausgewiesen hatte, sah sich bestätigt. Eine der Thesen Huntingtons¹ in seinem Werk vom „Clash of Civilizations“, die die Trennlinie zwischen dem euro-atlantischen Kulturkreis und dem russisch-orthodoxen mitten durch die Ukraine zieht, könnte durch die Ereignisse bestärkt werden.

REGIONALE BESONDERHEITEN HABEN HISTORISCHE WURZELN

In der Tat ist die politisch-kulturelle Besonderheit der ukrainischen Regionen ein prägender Faktor des Landes. Ihre Wurzeln liegen in der Geschichte. Der Osten, der Süden und das Zentrum verblieben über drei Jahrhunderte lang unter russischer Herrschaft, während der Westteil mit Polen und schließlich mit der K.u.K.-Monarchie verbunden war; er gehört kulturell somit zu Mitteleuropa. In diesem Gebiet, im westlichen Wolynien, in Galizien und in den Karpaten, war der Widerstand gegen die sowjetische Herrschaft bekanntlich stark. In den nur knapp viereinhalb Jahrzehnten dieser Fremdherrschaft überdauerten die eigenen, ukrainischen Traditionen ungebrochen die propagandistischen Dauerbehandlungen der sowjetisch-russischen Ideologie-Lehrmeister im Sinne des „Sowjetpatriotismus“. Die Russifizierung scheiterte hier, prägte dagegen den Osten und Süden – wo auch die Anteile russischer Einwanderer besonders groß sind – ganz erheblich; das Zentrum in vergleichbarer Weise, aber doch weniger stark. Zu diesen Faktoren tritt die religiöse Aufspaltung der Ukraine hinzu, ein Hauptargument für Huntingtons Thesen. Die bedeutendste Denomination, die orthodoxe Kirche, die dem Moskauer Patriarchen untersteht, ist besonders im Zentrum, im Osten und Süden vertreten. Sie stand der schon genannten stärksten Kirchengemeinde des Westteils, der Griechisch-Katholischen Kirche, stets feindselig gegenüber.

HAT DAS WAHLDRAMA DIE UNTERSCHIEDE VERFESTIGT?

Während des Wahldramas konnte man immer wieder eine zweifarbige Ukraine im Fernsehschirm sehen (s. Bild 1, S. 181). Häufig wurden die beiden Teile gekennzeichnet als die stärker russisch geprägten und zu Russland hinneigenden Regionen und die ukrainischsprachigen, auf Europa und die USA hin ausgerichteten Gebiete. Die inneren Faktoren werden also durch außenpolitische ergänzt. Dieses Bild wurde durch die Wahlergebnisse im November und Dezember 2004 zunächst durchaus bestätigt. Im Westen und im Zentrum siegten die Anhänger Juschtschenkos, im Osten und im Süden die Partei von Janukowitsch. Dieser hatte als Gouverneur des Gebietes von Donezk in der örtlichen Bevölkerung starke Sympathien. Im Westen dagegen, mit der Metropole L'viv (Lemberg), wo die ukrainische Nationalbewegung ihre feste Basis hatte, fand „Naša Ukrajina“ („Unsere Ukraine“), das Wahlbündnis Juschtschenkos, die meiste Unterstützung. Kulturell-sprachlich, ethnisch und von den historischen Traditionen her scheint diese Gegenüberstellung also eine Konstante zu sein. Der Vorschlag von Janukowitsch im Wahlkampf, Russisch zur zweiten Staatssprache zu erheben, fügt sich organisch in dieses Bild ein. Er war erklärtermaßen der Kandidat Russlands, Juschtschenko galt als Kandidat der westlichen Welt.

Die Turbulenzen der Wahlkrise und der Ausgang der Wahl haben natürlich die Unterschiede zunächst eher verfestigt. Die Trennlinie gilt immer noch, sie teilt die Ukraine im Dezember 2004 gewissermaßen in ein „Juschtschenko-Land“ und ein „Janukowitsch-Land“, und sie lässt sich an einer Reihe von Haltungen und Einstellungen nachweisen. So sind nach einer Analyse des angesehenen Kiewer Razumkow-Zentrums für soziologische Forschungen im Februar dieses Jahres große Mehrheiten der Befragten im Westen und im Zentrum der Ansicht, Juschtschenko treibe seine Politik im nationalen Interesse, aber nur ein genaues Drittel der Bevölkerung im Osten und Süden meint dies.² Die allgemeine Zustimmung zu seinen ersten Maßnahmen erreicht nach einer Umfrage des Razumkow-Zentrums im Mai 2005 72 Prozent im Westen, macht im Zentrum 55 Prozent aus und sinkt im Süden und Osten auf 20 Prozent. Der Kommentator der angesehenen Kiewer Wochenzeitung „Wochenspiegel“ („Dzerkalo Tyžnja“) folgert daraus, die Tendenzen der neuen Politik seien nicht auf Überwindung der gesellschaftlich-politischen Teilung des Landes angelegt.³

Ähnliche Unterschiede weist die außenpolitische Orientierung für oder gegen den Eintritt in die Europäische Union auf (s.u.). Die Befürworter des EU-Anschlusses sind immer noch am zahlreichsten in den „Juschtschenko-Gebieten“ vertreten, umgekehrt sind die Anhänger einer möglichst engen Anbindung an Russland und die GUS am häufigsten im Osten und Süden an-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

ZWEGEITELTE UKRAINE? STIMMEN FÜR JUSCHTSCHENKO (WESTEN UND ZENTRUM), FÜR JANUKOWITSCH (OSTEN UND SÜDEN).
picture alliance / dpa

zutreffen. In den regionalen Unterschieden liegt ein ernsthaftes politisches Problem. Dies lässt sich auch aus den ersten programmatischen Äußerungen mancher Parteien für die Parlamentswahlen 2006 ablesen. So will die neu angetretene „Partei der staatlichen Neutralität der Ukraine“ die gegensätzlichen außenpolitischen Orientierungen innerhalb der Gesellschaft ausgleichen, Jevhen Marčuk, der Vorsitzende der „Partei der Freiheit“, sieht seine Hauptaufgabe in der Überwindung der Spaltung des Landes nach den Präsidentschaftswahlen.⁴

STAATLICHE EINHEIT WAR ZU KEINEM ZEITPUNKT BEDROHT

Die Entwicklung nach der „Orangen Revolution“ legt allerdings auch Tendenzen frei, die längerfristig auf eine Annäherung der Haltungen in den verschiedenen Regionen hindeuten. Die staatliche Einheit der Ukraine ist durch die Unterschiede in den Regionen keineswegs gefährdet und war auch zu keinem Zeitpunkt ernsthaft bedroht. Vor allem aber ist die Vorstellung von einer „russischen“ östlichen Ukraine und einer „ukrainischen“ westlichen Ukraine eine irreführende Vereinfachung. Juschtschenko hat in den ersten Monaten seiner Amtszeit gerade im Osten und Süden deutlich an Zustimmung gewonnen, Janukowitsch in seiner eigenen Basis – teilweise dramatisch – verloren. Heute meint nach Auskunft von sieben führenden regierungsunabhängigen ukrainischen Forschungsinstituten, die das Kiewer Razumkow-Zentrum im Internet veröffentlichte, eine klare Mehrheit der Bevölkerung, die Beziehungen zu den USA, zu Russland und der Europäischen Union seien ausgewogen – ganz im Gegensatz zur Einschätzung der Außenpolitik Kutschmas vor einem Jahr.⁵ Über ein Drittel der Befragten hegten die Erwartung, dass sich unter Juschtschenko die Beziehungen zwischen

Russland und der Ukraine verbessern werden, erheblich weniger, nur jeder Fünfte, waren vom Gegenteil überzeugt. (Hier muss angemerkt werden, dass die angeführte Einordnung Juschtschenkos als Kandidat des Westens keineswegs in der Natur der Sache liegt, sondern der frühen Festlegung Putins auf Janukowitsch zuzuschreiben ist. Weder seine Politik als Ministerpräsident 2000/2001 noch seine Herkunft lassen Juschtschenko als den vorherbestimmten „Westler“ erscheinen. Kennzeichnend für ihn ist vielmehr sein Wille zu Reformen und zur Demokratisierung). Aus den Antworten der Befragten ist zudem ein klares Lob für die jetzigen Möglichkeiten freierer Berichterstattung und Information zu entnehmen, und zwar ohne bedeutende regionale Unterschiede, – eine Einschätzung, die sich deutlich zum Besseren hin von der Bewertung der Massenmedien in der Kutschma-Ära unterscheidet.⁶ Die Haltungen der Bevölkerungen in den verschiedenen ukrainischen Gebieten sind also keineswegs fest gefügt. Zu diesem Befund passt auch, dass der den Westen und das Zentrum umfassende Landesteil seit der Präsidentschaftswahl von 1994 (auf die Huntington sich beruft) stark angewachsen und die „Trennlinie“ mittlerweile um vier Gebiete nach Osten und Süden verschoben erscheint.

DIE KIRCHEN UND DIE „ORANGENE REVOLUTION“

Aussagekräftig ist das Verhalten der Kirchen in der „Orangen Revolution“. Die oben skizzierten Gegensätze zwischen den christlichen Glaubensrichtungen in der Ukraine wurden von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats zugunsten von Janukowitsch instrumentalisiert, insgesamt aber bestärkte die Wahlkrise eine ohnehin schon bemerkbare Annäherung zwischen den Denominationen. Die

Orthodoxie stellt ein wichtiges Bindeglied zu Russland dar. Das A und O der sowjetischen Geschichtsschreibung – darunter auch der sowjetukrainischen – war die angeblich historisch gesetzmäßig erwachsene Völkergemeinschaft unter russischer Führung. So ist einzusehen, warum in dieser Geschichtsschreibung die Unierte oder Griechisch-Katholische Kirche als ein Irrweg, eine Abspaltung vom Hauptkörper des ukrainischen Volkes angeprangert wurde, als nationales Renegatentum, das direkt in die polnische Sklaverei führte.

Zumindest offiziell ist diese sowjetische Sichtweise der Unierten Kirche Vergangenheit, und nach den ersten Streitigkeiten um die Rückgabe der nach 1945 enteigneten Kirchen der Unierten – gleich nach der Unabhängigkeit von 1991 – ist heute eine gewisse Gesprächsbereitschaft zwischen Union und Orthodoxie zu verzeichnen. Von ihrer kirchenrechtlichen Konstitution und der Tradition ihrer großen Kirchenfürsten Šeptyc'kyj und Slipyj her ist die Unierte Kirche zumindest in ihrem Potenzial viel eher als Bindeglied zwischen Katholiken und Orthodoxen anzusehen denn als „antiorthodoxe“ Gruppierung. Gewiss ist der Graben zwischen dem Hauptteil der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, der mit der russischen Orthodoxie verbunden ist, und der Union nicht leicht zu überwinden. Dass diese gemeinsam mit römischen Katholiken und Lutheranern, also traditionell misstrauisch beäugten „lateinischen“ und westlichen Kirchen die Wahlfälschungen kritisierte, könnte die Unterstützung der russischen und ukrainischen Orthodoxie für das Regierungslager und für Janukowitsch zunächst als Beweis für die mitten durch die Ukraine gehende kulturelle Trennlinie erscheinen lassen. Die Orthodoxen – in der Ukraine in drei verschiedene Kirchen aufgeteilt – traten jedoch keineswegs einheitlich auf.

Die beiden kleineren, die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche und die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats tragen die kirchenpolitische Ukrainisierung mit, stehen politisch also der Griechisch-Katholischen Kirche nicht fern. Sie unterstützten gemeinsam mit dieser die Protestaktionen gegen die Wahlfälschungen. Die obere Hierarchie der größten orthodoxen Gruppierung, der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats, trat unisono mit ihrem Moskauer Patriarchen Aleksej, ihrem Kiewer Metropoliten Volodymyr, den Metropoliten von Luhans'k, Donec'k und Odessa⁷ und der Union der orthodoxen Bruderschaften offen und massiv für Janukowitsch ein. Dabei nahm Volodymyr zunächst eine eher vermittelnde und neutrale Haltung ein, wurde aber offensichtlich von Moskau und den anderen genannten Scharfmachern, die vor offenen Schmähungen Juschtschenkos nicht zurückschreckten, so bedrängt, dass er schließlich doch – entgegen den gesetzlichen Bestimmungen – eindeutig für Janukowitsch eintrat.⁸ Die Hierarchen um ihn verfielen nach dem Sieg der „Orangen Revolution“ verständlicherweise zunächst in Schweigen.⁹ Priester und Laien unterer Ränge hatten sich jedoch in einem Aufruf am 26.11.2004 gegen die Parteinarbeit gewandt, einzelne Priester protestierten gegen die Verletzung des Gebots der kirchlichen Nichteinmischung, wandten sich also gegen ihre eigene kirchliche Hierarchie, die von den

Kanzeln herab Juschtschenko in grober Weise verteufelt hatte. Die gleiche Haltung legten auch wiederholt Gruppen jugendlicher Aktivisten dieser Kirche an den Tag.¹⁰

AUCH KIRCHEN ZEIGEN ANNÄHERUNGSTENDENZEN

Die Wahlkrise hat also eher Tendenzen der Annäherung der verschiedenen ukrainischen Kirchen an den Tag gebracht und gefördert, als dass durch sie die zweifellos vorhandenen religiösen Gegensätze verstärkt worden wären. Schließlich ist es auch ein äußerer Faktor, der die Antagonismen betont, nämlich die Moskauer Kirche, die ihren Einfluss auf die ukrainische Orthodoxie unbedingt bewahren möchte. Dass deutlich vernehmbare Stimmen innerhalb der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats den Weisungen von oben nicht folgten, obwohl diese die alten historischen Gegensätze zwischen Lateinern und der Ostkirche vehement ins Spiel brachten¹¹, deutet eher auf eine wachsende Gemeinsamkeit der Denominationen. Juschtschenko selbst gehört ja der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats an – und hat inzwischen natürlich den Segen des Kiewer Metropoliten Volodymyr erhalten. Die gegensätzlichen Flügel der Ukrainischen Orthodoxen Kirchen haben nach dem Regierungswechsel wieder Gesprächsbereitschaft signalisiert, und sei es auch nur formal gemeint, um nicht als Schuldige an der Kirchenspaltung zu erscheinen.¹²

DIE ROLLE DES ZENTRUMS

Die sattsam bekannte Zweiteilung der Ukraine wird, wie wir gesehen haben, gerne aus ethnischen, historischen und kulturellen Faktoren hergeleitet. Historisch-soziologisch betrachtet ist die Ukraine, wie Rjabčuk¹³ zu Recht bemerkt, eher dreigeteilt, nämlich in den Westen, der immer antisowjetisch blieb, das Zentrum, das trotz längerer russischer Herrschaft die älteren, westlichen Bildungstraditionen nie ganz aufgab, den Osten und Süden, die durch Einwanderungswellen besonders stark sowjetisiert waren. Es geht indirekt auch um die sprachlichen Zuordnungen (Russisch – Ukrainisch), entscheidend ist aber der Gegensatz zwischen Zivilgesellschaft und sowjetischem System.

In dieser Aufteilung ist bemerkenswert, dass das Zentrum – und hier handelt es sich um große Gebiete, die relativ weit nach Osten und Süden reichen – mit klaren Mehrheiten für Juschtschenko votierte. Bei näherer Betrachtung ist auch die oben vorgestellte Aufteilung der Ukraine in ein „Juschtschenko-Land“ und ein „Janukowitsch-Land“ selbst nach dem Wahlausgang nicht so eindeutig gegeben. Zum Beispiel bekam Janukowitsch im Gebiet Cherson nur eine sehr knappe Mehrheit. Die Rolle des Zentrums Kiew zur Integration der verschiedenen Regionen und zur Aufrechterhaltung der staatlichen Einheit darf keineswegs unterschätzt werden. Die Hauptstadt ist politisch das unangefochtene Haupt des ganzen Landes. Selbst die Autonome Republik Krim stellt sich schon seit 1995 nicht mehr gegen das Zentrum. Die Clans im Gebiet von Donec'k, der politischen

Basis von Janukowitsch, die in der Behauptung der regionalen Besonderheiten und Interessen am stärksten hervortritt, wollen seit etwa 2000 diese Interessen durch unmittelbaren Einfluss in Kiew wahren, erkennen also die überragende Bedeutung der Zentrale an.

DAS ZERRBILD EINER SPALTUNG

Das Zerrbild einer nach Sprachen und Religionen sowie außenpolitischen Tendenzen strikt geteilten Ukraine wurde gezielt durch das Regierungs- und Janukowitsch-Lager (die ja bis zur Wahlkrise eng zusammenarbeiteten) zum Wahlkampfthema gemacht und die Schuld am Szenario einer Spaltung vorsorglich der Opposition angelastet. In die gleiche Kerbe schlugen die wiederholten programmatischen Forderungen von Janukowitsch, Russisch zur zweiten Staatssprache zu machen, weil angeblich nur so diesprachlich-kulturellen Rechte der Bevölkerung im Osten und Süden der Ukraine geschützt werden könnten. An diesem Punkt machte selbst Präsident Kutschma schon vor der Wahl nicht mehr mit und distanzierte sich von seinem Schützling.

Stepan Havryš, Fraktionsführer der Pro-Kutschma-Mehrheit im ukrainischen Parlament (Verchovna Rada), malte die Gefahr einer vollkommenen Spaltung der Ukraine in einem Interview für die ungarische „Népszabadság“ im Oktober 2004 an die Wand. Es erschien dort unter dem bezeichnenden Titel: „Die zweigeteilte Ukraine“. Havryš stellte Kutschma als einen Mann des Ausgleichs und der Annäherung an den Westen hin (zweifellos nicht unberechtigt), beschuldigte aber dennoch die Opposition, mit Putschplänen gegen den Präsidenten nach georgischem Muster die Spaltung des Landes zu riskieren.¹⁴ Tatsächlich hat Kutschma seit seiner ersten Präsidentschaft beginnend 1994 durch sein Eintreten für den öffentlichen Gebrauch der ukrainischen Sprache (obwohl er selbst aus einem russischsprachigen Milieu stammt), durch seine Abwehr separatistischer Gefahren auf der Krim 1995 sowie durch den Grundlagen- und Freundschaftsvertrag mit Russland (1997), in dem erstmalig die Selbstständigkeit und territoriale Integrität der Ukraine durch Russland vertraglich anerkannt wurde, viel für die Geschlossenheit und staatliche Konsolidierung der Ukraine erreicht. Er hat andererseits die Westorientierung der ukrainischen politischen Elite verstärkt, vor allem durch seine Festlegung auf das strategische Ziel EU (1997) und sogar auf den NATO-Beitritt (2002). Dass er selbst kein „Mann des Westens“ wurde, liegt – einmal abgesehen von den Feinheiten der „multivektoralen Außenpolitik“ – vorwiegend an seinen Verstrickungen in Machtmissbrauch und Korruption und hat mit der Frage: „West- oder Ostukraine?“ überhaupt nichts zu tun. Huntingtons Herleitung einer „zerrissenen Ukraine“, die in Kutschma ausschließlich einen Exponenten des „Ostens“ sieht, greift also viel zu kurz.

REGIONALE UNTERSCHIEDE HABEN SOZIOÖKONOMISCHE URSACHEN

In der Tat sind Analysen der Revolution erschienen, die den Unterschied der Regionen sozio-

ökonomisch mit anderen als den behaupteten ethnischen und kulturellen Faktoren erklären. So sieht Alexander Dergatschow in der Wahlkrise zwar durchaus eine scharfe Gespaltenheit der ukrainischen Gesellschaft aufziehen, wie sie nach seiner Einschätzung tatsächlich die Einheit des Landes bedrohte.¹⁵ Doch verortet er die auseinanderstrebenden Kräfte eher in den alten, noch der sowjetischen Zeit verhafteten Strömungen, den Linken, Orthodoxen und Oligarchen einerseits und den reformerischen demokratischen Gruppierungen andererseits. Mit dem Sieg der Demokraten und der Schaffung eines einheitlichen Rechtsraums sowie der Trennung zwischen Politik und Geschäft werde auch die Gefahr des Separatismus gebannt.¹⁶ Eine schlagende Bestätigung erfährt diese Deutung durch eine Umfrage des Razumkowitzentrums im Mai 2002, die in den östlichen und südlichen Bezirken ein signifikant höheres Misstrauen gegenüber der Berichterstattung in den Massenmedien ausweist als im Westen und im Zentrum (s. Bild 2, S. 183). Dabei sind die Unterschiede innerhalb dieser beiden Hauptteile zu vernachlässigen, wir haben also tatsächlich eine saubere Zweiteilung. Durchgehend verneinen fast zwei Drittel im Ost-Südteil die Fragen: „Können die ukrainischen Massenmedien ohne negative Auswirkungen für sich kritische Materialien über die örtlichen Behörden, das Ministerkabinett und das Parlament veröffentlichen?“, während der Wert der negativen Antworten im Zentrum und im Westen um die Hälfte herum pendelt.¹⁷ Die Demokratieferne ist also im Osten und Süden deutlich stärker ausgeprägt. Gewiss leben dort mehr ethnische Russen als anderswo in der Ukraine, doch dies ist nur ein Faktor von mehreren, die die Haltung der Bevölkerung in stärkerem Maße prägen als die Herkunft. In diesen Gebieten befindet sich das industrielle Schwergewicht des Landes. Hier ist der Urbanisierungsgrad besonders weit vorangeschritten, der wirtschaftliche Aufschwung kam bei der Bevölkerung erheblich mehr an als im West-Mitte-Teil. Die Gängelung der Massenmedien hat größere Ausmaße angenommen als im Zentrum und im Westen. Dies geht nicht nur aus den angeführten Umfrageergebnissen hervor, sondern z.B. aus der Tatsache, dass der einzige kritische und unabhängige Fernsehsender, „Kanal V“, während der Wahlkrise in diesen Gebieten nicht zu empfangen war. Schließlich war die informelle Herrschaft der Clans unter Kutschma hauptsächlich in den Gebieten Donec'k und Dnjipropetrovs'k etabliert.

PRORUSSISCHE ORIENTIERUNG UND WIRTSCHAFTLICHE INTERESSEN

Für Volodymyr Ampilohov, Parlamentarier aus Donec'k, ist die prorussische Orientierung seiner Region hauptsächlich aus wirtschaftlichem Interesse heraus zu verstehen.¹⁸ Die Sprachfrage, separatistische oder regionalistische Tendenzen seien demgegenüber zweitrangig. Zirka 70 Prozent des Exports dieses Gebietes gehen nach Russland, zudem kann Russland über den Ölpreis erheblichen Einfluss auf die politischen Haltungen der Bevölkerung ausüben, und tut dies auch über seine dort sehr verbreiteten Medien. Die im Vergleich zum Zentrum

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

UNTERSCHIEDE DER HALTUNGEN: „KÖNNEN DIE UKRAINISCHEN MASSENMEDIEEN OHNE NEGATIVE FOLGEN FÜR SICH KRITISCHE MATERIALIEN ÜBER DAS MINISTERKABINETT VERÖFFENTLICHEN?“ PROZENT DER ANTWORTEN „NEIN“ UND „EHER NEIN“.

picture alliance / dpa

und zum Westen noch viel krassere einseitige Berichterstattung der Massenmedien in Donec'k ist für ihn ein Hauptfaktor der harten Pro-Janukowitsch-Einstellung in der Wahlkrise. Erst der Präsidentschaftswechsel führt zu einem echten Durchbruch hin zu einer freien Medienlandschaft. Ampilohov betont darüber hinaus die durchaus staatstragenden und auf Erhaltung der territorialen Integrität der Ukraine bedachten Strömungen seiner Heimatregion.

DIE „BOTSCHAFT“ RUSSISCHER ANALYSEN

Die Anschauung, die Bewohner der östlichen und südlichen Gebiete seien aus Furcht um ihre sprachlich-kulturellen Rechte und aus Angst vor einer Unterbrechung ihrer traditionellen Verbindungen zu Russland so entschieden gegen Juschtschenko aufgetreten, ist eine Sichtweise von außen. Sie wird ganz wesentlich von Russland aus vertreten und findet Anhänger besonders unter westlichen Beobachtern, die sich auf russische Quellen stützen und russische Interessen betonen.

So beschreibt z.B. Aleksej Arbatov¹⁹, der Leiter des Zentrums für internationale Sicherheit an der Russischen Akademie der Wissenschaften, die Wahl zwischen Juschtschenko und Janukowitsch ausschließlich als einen Kampf der westlichen gegen die östlichen und südlichen Clans der Ukraine, und vor allem zwischen den Staatengruppen des westlichen Auslands und Russlands. Er streitet sogar jegliche Verbindung dieser ukrainischen Krise zu einer Demokratisierungsbewegung und ihren Gegnern expressis verbis ab. Die innerukrainischen Lager sind bei ihm rasch ein- und abgegrenzt: Die Kommunisten auf Seiten Janukowitschs entsprechen den

Neofaschisten um Juschtschenko. Gewaltbereitschaft seien beide gewesen. Dass dies ein Zerrbild der „Orangenen Revolution“ ist, braucht nicht eigens betont zu werden.

Sowohl der Titel der Analyse Arbatovs: „Poterja li Rossija Ukrainu? Konflikty na postsovetkim prostranstve neizbežny“ (Hat Russland die Ukraine verloren? Konflikte im postsowjetischen Raum sind unvermeidlich) als auch seine Aussage, wonach die überwältigende Mehrheit der politischen Kräfte in Russland den Ausgang der ukrainischen Präsidentschaftswahl als eine schwere außenpolitische Niederlage ansehe, bezeugt die Tatsache, dass die russische Politik zwar äußerlich-formal die Ukraine als unabhängigen Staat akzeptiert, sich aber innerlich mit der ukrainischen staatlichen Selbstständigkeit noch keineswegs abgefunden hat.

Ein anderer russischer Politologe, Grigori Melamedow²⁰, gibt folgendes „beim Durchschnitts-russen verbreitetes Bild“ wieder: Nur der ukrainische Westen könne eine gewisse Eigenständigkeit beanspruchen, in den übrigen Gebieten aber, dem Hauptteil des Landes, werde „russisch gesprochen und gedacht“. Melamedow distanziert sich eindeutig von diesen Klischees. Er bewertet den innerukrainischen Zusammenhalt größer als die prorussischen Tendenzen mancher Gebiete, sieht aber auch selbst die ukrainische Wahlkrise vorwiegend durch die Brille der außenpolitischen Einflussphären.

SICHERUNG DER RUSSISCHEN EINFLUSSSPHÄRE

In einer treffenden Analyse der russischen Ukrainepolitik Ende 2004 stellt Sabine Fischer²¹ die massiven Eingriffe der russischen Regie-

rung in den ukrainischen Wahlkampf einerseits als rationalen Versuch dar, die Einflussosphäre Russlands gegenüber der westlichen Ausbreitung zu festigen und von daher – mit dem Kern der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) – wieder Weltgeltung zurückzuerlangen. Sie konstatiert jedoch auch einen „irrationalen Aspekt“, den sie mit einer Fehleinschätzung der regionalen und internationalen Situation und dem Fehlen einer „wirkungsvollen oppositionellen Kontrolle des außenpolitischen Entscheidungsprozesses“ erklärt.²² Einen wesentlichen Faktor in dieser irrationalen Verhärtung Russlands erwähnt Sabine Fischer allerdings nicht. Es ist die alte, aus der zaristischen Ideologie übernommene Leugnung der historischen ethnischen Eigenständigkeit des Nachbarvolkes, verbunden mit dem eigenen Anspruch, Haupterbe des Kiewer Reiches zu sein. Eine derartige Haltung ist in der russischen Bevölkerung immer noch weit verbreitet. Nur eine Minderheit der politischen und kulturellen herrschenden Schicht Russlands sowie der russischen wissenschaftlichen Elite bejaht die staatliche Selbstständigkeit der Ukraine und ist bereit, die historischen Argumente für eine kontinuierliche, auf die Kiewer Rus' zurückgehende ethnische und staatliche Tradition der Ukrainer anzuerkennen. Diese ganz besondere, aus einem Gefühl der Verwandtschaft und einer Klage gegen die „unnatürliche Trennung“ der beiden Völker herrührende Stimmung in Russland erklärt zu einem wesentlichen Teil die aufgeregten Reaktionen in Moskau, als dem Wunsch Kandidaten Janukowitsch, und somit auch der russischen Regierung, die Felle davon schwammen. Die von Sabine Fischer zu Recht aufgeführten realpolitischen Gründe für ein zähes Festhalten der russischen Regierung am größtmöglichen Einfluss auf die Ukraine treten zu dieser traditionellen chauvinistischen Ideologie einer Großmacht hinzu und ergeben ein brisantes Gemisch. So unterstützte nicht nur Putin selbst die Kandidatur von Janukowitsch ganz massiv, wiegelte Lužkov in Siverodonec'k ganz offen zum Separatismus der östlichen und südlichen Bezirke auf, geißelten hochrangige Politiker wie der Sprecher der Staatsduma Gryzlov und auch die Duma insgesamt die „Eingemischung“ insbesondere der Parlamentarier der Europäischen Union, sondern von Putin und anderen wurde auch wiederholt die Gefahr eines „Auseinanderbrechens“ der Ukraine an die Wand gemalt und die westliche Staatengemeinschaft einer „inakzeptablen“ Einflussnahme auf die Ukraine beschuldigt.²³

POSITIONEN DER RUSSISCHSPRACHIGEN BEVÖLKERUNG

Ohne Zweifel entsprechen die starken ethnischen russischen Anteile besonders der Autonomen Halbinsel Krim und der Gebiete Donec'k und Luhans'k einer inneren Nähe zu Russland und einer gewissen Distanz zur ukrainischen Staatsführung. Doch die ethnischen Russen der Ukraine sind bei näherem Hinsehen nicht unbedingt als Spaltpilz, unsichere Kantonisten oder gar Fünfte Kolonne Russlands einzuordnen – geschweige denn, dass man dies von den russischsprachigen Einwohnern behaupten könnte. Viele Russen kommen aus Familien,

die schon seit Jahrhunderten in der Ukraine leben. Sie sind loyale Staatsbürger dieses Landes. Andere, insbesondere die russischen Industriearbeiter, hegen ohne Zweifel in erheblichen Teilen noch nostalgische Erinnerungen an die sowjetische Vergangenheit. Doch diese Haltung entspringt oft mehr wirtschaftlicher Enttäuschung als grundsätzlicher Ablehnung der ukrainischen Unabhängigkeit. Diese wurde am 1. 12. 1991 auch im Gebiet Donec'k mit 84 Prozent bestätigt.

Aussagekräftig für die Positionen der russischsprachigen Gebiete, was Loyalität zum ukrainischen Staat bzw. Nähe zu Russland betrifft, sind die Antworten einer Befragung, die der soziologische Dienst des Razumkov-Zentrums am 16.10.2003 während der Krise um die Halbinsel Tuzla durchführte, als es zwischen beiden Staaten zu schweren Spannungen, ja sogar zu militärischen Vorbereitungen kam.²⁴ Die Unterschiede zwischen den Regionen sind zwar ausgeprägt, was die Beurteilung der russischen Aktionen betrifft (30 Prozent im Donec'k-Gebiet halten diese für gerechtfertigt), konvergieren aber auch in Fragen, die geeignet sind, Loyalität zum ukrainischen Staat zu prüfen. Über alle Regionen hinweg reagierten große Mehrheiten der Befragten mit Besorgnis auf die Eskalation, ziemlich einheitlich hielten die Antwortenden die russischen Aktivitäten für gezielt und planvoll in Gang gesetzt, und große übereinstimmende Mehrheiten im ganzen Land traten für die unbedingte Wahrung der territorialen Integrität der Ukraine ein. Verwirrend allerdings und im Widerspruch dazu das Ergebnis, dass im ganzen Land ziemlich viel, im Donec'k 55 Prozent, in Simferopol 78 Prozent, und selbst in der

Hauptstadt noch 20 Prozent sich das Leben in einem unter Tschubais liberal geführten russischen Imperium als wünschenswert vorstellen konnten. Das mag schwache Bindungen an den eigenen Staat signalisieren, insgesamt aber deutet sehr wenig darauf hin, dass etwa separatistische Bewegungen zugunsten Russlands in der Ukraine eine nennenswerte eigene Stärke (d.h. ohne Hilfe von außen) entfalten könnten. In Donec'k wollten damals 18 Prozent der Befragten die Unverletzlichkeit der ukrainischen Grenzen sogar mit Waffengewalt verteidigen, mehr noch als in Lemberg. Diese relative Geschlossenheit der ukrainischen Gebiete wird mittlerweile auch von russischen Politologen anerkannt.²⁵

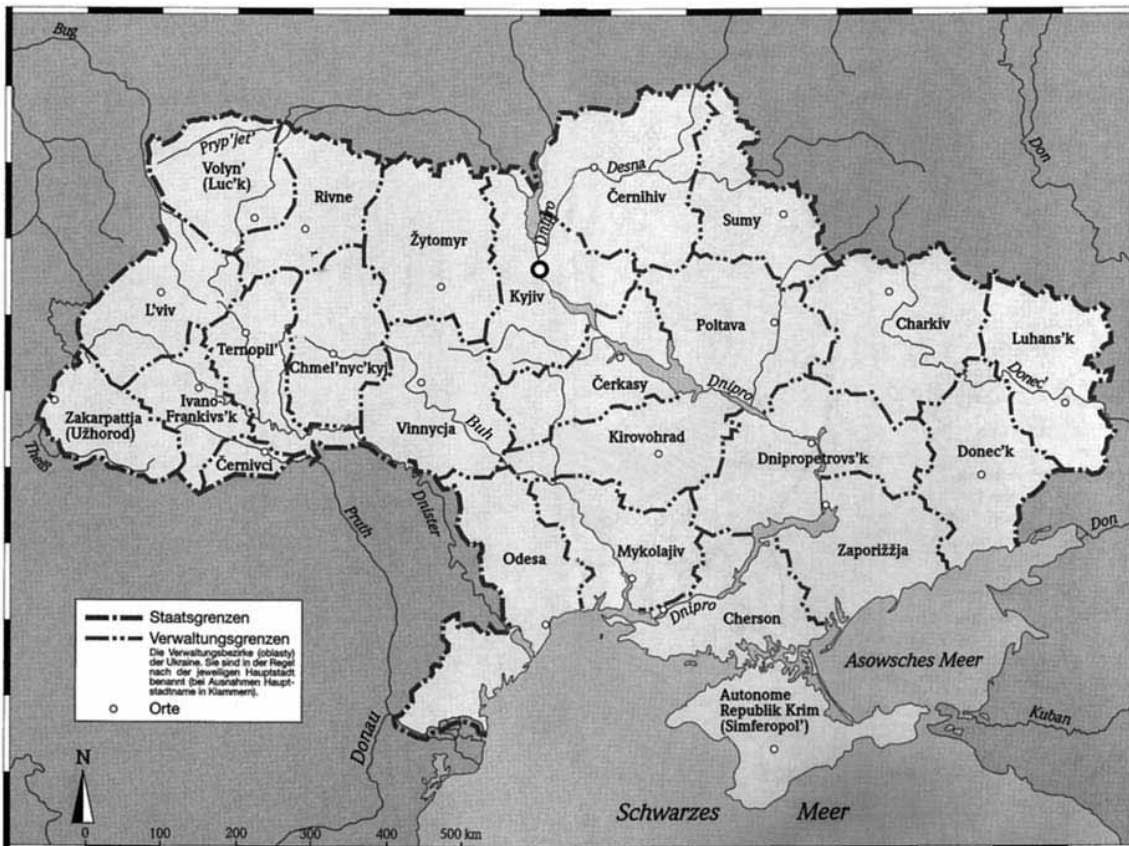
ELITEN ORIENTIEREN SICH AN EUROPA

Wenn Kutschma, Ziehvater von Janukowitsch, und ein erheblicher Teil seiner politischen Basis die Einheit des Landes als vorrangiges Ziel ansahen und zugleich Europa, sogar den NATO-Beitritt als strategisches Ziel ausgaben (bei gleichzeitiger bevorzugter Behandlung Russlands), dann stimmt die immer wieder projizierte Ost-West-Polarisierung zumindest für die politische Machtelite des Landes nicht. In der Tat beweisen Umfragen eine vorherrschende, die Orientierung nach Russland und der GUS weit überwiegende Ausrichtung nach Europa für die Elite der Ukraine. Von Ukraine-Fachleuten und auch von ukrainischen Politologen wird darauf verwiesen, dass die Tendenzen hin zur westlichen und andererseits zu den östlichen Staatengemeinschaften sich seit Jahren fast

die Waage halten. Zwar ist die Bevölkerung in dieser Frage tatsächlich noch gespalten, aber schon seit einem Jahrzehnt bejahen die ukrainischen Eliten mit überwältigenden Mehrheiten den Beitritt zur Europäischen Union als strategisches Ziel. Es gibt Hinweise darauf, dass die weniger Gebildeten sich heute der Haltung der Eliten annähern. Der russische Politologe Andrej Piontkovskij, Direktor des Zentrums für strategische Studien, stellt im September 2004 fest: „Die Schlüsselpriorität liegt für die Mehrheit der Vertreter der ukrainischen Elite und der ukrainischen Gesellschaft in der langfristigen Orientierung auf Integration in Europa.“²⁶

DIE SPRACHENFRAGE SPIELT KEINE ROLLE

Die Wahlkampfbehauptung von Janukowitsch, man müsse sich um die angeblich vernachlässigte russischsprachige Bevölkerung des Ostens kümmern, hat das ohnehin hier sehr verbreitete Bild einer sprachlichen Zweiteilung des Landes noch verstärkt. So hieß es z.B. im „Heute-Journal“ des ZDF anlässlich des Juschtschenko-Besuches in Deutschland am 9. März, der „russisch sprechende Osten“ habe Juschtschenko nicht gewollt. Vielerorts war in deutschen und europäischen Berichten von den „russischsprachigen Bezirken der Ostukraine“ die Rede, denen der Wahlsieger Juschtschenko sich nun zuwenden müsse. Tatsächlich gibt es unter den 24 Oblasti (Gebiete/Verwaltungseinheit) außer der Autonomen Republik Krim nur zwei Bezirke mit einer russischsprachigen Mehrheit, Luhans'k und Donec'k. Und auch dort sind die ethnischen Russen in der Minderheit.



Mehrheitlich russischsprachig nur noch: Luhans'k, Donec'k, Krim.

Die Volkszählung von 2001 ergab knappe bis deutliche ukrainischsprachige Mehrheiten der Bevölkerung in früher klassischen russifizierten Gebieten wie etwa Charkiv, Poltava, Sumy, Dnjipropetrovs'k, Zaporizžja, Odessa (s. Bild 3). Überall in diesen Oblasti haben die ethnischen Ukrainer eine klare Mehrheit, in Charkiv z.B. 75 Prozent. Allerdings spricht ein deutlicher Anteil der ethnischen Ukrainer russisch. Das ist jedoch in keinem Fall ein hinreichender Grund für die Annahme einer besonderen politischen Nähe zu Russland.

Verblüffend für jeden, der die sprachliche Situation des Jahres 1991 kennengelernt hat, als das Russische in Kiew überall dominierte, ist der heute zu verzeichnende Erfolg der sprachlichen Ukrainisierung in der Hauptstadt. Dieser ist auf sehr glatte Weise erreicht worden, ohne irgendeinen sprachlich-kulturellen Gegensatz in der Mitte des Landes zu provozieren. Die Sprachenfrage spielte während der „Orangenen Revolution“ in Kiew überhaupt keine Rolle. Tatsächlich wurden auf dem Majdan, dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew, wiederholt auch kurze Ansprachen auf Russisch gehalten.

ERWARTUNGEN AN DEN WAHLSIEGER

Eine Anfang 2005 durchgeführte Befragung des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie mit dem Ziel, die Erwartungen an den neuen Präsidenten Juschtschenko zu erfassen, weist aus, dass die Sprachenfrage in den angeblich kulturell und sprachlich voneinander so geschiedenen Regionen der Ukraine überhaupt keine Rolle spielt.²⁷ Stattdessen werden die Verbesserungen der Lebensbedingungen, die Erhöhung der Löhne und Pensionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Sozialhilfe und die Sicherung der bezahlbaren medizinischen Versorgung, Kampf gegen Verbrechen und Korruption, die Bildung und auch die Friedenssicherung aufgeführt. Eine andere Umfrage, die die Ergebnisse der ersten 100 Tage der Präsidentschaft Juschtschenkos unter die Lupe nimmt und die zu lösenden Probleme aufführt, weist dem Sprachenproblem den 23. Platz zu, nur 6,6 Prozent halten die Regelung der Sprachenfrage für vordringlich, und darunter sind mit Sicherheit auch Befürworter einer rascheren Ukrainisierung.²⁸

Die Unwichtigkeit und die Künstlichkeit der Sprachenfrage im Wahlkampf resultiert aus der Tatsache, dass die Ukraine in den 14 Jahren ihrer Unabhängigkeit eine insgesamt tolerante und erfolgreiche Sprach- und Kulturpolitik betrieben hat. Der Schutz der russischen Sprache und Kultur ist in mehreren Rechtsdokumenten festgeschrieben, vor allem in der Verfassung. Auch im Osten des Landes, in dem bis zur Wende zum 20. Jahrhundert ein weitaus größerer Teil der Bevölkerung – auf dem Lande lebend – ukrainisch und ukrainischsprachig gewesen war, stieß die langsame Re-Ukrainisierung nach 1991 nur selten auf Ablehnung. Erst um 1900 hatte die massenhafte Einwanderung russischer Arbeiter die Gewichte vor allem in den Gebieten Donec'k und Luhans'k stark zugunsten der ethnischen Russen verschoben. In diesen beiden Gebieten erhöhte sich die Zahl der russischsprachigen Einwohner im Jahrzehnt nach 1991 sogar um einige Prozent, obwohl auch

dort ethnische Russen nicht die Mehrheit ausmachen. In den übrigen östlichen Gebieten einschließlich Charkiv verlief die Entwicklung umgekehrt. Dort hatte übrigens die ukrainische Sprach- und Kulturbewegung des 19. Jahrhunderts ihre ältesten Ursprünge. Erinnerungswert ist auch, dass die ukrainische Kultur- und Autonomiebewegung als Hauptmotor der Unabhängigkeit keineswegs gegen Russland gerichtet war, sondern eng mit Menschenrechtsbewegungen zusammenarbeitete, die Vertreter aller Nationalitäten einschlossen. Deshalb hatte die langsame Re-Ukrainisierung nach 1991 keinen nennenswerten antagonistisch-nationalistischen Beweggrund.

VON EINER SPALTUNG IST DIE UKRAINE WEIT ENTFERNT

Es wäre töricht, große regionale Unterschiede zwischen Ost-West, Zentrum und Süden in der Ukraine abstreiten zu wollen. Diese sind auffällig. Auch die gewöhnlich damit verbundene Zuordnung zu sprachlich-kulturellen Prägungen und politischen Haltungen, die je nachdem zur euro-atlantischen Staatenwelt oder zu Russland hinneigen, ist nicht verkehrt, sofern sie andere, besonders die vertikale Aufteilung der ukrainischen Gesellschaft in diesen Haltungen, nicht verdecken und z. B. die Rolle des von allen Seiten anerkannten Zentrums richtig würdigen. Entscheidend sind die Gegensätze zwischen Reformern und rückständigen oder antidemokratischen Kräften. Die immer wieder gegenübergestellten Gruppierungen und Bevölkerungsteile sind in ihren Haltungen weniger konstant als oft behauptet, und von einer Spaltung oder Zerreißprobe ist der ukrainische Staat weit entfernt. Dies erweist sich in der Sprachenfrage, die bei genauem Hinsehen einen Erfolg der Ukrainisierung ausweist, wobei die russische Sprache und Kultur ihre Rechte behalten. Und auch die Kirchen als wichtiger gesellschaftspolitischer Faktor stehen sich nicht unversöhnlich gegen-

über, sie haben vielmehr in der „Orangenen Revolution“ Gemeinsamkeiten entdeckt. Der Sieg der Demokraten und der Verfechter des Rechtsstaates wird die Geschlossenheit des Landes voraussichtlich weiter stärken.

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. Samuel P. Huntington: Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik. 3. Auflage München 2002 (Original: The Clash of Civilizations. New York 1996), S. 263–268; insbesondere S. 265 („Die Ukraine: ein zerrissenes Land“).
- ² Sociolohične docidžennja centru Razumkova berezen' 2005r., Unter: www.uceps.org (S. 6).
- ³ Andrij Byčenko: Hromadžany pro vladuj opozyciju. (Die Bürger über die Macht und die Opposition). In: Dzerkalo Tyžnja, 22 (550), 11.–17. Juni 2005.
- ⁴ Jurij Jakymenko u.a.: Chto i za ščo, z kym i proty koho? Partiji Ukrajinu za rik do vyboriv. (Wer und wofür, mit wem und gegen wen? Die Parteien der Ukraine ein Jahr vor der Wahl. In: Dzerkalo Tyžnja, 12 (540), 2.–8. April 2005.
- ⁵ 100 dniv novoji vlady. Pohljad neurjadovych analityčnych centriv. Institut ekonomičnych doslidžen' ta polityčnych konsultacij u.a. Kyjiv, Mai 2005; unter: www.uceps.org (S. 45); A. Dergatschow: Die ersten hundert Tage unter Präsident Juschtschenko. In: Wostok 2/2005, S. 64.
- ⁶ 100 dniv novoji vlady (s. Anm. 5), S. 55.
- ⁷ Oleh Turij bringt in seinem Artikel „Wie Religion ins Spiel kam. Die Kirchen und die „Orangene Revolution“ (Herder-Korrespondenz, 5/2005, S. 261–266 (Original: Cerkva i revolucija, L'viv 2005) einige krasse Beispiele für das Verhalten des Metropoliten von Odessa und Ismail Ahantahel, des Metropoliten von Donec'k und Mariupil Ilarion, des Metropoliten von Luhans'k und Starobil'sk Joanikij.
- ⁸ Ebenda.
- ⁹ Kateryna Šcotkina: Liniya Hriča (Trennstrich der Sünde). In: Dzerkalo Tyžnja 49 (524), 4.–10.12.2004.
- ¹⁰ Ebenda.
- ¹¹ Oleh Turij, a.a.O.: Juschtschenko wurde verdächtigt, in Wirklichkeit griechischer Katholik zu sein.
- ¹² Kateryna Šcotkina: Mrijaty ne zaboronyš. Ale možna zmušyty? (Zu träumen kann man nicht verbieten. Aber kann man es erzwingen?). In: Dzerkalo Tyžnja 11 (539), 26.3.–1.4.2005.
- ¹³ Mykola Rjabčuk: Die Ukraine am Scheideweg. Ist ein Erpresserstaat reformierbar? In: Osteuropa, 1/2005, S. 11f.
- ¹⁴ Miklós Gábor: Kettéhasadt Ukrajina. In: Népszabadság vom 25.10.2004.
- ¹⁵ Alexander Dergatschow: Nach der Wahl: Neue Perspektiven, neue Herausforderungen. In: Wostok 1/2005, S. 13–16.
- ¹⁶ Ebenda.
- ¹⁷ Pres-konferencija: „Rezultaty ostann'oho (traven' 2002 r.) zahal' nonacional' noho sociolohičnoho opytuvannja“ (Pressekonferenz: Resultate der letzten (Mai 2002) gesamt-nationalen Erhebung. Unter: www.uceps.org
- ¹⁸ Času na pomylky nemaje, Volodymyr Amilohov pro evoluciju Donbasu i pro nastupni vybory. (Zeit für Fehler gibt es nicht hat, V. A. über die Evolution des Donbas und die nächsten Wahlen. In: Den' 54, 29.3.2005. Gespräch mit Larisa Ivšyna, Oleh Ivancov, Mar'jana Olijnyk, Natalija Huzenko.
- ¹⁹ Aleksej Arbatov: Poterjala li Rossija Ukrainu? Konfliktky na postsovetiskim prostranstve neizbežny. (Hat Russland die Ukraine verloren? Konflikte im postsowjetischen Raum sind unvermeidlich). In: Nezavisimaja Gazeta vom 14.1.2005.
- ²⁰ Grigori Melamedow: Die Perspektiven der russisch-ukrainischen Beziehungen. In: Wostok, 1/2005, S. 17–99; hier: S. 17, 99.
- ²¹ Sabine Fischer: Russland und die Ukraine. Fehlkalkulation oder neoimperialer Impuls. In: Osteuropa, 1/2005, S. 64–76.
- ²² Ebenda.
- ²³ So z.B. Putin am 2. Dezember 2004 in Moskau (mit Kutschma), am 6. Dezember 2004 in Ankara. Einstimmige Resolution der Duma am 2. Dezember 2004 und Äußerungen Gryzlov am 3. Dezember.
- ²⁴ Žytymeno u liberal'nij imperiji? (Werden wir in einem liberalen Imperium leben?). In: Dzerkalo Tyžnja 40 (465), 18.–24.10.2003.
- ²⁵ Grigori Melamedow, a.a.O., S. 18.
- ²⁶ Andrij Piontkovskij: Vybory v Ukrajinu: Rosiis'kyi čynnnyk. (Wahlen in der Ukraine: Der russische Faktor). In: Dzerkalo Tyžnja, 4.–10.9.2004.
- ²⁷ Vid Juščenka očikujut' polipšennja umov žyttja. (Von Juschtschenko erwartet man eine Verbesserung der Lebensbedingungen). In: Dzerkalo Tyžnja 7 (535), 26.2.–3.4.2005.
- ²⁸ 100 dniv novoji vlady. Pohljad neurjadovych analityčnych centriv. Institut ekonomičnych doslidžen' ta polityčnych konsultacij u.a. Kyjiv, Mai 2005. Unter: www.uceps.org, S. 55.

UNSER AUTOR



Dr. Ernst Lüdemann, geb. 1944, studierte Klassische Sprachen und Geschichte an der Universität Heidelberg. Von 1970 bis 1984 unterrichtete er an einem Mannheimer Gymnasium. Seine Promotion in Osteuropäischer Geschichte an der Universität Heidelberg setzt sich mit dem thematischen Schwerpunkt Ukraine auseinander. Seit 1984 ist Ernst Lüdemann Außenstellenleiter der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg in Heidelberg und seit 2000 Abteilungsleiter. Er ist Mitglied des Göttinger Arbeitskreises, der Deutschen Assoziation der Ukrainisten.

Europäische Perspektiven der Ukraine

JURI DURKOT

Im Zuge des Transformationsprozesses war die Ukraine in den vergangenen Jahren gezwungen, zweigleisig zu fahren. Kennzeichnend für die außenpolitische Strategie war die stete Suche nach einer Balance zwischen der Europäischen Union (EU) und Russland. Seit dem Sieg der „Orangen Revolution“ strebt die Ukraine einen Beitritt zur EU mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen an und räumt den Beziehungen zur EU offiziell den Vorrang ein. Dass sich dieser Weg nicht als leichter Spaziergang erweisen wird, darüber sind sich die meisten Ukrainer im Klaren. Gleichwohl besteht die schwierige Aufgabe der EU darin, der Ukraine eine unabhängige Politik und eine Annäherung an Europa zu ermöglichen, ohne dass darüber die politischen und ökonomischen Verbindungen zu Russland in Frage gestellt werden. Die jüngste politische Krise und die Absetzung der Regierung von Julia Timoschenko werden wohl keine großen Auswirkungen auf die außenpolitischen Prioritäten des Landes haben. Für die europäischen Aspirationen bleiben, so die Hauptthese des Beitrags von Juri Durkot, die innenpolitischen Entwicklungen und notwendigen Reformen entscheidend. Red.

DER WEG NACH EUROPA – DEKLARATIONEN UND ENTtäUSCHUNGEN

Den außenpolitischen Kurs auf eine vorsichtige Annäherung an den Westen hat die Ukraine schon unmittelbar nach ihrer Unabhängigkeit eingeschlagen. Bereits 1993 hat Kiew Gespräche mit der Europäischen Kommission über ein Partnerschafts- und Kooperationsabkommen aufgenommen, das im Juni 1994 unterzeichnet wurde. Wenige Monate früher, nämlich im Februar 1994, hat die Ukraine auch ihre Beziehungen mit der NATO auf Vertragsbasis gestellt – das Land ist dem Programm „Partnerschaft für den Frieden“ beigetreten. Die Kiewer Führung hatte sich möglicherweise erhofft, die Beziehungen zur Europäischen Union (EU) und zur NATO parallel zu entwickeln, allerdings gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der Allianz in den folgenden Jahren doch viel intensiver als mit der EU. Bereits im Juli 1997 wurde mit der NATO ein weiteres Dokument, nämlich die „Charta über die Sonderpartnerschaft“, unterzeichnet, das eine qualitativ neue Ebene der Beziehungen unterstreichen sollte. Das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der Europäischen Union, das von der Ukraine bereits 1995 ratifiziert wurde, ist dagegen erst am 1. März 1998 in Kraft getreten. Obwohl die EU – sicherlich nicht zu Unrecht – auf eine Notwendigkeit der Vertragsratifizierung durch alle fünfzehn Mitgliedstaaten hingewiesen hatte und alle Handelsparagrafen des Abkommens

bereits seit 1996 angewandt werden konnten, stieß die Unentschlossenheit in europäischen Hauptstädten und die zögerliche Haltung von Brüssel auf wenig Verständnis in Kiew. Auch die Tatsache, dass ein ähnliches Abkommen zwischen der EU und Russland – obgleich später unterzeichnet – drei Monate früher in Kraft trat, wurde in der ukrainischen Hauptstadt mit einer gewissen Enttäuschung registriert. Schließlich waren die Jahre 1997 und 1998 wohl die erfolgreichsten in der ukrainischen Außenpolitik der Kutschma-Zeit, die damals ziemlich starke prowestliche Konturen aufwies. Auf diese Jahre entfallen nicht nur die Unterzeichnung der bereits erwähnten Charta mit der NATO und das Inkrafttreten des Partnerschaftsabkommens mit der EU, es kamen auch Freundschaftsverträge mit Russland und Rumänien zustande. Zudem begann Kiew seine Aspirationen auf eine zukünftige Mitgliedschaft in der Europäischen Union immer deutlicher zu artikulieren.

DIE POLITIK DER ZWEIFLEISIGKEIT

Als strategisches Ziel wurde die Integration in „europäische und euro-atlantische Strukturen“ zum ersten Mal im Jahr 1996 definiert. Obwohl das Wort NATO im offiziellen Sprachgebrauch stets vermieden wurde, war es völlig klar, dass unter dem Ausdruck „euro-atlantische Strukturen“ die Allianz zu verstehen ist. Die Verschiebung der Akzente kam etwas überraschend – zunächst hat man von dem im Juli 1994 zum Präsidenten gewählten Leonid Kutschma eher eine Hinwendung zu Russland erwartet. Immerhin war in seinem Wahlprogramm von einer Partnerschaft mit Russland die Rede, was ihm die entscheidenden Stimmen im Osten der Ukraine gebracht hatte. Doch Kutschma hat sich letztendlich für die Politik des Lavierens seines Vorgängers Krawtschuk entschieden. Immerhin hat er diese Politik zunächst mit deutlich mehr Entschlossenheit und Erfolg betrieben. Schließlich wurde Krawtschuk jedoch seine eigene politische Unentschlossenheit zum Verhängnis. Während seiner Amtszeit wurden die Beziehungen zu Russland durch den Streit um Energielieferungen, die Schwarzmeerflotte und die Situation auf der Krim stark belastet, außerdem brach eine Wirtschaftskrise aus und die innenpolitischen Spannungen eskalierten.

Bald erfuhr die außenpolitische Position Kiews eine kleine Korrektur: Die Mitgliedschaft in der NATO stand nicht mehr auf der Tagesordnung. Damit hat man gleichzeitig zwei Faktoren Rechnung getragen. Zum einem war es die Stimmung in der ukrainischen Bevölkerung, die mehrheitlich eine NATO-Mitgliedschaft des Landes nicht befürwortete; besonders nach dem Kosovo-Krieg wurde das Vertrauen in die Allianz erschüttert. Zum anderem hätte eine Aspiration auf die NATO-Mitgliedschaft einen Konfrontationskurs mit Moskau bedeutet, was man offensichtlich vermeiden wollte. Erst nach den Parlamentswahlen im Jahr 2002, als die innenpolitische Krise und zunehmende Verstöße gegen demokratische Werte nicht zu über-

sehen waren, wurde die Frage des NATO-Beitritts durch den Präsidenten wieder aufgegriffen. Dieser Schritt wurde jedoch von den meisten Beobachtern als eindeutiger Versuch eingestuft, den prowestlichen Reformkräften, die schon immer für engere Beziehungen mit der Allianz aufgetreten waren, die Initiative aus der Hand zu reißen.

Der Wunsch, das Land in die EU zu integrieren, kam dagegen immer deutlicher zum Ausdruck. Allerdings wurde der neue Kurs durch die Doktrin einer zweigleisigen oder „multivektoralen“ Außenpolitik ergänzt, wobei Russland als der wichtigste strategische Partner bezeichnet wurde. Diese zweigleisige Politik, die zunächst zur Begründung der Annäherung an Europa diente, wurde insbesondere von den Verfechtern der europäischen Idee in der Ukraine öfters als Unentschlossenheit und fauler Kompromiss kritisiert. Sie führte nicht selten zu Irritationen und Missverständnissen. Bald spottete man, dass die momentane außenpolitische Orientierung des Landes davon abhängig ist, wo sich der ukrainische Präsident gerade aufhält – in Moskau oder in einer europäischen Hauptstadt.

SCHWIERIGER DIALOG MIT DER EU

Doch nach dem Inkrafttreten des Partnerschaftsabkommens war der Dialog zwischen der Ukraine und der Europäischen Union kaum über Deklarationen hinausgekommen und hat für beide Seiten viele Enttäuschungen mit sich gebracht. Kiew drängte auf einen Assoziierungsstatus und wollte, dass Brüssel ihm explizit das Beitrittsrecht anerkennt. Die EU wies dagegen auf die Notwendigkeit der innenpolitischen Reformen hin und beharrte auf einer vollständigen Umsetzung des Partnerschaftsabkommens, bevor man weitere Schritte unternimmt. Viele von beiden Seiten verabschiedete Dokumente waren kaum mehr als Deklarationen – die vom Präsident Kutschma im Sommer 1998 unterzeichnete „Strategie für die europäische Integration der Ukraine“ und der aus dem Jahr 2002 stammende Fahrplan zum EU-Beitritt (nach diesem Fahrplan sollte das Land 2011 „beitrittsreif“ sein) ebenso wie die auf dem EU-Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 verabschiedete „Gemeinsame Strategie“. Das Zustandekommen des letzteren Dokuments war mit zwei kleinen, aber empfindlichen Niederlagen für die ukrainische Diplomatie verbunden. Kiew wollte ursprünglich, dass die Europäische Union die „Gemeinsame Strategie“ gegenüber der Ukraine gleichzeitig mit der Strategie gegenüber Russland in der ersten Hälfte 1999 verabschiedet und die Ukraine als zukünftigen Beitrittskandidaten definiert, ohne freilich einen Zeitraum zu nennen. Beide Ziele sind unerreich geblieben. In dem Dokument wurden lediglich die europäischen Aspirationen der Ukraine gewürdigt und die proeuropäische Wahl begrüßt.

Kiew konnte in europäischen Hauptstädten keine strategische Vision für die Entwicklung der Beziehungen mit einem Land feststellen, dem eine zentrale oder zumindest wichtige Rolle in

VIKTOR JUSCHTSCHENKO SPRICHT VOR DEM EU-PARLAMENT IN STRASSBURG (23. FEBRUAR 2005) UND BEKUNDET DIE EUROPÄISCHEN ASPIRATIONEN DER UKRAINE.
picture alliance / dpa

Osteuropa beigemessen wurde. Auch die Kooperationsbereitschaft auf der Arbeitsebene entbehrte in Brüssel laut Aussagen ukrainischer Experten einen großen Enthusiasmus. Die wirtschaftlich für beide Seiten vorteilhaften Projekte – etwa die Fertigung des Mittelstrecken-transportflugzeugs Antonow 7x – wurden durch europäische Regierungen aus politischen Überlegungen blockiert. Die Europäische Union wies dagegen auf die Probleme bei der Umsetzung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens hin. Nicht ohne Grund – die durch ukrainische Seite begangenen Verstöße gegen Vertragsbestimmungen häuften sich zunehmend. Die in der Automobilindustrie für das Joint Venture mit dem koreanischen Konzern Daewoo gewährten Präferenzen gehörten genauso dazu wie der mangelnde Schutz des intellektuellen Eigentums oder die Einschränkungen für EU-Importe in der Pharmabranche.

AUTORITARISMUS UND OLIGARCHEN PRÄGEN DIE KUTSCHMA-ÄRA

In der Amtszeit von Präsident Kutschma hat die Ukraine ihre mehrmals angekündigte „europäische Wahl“ nicht mit Substanz füllen können. Mit der Zeit ist die Rhetorik über die „europäische Integration“ des Landes zu einer Floskel verkommen, und die Kluft zwischen den Aspirationen und der realen innenpolitischen Lage wurde immer größer. Der Auftragsmord an dem regimekritischen Journalisten Georgi Gongadse und das Auftauchen der Tonbänder, die Kutschma belasteten, haben das wohl kaum mehr vermeidbare Abrutschen des Landes in den Autoritarismus gefördert und beschleunigt. Die Beziehungen zur Europäischen Union waren trotz proeuropäischer Rhetorik Kiews an ihrem Tiefpunkt angelangt.

Die ukrainische Gesellschaft, vom sowjetischen System besonders stark geprägt, war in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit nicht reif genug, um eine unumkehrbare Wende zur Demokratie zu schaffen. Die demokratischen Umgestaltungen der ersten Hälfte der 1990er-Jahre, die in der Regel jedoch inkonsequent und halbherzig waren und somit nur ein Stückwerk geblieben sind, wurden spätestens seit Ende der 1990er-Jahre Schritt für Schritt zurückgenommen. In der zweiten Amtszeit von Präsident Kutschma entfernte sich die Ukraine immer weiter von demokratischen Standards weg – hin zu einem zunehmend autoritär geführten Staat. Diese Entwicklung ging mit einer anderen Tendenz in der ukrainischen Gesellschaft einher – mit dem Aufstieg einiger weniger Finanz- und Wirtschaftsgruppen, die ihren Reichtum in der Regel durch den Rohstoffhandel erlangten, indem sie ihre Nähe zur Politik zu nutzen wussten. Nach und nach verdrängten sie die alte postkommunistische Parteionomklatura, konnten sich durch nicht selten dubio-

se Privatisierungen weiter bereichern, kamen in den Genuss von zahlreichen Privilegien, Präferenzen, Steuererleichterungen und Monopol-lizenzen und konnten auf diese Weise mit der Zeit ihre Kontrolle über weite Teile der ukrainischen Wirtschaft etablieren. Die Beobachter sprachen immer öfter von einem Oligarchensystem, für welches die Macht der wenigen finanz- und wirtschaftsstarken Clans und eine enge Verschmelzung zwischen Wirtschaft und Politik kennzeichnend ist. Genauso typisch für ein solches System sind aber auch die weit verbreitete Korruption, das vollständige Fehlen einer unabhängigen Justiz und unabhängiger Medien.

INNENPOLITISCHE KRISE BLOCKIERT DIE AUSSENPOLITIK

Die ukrainischen Eliten unter Kutschma haben kaum verstanden, dass der Prozess der Annäherung an Europa viel mehr innenpolitische und gesellschaftliche Veränderungen fordert,

als die verkrusteten Machtstrukturen jemals hinzunehmen bereit waren. Hinweise auf eine junge Demokratie, die auf ihrem Weg Fehler begeht, und auf das schwere sowjetische Erbe wurden schon längst lediglich als mangelnder Reformwille empfunden. Das eigentliche Problem der Ukraine bestand nicht darin, dass sie mit ihrer unentschlossenen und zweigleisigen Außenpolitik auf Unverständnis in europäischen Hauptstädten gestoßen war. Es ging auch nicht darum, dass Kiew sich in Europa nicht willkommen fühlte oder dass der Westen sich der Ukraine verschlossen zeigte. Vielmehr konnte sich das Land in seiner damaligen Verfassung nicht mehr auf dem Weg der europäischen Integration weiter bewegen. „Zum ersten Mal sehe ich ein Land, das sich offiziell um eine Mitgliedschaft in den euro-atlantischen Strukturen bemüht, in der Tat jedoch alles tut, um demokratische Standards zu untergraben“, wunderte sich ein amerikanischer Diplomat in Kiew im Jahr 2002. Es entstand zunehmend der Eindruck, dass die Ukraine nach einem treffen-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

den Ausdruck von Javier Solana, Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, nicht nach, sondern mit den Regeln spielte.

„Die innenpolitische Situation macht eine stabile und wirkungsvolle Außenpolitik kaum möglich und schwächt die Positionen der Ukraine. Die Außenpolitik ist heute quasi zur Geisel der innenpolitischen Krisenprozesse geworden“, lautete Anfang 2003 das Urteil der Experten des Rasumkow-Zentrums für Wirtschafts- und Politikforschung in Kiew. Kein Wunder, dass im Jahr 2004 beide Ziele – der NATO-Beitritt und die EU-Mitgliedschaft – aus der außenpolitischen Doktrin der Ukraine verschwunden sind, und dass der gesamte Präsidentschaftswahlkampf auf der Regierungsseite mit ziemlich starken antiwestlichen Tönen (in erster Linie antiamerikanischen, in einer abgeschwächten Form aber auch antieuropäischen) geführt wurde.

AUSSENPOLITIK GEWINNT KONTUREN: EU-ANNÄHERUNG HAT PRIORITÄT

Die „Orangene Revolution“ und der Wahlsieg von Viktor Juschtschenko haben für die Ukraine neue Chancen eröffnet. Obwohl Juschtschenko im Wahlkampf die außenpolitischen Prioritäten nur sehr vage formuliert und immer wieder – nicht zuletzt aus Rücksicht auf die Wähler im Osten der Ukraine – die Rolle der guten nachbarschaftlichen Beziehungen mit Russland betont hatte, war klar, dass er ein prowestlicher demokratischer Politiker ist, der die Ukraine auf den Kurs der europäischen Integration bringen will. In der Tat wurde der Beitritt zur Europäischen Union unmittelbar nach dem Wahlsieg als langfristiges Ziel in die politische Doktrin wieder aufgenommen. Zudem war die Ernennung von Borys Tarasjuk zum Außenminister ein deutliches Signal, dass die Ukraine bei ihren außenpolitischen Akzenten wieder auf eine schnelle EU-Annäherung setzen und eine klare Beitrittsperspektive von Brüssel verlangen wird. Die Kandidatur Tarasjuks, der bereits 1998 bis 2000 den Posten des Außenministers bekleidet hatte, war beinahe alternativlos. Es steht außer Zweifel, dass Tarasjuk in der Frage des EU-Beitritts aufs Tempo drücken wird, allerdings kann diese Strategie sowohl Vor- als auch Nachteile bringen. Tarasjuk will eine klare Antwort auf die Frage über die Beitrittsperspektive der Ukraine bereits im kommenden Jahr bekommen und hofft, dass bis 2008 ein Assoziierungsabkommen unterzeichnet wird. Zwar war man sich in Kiew im Klaren, dass die Niederlagen bei den Abstimmungen über die europäische Verfassung in den Niederlanden und Frankreich und die Krise in der EU auch für ukrainische Aspirationen einen deutlichen Dämpfer bedeuteten; an der langfristigen Strategie will das Land aber festhalten. Unklar bleibt allerdings, wie schnell sich die Ukraine selbst auf dem verkündeten Integrationskurs bewegen kann. Es wird in erster Linie auf die innenpolitischen Reformen ankommen, aber auch auf die Fähigkeit, die Aufgabenbereiche in Hinsicht auf das erklärte Ziel der europäischen Integration effizient zu koordinieren. Auf jeden Fall wurde eine breit angekündigte Initiative, in sämtlichen Ministerien und Gebietsverwaltun-

gen eine für die EU-Integration zuständige Abteilung zu gründen, bis heute noch nicht realisiert.

Die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung unterstützt die EU-Aspirationen des Landes. So sprachen sich bei einer gemeinsamen Meinungsumfrage des Rasumkow-Zentrums und des Kiewer Internationalen Institut für Soziologie im Mai 2005 mehr als 50 Prozent der Ukrainer für den Beitritt aus. 30 Prozent der Befragten waren allerdings dagegen, rund 20 Prozent waren unentschieden. Allerdings findet die Idee der EU-Integration im Gegensatz zum NATO-Beitritt viel mehr Unterstützung in der Bevölkerung des Landes; für den NATO-Beitritt plädiert nur ein Viertel der Befragten.

SOWOHL KIEW ALS AUCH BRÜSSEL SIND GEFRAGT

Da sich die Situation nach der „Orangenen Revolution“ in der Ukraine grundlegend geändert hat, sind heute sowohl Kiew als auch Brüssel gefragt. Zum einen muss Kiew aufpassen, dass die realen Integrationschritte und die notwendigen innenpolitischen Veränderungen nicht durch die bloße Diskussion über die Mitgliedschaftsoption oder gar durch die Spekulationen über den möglichen Beitrittstermin ersetzt werden. Auf der anderen Seite steht auch Brüssel vor der Herausforderung, neue Konzepte für die enge Zusammenarbeit mit der Ukraine zu entwickeln. Es ist zwar vollkommen richtig, dass beide Seiten auf die Politik der kleinen und konkreten Schritte setzen wollen. Als positives Beispiel und wichtiges Signal kann hier die Abschaffung der Visumpflicht für EU-Bürger durch die Ukraine dienen; im Gegenzug haben sich mehrere osteuropäische Staaten (u.a. Tschechien, Ungarn, die Slowakei und die baltischen Staaten, eine entsprechende Regelung mit Polen besteht schon seit der Einführung der Visumpflicht im Herbst 2003) bereit erklärt, Visa für Ukrainer kostenlos auszustellen. Von den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission erwartet Kiew auch Entgegenkommen – man will zumindest wesentliche Erleichterungen für bestimmte Gruppen wie Studenten, Wissenschaftler, Kulturschaffende oder Unternehmer erreichen. Eigentlich sollten beide Seiten ein Interesse daran haben, den Austausch, der bisher durch ziemlich restriktive Visumbestimmungen und bürokratische Hürden seitens der EU erschwert wurde, deutlich zu intensivieren.

DIE EU KÖNNTE SIGNALE SETZEN

Heute sieht das neue Nachbarschaftskonzept für die Ukraine verglichen mit anderen EU-Nachbarländern eine viel intensivere Zusammenarbeit vor, und der am 21. Februar unterzeichnete neue Aktionsplan wurde durch eine Reihe von wichtigen Punkten ergänzt. Sowohl Kiew als auch Brüssel haben erklärt, dass sie sich auf die Umsetzung des Aktionsplans konzentrieren wollen, und dass das laufende Jahr für die Beziehungen zwischen der EU und der Ukraine sehr wichtig sein wird. Aber mindestens vor dem Ablauf des Partnerschaft- und Kooperationsabkommens im Jahr 2008 müssen

die Strategien neu definiert und präzisiert werden. Gefragt sind dabei auch einzelne Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Während die neuen Mitgliedstaaten bereits heute den zukünftigen Beitritt der Ukraine befürworten, aber politisch in der EU kaum Gewicht und Einfluss haben, machen die Mittelmeerstaaten, allen voran Frankreich, keinen Hehl aus ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung. Eine wichtige Rolle könnte in der Zukunft Deutschland spielen, wo gegenwärtig in Expertenkreisen zu den Beitrittsperspektiven der Ukraine eher skeptische Einschätzungen überwiegen, und die Politiker sich in der Regel auf den Hinweis beschränken, dass „alle Optionen offen sind“. Aber auch vorher könnte eine offenere Politik der EU wichtige Signale setzen. Die EU könnte endlich anerkennen, dass die Ukraine den Status einer funktionierenden Marktwirtschaft erreicht hat. Ein positives Signal könnte auch für die Verhandlungen über den WTO-Beitritt dienlich sein, obwohl sich zuletzt die ukrainische Regierung durch ihre regulierenden Maßnahmen das Leben deutlich erschwert hat. Zwar wurde ursprünglich der Beitritt zur Welthandelsorganisation noch in diesem Jahr angepeilt, immer mehr Experten halten allerdings diese Frist für unrealistisch.

DIE NATO-FRAGE POLARISIERT DIE GESELLSCHAFT

Auch den Beitritt zur NATO, der heute allerdings nicht direkt auf der Tagesordnung steht, hat Kiew zum Ziel erklärt. Die NATO-Frage polarisiert die ukrainische Gesellschaft immer noch sehr stark. Insbesondere die Wähler im Osten, also in den Regionen, wo Juschtschenko die schlechtesten Wahlergebnisse erzielte, lehnen den Beitritt kategorisch ab – bei ihnen sind viele Feindbilder aus der Zeit des Kalten Krieges immer noch lebendig. Die NATO-Mitgliedschaft ist also eine Frage, die potenziell die regionale Konfrontation verschärfen kann. Aus diesem Grund sind einige Experten der Meinung, dass der NATO-Beitritt zumindest nicht in den Vordergrund der ukrainischen Außenpolitik gestellt und politisch in den nächsten Jahren eher nicht angepeilt werden sollte.

IST DER GEOPOLITISCHE ANSATZ NOCH RICHTIG?

Bei solchen Überlegungen dürfte eine erwartungsgemäß negative Reaktion aus Moskau eher eine untergeordnete Rolle spielen, obwohl der Kreml für den Fall eines NATO-Beitritts der Ukraine mit Konsequenzen gedroht hat. So deutete im September der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow an, dass sie nicht nur verteidigungs- und sicherheitsrelevante Aspekte der Zusammenarbeit betreffen werden. Experten interpretierten diese Erklärung in dem Sinne, dass ein NATO-Beitritt auch politische und wirtschaftliche Folgen für das Nachbarland haben würde. Juschtschenko hat zwar mehrmals betont, dass er und seine Regierung an guten Beziehungen zu Russland sehr interessiert sind, doch wird Kiew in der Zukunft wohl viel mehr selbstständige Akzente setzen und trotz aller Abhängigkeiten versuchen, eine

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

durchaus selbstbewusste und auf nationale Interessen ausgerichtete Politik zu betreiben. Die Annäherung an Europa bedeutet nicht, dass die Ukraine Russland den Rücken zukehrt. Beide Länder sind auf eine gute Zusammenarbeit angewiesen, allerdings gibt es in den bilateralen Beziehungen heute viel zu reparieren. Die direkte Einmischung Russlands in den Wahlkampf und die einseitige Unterstützung des damaligen Premierministers Janukowitsch, der als „prorussischer“ Präsidentschaftskandidat favorisiert wurde, sorgte nicht nur für politische Verstimmungen, sondern kam auch bei der ukrainischen Bevölkerung nicht gut an. Die ersten Monate nach der Revolution haben gezeigt, dass es genug Interessenkonflikte und Spannungsfelder zwischen beiden Ländern gibt. Die Energieproblematik (u.a. Preise für Gaslieferungen aus Russland und für den Transit nach Westeuropa), die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol (der Pachtvertrag läuft 2017 aus, und viele ukrainische Politiker sprechen sich gegen dessen Verlängerung aus), unterschiedliche Vorstellungen über den Gemeinsamen Wirtschaftsraum sowie der Streit über die Grenzziehung im Asowschen Meer und die Insel Tuzla sind nur ein Teil der zu lösenden Probleme und Differenzen.

DAS DENKEN IN „EINFLUSSBEREICHEN“ IST KONTRAPRODUKTIV

Viel wird in der Zukunft jedoch darauf ankommen, ob der Kreml bereit sein wird, neue außenpolitische Strategien zu entwickeln. Die bisherige Politik, die durch die geopolitischen Kate-

gorien und das Denken in „Einflussbereichen“ bestimmt sowie oft durch einen versteckten oder offenen politischen und wirtschaftlichen Druck untermauert wurde, hat sich als kontraproduktiv erwiesen. Die Entwicklungen in Georgien, der Ukraine, Moldawien oder Kirgisistan liefern genug Beweise dazu – der direkte Druck und die Politik der Einmischung haben überall eher zu einer zunehmenden Protesthaltung geführt. Zudem hat sich die Einschränkung auf den geopolitischen Ansatz, der auch nach dem Ende des Kalten Krieges immer wieder zum Mittelpunkt der Strategien gemacht wurde, dazu geführt, dass man die Entwicklungen in vielen Staaten des postsowjetischen Raumes „verschlafen“ hat. In der Überzeugung, dass die Ereignisse in diesen Ländern bestenfalls mit einer gewissen Verspätung die Entwicklung in Russland selbst wiederholen (man denke an die Währungskrise 1998 oder an die Verstärkung der autoritären Tendenzen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion seit 2000), hat man nicht bemerkt, dass die Gesellschaften in diesen Ländern schon längst ihre eigene Dynamik entwickelt haben. Unter anderem wurde die Reife der ukrainischen Zivilgesellschaft, die sich seit langem viel intensiver entwickelt hat und trotz aller autoritären Tendenzen der letzten Jahre weniger gesteuert wurde als in Russland, total unterschätzt. Das alles schließt natürlich einen gewissen russischen Einfluss auf den postsowjetischen Raum nicht aus, der große Fehler der Politik und der Politikberater war jedoch, dass man blind auf diesen Einfluss gesetzt hat. Es ist übrigens ein umgekehrter Einfluss nicht auszuschließen – wenn die Ukraine auf ihrem Weg der Reformen und Demokratie er-

VIKTOR JUSCHTSCHENKO UND WLADIMIR PUTIN AM 9.5.2005 IN MOSKAU. WENN AUCH DER ANNÄHERUNG AN DIE EU EINE KLARE PRIORITÄT EINGERÄUMT WIRD, BEDEUTET DIES NICHT, DASS DIE UKRAINE RUSSLAND DEN RÜCKEN ZUKEHRT. UND AUCH RUSSLAND WIRD WOHL AUFGRUND SEINES GEOPOLITISCHEN DENKENS DIE UKRAINE NICHT „IM REGEN STEHEN LASSEN“. picture alliance / dpa

folgreich sein sollte, könnte auch sie einen starken gesellschaftlichen Gegendruck (im positiven Sinne) auf das Nachbarland entwickeln.

POSTSOWJETISCHE STAATEN SUCHEN NEUE KOOPERATIONEN

Heute muss Moskau wohl ohne Begeisterung registrieren, dass die Ukraine sich erneut um die Intensivierung der Zusammenarbeit mit Georgien, Aserbaidschan und Moldawien bemüht. Zwar wird dieser regionalen Gruppe, die oft mit dem Kürzel GUAM bezeichnet wird, nicht mehr Usbekistan angehören, das ursprünglich auch Mitglied des 1997 gegründeten losen Kooperationsbündnisses war. Es zeichnet sich aber deutlich ab, dass einige postsowjetische Staaten nach neuen Kooperationsformen suchen. Es ist auch ganz klar, dass Kiew heute nur wenig Interesse an der unter Präsident Kutschma unterzeichneten Vereinbarung über den Einheitlichen Wirtschaftsraum (EWR) mit Russland, Kasachstan und Belarus hat. Die Vierer-Union würde die Ukraine allenfalls als freie Wirtschaftszone interessieren. Dies ist jedoch nicht im Interesse anderer Länder, die neulich angekündigt haben, das Projekt EWR notfalls auch ohne die Ukraine realisieren zu wollen.

DAS „EUROPÄISCHE GESICHT“ – REFORMEN SIND ÜBERFÄLLIG

Laut einem treffenden Ausdruck von Volker Rühle, dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, war die Ukraine unter Kutschma zwar ein europäisches Land, hatte aber kein europäisches Gesicht. Dieses neue „europäische Gesicht“ kann nicht durch den einfachen Machtwechsel, sondern nur durch Übernahme der allgemeinen demokratischen Werte und Spielregeln sowie durch Reformen entstehen – die Bekämpfung der Korruption gehört ebenso dazu wie die Trennung von Wirtschaft und Politik, das Aufräumen mit den alten verkrusteten Machtstrukturen sowie das Etablieren einer unabhängigen Justiz und freier Medien.

Die ersten Monate nach der „Orangenen Revolution“ haben gezeigt, dass man auf dem Reformweg doch nicht so schnell vorankommt, dass man heute bestenfalls einige Reformansätze feststellen und dass es hier immer wieder zu zahlreichen Rückschlägen und Fehlentwicklungen kommen kann. Die Regierungskrise im September 2005 machte die Spannungen in der „orangenen Mannschaft“ deutlich – dem Lager der Premierministerin Julia Timoschenko stand das Lager des Sekretärs des Nationalen Sicherheitsrates Petro Poroschenko gegenüber. Viel schwerwiegendere Folgen können aber die gegen die Umgebung von Juschtschenko erhobenen Korruptionsvorwürfe haben. Der Präsident hat auf diese gefährlichen Trends viel zu spät reagiert – ob durch die Entlassung der Regierung und die angekündigte Untersuchung der Vorwürfe ein Befreiungsschlag gelingt, bleibt abzuwarten.

TRENNUNG VON WIRTSCHAFT UND POLITIK IST NOTWENDIG

Letztendlich waren aber nicht die Spannungen und Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Gruppierungen der „orangenen Koalition“ ausschlaggebend. Der eigentliche Grund für die Krise ist darin zu suchen, dass es bisher nicht gelungen ist, die Wirtschaft von der Politik klar zu trennen. Obwohl Juschtschenko sich dieses entscheidende Prinzip auf die Fahnen geschrieben hatte, war er bei seiner Umsetzung nie konsequent genug. Auch wenn bei der Regierungsbildung im Februar dieses Prinzip auf den ersten Blick bis auf einige Ausnahmen realisiert wurde, kam es bisher nicht zu einer grundlegenden Änderung des Systems selbst. Sogar die in der Verfassung vorgeschriebene Trennung von Amt und Mandat wurde von einigen Ministern ignoriert. So war es nur logisch, dass sich negative Tendenzen im Laufe der Zeit wieder verstärkten; immer wieder war von neuen Auswüchsen der Korruption – insbesondere beim Zoll – die Rede. Immer mehr Beobachter wiesen darauf hin, dass es unzulässig ist, wenn der Büroleiter des Präsidenten gleichzeitig im Aufsichtsrat der Telekom oder einer Sparkasse sitzt und dazu noch die Energiepolitik koordiniert. Auch die Tatsache, dass der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Petro Poroschenko, der schon in der Vergangenheit ein kleines Wirtschaftsimperium aufbaute sowie zu den Hauptfinanziers der Wahlkampagne und

den engsten Vertrauten Juschtschenkos gehörte, seine politische und wirtschaftliche Macht kraft seines Amtes weiter ausbauen konnte, widerspricht den zivilisierten Vorstellungen über die Trennung von Geschäft und Politik. Poroschenko verkörperte für viele den Typ eines „neuen Oligarchen“. Die polnische Zeitschrift „Wprost“ setzte ihn neulich mit einem geschätzten Vermögen von 350 Millionen Dollar auf die Liste der reichsten Osteuropäer.

EIN KLARES WIRTSCHAFTSKONZEPT FEHLT BISLANG

Auf der anderen Seite fehlte der Regierung bisher ein klares Wirtschaftskonzept. Die immer stärkeren regulierenden Ansätze sorgten für zahlreiche Spannungen, die Versuche, Preise zu kontrollieren und somit die Inflation zu dämpfen, scheiterten. Es muss gerechterweise erwähnt werden, dass die Vorgängerregierung, die im Wahlkampf ausgiebig Geschenke verteilte, ein äußerst schwieriges Erbe hinterließ. Der ziemlich chaotische Kampf der neuen Regierung gegen die alten Oligarchen, die ihre Fabriken in der Kutschma-Zeit unter dubiosen Umständen zu Niedrigpreisen erworben hatten, verschreckte zunehmend seriöse Investoren aus dem In- und Ausland. Julia Timoschenko wurde zudem vorgeworfen, befreundete Unternehmen, insbesondere die Gruppe „Privat“ aus Dnipropetrowsk, bei der Reprivatisierungspolitik bevorzugen zu wollen. Timoschenko, deren Charme und Energie in Verbindung mit einer guten Portion Populismus bei den Wählern gut ankommt, ist eine entschlossene Bekämpferin der illegalen Geschäfte und die Beseitigung der verkrusteten Machtstrukturen sehr wohl zuzutrauen, eine liberale Reformpolitik aber kaum. Somit war auf Dauer auch ein Konflikt mit Präsident Juschtschenko, der eher ein Politiker wirtschaftsliberaler Prägung ist, nicht zu vermeiden.

Insgesamt war die bisherige Wirtschaftspolitik jedoch schwer mit den europäischen Aspirationen des Landes zu vereinbaren. Kein Wunder, dass die Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus für die Ukraine sich immer wieder verzögerte. Der Hinweis auf geopolitische Überlegungen und doppelte Standards, über die sich die ukrainischen Politiker beschwerten, sind hier ein schwacher Trost. Immerhin weist der ukrainische Publizist Mykola Rjabtschuk mit Recht darauf hin, dass Russland der Marktwirtschaftsstatus von der EU schon längst zuerkannt wurde, obwohl die russische Wirtschaft der ukrainischen ziemlich ähnlich ist. Bei den Abstimmungen über die WTO-Gesetze kam es im Juni dieses Jahres zu einem Debakel im Parlament – die Regierung konnte das gesamte Paket nicht durchsetzen, beide Seiten beschuldigten sich gegenseitig; Timoschenko warf dem Parlament die manipulierte Blockade vor, die Abgeordneten beschwerten sich darüber, dass die Vorlagen sehr schlecht vorbereitet waren.

DIE „ORANGENE REVOLUTION“ HAT DIE UKRAINE VERÄNDERT

Der Neuanfang wird durch den beginnenden Wahlkampf und die im März 2006 anstehenden Parlamentswahlen zusätzlich erschwert. Trotzdem sind die Monate nach der „Orangenen Revolution“ nicht spurlos an dem Land und den Menschen vorbeigegangen. Obwohl die meisten Ukrainer gehofft haben, dass ihr Land viel schneller nach vorne kommt, war es keineswegs eine verlorene Zeit. Zwar mögen die positiven Veränderungen noch als schwach und nicht unumkehrbar erscheinen, doch sie sind unumstritten – die Presse, obwohl noch nicht einflussreich genug, ist viel freier geworden, die Entpolitisierung der Behörden, die früher regelmäßig im Kampf der politischen Opposition instrumentalisiert wurden, ist vorangeschritten. Vielleicht am wichtigsten ist jedoch, dass die gesellschaftliche Kontrolle in der Ukraine heute viel stärker ist und die Menschen viel selbstbewusster sind als früher. Eine Entwicklung, die das „europäische Gesicht“ der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung prägen wird.

UNSER AUTOR



Juri Durkot, geb. 1965 in Lwiw (Lemberg), studierte Germanistik an der Universität Lemberg. Er war Lehrer für deutsche Sprache und Literatur und 1989–1993 Hochschulassistent an der Universität in

Lwiw. 1995–2000 war Juri Durkot Erster Botschaftssekretär und Pressesprecher der Botschaft der Ukraine in der Bundesrepublik Deutschland. Seit Oktober 2000 ist er als freier Journalist, Publizist und Produzent tätig. Juri Durkot hat zahlreiche Artikel in überregionalen Zeitschriften und Fachzeitschriften wie „Osteuropa“ und „Wostok“ veröffentlicht sowie politische Berichte und Analysen verfasst. Er hat für den öffentlichen Rundfunk (BR, WDR) einige Produktionen und zahlreiche Kommentare für den Hörfunk gemacht.

Belarus unter Lukaschenko: Zwischen Russland und der EU

HEINZ TIMMERMANN

„Alles um Belarus herum bewegt sich, nur Belarus bewegt sich nicht“ – so hat Heinz Timmermann an anderer Stelle die Situation in Weißrussland treffend beschrieben. Für Präsident Lukaschenko hat der Machterhalt höchste Priorität. Obwohl all die innenpolitischen Repressionen eine außenpolitische Isolierung – vor allem nach Westen hin – nach sich zogen, hält Lukaschenko unbeirrt an seinem scharf autoritären Kurs fest. Die „Schaukelpolitik“ zwischen Ost und West zeitigt allerdings nicht die gewünschten Ergebnisse. Der Schulterchluss mit Putin will nicht so recht gelingen, und die Beziehungen zur Europäischen Union gestalten sich mehr als schwierig. Heinz Timmermann analysiert zunächst die zentralen Ursachen für den Durchbruch und den Wahlerfolg Lukaschenkos im Jahre 1994, zeigt die Wirkungsweise des Regimes und das Potenzial oppositioneller Kräfte auf und skizziert die daraus folgenden Szenarien für einen demokratischen Aufbruch nach ukrainischem Vorbild. Es hat den Anschein, dass ein möglicher Regimewandel in kurzfristiger Perspektive zunächst eine Vision bleibt. Belarus wird wohl unter Lukaschenko weiterhin eine Zone von Unsicherheit, Unberechenbarkeit und möglichen Konflikten auf der Achse Russland-EU bleiben. Red.

SONDERFALL BELARUS

Im Rahmen der Transformationen im Osten Europas sowie der geopolitischen Neuordnung in Gesamteuropa ist Belarus ein Sonderfall, bildet das Regime von Präsident Lukaschenko gleichsam ein Antimodell, geprägt von einer Restauration wichtiger Elemente der untergegangenen Sowjetunion. Zwar wäre es falsch, das Regime als totalitäre Diktatur zu bezeichnen, wie es im Westen gelegentlich geschieht. Dies würde die brutal-totalitären Regime von Hitler und Stalin unzulässig relativieren. Immerhin wird unter Lukaschenko alternatives Denken und Handeln geduldet – solange jedenfalls, wie dies nicht zur Herausbildung oppositionellen Potenzials führt und die Macht- und Herrschaftsbasis des Präsidenten unterminiert. Zutreffender lässt sich das System Lukaschenko als scharf autoritäres Regime charakterisieren – ein Regime, das gekennzeichnet ist durch eine spezifische Variante von „repressiver Toleranz“. Zu seinen Merkmalen zählen: ein repressives politisches System, eine hartnäckig reformresistente, staatsgeprägte Wirtschaftsordnung sowie eine ausgeklügelte Methode, Ansätze zu pluralistischer politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Artikulation zurückzudrängen. Im Zeichen einer umfassenden Privatisierung der Staatsgewalt sind sämtliche Lebensbereiche von den Ambitionen

Lukaschenkos nach persönlicher Machtsicherung bestimmt und nicht von notwendigen reformgerichteten Transformationen, wie sie in sämtlichen Nachbarstaaten in Ostmitteleuropa durchgeführt werden und als Folge des demokratischen Aufbruchs jetzt auch die Entwicklungen in der Ukraine prägen.

INTERNATIONALE BALANCEAKTE UND MACHTERHALT

Doch nicht nur die inneren Entwicklungen in Belarus stehen im Zeichen der persönlichen Ambitionen

Lukaschenkos: Auch die internationalen Beziehungen des Landes werden zu Instrumenten seines Machterhalts, wobei er je nach Lage opportunistisch taktiert, gegebene Zusagen nicht einlöst und in Form einer „Mehrvektorenpolitik“ gewagte Balanceakte zwischen dem östlichen Nachbarn Russland und dem westlichen Nachbarn EU und deren Mitgliedsländern vornimmt. Die Beispiele hierfür sind Legion. So gilt Russland einmal als Präferenzpartner und dann wieder als imperiale Macht mit dem Ziel, Belarus letztlich aufzusaugen. Im Hinblick auf die EU fasst Lukaschenko gelegentlich eine Mitgliedsperspektive ins Auge, provoziert die Union jedoch

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

ALEXANDER LUKASCHENKO SPRICHT AM 10.9.2001 IM PALAST DER REPUBLIK IN MINSK BEI SEINER ERSTEN PRESSEKONFERENZ NACH DER WIEDERWAHL. LUKASCHENKO HAT SICH NACH DER VOM WESTEN ALS UNDEMOKRATISCH KRITISIERTEN WAHL EINEN TRIUMPHALEN SIEG ZUGESCHRIEBEN. DAS WEISSRUSSISCHE VOLK HAT SEINEN PRÄSIDENTEN IM ERSTEN WAHLGANG GEWÄHLT, SAGT ER. LUKASCHENKO HABE EINEN STIMMENANTEIL VON 75,62 PROZENT ERHALTEN, GAB DIE ZENTRALE WAHLKOMMISSION BEKANNT.

picture alliance / dpa

zugleich in einem Maß, dass sie sich zu Reiserestriktionen für hohe Regimevertreter veranlasst sieht. Zum NATO-Programm „Partnerschaft für die Frieden“ will der Präsident belarussische Einheiten auch zu militärischen Übungen entsenden, charakterisiert die Allianz andererseits jedoch als aggressiven, die Unionsstaatenpartner Belarus und Russland bedrohenden Militärblock. Unter Hinweis auf Stabilität und Ordnung im Lande sucht Lukaschenko einerseits dringend notwendige Auslandsinvestitionen anzulocken, baut hierfür zugleich jedoch für Ost und West nahezu unüberwindliche Hürden auf. Und schließlich sieht Lukaschenko sein Land einerseits als „breite Brücke zwischen Russland und dem Westen“, wobei er auf deren jeweils unterschiedliche – energiebezogene bzw. technologische – Bedeutung für Belarus verweist. Das von ihm anvisierte Ziel ist „die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums Russland-Belarus-EU“.¹ Andererseits unterminiert der Präsident jedoch permanent beide Pfeiler dieser Brücke, indem er Russland provoziert (Beispiel: der „Gaskrieg“ 2003/04) und sein Land gegenüber der EU durch Ausbau seines Willkürregimes selbst isoliert. In Russland trug ihm seine Unberechenbarkeit mittlerweile die spöttische Bezeichnung „Rollbrötchen“ (kolobok) ein.² Die Märchengestalt Kolobok bezeichnet in Russland ein Wesen, das sich immer aufs Neue geschickt dem Zugriff der Menschen- und Tierwelt entzieht, bis es schließlich doch einer List des Fuchses zum Opfer fällt.

DIE UNBERECHENBARE AUSSENPOLITIK

Es bleibt jedoch nicht bei gewagten Balanceakten: Häufig sucht Lukaschenko geradezu Konflikt und Konfrontation mit seinen Nachbarn, Russland eingeschlossen. Dies geschieht weniger zur Verteidigung nationaler Interessen. Vielmehr sieht Lukaschenko in der Mobilisierung von Feindbildern nach West und Ost ein probates Mittel zur inneren Stabilisierung seines Regimes. Somit ist die belarussische Außenpolitik für die Nachbarstaaten berechenbar vor allem in einem: in ihrer Unberechenbarkeit. Eine Ausnahme von dieser Regel bildet allein das Eintreten Lukaschenkos für die Unabhängigkeit des Landes – der einzige Punkt übrigens, in dem Regime und Opposition übereinstimmen. Fundamentale Differenzen zeigen sich freilich in der jeweiligen Motivation. Während es Lukaschenko um die Verteidigung seiner persönlichen, auf Manipulation und Repression gründenden Macht geht, tritt die Opposition für die Unabhängigkeit eines auf europäischen Grundwerten und demokratischen Prinzipien fundierten Belarus ein.

LUKASCHEENKO ALS HINDERNIS FÜR STABILITÄT

Für die EU – und mit Einschränkungen auch für Russland – bildet das Lukaschenko-Regime als verbindender Teil auf der Ost-West-Achse Russland-Europa ein problematisches Hindernis für die Sicherung von Stabilität, Kooperation und Teilintegration in Gesamteuropa. Stichworte sind: Gemeinsames Grenzmanagement, Eindämmung illegaler Migration, gesicherter Transit zwischen Ost und West, Kampf gegen ökologische Zerstörungen einschließlich der Folgen von Tschernobyl. Hinzu kommt, dass ein nach innen reformresistentes und nach außen von Selbstisolierung geprägtes Belarus der Realisierung des zentralen gemeinsamen Projekts Russ-

land-EU im Wege steht, das auf dem St. Petersburg-Gipfel von 2003 lanciert und auf dem Moskauer Gipfel vom Mai 2005 konkretisiert wurde. Gemeint ist das Projekt zur Bildung von vier „Gemeinsamen Gesamteuropäischen Räumen“ in Wirtschaft (einschließlich Energie und Umwelt), Justiz und Inneres (darunter Visafragen), Äußere Sicherheit (einschließlich der „eingefrorenen Konflikte“ Georgien/Abchasien und Moldau/Transnistrien, aber auch Belarus selbst), schließlich Bildung und Kultur.³ In diesem Umfeld wachsender Interaktion und Interdependenz sieht sich Lukaschenko verstärkt von Gegnern und Feinden umgeben: Von Russland, das vorgeblich auf die Absorption des Landes zielt, vom Westen und hier insbesondere der EU, die auf demokratische Transformation und damit auf Regimewechsel drängt, seit kurzem auch von der Ukraine Juschtschenkos, die sich im Verein mit den Partnern der GUAM-Organisation (Georgien, Ukraine, Aserbaidzhan, Moldau) den Demokratiepostulaten der EU anschließt und ihre Belaruspolitik mit Polen, Litauen und Lettland koordiniert.

Im Folgenden sollen, um Ursprung und Charakter des Lukaschenko-Regimes in seinen spezifischen Besonderheiten gegenüber seiner internationalen Umwelt zu verdeutlichen, zunächst zentrale Ursachen des Durchbruchs für den Präsidenten bei den Wahlen von 1994 aufgezeigt werden. Anschließend sollen die Wirkungsweise des Regimes, das Potenzial alternativer Kräfte und die daraus folgenden Chancen für einen demokratischen Aufbruch in Belarus nach ukrainischem Muster skizziert werden. Im Blick auf die internationalen Beziehungen geht es um die jeweiligen Interessen und Aktionen Russlands und der EU sowie um die Frage: Wird es zwischen ihnen über Belarus zu Integrationskonflikten kommen oder werden sie zwecks Realisierung des erwähnten Projekts „Gemeinsamer Gesamteuropäischer Räume“ zu gemeinsamer Interessenwahrnehmung fähig und bereit sein? Und schließlich die nach dem demokratischen Aufbruch in der Ukraine häufig diskutierte Frage: Welche Szenarien sind in Belarus unter Berücksichtigung innerer und äußerer Faktoren denkbar?

ZENTRALE URSACHEN FÜR DIE MACHTEROBERUNG

Als Magdalene Hoff, die spätere Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Anfang 1994 gemeinsam mit dem Autor auf einer Erkundungsreise nach Minsk Gespräche mit den damaligen Parteivorsitzenden führte, war von Lukaschenko noch kaum die Rede.⁴ Sechs Monate später, im Juli 1994, gelang es ihm, in der Stichwahl ohne nennenswerte Ressourcen in freien und fairen Wahlen mit 81 Prozent der Stimmen die Präsidentschaft zu erobern. Dies geschah gegen den erfahrenen Ministerpräsidenten Kebitsch, den Spitzenvertreter der postsowjetischen Nomenklatura und Favoriten Moskaus. Dass der bis dahin nahezu unbekannte Lukaschenko gleichsam aus dem Stand heraus im Handstreich mit den schlichten Programmpunkten „Kampf gegen die Korruption“ und „Reintegration mit Moskau“ die Macht erobern konnte, verweist auf die Fragilität des neuen Staates Belarus und die verbreiteten Unsicherheit der Menschen nach dem Zerfall der UdSSR. Anders als der Russe Jelzin (der Gorbatschow beiseite schieben wollte) und der Ukrainer Krawtschuk (der mit Macht auf die Unabhängigkeit seines Landes drängte), hatte der Belaruse Schuschkewitsch der Auflösung des sowjetischen Imperiums im De-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

zember 1991 nur zögernd zugestimmt, da er zu Recht befürchtete, dass das Zerreißen der vielfachen wirtschaftlichen, kulturellen und familiären Verbindungen insbesondere nach Russland für sein Land materiell und auch emotional große Probleme aufwerfen würde. Bis heute verdankt Lukaschenko einen wesentlichen Teil der Zustimmung in der Bevölkerung seiner verbalen Bekundung, ein immer engeres Verhältnis zu Russland bis hin zur Bildung eines gemeinsamen Unionsstaats mit supranationalen Gremien und Organen anzustreben. Was waren die zentralen Gründe für den Durchmarsch Lukaschenkos, wie erklären sich die mit 30 bis 40 Prozent noch immer hohen Zustimmungsraten für sein Regime? Dazu im Folgenden nur wenige Hinweise.

GERING AUSGEPRÄGTE NATIONALE IDENTITÄT

Im Vergleich zu den umliegenden Staaten verfügt Belarus über eine nur gering ausgeprägte nationale Identität. Im Spätzarismus und im Stalinischen Terror wurden nationale Kultur und Identität weitgehend eliminiert. Opferreicher Partisanenkampf im Zweiten Weltkrieg und Aufbau einer relativ modernen, diversifizierten und leistungsfähigen Industrie in den 1960er-Jahren wurden als Kraftanstrengungen der Sowjetunion insgesamt, nicht aber als Ergebnis von Bemühungen der eigenen Nation wahrgenommen. Insbesondere unter den älteren Generationen, den Kriegsveteranen und den Landbewohnern ist der Sowjetmythos auch weiterhin lebendig und wird von Lukaschenko geschickt instrumentalisiert (gelegentlich übrigens auch gegenüber dem neuen Russland selbst).

EINE REFORMELITE FEHLTE

Anders als in Russland und in den ostmitteleuropäischen Reformstaaten fehlte in Belarus eine einheitliche politische, wirtschaftliche und publizistische

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

DAS REGIME SCHLÄGT IMMER DANN ZU, WENN OPPOSITIONSKRÄFTE EINFLUSS GEWINNEN UND DEM PRÄSIDENTEN GEFÄHRLICH WERDEN KÖNNTEN. AKTIVISTEN DER OPPOSITION DEMONSTRIEREN IN MINSK GEGEN DIE REGIERUNG. IN IHREN HÄNDEN HALTEN SIE FOTOS VON VERMISSTEN PERSONEN, MEIST OPPOSITIONELLE, DIE WÄHREND DER REGENTSCHAFT VON LUKASCHENKO VERSCHWUNDEN SIND.
picture alliance / dpa

gerichts einschließlich seines Vorsitzenden; Nominierung des Vorsitzenden und der Richter des Obersten Gerichts, des Obersten Wirtschaftsgerichts und des Generalstaatsanwalts; Ernennung des Präsidenten der Nationalbank und deren Leitungsmitglieder, des Oberkommandierenden der Streitkräfte und des Sekretärs des Sicherheitsrats. Der KGB, die dem Präsidenten zugeordnete Sicherheitspolizei aus Sowjetzeiten, wurde kaum reformiert und änderte nicht einmal ihren Namen.

Komplettiert wird dieser eindrucksvolle Kompetenzkatalog durch eine Reihe weiterer Machtinstrumente. So verfügt der Präsident über das Recht, Verordnungen und Dekrete mit Gesetzeskraft zu erlassen. Diese können von der Legislative zwar später widerrufen werden, was seitens des präsidialen Taschenparlaments, dem seit den Wahlen vom Oktober 2004 kein einziger Oppositioneller mehr angehört, jedoch nur selten geschieht. Darüber hinaus hat Lukaschenko den unmittelbaren Zugriff bei der Besetzung führender Positionen in den Regionen und den Kommunen des Landes: Das Stadtoberhaupt von Minsk sowie die sechs Gebietschefs werden ebenso von ihm ernannt und entlassen wie die Bürgermeister in den Städten und Gemeinden. Zusätzlich abgesichert werden diese Machtbefugnisse durch die Dominanz des Regimes über die Medien: Fernsehen und Rundfunk werden zu 100 Prozent, politikrelevante Printmedien unterliegen (gemessen an der Auflage) zu 80 Prozent – mit steigender Tendenz – staatlicher Lenkung. Damit war der Weg für umfassende Repression nach innen und selbstverschuldete Isolierung zur westlichen Welt endgültig vorgezeichnet. Der von Moskau sanktionierte Verfassungscoup mit seinen Konsequenzen bildet bis heute den zentralen Grund für die 1997 beschlossene EU-Politik selektiver Restriktionen gegenüber dem Lukaschenko-Regime. Ihren stärksten Ausdruck findet sie darin, dass das 1995 unterzeichnete Abkommen über Partnerschaft und Kooperation (PKA) bis heute nicht ratifiziert wurde. Mit Ausnahme von Turkmenistan unter seinem Diktator Nijasow steht Belarus damit unter allen Staaten der GUS allein.

PRÄSIDIALADMINISTRATION ALS MACHT- UND NERVENZENTRUM

An der Spitze der Machtvertikale Lukaschenkos steht die Präsidialadministration, die nach dem Verfassungsputsch zum eigentlichen Macht- und Nervenzentrum für sämtliche relevanten Entscheidungsprozesse wurde und die Entwicklung des Landes nach Art des früheren KP-ZK-Apparats in die gewünschten Bahnen lenkt. Zurückgedrängt wurden Demokratie und Pluralismus mit ihren zentralen Attributen funktionierende Gewaltenteilung, Rechtssicherheit und Rechtsgleichheit, Medienfreiheit, ungehinderte Aktionsmöglichkeit für politische Opposition und gesellschaftliche Gruppen, Chancen für eine offene Diskurs- und Streitkultur. Die vom Präsidenten und seiner Machtvertikale bestimmten Wahlkommissionen bilden die Garantie dafür, dass die Ergebnisse der Urnengänge „richtig“, d.h. im Sinne des Regimes ausfallen. So stimmten beim Referendum vom Oktober 2004 offiziell 77,3 Prozent der Wähler für eine Abschaffung der Begrenzung für die Amtszeit des Präsidenten auf weitere Amtsperioden und gaben Lukaschenko damit grünes Licht für erneute Kandidaturen. Inoffiziellen Berechnungen zufolge lag die Zustimmung jedoch erheblich darunter und hätte für eine dritte Kandidatur Lukaschenkos 2006 nicht ausgereicht.

Reformelite, die dem in die Unabhängigkeit gleichsam gestoßenen Land frische Impulse hätte vermitteln können. Zu Sowjetzeiten war viel Kompetenz nach Moskau abgewandert und nach der Unabhängigkeit nicht nach Belarus zurückgekehrt. Statt solcher Führungsfiguren wie Krawtschuk in der Ukraine oder Brasauskas in Litauen, die sich von KP-Spitzenleuten überzeugend in Nationaldemokraten wandelten und die Parole der nationalen Selbstbehauptung auf ihre Fahnen schrieben, betrat in Belarus mit Lukaschenko ein begnadeter Populist sowjetischer Mentalität die Bühne. Er vermochte den Menschen das Gefühl zu vermitteln, „einer von ihnen“ zu sein, ihre materiellen Nöte aufzugreifen, die abgewirtschaftete zweite Reihe des KP-Establishments aus den Ämtern zu vertreiben und der Bevölkerung jene materiellen Sicherheiten zurückzugeben, die sie durch den Zerfall der Sowjetunion eingebüßt hatten. Volksnahe öffentliche Auftritte prägen bis heute die Außenwirkung des Präsidenten, der sich gern als treusorgender „Batka“ (Väterchen) titulieren lässt.

AUTORITÄRES REGIME TRAF AUF OFFENE OHREN

Die Mehrheit der Menschen hatte demokratische Freiheiten und Unabhängigkeit des Landes keinesfalls als positiv erfahren, sondern hierin die Ursache für staatlichen Zerfall und wachsende Kriminalität gesehen. Daher traf Lukaschenkos Ruf nach einem autoritären Regime, das durch Ausbau der Sicherheitsagenturen mit harter Hand Recht und Ordnung schafft, in großen Teilen der Bevölkerung auf offene Ohren. In welche Richtung seine Vorstellungen dabei gingen, machte er in einem Interview mit dem Düsseldorfer Handelsblatt vom November 1995 deutlich, als er Hitler als Vorbild für die innere Neuordnung des Landes charakterisierte. Dieser habe Deutschland dank einer „starken Staatsmacht“ sowie mit der „Vereinigung der Nation um einen Führer“ aus der Krise geführt und konsolidiert: „Dies ist genau das, was unserem Verständnis einer präsidialen Republik und

der Rolle des Präsidenten darin entspricht.“⁵ Solche Worte wirken recht makaber, wenn man bedenkt, dass Belarus unter allen Völkern im Zweiten Weltkrieg relativ die größten Opfer gebracht hat.

„MARKTSOZIALISMUS“ ALS PROPAGIERTER KÖNIGSWEG

Große Teile der belarussischen Bevölkerung nahmen die Abkehr von der Planwirtschaft, die Perspektive eines Rückzugs des Staates aus der direkten Verantwortung für die Betriebe sowie die Aussicht auf massive Privatisierung und umfassenden Wettbewerb nicht nur als Bedrohung für ihre materielle Sicherheit wahr. Vielmehr empfanden sie all dies – zumal vor dem Hintergrund des Aufstiegs der russischen Oligarchen und „Neureichen“ – ganz generell als eine Wirtschaftsweise, die der eigenen Tradition und Mentalität fremd ist und dem Land vom Westen aufgedrängt wurde. Daher fand das präsidiale Konzept eines „Marktszialismus“ als Königsweg zur Wirtschaftssanierung großen Anklang.

VERFASSUNGSPUTSCH UND AUSBAU DES MACHTAPPARATS

Die eigentliche Eroberung der Macht gelang Lukaschenko mit einem stark manipulierten Referendum vom November 1996, mit dem er Parlament und Justiz gleichschaltete und damit die verfassungsmäßige Gewaltenteilung zugunsten der Errichtung seiner „präsidialen Machtvertikale“ faktisch beseitigte. Laut neuer (Lukaschenko: variiertes) Verfassung beziehen sich seine Vollmachten u.a. auf: Festlegung von Referenden; Auflösung des Parlaments und Ansetzung von Neuwahlen; Ernennung der Hälfte der Mitglieder der Zentralen Wahlkommission einschließlich ihres Vorsitzes; Ernennung und Ablösung des Premierministers, seiner Stellvertreter, der Minister und anderer Regierungsmitglieder; Nominierung der Hälfte der Mitglieder des Verfassungs-

REGIME DOMINIERT DIE STAATSWIRTSCHAFT

Erwähnt seien schließlich zwei weitere Herrschaftsinstrumente des Regimes. Zum einen verfügt die Präsidentschaft über einen umfangreichen geheimen Sonderfonds, der sich vornehmlich aus eingezogenen Immobilien und parlamentarisch nicht kontrollierten Waffenausfuhren speist (Belarus gehört zu den zehn weltweit größten Waffenexporteuren). Finanziert werden damit die aufgeblähten Sicherheitsdienste zum Schutz des Präsidenten, aber auch verschiedene Aktivitäten zur Zurückdrängung regimealternativer Aktivitäten. Zum anderen befinden sich auch weiterhin rund 80 Prozent der Großbetriebe in staatlicher Hand – selbst Russland als Partner im anvisierten gemeinsamen Unionsstaat wird die Übernahme perspektivreicher Großanlagen insbesondere im Erdöl- und Erdgasbereich verwehrt. Vorgeblich soll damit eine Ausplünderung des Landes und ein Ausverkauf moderner Staatsbetriebe an Privatinvestoren aus dem In- und Ausland verhindert werden.

Tatsächlich jedoch bildet die Dominanz des Regimes über die Staatswirtschaft neben dem Repressionsapparat das zentrale Herrschaftsinstrument Lukaschenkos. Sie verschafft ihm das Recht, die Produktion des Landes in die gewünschte Richtung zu lenken, mit dem Instrument der „Goldenen Aktie“ jederzeit in die Geschäftsabläufe der gegenwärtigen und sogar der früheren Staatsbetriebe einzugreifen sowie deren Führungspersonal zu bestimmen. Als Folge mangelt es an Innovation und wächst der Verschleiß der Anlagen, was vorerst freilich noch durch boomende Exporte in das von Wachstum geprägte Russland überdeckt wird. Darüber hinaus bietet die Staatswirtschaft dem Regime die Möglichkeit, in einer Art konsenssicherndem Sozialkontrakt mit den Arbeitnehmern die Betriebe – insbesondere im Vorfeld von Wahlen – zur Zahlung bestimmter Lohn- und Gehaltsleistungen zu zwingen. Eine Anpassung der belarussischen Staatswirtschaft an die Prinzipien einer marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsordnung würde die Macht des Präsidenten und seines Regimes spürbar untergraben.

REPRESSION DER REGIMEOPPOSITION

Vor diesem Hintergrund permanenter Repressionssteigerung sind die Chancen zu alternativer Artikulation und Organisation im Belarus Lukaschenkos gering. Das Regime schlägt immer dann zu, wenn es den Eindruck hat, dass bestimmte Kräfte über die demokratische Alibifunktion hinaus realen Einfluss gewinnen und dem Präsidenten gefährlich werden könnten. Besonders hart trifft dies die Medien: So wurden, wie schon erwähnt, Fernsehen und Rundfunk zu 100 Prozent in staatliche Regie genommen. Gegen die wenigen privaten Printmedien verhängen willfährige Justizorgane die von der Staatsmacht gewünschten Strafen in Form von willkürlichen Steuerbescheiden, Lizenzentzug für regimekritische Zeitungen oder Anklagen wegen – verfassungsmäßig sanktionierender – „Verletzung der Würde des Präsidenten“. So sind in Belarus aufgrund strikter staatlicher Kontrolle der Meinungsfreiheit, der Freiheit des Zugangs zur Information und der publizistischen Artikulation enge Grenzen gesetzt. Protest und Regimeopposition können sich fast nur auf der Straße artikulieren. Das wiederum verschafft dem Regime die willkommene Gelegenheit, die Aktivitäten der Opposition als „Hooliganismus“ zu diskredi-

tieren und dem TV-Publikum entsprechend zu präzisieren.

OPPOSITIONELLES PARTEIENSPEKTRUM

Auf politischem Felde hat sich ein demokratisches, regimeoppositionelles Parteienspektrum herausgebildet, das in der Gesellschaft freilich nur schwach verankert und oft von persönlichen Ambitionen der Parteiführer gekennzeichnet ist. Seinen Kern bilden die Belarussische Volksfront christlich-nationaler Prägung mit Winkuz Wetschorka an der Spitze; die liberale Vereinigte Bürgerpartei unter Anatolij Lebedko; unter mehreren Sozialdemokratien insbesondere die Sozialdemokratische Partei („Volksgramada“) unter Nikolaj Statkewitsch mit programmatisch-organisatorischen Verbindungen zur internationalen Sozialdemokratie; schließlich die reformkommunistische KP unter Sergej Kaljakin, eine prorussische und zugleich regimekritische Formation sozialistischen Typs.

Nachdem die Opposition bei den Präsidentschaftswahlen 2001 geschlossen aufgetreten war und mit Gewerkschaftschef Gontscharik einen auch für Moskau prinzipiell akzeptablen Kandidaten präsentiert hatte – offiziellen Angaben zufolge erhielt er 15 Prozent der Stimmen, tatsächlich jedoch etwa doppelt soviel –, beschleunigt Lukaschenko im Vorfeld der für 2006 angesetzten Präsidentschaftswahlen noch einmal die Repressionsmaschinerie. Dazu zählen neben einer Vielzahl von Schikanen bei Registrierung und Logistik insbesondere Demonstrierverbote für die Parteien, ihre Unterwanderung durch Agenten des Regimes sowie die mit fadenscheinigen Vorwänden begründete Inhaftierung und mehrjährige Verurteilung solcher Führungspersonlichkeiten, die Lukaschenko ähnlich wie Gontscharik 2001 bei der Präsidentschaftskür 2006 gefährlich werden könnten. Zu nennen sind hier insbesondere Ex-Außenhandelsminister Marinitsch, ein kompetenter Wirtschaftsfachmann, sowie der sozialdemokratische Parteichef Statkewitsch, für dessen Freilassung sich u.a. Bundeskanzler Schröder in einem Schreiben an die belarussische Regierung einsetzte. Immerhin gelang es den 900 Delegierten von zehn Oppositionsgruppierungen, sich auf ihrem Kongress Anfang Oktober 2005 auf einen gemeinsamen Kandidaten für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zu einigen – auf den Physiker Aleksandr Milinkewitsch, einen anerkannten parteilosen Aktivisten aus dem NGO-Bereich und von 1990 bis 1996 als Stellvertretender Vorsitzender des Gebiets-Exekutivkomitees von Grodno auch in öffentlichen Ämtern erfahren. Indes dürfte das Regime auch hier nichts unversucht lassen, um den Kandidaten zu diskreditieren und unter Vorwänden letztlich sogar aus dem Verkehr zu ziehen.

Eine spezifische Repressionsmethode verwandte Lukaschenko gegenüber der „Föderation der Gewerkschaften“, die sich nach dem Zerfall der Sowjetunion eine gewisse Unabhängigkeit von staatlichen Instanzen gesichert hatte und bis heute mit ihren rund 3,5 Millionen Mitgliedern die größte Massenorganisation des Landes bildet. Ihr Ziel war nicht wie im Falle von Oppositionsparteien die Zerschlagung des Gewerkschaftsverbandes, sondern dessen feindliche Übernahme durch eine Vielzahl empfindlicher Schikanen: finanzielles Austrocknen durch Aufhebung des automatischen Abzugs des Mitgliedsbeitrags vom Lohn, Streichung von Privilegien im sozialen und Freizeitbereich, massiver Druck zwecks personellen Austauschs der Spitzenkader,

Gleichschaltung des systemkritischen Gewerkschaftsorgans „Belarusskij Tschas“. Der unter scharfem Druck des Regimes ins Amt gehobene neue Vorsitzende Leonid Kosik, der zuvor als Stellvertreter der Leiter der Präsidentschaftspräsidialadministration fungiert und dabei u.a. als Verbindungsmann zum Irak gedient hatte, bietet die Gewähr für absolute Loyalität des Gewerkschaftsbundes zu Lukaschenko.

DIE ROLLE VON NICHT-REGIERUNGSORGANISATIONEN

Mit großem Misstrauen beobachtet das Regime die NGO's, die ihre relative Stärke nicht zuletzt dem Umstand verdanken, dass den Entfaltungsmöglichkeiten für die Parteien enge Grenzen gesetzt sind. Insgesamt werden in Belarus rund 2500 NGO's gezählt, die – oft gemeinsam mit westlichen Partnern – Beiträge leisten zur Minderung der Folgen von Tschernobyl, zur Bewältigung sozialer und ökologischer Probleme, zur Entwicklung von Bildungsangeboten sowie zur Förderung energiesparender Konzepte. Dem Regime sind sie insbesondere dann ein Dorn im Auge, wenn sie sich mit Gesellschaftspolitik und Bildungsproblemen befassen oder sich sogar wie bei den Präsidentschaftswahlen 2001 massiv bei der Wahlbeobachtung engagieren. Der Grund liegt in Folgendem: Die oft regimekritischen, zur Zusammenarbeit mit den nationalen und lokalen Behörden grundsätzlich jedoch durchaus disponierten NGO's lassen sich von Natur aus schwer kontrollieren und sind dem Regime aufgrund ihrer Kooperation mit ausländischen Partnern zunehmend subversionsverdächtig. Angesichts begrenzter Kontakte auf offizieller Ebene sind es tatsächlich gerade die NGO's, die an den europäischen Kommunikationsprozessen am intensivsten teilnehmen. Die Liste der auf Anweisung des Regimes geschlossenen NGO's ist lang und wird immer länger.

GRAVIERENDE REPRESSION POLNISCHER BELARUSSEN

Einen besonders schwerwiegenden Fall politisch motivierter Repression, der über die nationale Ebene hinaus zu einer tiefen Krise der Beziehungen zu Polen führte und schließlich auch die EU involvierte, bildete das Vorgehen des Lukaschenko-Regimes gegen den Bund Polnischer Belarussen, die Vertretung der ethnischen Minderheit der Polen in Belarus mit Sitz im westweißrussischen Grodno. Mit rund 20.000 aktiven Mitgliedern (bei rund 400.000 ethnischen Polen insgesamt) ist der Bund zwar die größte NGO des Landes, hatte sich aus der aktuellen Politik jedoch herausgehalten und auf die Aspekte Sprache, Bildung und Kultur konzentriert. Als der Bund im März 2005 den bisherigen Regime- und KGB-nahen Vorsitzenden abwählte und für eine „neutrale“ Vorsitzende votierte, griff die Staatsmacht brutal ein: Sie denunzierte die neue Führung als Fünfte Kolonne des Auslands, besetzte das Hauptquartier des Bundes, liquidierte dessen Verbandsorgan und manipulierte die Wahl einer ihr genehmen neuen Führung. Kurz: In einem präventiven Handstreich suchte das Lukaschenko-Regime mit dem Bund eine Organisation das Rückgrat zu brechen, die sich bei prinzipieller politischer Abstinenz doch die Unabhängigkeit bewahrt hatte. Aufgrund ihrer Größe, ihres demokratischen Charakters und ihrer Nähe zu Polen wird sie von den Machthabern gleichwohl als potenzielle Gefahr angesehen – un-

geachtet der dadurch hervorgerufenen Zuspitzung der Beziehungen zu Polen und der EU. Moskau betrachtet die Konfrontation als innere Angelegenheit von Belarus und sieht keine Veranlassung, den Verbündeten in Minsk zur Mäßigung aufzurufen. Dahinter steckt nicht zuletzt die nachwirkende Erbitterung über den Anteil der Polen am Sieg der demokratischen Revolution in der Ukraine, der in Moskau als schwere Niederlage empfunden wird: Auf den Kiewer Krisensitzungen Ende 2004 hatte der polnische Präsident Kwasniewski mit Brüsseler Rückendeckung erfolgreich zwischen den feindlichen Lagern vermittelt und damit den schließlichen Erfolg der demokratischen Richtung um Juschtschenko möglich gemacht. Die EU ihrerseits ging auf polnische Bitten ein, den Konflikt zu europäisieren und Gegenmaßnahmen in Erwägung zu ziehen, etwa in Form verschärfter Einreisebestimmungen für solche Regimevertreter, die an den Repressionen beteiligt sind. Zugleich verurteilte sie wiederholt die Repression gegen den Bund Belarussischer Polen und forderte das Regime auf, seinen OSZE-Verpflichtungen nachzukommen, darunter auch im Hinblick auf seine Verpflichtung zum Schutz nationaler Minderheiten.⁶ Für das Lukaschenko-Regime ist dies nicht unproblematisch, hatte es doch zu Recht wiederholt mit Stolz darauf verwiesen, dass in Belarus – anders als in einer Reihe von Ländern im postsowjetischen Raum – Stabilität herrsche und keinerlei Konflikte zwischen Ethnien und Nationalitäten zu verzeichnen seien.

DEMOKRATISCHER AUFBRUCH AUCH IN BELARUS?

Trotz umfangreicher Vorkehrungen zur Festigung seines Regimes scheint sich Lukaschenko nicht erst seit dem demokratischen Aufbruch in der Ukraine keineswegs sicher, ob dies auf Dauer gelingen wird. Ein Indiz hierfür bildet die Entwicklung einer „Ideologie des Belarussischen Staates“, die 2003 ausgearbeitet und deren Vermittlung sämtlichen Regierungsinstitutionen, Betrieben und Bildungseinrichtungen zur Pflicht gemacht wurde. In diesem Kontext begann das Regime im Sommer 2005 auf Anweisung Lukaschenkos, für Schüler und Studenten – variiert nach Altersstufen – Textbücher mit dem Titel „Mein Vaterland Belarus“ zu verteilen und zur obligatorischen Lektüre zu bestimmen. Im Kern zielt die Staatsideologie auf einen belarussischen Sonderweg, der sich vom „liberalen Terror“ des Westens abhebt, dem der Präsident auch Teile der politischen und wirtschaftlichen Elite des neuen Russland verfallen sieht. Bei Licht besehen bildet die Staatsideologie eine kuriose Mischung einerseits aus sowjetkommunistischen Elementen mit ihren Merkmalen „Kollektivismus, Patriotismus, soziale Gerechtigkeit, Großer Vaterländischer Krieg“ und andererseits aus pseudonationalen belarussischen Elementen wie „nationale Identität“, „nationaler Patriotismus“ und „ethnische Besonderheit“ der belarussischen Nation mit ihrem „spirituellen Kern“. Gerade die zuletzt genannten Aspekte wirken besonders unglaubwürdig: In Wirklichkeit drängt Lukaschenko die belarussische Sprache und Kultur systematisch zurück, wie die Regierungsamkeit verordnete und 2003 erfolgte Schließung des hoch angesehenen Jakob-Kolas-Lyzeums, des letzten weißrussischsprachigen Gymnasiums in Minsk, beispielhaft unterstreicht. Tatsächlich spiegeln die Indoktrinierungsbestrebungen Unsicherheit und Schwäche des Regimes und nicht dessen Stärke wider und sind kaum geeig-

net, seiner schleichenden Erosion Einhalt zu gebieten. Ganz ähnlich scheint es auch der Präsident selbst zu sehen, wenn er vor dem Gift alternativer Konzeptionen warnt: „Die Ideologie ist für den Staat dasselbe wie das Immunsystem für den lebendigen Organismus. Wenn die Immunität geschwächt ist, kann jede beliebige kleine Infektion tödlich sein. Genauso verhält es sich mit dem Staat: Wenn die ideologische Grundlage der Gesellschaft zerfällt, ist sein Tod nur noch eine Frage der Zeit.“⁷ In der Furcht vor drohender Immunschwäche liegen die tieferen Ursachen für die im Sommer 2004 erfolgte Zerschlagung der privaten Europäischen Humanistischen Universität in Minsk, die ein anerkannt hohes wissenschaftliches Niveau aufwies und ihren über 1000 Studenten den Blick auf Europa weitete. Inzwischen hat die Universität im litauischen Vilnius Exil erhalten; viele ihrer Mitglieder fanden Aufnahme in Lehranstalten westeuropäischer Länder.

DEUTLICHE WARNUNG VOR „REVOLUTIONSEXPORT“

Angesichts der revolutionären Umbrüche in der Ukraine hat Lukaschenko durch Militarisierung der Innenpolitik und Ankurbeln der Ideologiemaschine seine Linie noch einmal verschärft und vor jeglicher Form von „Revolutionsexport“ unter Inspiration und Förderung durch westliche Einflussagenten gewarnt. Deutlicher als je zuvor fand dies seinen Ausdruck in einem Dekret Lukaschenkos vom August 2005, das alternativen Akteuren in Belarus die Annahme technischer Hilfe aus dem Ausland untersagt. Dazu zählen u.a.: Vorbereitung von Wahlen und Referenden einschließlich der Organisierung von Versammlungen, Demonstrationen und Streiks, Verteilung von Kampagnematerial, Initiativen zu massenhafter Politisierung unter der Bevölkerung sowie „Veranstaltung von Seminaren, Konferenzen und öffentlichen Diskussionen“ (in Anm.). Diese Maßnahmen, die sämtlich der Regierung vorab gemeldet und von ihr genehmigt werden müssen, steigern die Willkür des Regimes um weitere Grade: Die Machthaber können nunmehr jedwede öffentlich artikulierte Kritik als Umsturzversuch werten und erhalten somit de facto freie Hand für alle nur denkbaren Repressalien gegen die Zivilgesellschaft. Angesichts solcher Generalvollmachten wäre es tatsächlich logischer, Wahlen überhaupt zu verbieten – so sarkastisch der Oppositionspolitiker Lebedko. Wahrscheinlich fühlt sich Lukaschenko zu solch präventivem Handeln ermuntert durch zunehmende Attacken Putins gegen russische NGO's und deren angeblich von außen gelenkte destabilisierende Aktivitäten. Der bemerkenswerte Verweis in dem Dekret auf Vorbereitungen „zur Machteroberung oder zum Sturz der Regierung“ unterstreicht, dass sich Lukaschenko zunehmend unsicher fühlt und frühzeitig Abwehrmaßnahmen trifft. Dabei ließ er keinen Zweifel an seiner Entschlossenheit aufkommen, anders als in der Ukraine, Georgien und Kirgistan gegen demokratische Aufbrüche gewaltsam vorzugehen und notfalls auch präventiv zu handeln: Zeigten die Machtorgane erst einmal Zögerlichkeit, Passivität und Schwäche, so machten die destruktiven Kräfte sofort davon Gebrauch. Nicht zuletzt solche sich häufenden Warnungen Lukaschenkos und seiner Sicherheitsagenturen vor einem Systemwandel in Belarus nach ukrainischem Muster demonstrieren, dass es mittelfristig hierfür durchaus Chancen gibt.⁸ Angesichts der spezifischen Voraussetzungen in dem Land scheinen die kurzfristigen Aussichten für

ein solches Szenario jedoch relativ gering. Als Anhaltspunkte für diese Vermutung seien genannt:

NOMENKLATURA VERHÄLT SICH ABWARTEND

In der Ukraine hatte sich ein Großteil der politischen Elite vom herrschenden Clanregime Kutschma abgewandt und verfügte mit Juschtschenko über eine charismatische Führungsfigur. In der Nomenklatura weitete sich seit Jahren eine interessen- und werbebedingte Kluft. Auch in Belarus ist die Nomenklatura zwar keine konsolidierte Klasse, wie es nach außen den Anschein hat. Vielmehr gibt es in Ministerien und Verwaltung, in den nationalen, regionalen und kommunalen Parlamenten und Administrationen, in Wirtschaft und Banken sowie in Bildung und Forschung insbesondere auf Fachebene eine Vielzahl von Spezialisten, die aus ihrer Kompetenz heraus eine kritische Einstellung zum Regime Lukaschenko und seiner antieuropäischen Positionierung entwickeln. Im Dezember 2004 verwies Lukaschenko selbst auf die Entstehung solcher Gruppierungen, die er auf das Streben westlicher Staaten zurückführte, „die Macht in Belarus zu spalten“.⁹ Indes verhalten sich die kritischen Teile der Nomenklatura in Belarus vorerst eher abwartend – aus Furcht vor dem Verlust ihrer Position oder vor der Perspektive, bei einem Aufstieg in den Kreis oppositioneller Führungsfiguren nach dem Beispiel von Marinitsch und Statkewitsch vom Regime brutal abgestraft zu werden.

SCHWACHE OPPOSITION UND VOREINGENOMMENE JUSTIZ

In der Ukraine hatte die gut organisierte und relativ starke Opposition vielfache Möglichkeiten zu öffentlicher Artikulation – im Parlament, in den Medien und in Form breiter Massenmobilisierung. In Belarus dagegen ist die nur schwach verankerte Opposition im Parlament nicht mehr vertreten, in den elektronischen Medien lediglich als kriminelle und vom Westen gekaufte Gruppierung präsent und bei Straßendemonstrationen Freiwild für die oft brutal einschreitende Miliz. Nicht zuletzt das erwähnte überraschend hohe Ergebnis für den Oppositionskandidaten Gontscharik bei den Präsidentschaftswahlen 2001 wird das Regime veranlassen, 2006 die Daumenschrauben bei den Demokraten noch enger anzuziehen. Die Justiz in der Ukraine bewies eine gewisse Unabhängigkeit: Der Einspruch kompetenter einheimischer Wahlbeobachter gegen das gefälschte offizielle Ergebnis der Stichwahl vom November 2004 hatte vor Gericht Bestand, so dass die Chancen für den vom Juschtschenko-Lager angestrebten Regimewechsel genutzt werden konnten. In Belarus dagegen bildet das Gerichtswesen einen integralen Bestandteil des Lukaschenko-Regimes. Auch weiterhin werden Klagen gegen Wahlfälschungen von den gefügigen Gerichten als von außen inspirierte und finanzierte Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes diskriminiert und abgewehrt. In der Ukraine verfügten die Opposition und ihr Anhang über gewisse ökonomische Positionen einschließlich damit verbundener Medien. In Belarus dagegen befindet sich – wie gezeigt – das Wirtschafts- und Finanzwesen de facto in staatlicher Hand. Die Opposition verfügt über keinerlei ökonomische Hebel, mit deren Hilfe auch eine starke alternative Medienlandschaft entwickelt werden könnte.

LUKASCHENKOS SPIELRÄUME WERDEN ENGER

Gleichwohl werden die Spielräume für Lukaschenko sichtbar enger, sein streng autoritäres, am Sowjetmodell orientiertes Regime passt weder nach Westen noch nach Osten in die von der Vision „Gemeinsamer Gesamteuropäischer Räume Russland-EU“ geprägte politische und wirtschaftliche Landschaft. Der wachsende Frust unter der Nomenklatura über Stagnation und Niedergang, die Formierung der Opposition, der weitere Niedergang der Wirtschaft, die räumliche Nähe zur erweiterten EU, mit der laut Umfragen rund 60 Prozent der Bevölkerung sympathisieren: All dies könnte sich mittelfristig zumal dann zu einer die Existenz des Regimes unterminierenden kritischen Masse verdichten, sollte Moskau dem unberechenbaren und kapriziösen Lukaschenko seine Unterstützung entziehen. Eine solche Entwicklung würde unvermeidlich auch auf das internationale Umfeld ausstrahlen: Als verbindender Teil auf der Ost-West-Achse zwischen Russland und der EU gelegen, bildet Belarus das „Nahe Ausland“ des einen und den „Neuen Nachbarn“ des anderen. Wird es zwischen Moskau und Brüssel zu einem Integrationskonflikt über Belarus kommen? Wie sehen die jeweiligen Interessen und Strategien aus? Überwiegen vielleicht sogar die gemeinsamen Interessen an einem Regimewechsel in Belarus und seiner Integration in die anvisierten „Gemeinsamen Gesamteuropäischen Räume“?

LUKASCHENKOS SPIEL MIT RUSSLAND

Das Verhältnis des Lukaschenko-Regimes zu Russland, dem Minsk in den internationalen Beziehungen auch weiterhin Priorität einräumt, ist auf beiden Seiten von der emotionsgeladenen Integrationsrhetorik der Jelzin-Periode auf pragmatisches, interessengeleitetes Handeln herabgestuft worden. Statt unrealistischen Integrationsambitionen nachzugehen – betonte Lukaschenko im Sommer 2004 –, sollten auf natürlicher und pragmatischer Grundlage im Verhältnis zu Russland praktische und aktuelle Aspekte weiterverfolgt werden. Hier freilich steckt das Lukaschenko-Regime in einem Dilemma, das seinen Ausdruck in einem Pendeln zwischen Unionsstaatsrhetorik und Beziehungskrise findet. Einerseits braucht es die Unterstützung Russlands in Form verbilligter Energielieferungen und aufnahmefähiger Exportmärkte für belarussische Produkte. Darüber hinaus bezieht Lukaschenko aus dem Nahverhältnis zu Russland auch weiterhin einen – wenn auch schwindenden – Teil seiner Herrschaftslegitimation nach innen und auch nach außen, indem Moskau im Rahmen von OSZE, Europarat oder der Genfer Menschenrechtskommission die Politik des Präsidenten verteidigt. Schließlich ist Lukaschenko seit kurzem der Überzeugung: Zur Bekämpfung von Gefahren demokratischer Aufbrüche in Belarus ist eine enge Zusammenarbeit mit Russland nötig, das nicht zuletzt aufgrund eigener zunehmend autoritärer Tendenzen auch seinerseits an gemeinsamer Abwehr gegen westlichen Revolutionsexport interessiert ist. Falls Russland Belarus verliere, warnte Lukaschenko im Dezember 2004, werde dies „der Beginn des Zerfalls von Russland selbst sein.“¹⁰ Denn Belarus sei „der Vorposten Russlands“, fügte er später hinzu.¹¹ Andererseits jedoch blockiert Lukaschenko das Anfang 2000 ratifizierte Projekt zur Bildung eines Unionsstaats, zur Harmonisierung der Wirtschafts-

systeme und zu einer Währungsunion. Dies geschieht nicht ohne Grund, würde all dies doch angesichts der vielfachen Disproportionen zwischen den Partnern (Putin: „97 zu 3 zugunsten Russlands“) auf eine schleichende Absorption des Landes durch Moskau hinauslaufen. Einen „Anschluss“ von Belarus an Russland werde es nicht geben, betonte Lukaschenko in seiner bekannt emotionalen Art.¹² Folgerichtig weigert sich der Präsident, Filetstücke der Wirtschaft seines Landes wie das Gasleitungssystem Beltransgas oder petrochemische Betriebe an russische Eigentümer zu veräußern. Dem im September 2003 von Russland, der Ukraine, Belarus und Kasachstan gegründeten „Einheitlichen Wirtschaftsraum“ (EWR) mit seiner Perspektive supranationaler Regulierungsmechanismen nach EU-Muster scheint Minsk nur in der Überzeugung beigetreten zu sein, dass Kiew über Freihandelskonzepte hinausgehende Ziele des Projekts nicht mittragen wird. Paradoxiert hat gerade der Regimewechsel in der Ukraine Befürchtungen Lukaschenkos zerstreut, mit der Vertiefung des EWR stufenweise Souveränitätsverzicht zugunsten Moskau-dominierter Organe leisten zu müssen.

RUSSLANDS INTERESSE AN ENGEN BEZIEHUNGEN

Russland seinerseits ist aus einer Vielzahl von Gründen an engen Beziehungen zu Belarus bis hin zur Bildung eines von Moskau dominierten gemeinsamen Unionsstaats interessiert – und dieses Interesse wird von Lukaschenko zur Durchsetzung eigener Ziele geschickt genutzt. Militärstrategisch und geopolitisch bildet Belarus für Russland ein wichtiges Vorfeld gegenüber der nähergerückten NATO (und EU), wie jüngst die Bildung eines integrierten Luftabwehrsystems und generell die enge militärische Zusammenarbeit zeigt. Darüber hinaus hat das Land für Moskau große Bedeutung als kürzester Transitweg nach Westen für den Personen-, Energie- und Warentransport. Schließlich stellt Belarus einen wichtigen Faktor in dem Bestreben Moskaus dar, seine Position als Gravitationszentrum im postsowjetischen Raum und als Integrationskern der wirtschaftlich am höchsten entwickelten GUS-Länder zu stärken (EWR-Projekt).¹³ Aus russischer Sicht gilt es daher, Belarus als „Nahes Ausland“ im Zeichen einer Integrationskonkurrenz nicht der Brüsseler „Europäischen Nachbarschaftspolitik“ (ENP) zu überlassen, sondern Minsk über eine Mischung von Druck und Anreizen in der Wirtschaft und durch Toleranz gegenüber dem repressiven Regime immer fester an sich zu binden. Unter der großen Mehrheit in der Führung und unter den Eliten Russlands gilt Belarus unter allen Nachfolgestaaten als letzte Bastion und grundsätzlich loyaler Partner, nachdem die sowjetisch dominierten Länder Ostmitteleuropas der EU beigetreten sind und die früheren Sowjetrepubliken Ukraine, Moldau und Georgien ähnliche Absichten bekunden. In diesem Licht würde ein demokratischer Aufbruch in Belarus mit der Folge einer Hinwendung zur EU unter den Moskauer Eliten politisch und emotional als schwere Niederlage wahrgenommen. Umgekehrt gilt ihnen ein eng verbundenes Belarus unter vielen Aspekten als wertvollster Verbündeter, „und jede Konzession ist es wert, das Land auf diesem Kurs zu halten.“¹⁴ Wenig Eindruck auf Moskau scheint in diesem Kontext die Versicherung des oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Milinkewitsch zu machen, unter Wahrung der Unabhängigkeit von Belarus „die Beziehungen zu Russland zu vertiefen und dessen geo-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

politische Interessen zu berücksichtigen.“¹⁵ All dies hat bislang den westlichen Handlungsspielraum stark eingeengt.

An dieser Grundposition vermochte bislang auch die äußerst scharfe Kritik wenig zu ändern, wie sie am deutlichsten im Juni 2005 der von Putin berufene Rat zur Förderung von Zivilgesellschaft und Menschenrechten an verschiedenen Aspekten der Repression in Belarus übte. Offen wird darin auf „die ungünstige Situation bei den bürgerlichen Rechten und Freiheiten, auf das faktische Fehlen unabhängiger Medien sowie auf die schrittweise Liquidierung nichtgouvernementaler Menschenrechtsorganisationen“ verwiesen. Auch bietet die Wahlgesetzgebung in Belarus keine Gewähr dafür, heißt es in dem an Putin adressierten Bericht des Rats, „dass die Wahlen die wirklichen Ergebnisse des Volkswillens wiedergeben.“¹⁶ All dies steht freilich in bemerkenswertem Kontrast zu der russischen Bewertung des massiv gefälschten Referendums vom Oktober 2004. Die von Moskau dominierte GUS-Beobachtermission charakterisierte das Referendum als „frei, ehrlich, legitim und in vollem Einklang mit den Gesetzen“ – eine Einschätzung, die in der Staatsduma 416 von 446 anwesenden Mitgliedern teilten. Die OSZE und mit ihr die EU dagegen hatten das Referendum als stark manipuliert und demokratischen Normen nicht entsprechend eingeschätzt.

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

PUTIN UND LUKASCHENKO DEMONSTRIEREN EINIGKEIT. DAS REGIME VON LUKASCHENKO BRAUCHT DIE UNTERSTÜTZUNG RUSSLANDS IN WIRTSCHAFTLICHER HINSICHT. ZUDEM BEZIEHT LUKASCHENKO AUS DEM NAHEN VERHÄLTNISS ZU RUSSLAND EINEN TEIL SEINER HERRSCHAFTSLEGITIMATION.

picture alliance / dpa

heiten-Organisation in Belarus – solche Vorfälle sind eher geeignet, den Prozess der Selbstisolierung des Regimes weiter zu zementieren. Noch nicht endgültig entschieden ist über die Anklageschrift internationaler Gewerkschaftsorganisationen an die EU-Kommission mit dem Ziel, Belarus wegen grober Verletzung fundamentaler demokratischer und Gewerkschaftrechte zu verurteilen. Sollte die Kommission die vom Kommissar für Handel bestätigten Vorwürfe als zutreffend bewerten, so droht Belarus die Suspendierung von dem Allgemeinen System von Zollpräferenzen, aus dem insbesondere die belarussische Textilindustrie Nutzen zieht und das dem Land jährlich Vergünstigungen von rund 100 Mio. Euro einbringt.¹⁷ Die Sicherung der scharf autoritären, auf die eigene Person bezogenen Machtvertikale hat für Lukaschenko Vorrang vor einem konditionierten Arrangement mit dem attraktiven potenziellen Modernisierungspartner EU. Sämtliche Protestresolutionen von Rat, Kommission und Parlament gegen die wachsende Repression blieben bislang auf das Regime ohne sichtbare Wirkung.

EU SETZT AUF EVOLUTIONÄREN WANDEL

Der EU ihrerseits geht es keineswegs um ein Nullsummenspiel zwischen der Union und Russland, wie in Moskau vermutet wird. Vielmehr zielt sie auf einen evolutionären Wandel des Lukaschenko-Regimes, bei dem Belarus einen „offenen, pluralistischen und demokratischen Entwicklungspfad“ einschlägt (Javier Solana). Aus EU-Sicht sollte Belarus dabei eine Brücken- und Scharnierfunktion zwischen seinen Nachbarn übernehmen und offen sein nach Ost und West. In diesem Kontext verfolgt die EU eine Politik der doppelten Dialogstrategie gegenüber Belarus. Diese besteht einerseits darin, auf Arbeitsebene zielgerichtet selektive Kontakte mit Regierungsvertretern zu pflegen. Allein mit Blick auf das vitale Eigeninteresse gehören dazu Bereiche wie die zuverlässige Kontrolle der über 1000 Kilometer langen Grenze, die Bekämpfung „weicher“ Sicherheitsrisiken wie illegale Migration, Menschen- und Drogenhandel, die notwendige Zustimmung der Regierung zur Arbeit des OSZE-Büros in Minsk, zum Brüsseler technischen Hilfsprogramm TACIS, zur Realisierung des Belarus-Förderprogramms der Bundesregierung sowie nicht zuletzt zu den Aktivitäten ausländischer NGO's. Auch war die Zustimmung von Belarus für den Beitritt zum Kyoto-Protokoll ohne Verhandlungen und Abkommen mit den Offiziellen in Minsk nicht möglich. Insofern wirken gelegentliche Aufforderungen im Westen und auch in Belarus selbst, die EU-Politik auf Beziehungen zur Opposition zu beschränken, reichlich unrealistisch. Realistischer zumindest als Symbol für scharfe EU-Kritik am Regime ist das Einreiseverbot für den Präsidenten und weitere hochrangige Vertreter seines Repressionsapparats, das wiederholt praktiziert und als Antwort auf das manipulierte Referendum vom Oktober 2004 und die anschließende Gewalt gegen Demonstranten erneut verhängt wurde. Andererseits ist die doppelte Dialogstrategie darauf gerichtet, der politischen Opposition, den Kräften der Wirtschaftsmodernisierung und der heranwachsenden Zivilgesellschaft in Belarus Solidarität und breite Unterstützung zu erweisen. Als Hauptträger evolutionären Wandels sind sie geeignet, bereits im Zeichen regimebedingter Repression und wirtschaftlicher Regression Kompetenz und Professionalität zu fördern, die Menschen zu aktivem Engagement für ein Handeln nach europäischen Werten zu motivie-

SELBSTISOLIERUNG NACH WESTEN

Jahrelang hielt die belarussische Führung kritischen Abstand zur EU, zumal diese eine für Lukaschenko inakzeptable Orientierung des Landes an europäischen Werten und demokratischen Prinzipien zur Voraussetzung einer Normalisierung der Beziehungen macht. Zwei Entwicklungen waren es, die das Regime schließlich veranlassten, seine negativen Positionen phasenweise zu relativieren und über verstärkte funktionale Kooperation auf beide Seiten interessierenden Feldern hinaus eine Einbeziehung des Landes in die ENP zu erwägen. Als langfristiges Ziel wollte Lukaschenko in einer Rede vor ausländischen Botschaftern vom Juli 2004 sogar eine Mitgliedschaft von Belarus in der EU nicht ausschließen. Solche Ansätze beruhen zum einen auf taktischen Überlegungen, im Zeichen von Konflikten mit Moskau die eigene Unabhängigkeit zu demonstrieren, indem auf die Möglichkeit der alternativen, von der herrschenden Elite in Moskau gefürchteten Option einer Hinwendung nach Europa verwiesen wird. Diese Option hat nach den Ereignissen in der Ukraine, die Lukaschenko wieder enger an Moskau heranrücken ließen, freilich an Aktualität eingebüßt. Zum ändern sind Avancen gegenüber der EU ein Reflex auf die Osterweiterung der EU, mit der Belarus nach Einbeziehung der drei Nachbarländer Polen, Litauen

und Lettland nunmehr knapp 40 Prozent seines Außenhandels abwickelt. So sehen Lukaschenko und mehr noch kompetente belarussische Experten in Politik, Wirtschaft und Forschung zwar die Vorteile einer Annäherung an die erweiterte EU und die darin liegenden Chancen für ihr Land. Zugleich macht das Regime jedoch keine Anstalten, konkret auf die Zug-um-Zug-Strategie der EU einzugehen, bei der die Union auf Fortschritte bei der Demokratisierung in Belarus mit einer Anbindung des Landes an die europäischen Strukturen und eine Einbindung in die ENP reagieren würde.

EU-PROTESTE OHNE SICHTBARE WIRKUNG

Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Die erwähnte Liquidierung der Europäischen Humanistischen Universität, die hartnäckige Weigerung, ernsthaft bei der Aufklärung der „verschwundenen“ und wahrscheinlich auf Anweisung von Regimevertretern ermordeten hochrangigen Oppositionspolitiker mitzuwirken, die von Repression und Manipulation gekennzeichneten Urnengänge vom Oktober 2004 sowie die jüngste scharfe Konfrontation mit Polen über angeblich subversive Aktionen Warschauer Diplomaten und über die Unterdrückung der polnischen Minder-

ren und damit dem Gefühl entgegenzuwirken, in Europa isoliert und ausgegrenzt zu sein. Anders als nach der Unabhängigkeit 1991, als allgemeine Verunsicherung die Menschen in Belarus erfasst und dem auf Sicherheit und Ordnung setzenden Lukaschenko den Weg zur Macht geebnet hatte, stünde in Zukunft eine kompetente alternative Elite bereit, Verantwortung zu übernehmen. Als aktiver Partner könnte Belarus in die gesamteuropäischen Integrationsprozesse einbezogen werden sowie das PKA und die Angebote der EU-Nachbarschaftspolitik voll nutzen.

ANREIZE DER EU FÜR DEMOKRATISCHEN WANDEL

Tatsächlich hat die EU auf all diesen Feldern für den Fall demokratischen Wandels starke Anreize in Aussicht gestellt. Genannt seien exemplarisch: Ratifizierung des 1995 unterzeichneten PKA, Erarbeitung eines gemeinsamen Aktionsplans im Rahmen der ENP, Anerkennung von Belarus als Marktwirtschaft und Befürwortung seiner WTO-Aufnahme, Förderung des Ausbaus von Verkehrsinfrastrukturen, Zugang zu EU-Programmen in Wissenschaft, Bildung und Kultur. All dies ist geeignet, den Menschen in Belarus überzeugend den potenziellen Nutzen eines Regimewandels und den tatsächlichen Nutzenentgang zu demonstrieren, den die Fortdauer des Lukaschenko-Regimes zur Folge haben wird.¹⁸ Im August 2005 nahmen die Ministerpräsidenten der Nachbarstaaten Polen, Ukraine, Litauen und Lettland die Krise um die polnische Minderheit zum Anlass, eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung ihrer Aktivitäten gegenüber dem Lukaschenko-Regime zu bilden, so dass dessen Selbstisolierung nach Westen um die nördliche und südliche Dimension erweitert wird. Das Quartett wird aufgrund seiner spezifischen Interessenlage und Kompetenz darauf dringen, der EU-Politik gegenüber Belarus weitere Anstöße für evolutionären Regimewandel zu geben.

GEMEINSAME INTERESSEN VON RUSSLAND UND DER EU?

Die EU hat den Problemkomplex Belarus auf den Russland-EU-Gipfeltreffen wie auch auf parlamentarischer Ebene wiederholt zur Sprache gebracht und Moskau ersucht, reformfördernd auf Minsk einzuwirken. Ein entsprechend gemeinsames Vorgehen würde Putins Berliner Aufruf vom September 2001 zur Vertrauensbildung in Gesamt Europa zweifellos Glaubwürdigkeit und Nachdruck verleihen. Tatsächlich gibt es mit Blick auf Belarus eine Reihe gemeinsamer Interessen zwischen Russland und der EU, die konzertierte Initiativen für eine „Europäisierung“ des Landes nahelegen würden. Zur Sprache gebracht werden könnten sie nicht zuletzt auf den EU-Russland-Gipfeln und auf dem 2006 in St. Petersburg geplanten G8-Spitzenreffen. Zu den gemeinsamen Interessen gehören:

- Die zuverlässige Sicherung der belarussischen Westgrenze, die zugleich die Westgrenze des anvisierten Unionsstaats Russland-Belarus ist. Die Grenzsicherung gilt als wichtige Voraussetzung für die Verwirklichung des Putin-Programms, in mittlerer Perspektive den visafreien Personenverkehr zwischen Russland und der EU einzuführen. Auf der Wunschliste der russischen Bevölkerung genießt dieses Ziel hohe Priorität.
- Die Liberalisierung der staatsdominierten belarussischen Wirtschaftsordnung und die Schaf-

fung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen als wichtige Voraussetzung für die Bildung des anvisierten „Gemeinsamen Gesamteuropäischen Wirtschaftsraums“. Die Inkompatibilität der Wirtschaftsordnung von Russland und Belarus bildet ein Hindernis für dieses Projekt, das letztlich die Freiheit des Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehrs ins Auge fasst. Bei fortgesetzter Reformresistenz auf wirtschaftlichem Felde könnte sie zu einem Problem für die Partnerschaft Russland-EU werden.

- Die Gewährleistung des reibungslosen Transitverkehrs durch Belarus. Hier waren bislang gravierende Probleme nicht zu verzeichnen – ausgenommen der kurzfristige „Gaskrieg“ zwischen Russland und Belarus Anfang 2004. Nachdem Lukaschenko Preiserhöhungen mit der illegalen Gasentnahme beantwortet hatte, stellte Russland seine Lieferungen nach Westen über Belarus ein, was damals besorgte Nachfragen von Seiten der polnischen Regierung und der EU-Kommission zur Folge hatte.¹⁹ Eine der Konsequenzen besteht darin, dass Moskau gemeinsam mit deutschen Partnern seither das Projekt einer Gasleitung durch die Ostsee vom russischen Wyborg nach Stralsund forciert – unter Umgehung von Belarus.

Bislang hat es Russland abgelehnt, im Rahmen des PKA den Fall Belarus ernsthaft zu thematisieren. Das ist deshalb problematisch, weil interne Konflikte und Anstöße zu evolutionärem Regimewandel in Belarus unvermeidlich auf dessen internationale Umwelt ausstrahlen würden und die Partnerschaftsbeziehungen Russland-EU erheblich beschädigen könnten. Wie real sind solche Gefahren vor dem Hintergrund des Aufbruchs in der Ukraine, der beim Lukaschenko-Regime Alarmstimmung und im Westen anhaltende Spekulationen über analoge Entwicklungen in Belarus ausgelöst hat? Wie würde sich dies auf Sicherheit, Stabilität und Zusammenarbeit im gesamteuropäischen Kontext auswirken?

SZENARIEN

„Das Regime ist krank und bewegt sich in Richtung Krise“, analysiert der angesehene Moskauer Politologe Dmitrij Trenin und fährt fort: „Das Problem ist nicht, ob es einen Regimewechsel geben wird, sondern welchen Charakter der Wechsel haben und wann er eintreten wird.“²⁰ Wie sehen mögliche Szenarien für zukünftige Entwicklungen in Belarus aus, wenn eine simple Anschlusspolitik Lukaschenkos gegenüber Moskau als höchst unwahrscheinlich ausscheidet?

KONTINUITÄT DES AKTUELLEN REGIMES

In diesem Szenario unterstützt Moskau Lukaschenko bei den Präsidentschaftswahlen 2006, zumal dieser aus Furcht vor demokratischen Umbrüchen nach ukrainischem Beispiel wieder näher an Russland heranrückt. Zugespielt folgt die Putin-Führung damit der Devise des früheren US-Präsidenten Nixon: „Er ist zwar ein Schurke, doch ist er unser Schurke.“ Auf diese Weise verschafft sich Lukaschenko durch Loyalitätsbeweise gegenüber Moskau auch weiterhin Zugriff auf preisgünstige russische Ressourcen. Dieses Szenario bedient in erster Linie die Ambitionen Lukaschenkos nach Sicherung seiner persönlichen Macht. Russland hat es zwar mit einem grundsätzlich loyalen, zugleich aber unberechenbaren Partner zu tun, der Moskau zudem in Form billi-

ger Energielieferungen teuer zu stehen kommt. Das virtuelle PR-Projekt „Unionsstaat“ macht keine Fortschritte: Aufgrund permanenter Bremsen und Neuüberlegungen Lukaschenkos lässt es sich weder realisieren noch liquidieren. Ähnlich wie mit der massiven Unterstützung für den Regimevertreter Janukowitsch in der Ukraine macht sich Russland mit dem Einsatz für Lukaschenko in Belarus zudem auch solche Bevölkerungsgruppen zu Gegnern, die bisher für ein Nahverhältnis zu Moskau eintraten. Die EU ihrerseits wird auf Arbeitsebene auch weiterhin Beziehungen zur Regierung pflegen. Zugleich aber wird sie – nicht zuletzt aufgrund von Initiativen Polens und seiner Quartett-Partner Ukraine, Litauen und Lettland – den Druck auf das Regime erhöhen, etwa durch scharfe Resolutionen in den internationalen Organisationen, durch verstärkte materielle und moralische Förderung regimekritischer Kräfte, durch Bereitstellung alternativer Informationsquellen insbesondere in Form von Radiostationen in Polen und Litauen sowie tägliche Programme der Deutschen Welle. In diesem Szenario, das zumindest für die nahe Zukunft als das wahrscheinlichste gelten kann, bildet das nach Westen selbstisolierte und nach Osten unberechenbare Lukaschenko-Regime einen empfindlichen Störfaktor und ein Sicherheitsrisiko für die Partnerschaft und im Nachbarschaftsraum Russland-EU.

RUSSLANDS SUCHE NACH EINEM ALTERNATIVPARTNER

Moskau verlässt den Pfad der politischen Paralyse und geht zu einer proaktiven Politik über. Konkret heißt das: Die Putin-Führung sucht und stützt einen für sie akzeptablen und berechenbaren Alternativkandidaten für die Präsidentschaftswahlen 2006.²¹ Solche Überlegungen scheint es im Vorfeld der Wahlen von 2001 schon einmal gegeben zu haben, als sich der Kreml erst relativ spät und ohne großes Engagement für Lukaschenko aussprach. Der Anreiz läge nicht zuletzt darin, dass Moskau mit der Öffnung von Belarus für russisches Kapital zusätzlich zu den Energielieferungen seinen Einfluss auf das Land eher steigern würde. Zugleich würde jenen lauter werdenden Stimmen in Russland Rechnung getragen, die die demokratischen Aufbrüche im GUS-Bereich nicht vorrangig auf westliche Wählerarbeit zurückführen, sondern eher auf das Versagen einheimischer autoritärer, korrupter und beim Volk unbeliebter Führungsgruppen. Die Konsequenz für Moskau müsse darin bestehen, heißt es, die Beziehungen zu den Gesellschaften und den Eliten in jenen Ländern über die Kräfte des Regimes hinaus zu erweitern und dabei auch oppositionelle Kräfte einzubeziehen, die in ihren demokratischen Konzepten für die Bevölkerung oft glaubwürdiger und vertrauenswürdigere seien als die von Moskau gestützte aktuelle Staatsmacht.²² Viktor Tschernomyrdin beispielsweise, der ehemalige Ministerpräsident und heutige Botschafter Russlands in der Ukraine, rät zu einem breiten, über die militärische und wirtschaftliche Dimension hinausreichenden zwischengesellschaftlichen Austausch, wie ihn der Westen mit den östlichen Partnerländern pflege.²³ Auch bei diesem Szenario ist mit einer Realisierung zumindest kurzfristig nicht zu rechnen, da Moskau die grundsätzlich systemloyale Position Lukaschenkos höher schätzt als dessen Unberechenbarkeit und materielle Belastung. Nach dem demokratischen Aufbruch in der Ukraine und ihrer Hinwendung nach Europa würde ein möglicher „Verlust“ von Belarus in

großen Teilen der russischen Eliten noch immer als weiteres eklatantes Versagen der Putin-Führung gewertet.

DEMOKRATISCHER AUFBRUCH

In Minsk und einigen Provinzstädten kommt es zu Massendemonstrationen, auf denen die Forderung nach einer demokratischen und proeuropäischen, wenngleich nicht antirussischen Wende erhoben wird. Hieraus könnte sich folgende Dynamik entwickeln: Lukaschenko beschuldigt den Westen, den Aufruhr in Belarus zu schüren und auf seinen Sturz hinzuwirken. Trotz brutaler und – wie er sagt – präemptiver Gewaltanwendung bekommt er die Entwicklung nicht unter Kontrolle und bittet in seiner Not Russland um Unterstützung. Russland wird zwar nicht seine Armee einsetzen, wohl aber Sondereinheiten und innere Truppen. „Moskau könnte sich einmischen, wenn Lukaschenko um Hilfe schreit und wenn klar ist, dass Belarus im Falle seines Sturzes den Weg in westliche Organisationen sucht“ – so der Moskauer Sicherheitsexperte und Jabloko-Vize Aleksej Arbatow.²⁴ Ein ähnliches Szenario hatte bereits zuvor Sergej Karaganow entworfen: Bei einer Fortsetzung des Lukaschenko-Regimes werde sich mit der Verschlechterung der Lage des Landes und seiner Wirtschaft unvermeidlich die Repression verstärken, prognostizierte der kremlnahe Analytiker. Dann aber „ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis sich die Szenarien von Belgrad und Tbilissi wiederholen“.²⁵ Aufmerken lässt in diesem Kontext schließlich die Enttäuschung Lukaschenkos darüber, dass die Mitglieder der Organisation für Kollektive Sicherheit (Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan und Russland) auf den Umbruch in Kirgistan nicht reagierten.²⁶ Im Umkehrschluss lässt sich daraus schließen, dass Lukaschenko in einer ähnlichen Lage in Belarus auf substanziellen Beistand seiner Vertragspartner und hier insbesondere Russlands setzt, darunter auch auf militärische Unterstützung. Ein solches Szenario würde die Beziehungen Russlands zum Westen in eine tiefe Krise stürzen, Arbatow zufolge sogar Gefahren einer Konfrontation heraufbeschwören. Auch in diesem Fall ist sein Eintreten allerdings wenig wahrscheinlich, wie nicht zuletzt die Zurückhaltung Moskaus und seine Teilnahme an den Vermittlungen zwischen den verfeindeten Lagern in der Ukraine demonstriert. Anders als die Sowjetunion 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei räumt Russland heute stabilen und kooperativen Beziehungen zum Westen offenbar Vorrang ein vor einer militärisch gestützten Verteidigung systemloyaler Regime in seinem strategischen Vorfeld.

MÖGLICHKEITEN GEMEINSAMEN KRISENMANAGEMENTS

So dürfte Belarus unter Lukaschenko im Herzen Europas auch weiterhin eine Zone von Unsicherheit, Unberechenbarkeit und potenziellen Konflikten auf der Achse Russland-EU bleiben. Ein möglicher Ansatz für gemeinsames Krisenmanagement bestünde darin, auf freien und fairen Ablauf der für 2006 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen zu dringen, diese gemeinsam zu beobachten und die entsprechenden Ergebnisse mit ihren möglicherweise systemändernden Folgen zu respektieren. Dies könnte unter Einschluss von demokratischer Opposition und professioneller Nomenklatura zur Bildung einer

Großen Koalition der Vernunft führen, die die Politik der Selbstisolierung des Landes überwindet und gute Beziehungen nach Ost und West pflegt. Die geschilderte Interessenlage Russlands sowie die von Moskau betriebene Herabstufung der OSZE-Mechanismen zur Wahlbeobachtung lassen ein gemeinsames Vorgehen bis auf weiteres jedoch nicht erwarten. Gleichwohl sollten die EU und ihre Mitgliedsländer – in welchem Kontext auch immer – auf die „Zeit danach“ vorbereitet sein, um nicht, analog zu den negativen Folgen der Nichtbeachtung Weißrusslands nach seiner Unabhängigkeit 1991, erneut zum Absturz des Landes beizutragen. Die Vorbereitung eines zielgerichteten „Aktionsplans plus“ für Belarus wäre eine sinnvolle Investition in die Zukunft.

LITERATUR

- Belarus im Zentrum Europas. Wostok-Spezial, in: Wostok, 1/2002, S. 1–80.
- Belarus. Tatsachen. Minsk 2000.
- Clauss, J.U.: Bibliographie Belarus/Weißrussland 1990–2000. Vom Aufbruch zum Umbruch? Belarus-Studien Nr.1. Berlin 2003.
- Clement, H.: Belarus – Wirtschaftliche Entwicklung und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit Deutschland. Working Papers Nr. 247 des Osteuropa-Instituts München. München 2003.
- Davidonis, R.: The Challenge of Belarus and European Responses. Institute of Security Studies der WEU. Paris 2001.
- Deutsche Botschaft Belarus (Hrsg.): Zehn Jahre Deutsch-Belarussische Beziehungen. Berlin/Minsk 2002/2003.
- Dorochow, W.: Massenmedien in Belarus. Presse – Rundfunk – Agenturen – Online-Medien. Belarus-Studien Nr. 2. Berlin 2005.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Politische Parteien in Belarus als notwendiger Bestandteil der Zivilgesellschaft. Minsk 2003.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Nationale Identität in Belarus. Minsk 2003.
- Förster, H.L.: Von der Diktatur und zurück? Hamburg 1998.
- Hoff, M./Timmermann, H.: Belarus in der Krise: Die „Partei der Macht“ drängt auf Rückwendung nach Russland. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien Nr. 22. Köln 1994.
- Holtbrügge, D.: Weißrussland. München 2002.
- Karaganow, S.: Rossija i Belorussija: razvenčanie mifov. In: Rossijskaja gazeta 11.3.2004.
- Koktyš, K.: Belorussija v evropejskom kontekste. In: Moskauer Carnegie Zentrum; unter: <http://www.carnegie.ru/ru/print/68720-print.htm>
- Konturen und Kontraste, Belarus sucht sein Gesicht. Belarus-Sonderheft der Zeitschrift Osteuropa Nr. 2. Berlin 2004.
- Lewis, A. (Hrsg.): The EU and Belarus. Between Moscow and Brussels. London 2002.
- Lindner, R.: Belarus in der Isolation. Die Beziehungskrise mit seinen Nachbarn als Sicherheitsrisiko für die EU. SWP-Aktuell Nr. 43. Berlin 2005.
- Pasdnjak, V.: Belarus Facing Dual Enlargement: Will the EU Squeeze Harder? Stockholm 2003.
- Piehl, E./Schulze, P.W./Timmermann, H.: Die offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. Berlin 2005.
- Saiko, L.: Nacionalno-gosudarstvenny interesy Respubliki Belarus. Minsk 2001.
- Stefan Batory Foundation (Hrsg.): Belarus. Reform Scenarios. Warschau 2003.
- Stefan Batory Foundation (Hrsg.): Effective Policy towards Belarus. A Challenge for the enlarged EU. Warschau 2005.
- Timmermann, H.: Die widersprüchlichen Beziehungen Russland-Belarus im europäischen Kontext. SWP-Studie Nr. 37. Berlin 2002.
- Trenin, D.: Moscow's Relations with Belarus: An Ally without a Handle. In: Moskauer Carnegie Zentrum; unter: <http://www.carnegie.ru/en/print/72720-print.htm>
- Wellmann, Ch. (Hrsg.): Belarus: Ein Außenseiter in der Ostseeregion. Schiff-Texte 69. Kiel 2003.
- Wiecek, H.-G.: Demokratieförderung in Belarus'. Eine harte Nuss für die europäischen Institutionen. In: Osteuropa, 7/2002, S. 871–884.
- Zeitschriften: Belarus v Mire/Belarus in der Welt, Minsk (zweispachig); Belarus-News, Dortmund.

ANMERKUNGEN

- ¹ Rede vor neu akkreditierten Botschaftern, Pressemitteilung der belarussischen Botschaft Berlin, 23/27.7.2004.
- ² Vgl. dazu Natalja Korneljuk: Belarussisches Rollbrötchen. In: Izvestija, 19.6.2003.
- ³ Vgl. dazu meinen Beitrag: Der Moskauer EU-Russland-Gipfel. Hintergründe, Ergebnisse, Perspektiven. In: Russlandanalysen, (Bremen), 66/2005, S. 2–5.

⁴ Hierzu Magdalene Hoff/Heinz Timmermann: Belarus in der Krise: Die „Partei der Macht“ drängt auf Rückwendung nach Russland. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 22, Köln 1994.

⁵ Die kompletten Ausführungen zu Hitler sind abgedruckt in: Narodnaja Volja (Minsk), 33/1995, S.2. Das Handelsblatt verzichtete auf Wiedergabe der Hitler-Passagen.

⁶ BelaPan, 2.8.2005.

⁷ Zitiert nach Viktor Tschernow: Die neue belarussische Staatsideologie. In: Belarus-News 22/Sommer 2003, S. 10.

⁸ Vgl. dazu meinen Beitrag: Die Republik Belarus. In: Piehl, E./Schulze, P.W./Timmermann, H.: Die offene Flanke der Europäischen Union. Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. Berlin 2005, S. 269ff. und 323ff.

⁹ Vgl.: www.izvestija.ru/belarm/829187_print

¹⁰ Lukaschenko: Rossija dolžna po-drugomu otnositsja k Belorussii. Unter: www.strand.ru/print/237183.html

¹¹ Vgl.: www.strand.ru/print/254795.htm

¹² Rossija-Belorussija: Anšljusa ne budet. Unter: www.world.pravda.ru/printed.html?news_id=17251

¹³ Dazu im Einzelnen Dimitrij Trenin: Moscow's Relations with Belarus: An Ally without a Handle. Moskauer Carnegie Zentrum. Unter: www.carnegie.ru/en/print/72720-print.htm

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ BelaPan 4.10.2005; vgl. auch sein Interview unter www.izvestija.ru/world/2811697_print

¹⁶ RFE/RL Newsline, 120/24.6.2005. Die Antwort der Moskauer Botschaft Weißrusslands bei BelaPan 30.6.2005.

¹⁷ Vgl. hierzu detailliert den „Beschluss der Kommission vom 17. August 2005 über die Überwachung und Beurteilung der Lage der Arbeitnehmerrechte in Belarus im Blick auf eine vorübergehende Rücknahme der Handelspräferenzen“, in: Amtsblatt der Europäischen Union L 213 vom 18.8.2005, S. 16.

¹⁸ Vgl. die Resolution des Europäischen Parlaments vom 7.7.2005, unter: www.charter97.org/eng/news/2005/07/07ep. Siehe auch das Strategiepapier der Stefan Batory Stiftung (Hrsg.): Effective Policy towards Belarus. A Challenge for the enlarged EU. Warschau 2005.

¹⁹ Siehe hierzu meinen Beitrag; Koloboks Union. Russland und Belarus am Wendepunkt? In: Osteuropa, 2/2004, S. 218–227, hier S. 224f.

²⁰ A.a.O.

²¹ So beispielsweise Sergej Karaganov: Rossija i Belorussija: razvenčanie mifo. In: Rossijskaja gazeta, 11.3.2004, sowie BelaPan, 12.8.2004.

²² Elemente für ein solches Szenario finden sich bei Igor Ivanov, Vzaimnaja Zavisimost. In: Strategija Rossii, 4/2005, S.5–16, hier S.11. Ex-Außenminister Ivanov ist Sekretär des Sicherheitsrats der Russischen Föderation. Vgl. auch ähnliche Überlegungen bei Konstantin Kosačev: „Orange Revolutions“ the Result of Russian Mistakes, www.eng.globalaffairs.ru/news/874; der Autor ist Vorsitzender des Auswärtigen Komitees der Staatsduma.

²³ BelaPan, 17.4.2005.

²⁴ Zitiert nach RFE/RL, Belarus, Ukraine and Moldova Report, 19/17.5.2005. Auch Trenin spricht von der Möglichkeit einer „gefährlichen Krise“, a.a.O.

²⁵ A.a.O.

²⁶ BelaPan, 1.4.2005.

UNSER AUTOR



Dr. Heinz Timmermann, geb. 1938, war von 1969 bis 2000 am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln tätig, zuletzt als Leiter der Abteilung Sowjetunion/Russland und GUS.

Von 2001 bis 2003 war Heinz Timmermann am Deutschen Institut für Internationale Politik und Sicherheit der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin tätig (u.a. als Leiter der Forschungsgruppe „Russland und Neue Unabhängige Staaten“); seither ist er freier Mitarbeiter des Instituts.

Belarus (Weißrussland) im Überblick

DAGMAR MEYER

Fläche:	207 600 km ²
Bevölkerung:	9,849 Mio. Einwohner (Schätzung von Anfang 2004), davon 81,2% Belarussen, 11,4% Russen, 3,9% Polen u.a. Nationalitäten.
Grenzen:	Im Norden und Osten grenzt Weißrussland an Russland, im Süden an die Ukraine, im Westen liegt Polen, im Nordwesten Litauen und Lettland.
Hauptstadt:	Minsk
Urbanisierungsgrad:	70%
Landessprache:	Weißrussisch (seit dem Sprachengesetz von 1990) und Russisch (seit dem Referendum von 1995). Verkehrssprache ist zu zirka 85% Russisch.
Währung:	Weißrussischer Rubel (BYR) = 100 Kopeken
Zeitzone:	MEZ + 1 Stunde
Gliederung:	6 Regionen und die Hauptstadt Minsk
Religionen:	80% gehören der russisch-orthodoxen Kirche an, 11% sind katholisch u. a.
Landesnatur:	Die Belarussische Ebene senkt sich zum Westrussischen Landrücken und wird von zahlreichen Flüssen durchzogen. Im südlichen Flachland gibt es zahlreiche Sumpfggebiete.
Klima:	Gemäßigt kontinental, allerdings bestimmen nasskalte Winter mit bis zu -25 Grad Celsius das Klima.

GEOGRAPHIE

Ausgedehnte Mischwälder bedecken mehr als ein Drittel der Landesfläche. Im Westen zieht sich bis nach Polen hinein der Weißrussische Landrücken, mit Resten eines urzeitlichen Waldgebietes, das früher große Teile Europas einnahm. Heute haben hier beide Staaten gemeinsam ein Naturschutzgebiet geschaffen, in dem typische mitteleuropäische Tierarten wie Elche, Wildschweine und Biber, aber auch die letzten europäischen Büffel eine Zuflucht gefunden haben.

POLITIK

<i>Staatsname:</i>	Republik Weißrussland (Respublika Belarus)
<i>Staatsform:</i>	(autoritäre) Präsidialrepublik
<i>Nationale Feiertage:</i>	3. Juli: Tag der Befreiung vom Faschismus

POLITISCHE ENTWICKLUNG – VERFASSUNG

Am 27. Juli 1991 erklärte das Parlament der Weißrussischen Sozialistischen Sowjetrepublik, der Oberste Sowjet, die Souveränität des Landes innerhalb der UdSSR. Ihre vollständige staatliche Unabhängigkeit erhielt die Republik Weißrussland im Dezember 1991 durch die Auflösung der Sowjetunion (Unterzeichnung der Urkunde zur Kündigung des Unionsvertrages im weißrussischen Wiskuli). Am 15. März 1994 verabschiedete der Oberste Sowjet die Verfassung der Republik Weißrussland. Sie sieht als Staatsform ein präsidiales System vor. Im Sommer 1994 fanden erstmals demokratische Präsidentschaftswahlen statt, aus denen in der Stichwahl Alexandr Grigorjewitsch Lukaschenko mit über 80% der Stimmen als Sieger hervorging.

VERWALTUNGSEINHEITEN

Weißrussland ist in sechs Gebiete (Oblasti) gegliedert. Diese sind Brest, Grodno, Gommel, Mo-

giljow, Witebsk, Minsk-Land und Minsk-Stadt. Die Gebiete sind in Kreise (Rayons) unterteilt.

INNENPOLITIK

Im November 1996 ließ Präsident Lukaschenko ein Referendum zur Änderung der Verfassung abhalten, das ihm erheblich ausgeweitete Machtbefugnisse einräumte. Nach der geänderten Verfassung verfügt der Präsident über umfangreiche legislative Rechte (präsidiale Dekrete, Erlasse und Anordnungen mit bindender, Gesetzen übergeordneter Kraft). Darüber hinaus ernennt und entlässt er sämtliche Regierungsmitglieder einschließlich des Premierministers, den Staatssekretär des Sicherheitsrates, Vorsitzende und Richter des Obersten Gerichts und des Verfassungsgerichts, den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommission, den Generalstaatsanwalt, den Vorsitzenden der Nationalbank und den Vorsitzenden des Komitees für Staatskontrolle.

Die Opposition bewertete die Ergebnisse des Referendums als manipuliert und somit nichtig. Das Verfassungsgericht definierte es als lediglich unverbindliche Empfehlung für eine nachfolgende Entscheidung des Parlaments. Präsident Lukaschenko setzte unmittelbar nach dem Referendum die neue Verfassung in Kraft und ließ den Obersten Sowjet auflösen. Stattdessen setzte er eine vom Westen nicht anerkannte, nur über geringe Entscheidungsbefugnisse verfügende "Nationalversammlung", bestehend aus dem Repräsentantenhaus und dem Rat der Republik, ohne Abhaltung von Wahlen ein. Im September 2000 und Oktober 2004 fanden Wahlen zu dieser Nationalversammlung statt. Die Verfassung von 1994 sah nur eine einmalige Wiederwahl des Präsidenten vor. Am 17. Oktober 2004 ließ Lukaschenko in einem Referendum über die Aufhebung dieser Beschränkung abstimmen. Laut offiziellen Angaben stimmten 79,42% mit Ja, da die offizielle Wahlbeteiligung bei 90% lag, erreichte Lukaschenko formal eine Zustimmung von mehr als 50% der Wahlberechtigten. Die Verfassungsänderung, die Präsident Lukaschenko am 17. November 2004 unterzeichnete, ermöglicht ihm bei den regulär für 2006 anstehenden nächsten Präsidents-

wahlen eine erneute Kandidatur. Die EU verurteilte am 10. Oktober 2004 die grundlegende Missachtung demokratischer Standards bei Referendum und Parlamentswahl.

AUSSENPOLITIK

Die Außenpolitik der Republik Weißrussland basiert nach eigenen Angaben auf der Vorstellung eines multipolaren Weltbildes, auf "Multivektorialität" und Blockfreiheit. Das Hauptziel der weißrussischen Diplomatie bestehe dabei in der Schaffung günstiger äußerer Bedingungen für eine stabile Entwicklung der weißrussischen Wirtschaft und Gesellschaft.

BEZIEHUNGEN ZUR EU (UND DEUTSCHLAND)

Nach Verkündung der Unabhängigkeit von Weißrussland im Jahre 1991 entwickelten sich die deutsch-weißrussischen politischen Beziehungen zunächst positiv. Am 13. März 1992 nahmen beide Staaten diplomatische Beziehungen auf. Bis Mitte der 1990er-Jahre entfaltete sich ein intensiver Besucherverkehr mit zahlreichen Ministerbesuchen auf beiden Seiten. Die nach dem Amtsantritt von Präsident Lukaschenko zu verzeichnenden undemokratischen Entwicklungen in Weißrussland belasteten jedoch das bilaterale Verhältnis. Sie führten schließlich zur Entscheidung des Allgemeinen Rats der EU vom 15.9.1997, die (politischen) Beziehungen zu Weißrussland so lange einzuschränken, bis die weißrussische Führung auf den Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zurückkehrt.

Ihren Tiefpunkt erreichten die deutsch-weißrussischen Beziehungen nach der durch Präsident Lukaschenko unter Bruch völkerrechtlicher Vereinbarungen veranlassenen Vertreibung der EU-Botschafter in Minsk aus ihren Residenzen ("Drosdy-Affäre" 1998), auf die die EU mit einer Visaversagungsliste für hochrangige weißrussische Funktionäre reagierte. Die EU-Beschlüsse von 1997 gelten bis heute fort und bilden den Rahmen für die deutsch-weißrussischen Beziehungen.

INDUSTRIE (42%)

Anteil am realen Zuwachs 30%, Anteil der Beschäftigten 34,1%.

Belarus ist reich an Torf, Stein- und Kalisalzen, Phosphoriten und Baumaterial. Belarus verfügt über Wärme- und Wasserkraftwerke, aber nicht über KKW. Obwohl das Land den Strombedarf selber decken könnte, sind Importe billiger und zirka 25% des verbrauchten Stroms werden importiert. 2003 kam die Hälfte des Stromimportes aus Litauen.

LANDWIRTSCHAFT (16%)

Anteil am realen Zuwachs 10%, Anteil der Beschäftigten 11,3%.

Die landwirtschaftliche Nutzfläche (incl. Forstwirtschaft) umfasst zirka 60% des Territoriums, davon sind zirka 6,3 Mio. ha Acker- und 1,8 Mio. ha Weideland. Auf den fruchtbaren Schwarzerdeböden werden neben Getreide auch Flachs, Hanf, Rüben, Hopfen, Senf und Tabak sowie Gemüse und Kräuter angebaut.

SONSTIGES

Lage der Opposition

Protestdemonstrationen der Opposition werden regelmäßig mit administrativen Maßnahmen verhindert oder nur außerhalb des Stadtzentrums in Minsk genehmigt. Es kommt immer wieder zu kurzzeitigen Inhaftierungen und gewalttätigen Übergriffen der Miliz sowie der Sicherheitsorgane (so zuletzt bei Demonstrationen in den Tagen nach den Parlamentswahlen vom 17.10.2004). Noch immer ungeklärt ist das Schicksal der in den Jahren 1999 und 2000 verschwundenen prominenten Oppositionellen Sacharenko (ehem. Innenminister), Gontschar (Vizepräsident des 13. Obersten Sowjet), Krasowskij (Unternehmer, zusammen mit Gontschar verschwunden) und Sawadskij (russischer Kameramann). Im Januar 2004 veröffentlichte eine Untersuchungskommission der Parlamentarischen Versammlung des Europarates einen Bericht zu den Fällen. Der Verfasser (Abg. Pourgourides/Zypern) kommt darin zu dem Schluss, dass belarussische staatliche Amtsträger auf höchster Ebene den wahren Hintergrund der Fälle aktiv verschleiert und diesbezügliche Ermittlungen behindert hätten. Er vermutet zudem, dass hochrangige Funktionsträger des Staates in die Fälle direkt verwickelt sind. Nachdem die belarussische Führung auch auf diesen Bericht hin keine Bemühungen unternommen hat, die Fälle aufzuklären, hat die EU im August bzw. September 2004 unbefristete Einreisesperren gegen beschuldigte Amtsträger verhängt.

Tschernobyl-Katastrophe

Die Tschernobyl-Reaktorkatastrophe führte 1986 zur Verstrahlung von über 25% der land- und forstwirtschaftlichen Anbaufläche, insbesondere im fruchtbaren Südosten der Republik. Durch Armut und Korruption gelangen bis heute immer wieder verstrahlte Nahrungsmittel in den Handel. Für Umsiedlungsprogramme und ein effizientes Gesundheitswesen fehlen die Mittel. Die medizinische Versorgung ist kostenlos, aber auf sehr niedrigem Standard.

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

BEZIEHUNGEN ZU RUSSLAND

Ungeachtet des Konzepts der „Multivektorialität“ und Blockfreiheit genießen die Beziehungen zur Russischen Föderation Priorität. Am 2.4.1996 unterzeichneten die Präsidenten Jelzin und Lukaschenko in Moskau den Vertrag zur Gründung einer "Union Russland-Weißrussland", der am 2.4.1997 durch einen Unionsvertrag ergänzt wurde und am 26.1.2000 in Kraft trat. In zusätzlichen Absichtserklärungen und Abkommen wurde der Wille zu einer engeren politischen, wirtschaftlichen und militärischen Kooperation unter Beibehaltung der jeweiligen Souveränität bekräftigt. Die Angleichung der Wirtschafts- und Finanzsysteme soll zu einer neuen gemeinsamen Währung führen.

Viele Vereinbarungen existieren nur auf dem Papier. Immer wieder beschuldigen sich beide Seiten wechselseitig, für die in den Unionsbeziehungen seit einiger Zeit faktisch herrschende Stagnation verantwortlich zu sein. Ihren Höhepunkt erreichten diese Differenzen im Februar 2004, als der russische Erdgaskonzern Gazprom für einen Tag seine Gaslieferungen durch Weißrussland einstellte. Lukaschenko machte hierfür seinen russischen Amtskollegen Putin persönlich verantwortlich und bezeichnete die Aktion als "terroristischen Akt" der russischen Führung. Die Beziehungen haben sich seither wieder verbessert. Russland nimmt Weißrussland wieder ausdrücklich vor westlicher Kritik in Schutz und hat die vom Westen kritisierten Wahlen und das Referendum am 17. Oktober 2004 als frei und fair bezeichnet.

WIRTSCHAFT

<i>Währung</i>	1 Belarus-Rubel (BYR) = 100 Kopeken
<i>BIP</i>	14 304 Mio. USD (2002)
<i>BIP/pro Kopf</i>	1 352 Euro
<i>Wachstumsrate real</i>	6,8%
<i>Arbeitslosenquote</i>	1,9% (2004, offizielle Angaben)
<i>Inflationsrate</i>	14,4% (2004)

Die wirtschaftliche Lage in Weißrussland bleibt trotz offizieller Erfolgsmeldungen über eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) schwierig. Präsident Lukaschenko, der am System einer zentralistischen Plan- und Lenkungs-wirtschaft festhält, profitierte 2004 hauptsächlich von der starken Konjunktur und damit einer enormen Nachfrage in der Russischen Föderation, die Haupthandelspartner von Weißrussland bleibt.

Im offiziellen Regierungsprogramm für die „Sozialökonomische Entwicklung der Republik Weißrussland im Zeitraum 2001-2005“ nimmt die staatliche Regulierung der Wirtschaft weiterhin die zentrale Schlüsselrolle ein. Privatisierung und Marktliberalisierung sind für die derzeitige Regierung von untergeordneter Bedeutung.

DIENSTLEISTUNGEN (42%)

Anteil am realen Zuwachs 60% (2003), Anteil der Beschäftigten 54,6%.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Belarus

HERMANN CLEMENT

Obwohl Lukaschenko am Modell der Kommandowirtschaft festhält, verwundert zunächst die in der offiziellen Statistik ausgewiesene Dynamik der Wirtschaft, die seit den 1990er-Jahren ein relativ hohes Niveau verzeichnet. Belarus scheint also die Grundannahme, dass demokratische und marktwirtschaftliche Ordnungen für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand sorgen, zu widerlegen. Die Analyse von Hermann Clement zeigt aber sehr wohl, dass ein großer Teil des Wachstums letztlich auf administrativen Eingriffen des Staates beruht. Weiterhin zeitigen das Festhalten am Staatsinterventionismus und die Präferenzbeziehungen zu Russland eine Reihe von Wachstums- und Politikrisiken. Das Ausbleiben von marktorientierten Reformen und die staatlichen Eingriffe sind mithin eine Ursache, dass ausländische Investitionen relativ spärlich sind und wohl auch bleiben werden. Red.

VORBEMERKUNGEN

Das Bild von Belarus ist durch die Berichterstattung über ein von Präsident Lukaschenko beherrschtes, rückständiges, durch Reformresistenz sich auszeichnendes, autoritäres politisches System, das von vielen auch als letzte Diktatur Europas betrachtet wird, gekennzeichnet. Umso mehr erstaunt die in der offiziellen Statistik ausgewiesene, wie auch von den internationalen Finanzorganisationen vermittelte wirtschaftliche Dynamik der letzten fünf Jahre. Nach Angaben der EBRD (European Bank for Reconstruction and Development) zählt Belarus zu den wenigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion, die ihr wirtschaftliches Niveau von 1989 wieder deutlich überschritten haben und zuletzt auch eine erstaunliche makroökonomische Stabilität bei hohen Realeinkommenszuwächsen verzeichnen kann. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist weitgehend

Konsens, dass sich in den Nachfolgestaaten der UdSSR, wie in den ostmitteleuropäischen Ländern, demokratische und marktwirtschaftliche Ordnungen entwickeln sollten und dass dies die notwendige Grundlage für eine langfristige wirtschaftliche Prosperität sei. Inzwischen haben diesen Zusammenhang auch mehrere empirische Studien weltweit nachgewiesen.¹ Diese Grundannahme scheint Belarus zu widerlegen. Trotz der westlichen demokratischen Vorstellungen wenig entsprechenden politischen Verhältnisse erscheint die wirtschaftliche Entwicklung als eine Erfolgsstory unter den GUS-Staaten. Hat die belarussische Führung also Recht, wenn sie behauptet, dass ihr Modell der Transformation das sozial bessere und wirtschaftlich erfolgreichere ist? Zunächst zu den vorliegenden Fakten.

BEACHTLICHE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

HOHE WACHSTUMSRATEN

Die in den Statistiken ausgewiesene wirtschaftliche Entwicklung Belarus ist tatsächlich beeindruckend. Belarus ist einer der wenigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion, dessen Wirtschaftsleistung bereits im Jahr 2004 das Niveau von 1989 um 11% übertraf.² Es kommt aber der Verdacht auf, dass dieses Ergebnis durch eine verzögerte Strukturanpassung erreicht wurde, denn auch die übrigen Staaten, die das Niveau von 1989 bereits wieder überschritten haben, zeichneten sich bis dahin nicht durch übermäßige demokratische Regierungsformen und Reformfreude aus.³ Erstaunlich sind auch die Wachstumsraten der letzten Jahre. In 2004 erreichte Belarus nach der Ukraine mit 11% die zweithöchste Zuwachsrate des BIP unter allen GUS-Staaten (insgesamt 7,8%).⁴ Das BIP pro Kopf erreichte 2336 US\$ gegenüber 1211 US\$ in 2000. Auch im ersten Quartal 2005 setzte sich das BIP-Wachstum mit beträchtlichen 9,6% fort.⁵ Betrachtet man allerdings den Zeitraum von 2000 bis 2004 so wird Belarus trotz des hohen Wachstums von 37,9% aber sowohl von der Ukraine (49,2%) und Russland (39,1%) als auch von der GUS insgesamt (41,2%) übertroffen⁶, wobei allerdings das Wachstum der GUS aufgrund ihres Gewichts im Wesentlichen von Russland und der Ukraine bestimmt wird.

Es gibt allerdings deutliche Anzeichen dafür, dass ein erheblicher Teil dieses Wachstums in Belarus nicht durch marktwirtschaftliche Prozesse hervorgerufen wurde, sondern auf administrativen Eingriffen des Staates beruht, was die Gefahr eines Wachstumseinbruchs in sich birgt (siehe unten).

STRUKTURWANDEL ZEICHNET SICH AB

Gleichzeitig verschob sich die Angebotsstruktur des BIP. Obwohl die Industrie in den letzten Jahren überdurchschnittlich gewachsen ist, erbrachte sie 2003 nur noch 30,1% des BIP und beschäftigte 26% aller Arbeitskräfte. 1990 verdienten noch 31% der Beschäftigten in diesem Sektor ihr Einkommen. Besonders die ehemals bedeutende Leichtindustrie verlor beträchtlich an Boden. Noch deutlichere Anteilsverluste musste die Landwirtschaft verkraften, die jetzt noch 9,8% zum BIP beiträgt und 11% der Beschäftigten Arbeit gibt (1990: 19%). Das Transport- und Kommunikationswesen erbringt 12,2% des BIP und das Bauwesen stellt weiter 7%. Ihre Anteilsverluste waren relativ gering.

Dagegen haben die Dienstleistungen an Bedeutung gewonnen. Auf sie entfallen insgesamt gut 53% des BIP, wobei der Handel und Versorgung mit jeweils 11,7% die wichtigsten Zweige sind.

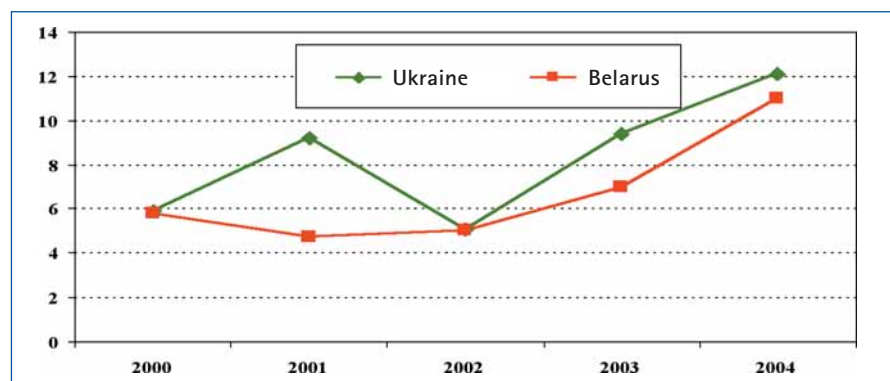
In der starken Wachstumsphase seit 2000 hat jedoch nur eine Verschiebung zu Lasten der Landwirtschaft und zu Gunsten der Dienstleistungen stattgefunden, die aber für diese kurze Zeit mit jeweils drei Prozentpunkten besonders ausgeprägt war. Die übrigen Anteile blieben weitgehend konstant.

Die Anteile am verwendeten Bruttosozialprodukt zeigen seit 2000 insgesamt eine Zunahme der Kapitalbildung (die in den 1990er-Jahren besonders stark eingebrochen war) zu Lasten des Außenbeitrags, der sich noch stärker passivierte. Dabei sind deutlich zwei Phasen festzustellen. Bis 2002 wurde das Wachstum vor allem durch den privaten Konsum getragen. Hohe Steigerungen der Löhne und der realen Einkommen waren die Grundlage für diese Entwicklung. Dagegen ist die Kapitalbildung weiter gesunken und der Außenbeitrag blieb weitgehend konstant. Erst Ende 2003 und 2004 hat sich die Kapitalbildung wieder deutlich beschleunigt und so erheblich zu der verstärkten Wachstumsdynamik in diesen beiden Jahren beigetragen. Der Anteil der Kapitalbildung stieg erheblich, während der Konsum sich wieder auf das Niveau von 2000 zurückbildete und der negative Außenbeitrag sich deutlich erhöhte. Die Bruttokapitalbildung, deren Anteile sowohl beim Anlagekapital als auch bei den Lagerinvestitionen gestiegen sind, erreichte 2004 mit 28,3% wieder Werte, die für ein beträchtliches mittelfristiges Wachstum ausreichen sollten. Aber auch mit diesem Wachstum waren erst wieder 93% des Investitionsvolumens von 1990 erreicht.⁷

ABSTAND ZU DEN NEUEN EU-STAA TEN NOCH BETRÄCHTLICH

Ein Vergleich der Struktur der belarussischen Wirtschaft mit anderen Transformationsländern zeigt⁸, dass der Anteil der Landwirtschaft am BIP in etwa mit dem der Ukraine, Bulgariens und Rumäniens vergleichbar ist. Zu den neuen Mitgliedern der EU in Osteuropa besteht aber bereits ein gewaltiger Abstand. Bei diesen trägt die Landwirtschaft lediglich noch 3% bis 7% zum BIP bei, wobei in Polen der Anteil am geringsten, in Litauen am höchsten ist. Bei

SCHAUBILD 1: WIRTSCHAFTSWACHSTUM IN BELARUS UND DER UKRAINE 2000–2004



Quelle: EBRD

den alten EU-Mitgliedern sind die Anteile noch geringer.

Belarus hat daher noch einen erheblichen Strukturwandel in der Agrarwirtschaft vor sich. Die Arbeitsproduktivität liegt zwar noch deutlich hinter den alten EU-Staaten, kann sich aber durchaus mit den meisten neuen EU-Mitgliedern in Osteuropa messen.

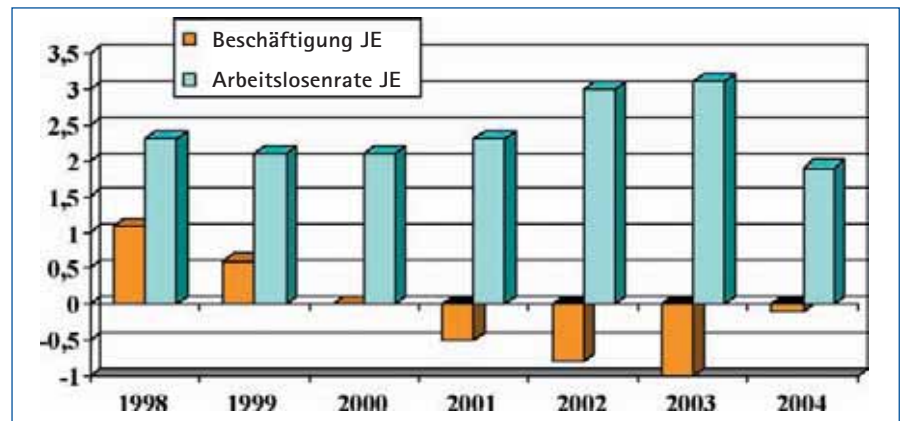
Mit 37% erreicht der Anteil der Industrie an der Wertschöpfung bei Belarus noch einen relativ hohen Wert. Da Belarus innerhalb der Sowjetunion aufgrund seiner relativ geringen Bodenschätze als Verarbeitungsstandort entwickelt wurde, verfügt es über eine im Rahmen der Transformation ausbaufähige Industriestruktur. Zusammen mit dem hohen Anteil der Landwirtschaft macht dies aber deutlich, dass die Entwicklung zur modernen Dienstleistungsgesellschaft noch in den Anfängen steckt. Dafür verantwortlich ist auch das noch relativ geringe Wirtschaftsniveau. Sollte sich die Marktwirtschaft weiter durchsetzen und die Einkommen steigen, wird dieser Sektor eine überdurchschnittliche Dynamik entfalten und sich in seinem Produktionsanteil den Quoten der entwickelten Marktwirtschaften anpassen.

Mittelfristig bietet diese Wirtschaftsstruktur bei den relativ niedrigen Löhnen und dem ausgebildeten Personal eine günstige Basis für das weitere Wachstum und den wirtschaftlichen Aufholprozess.

Mit 60% liegt der private Konsum unter dem der Baltischen Staaten, Rumäniens und Bulgariens. Dagegen ist der staatliche Konsum höher als in diesen Staaten. Dies bestätigt den weiterhin großen Einfluss des Staates auf die Wirtschaft auch auf der Nachfrageseite.

Dass die Industrie noch nicht voll konkurrenzfähig ist, ist daran zu erkennen, dass trotz des hohen Industrialisierungsgrades das Land mit knapp zwei Dritteln einen relativ geringen Anteil verarbeiteter Produkte am Export besitzt. Nur bei wenigen anderen Staaten ist der Anteil so gering. Zu diesen zählen Litauen und Bulgarien. Dagegen erreichen verarbeitete Produkte in den neuen Staaten Ostmitteleuropas Anteile von über 80% wie sie auch für Frankreich und Deutschland üblich sind. Gestützt wird die These von der noch geringen Konkurrenzfähigkeit zudem durch den niedrigen Anteil von nur 4% Hochtechnologiegütern am Export. Er übertrifft damit allerdings immer noch denjenigen Polens, der Slowakei und Rumäniens.⁹ Das auch von belarussischen Vertretern immer wieder vorgebrachte Argu-

SCHAUBILD 3: BELARUS: BESCHÄFTIGUNG UND ARBEITSLOSIGKEIT (IN V. H.)



Quelle: EBRD, IWF

ment, die eigene Wirtschaft habe besondere Vorteile bei der Hochtechnologie, kann daher anhand der Statistik nicht nachvollzogen werden. Dem steht nicht entgegen, dass möglicherweise einige hochtechnologische Inseln vorhanden sind. Diese machen aber noch nicht die gesamte Volkswirtschaft konkurrenzfähig. Ohne eine wesentliche Öffnung für ausländische Direktinvestitionen und eine entsprechende Verbesserung des Investitionsklimas ist nicht zu sehen, wie diese Position wesentlich verbessert werden kann. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen ist noch gering und kann daher keinen entscheidenden Entwicklungsbeitrag im Lande leisten. Der Standort wird von ausländischen Investoren als problematisch angesehen.¹⁰ In den internationalen Ratinglisten, wie Institutional Investors (Länderbonität), Heritage Foundation (Index wirtschaftlicher Freiheit) u.a. liegt Belarus auf weit abgeschlagenen Plätzen deutlich hinter Russland und der Ukraine.¹¹

MAKROÖKONOMISCHE STABILITÄT ERREICHT

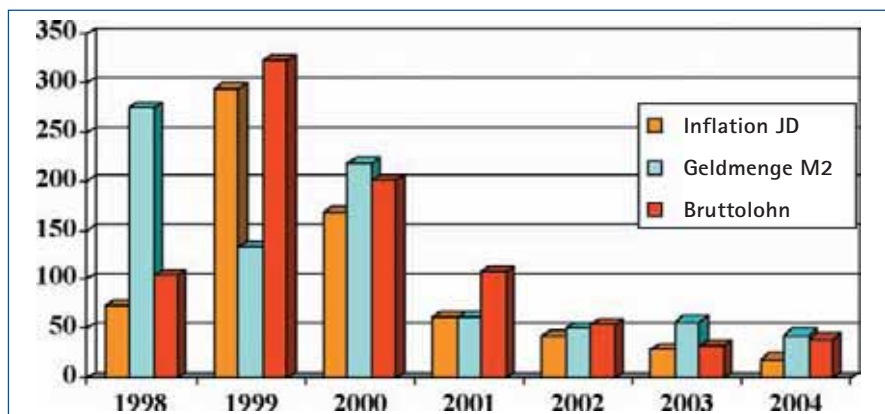
Lange Zeit war die Geldwertstabilität eines der zentralen Probleme für die belarussische Wirtschaftspolitik. Noch 1998 bis 2000 bewegte sich die Inflationsrate weit im dreistelligen Bereich. Erst mit Beginn einer stabilitätsorientierteren Geld- und Wirtschaftspolitik und dem Wechselkurs als Anker (ge-

koppelt an den russischen Rubel), gelang es ab 2001 die Inflationsrate wieder auf ein akzeptables Niveau zurückzuführen. Im ersten Halbjahr 2005 sank sie sogar unter 10%. Hinzu kam ein offensichtlich steigendes Vertrauen in die Banken und den belarussischen Rubel, das zu einer sinkenden Dollarisierung der Wirtschaft führte. Jedoch ist, trotz nicht zu verkennender deutlicher Fortschritte, das Bankensystem weiterhin sehr krisenanfällig und einige Großbanken müssen dringend durch den Staat rekapitalisiert werden, was bereits in der Vergangenheit zu steigenden Staatsanteilen führte.

In 2004 ist die Monetarisierung der Wirtschaft erheblich vorangekommen. Die ausstehenden Zahlungen in der Wirtschaft sind auf deutlich unter 10% des BIP gesunken und die Bartergeschäfte (Tauschhandel) haben sich von 42% des BIP in 2000 auf 3,2% in 2004 zurückentwickelt.¹² Auch die Steuerausstände, die bis 2003 auf 1,9% des BIP angestiegen waren, sind 2004 wieder auf 1,3% gesunken. Dies ist ein deutlicher Erfolg.

Schaubild 2 zeigt deutlich die erhebliche Steigerung der Realeinkommen in der Phase des starken Wachstums der vergangenen Jahre (der Bruttolohnzuwachs liegt erheblich über der Inflationsrate). Zudem wird die beträchtliche Steigerung der Geldmenge erkennbar, die in den letzten Jahren wieder deutlich über der Inflationsrate liegt. Da zudem die Reallohnzuwächse die Produktivitätszuwachsraten übertrafen, wird erkennbar, dass die Gefahr einer erneut steigenden Inflationsrate noch lange nicht gebannt ist.

SCHAUBILD 2: BELARUS: MONETÄRE ENTWICKLUNG



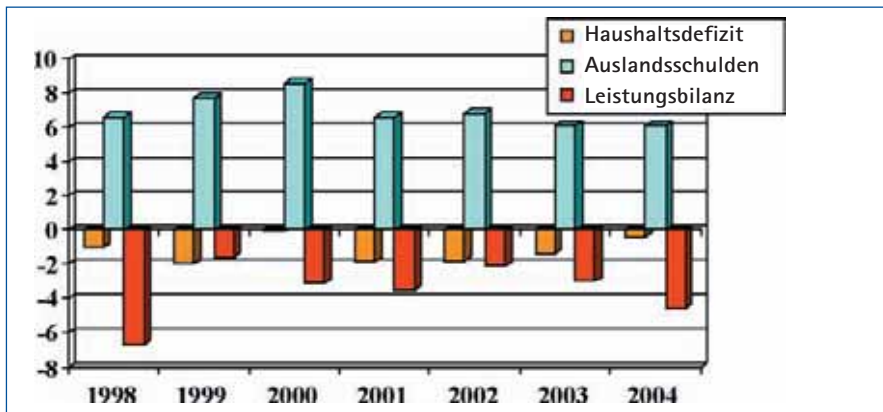
Quelle: EBRD

OFFIZIELL GÜNSTIGE ARBEITSMARKTSITUATION

Auf dem Arbeitsmarkt sind keine großen Veränderungen erkennbar. Nach einem kurzen Anstieg ist die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenrate 2004 wieder gesunken. Insgesamt wird nach den offiziellen Daten mit einer Arbeitslosenrate von unter 3% praktisch Vollbeschäftigung erreicht. Die offiziellen Arbeitslosenwerte sind nach Ansicht aller Experten jedoch zu niedrig ausgewiesen. Vielfach wird eine um das Mehrfache höhere Rate unterstellt. Das hohe Wachstum hat bisher auch zu keiner Arbeitsplatzzunahme geführt. Auch 2004 setzte sich der Arbeitsplatzabbau fort, wenn auch mit deutlich niedrigerer Rate.¹³

Bemerkenswert ist vor allem auch, dass in Belarus im Gegensatz zu nahezu allen anderen Transformationsländern die Lohndifferenzierung weiterhin re-

SCHAUBILD 4: HAUSHALTSBILANZ UND AUSSENWIRTSCHAFTLICHES GLEICHGEWICHT (IN V. H. DES BIP)



Quelle: EBRD

lativ gering ist. Das Land besitzt auch den niedrigsten GINI-Koeffizienten aller GUS-Staaten, d. h. die Einkommensunterschiede sind relativ gering, und zudem hat sich der Anteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze seit 1997 halbiert.¹⁴ Dies zeigt, dass bisher eine wirksame Umverteilungspolitik, vor allem über die staatliche Lohn- und Beschäftigungspolitik, betrieben wird, die aber negative Auswirkungen auf die mittelfristige Produktivitätsentwicklung mit sich bringen dürfte. Sie hat aber zur Steigerung der Sparrate der Haushalte von 15% in 2000 auf 19% 2004 beigetragen.

STAATSVerschULDUNG RELATIV GERING

Die Verschuldung des Staates hält sich in engen Grenzen. Die Budgetverschuldung ist 2004 (Aus- und inländische Schulden) auf unter 10% des BIP gesunken.¹⁵ Der Staatshaushalt war in den letzten Jahren weitgehend ausgeglichen. Dabei hat sich allerdings der Anteil des Staatshaushalts am BIP weiter auf 46,2% des BIP in 2004 erhöht. Allerdings gibt es auch Hinweise, dass über nichtbudgetäre Fonds und Zwangskredite der Banken für Investitionen und verschuldete Betriebe das Bild der öffentlichen Finanzwirtschaft bei der alleinigen Betrachtung des Staatshaushalts erheblich beschönigt wird. Es ist nicht auszuschließen, dass sich aus dieser Situation eine Krise entwickeln kann, wie sie Ende der 1990er-Jahre in der Tschechoslowakei zu beobachten war.

Ebenso bewegt sich die Auslandsverschuldung in einer Höhe, die keine Probleme bereitet. Allerdings nimmt das Leistungsbilanzdefizit deutlich zu. Angesichts der geringen ausländischen Direktinvestitionen kann die Lücke nur durch ausländische Kredite gedeckt werden. Immer noch ist Russland dafür der wichtigste Kreditgeber, indem vor allem für die Energiebezüge Kredite eingeräumt werden.

SCHWACHE AUSSENWIRTSCHAFTLICHE KONKURRENZFÄHIGKEIT

Sowohl der Export und der Import haben sich überaus positiv entwickelt. Gleichzeitig ist aber das Handelsbilanzdefizit von 884 Mio. US\$ in 2000 auf 2066 Mrd. US\$ in 2004 gestiegen und das Defizit der Leistungsbilanz erreichte 4,6% des BIP. Die belarussische Außenwirtschaft kämpft mit erheblichen

strukturellen Problemen, die zum einen politisch hervorgerufen und zum anderen auf die unzureichende Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zurückzuführen sind. Während die meisten GUS-Staaten die Handelsintegration mit der GUS und Russland lösen, bleibt Belarus extrem stark in diese Integration eingebunden. Sein GUS-Handelsanteil lag bei den Exporten 2004 bei 53% und bei den Importen bei 72%. Es wird auch deutlich, dass selbst der GUS-Handel fast ausschließlich mit Russland stattfindet. Mit der Ukraine erreicht der Handel zwischen 3 und 4 % des belarussischen Gesamthandels und mit der kasachischen Republik liegt er unter einem Prozent.

Die Werte zeigen die enorme Abhängigkeit des Landes von dem großen Bruder Russland. Dabei spielen bei den Importen die Energielieferungen eine entscheidende Rolle. Diese werden zudem noch unter den Weltmarktpreisen geliefert, was dem Land bedeutende Vorteile bringt (siehe unten).

Dass nicht nur die Politik sondern auch die Angebotsschwäche Belarus' für diese Entwicklung verantwortlich ist, zeigt die Handelsstruktur mit der EU. Während die Exportstruktur der EU mit Belarus, wie auch mit der Ukraine und Moldova (Moldau) in groben Zügen mit ihrem Gesamtexport übereinstimmt, weicht die Importstruktur gravierend davon ab. Der Anteil industriell verarbeiteten Güter liegt extrem unter dem beim Gesamtmarkt der EU. Maschinen und Ausrüstungen erreichen sogar nur 5,2% gegenüber einem Drittel am EU-Gesamtimport. Selbst die Ukraine und Moldova erreichen höhere Werte als Belarus. Deutlich höher ist dagegen der Anteil der „nach Materialien klassifizierten bearbeiteten Produkte“. Dies zeigt, dass Belarus der EU-Wirtschaft in bedeutendem Umfang einfache industrielle Güter zuliefert.

Für ein energiearmes Land ist der Anteil der Lieferungen von mineralischen Brennstoffen mit 47,9 % extrem hoch. Dies macht besonders deutlich, dass die Exporte von Belarus in die EU in hohem Maße von der Verfügbarkeit russischer Energieträger abhängen, die in Belarus verarbeitet und dann weiterexportiert werden.

Zudem führen die immer noch verbreiteten Konfiskationen von Waren wegen kleinster und konstruierter Fehler in den Papieren zu erheblichen Vertrauensverlusten im Handel sowohl mit westlichen Partnern als auch mit Russland.¹⁶

Belarus kann offensichtlich von seinem Haupthandelspartner Russland kaum Impulse für die dringend notwendige Modernisierung erwarten. Zwei Drittel

der Importe aus Russland sind Energieträger. Der Anteil der für die Modernisierung des Landes wichtigen Maschinen und Ausrüstungen liegt unter 20%. Anders ist die Struktur bei den Importen aus der EU. Bei diesen entfällt fast die Hälfte auf Maschinen und Ausrüstungen.

Eher könnte davon ausgegangen werden, dass die russischen Impulse für die belarussische Wirtschaft über Direktinvestitionen erfolgen. Der direkt ausgewiesene Anteil Russlands an den mit 200 USD pro Kopf 1989 bis 2003¹⁷ immer noch relativ geringen ausländischen Direktinvestitionen erreicht immerhin 21,4%. Vor Russland liegt nur die Schweiz mit 53,0%. Großbritannien (8,8%), Deutschland 2,8%, Schweden 2,4% und die USA folgen auf den Plätzen.¹⁸ Ob es sich bei den Schweizer Investitionen um indirekte Investitionen aus anderen Staaten und möglicherweise aus Russland handelt, ist nicht festzustellen, jedoch zu einem erheblichen Teil anzunehmen.

REFORMRESISTENZ HÄLT AN

Belarus ist neben Turkmenistan das reformresistenteste Land der GUS. Es handelt sich weiterhin um eine „Centrally managed economy“.¹⁹ Die zu erkennende transformatorische und wirtschaftliche Entwicklung in Belarus ist daher zunächst schwer in Einklang zu bringen. Die verzögerte Transformation deutet aber darauf hin, dass das Land noch einen erheblichen Teil der notwendigen Transformationskosten aufbringen muss. Zwar hat Belarus eine günstigere Wirtschaftsstruktur von der Sowjetunion geerbt als etwa die Ukraine, die transformatorisch-strukturell bedingten Anpassungskosten sind aber trotzdem beträchtlich, wie selbst die baltischen Staaten mit ihrem relativ starken Produktionseinbruch zeigen.

Ein Vergleich der Transformationsfortschritte mit den beiden anderen slawischen Staaten der GUS und Estland, das inzwischen EU-Mitglied geworden ist, macht den Rückstand von Belarus besonders deutlich.

Das Schaubild 5 zeigt, dass Belarus bei der Liberalisierung der Märkte relativ am weitesten vorangekommen ist, wenn auch selbst hier noch erheblicher Transformationsbedarf besteht. Weiterhin bestehen aber enorme Defizite bei der Privatisierung, der Unternehmensumgebung und der Reform der Organisation der Infrastruktur. Auch bei der Entwicklung der Finanzinstitutionen, die bei allen Transformationsstaaten relativ langsam am marktwirtschaftlichen Kriterien umgestellt wurden, bestehen verhältnismäßig große Defizite, wenn der IWF auch sichtbare Fortschritte feststellt.

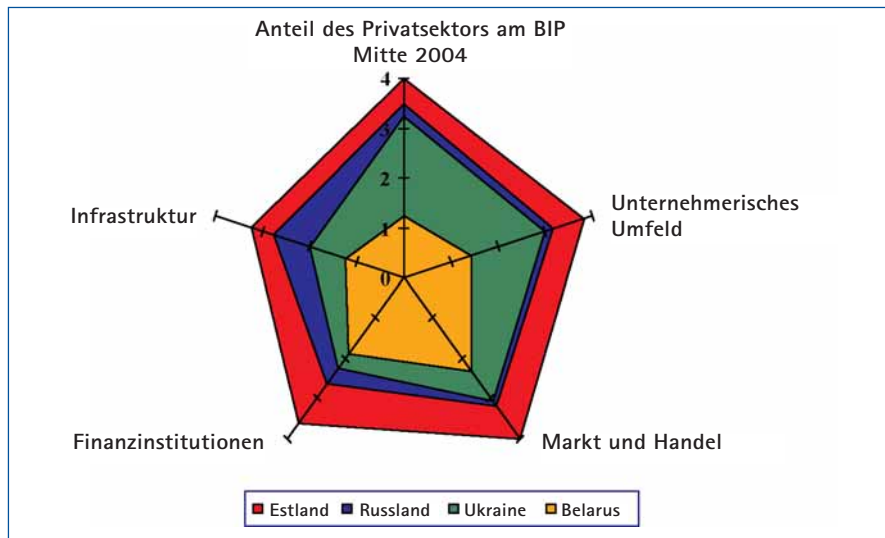
ERHEBLICHE WACHSTUMSRISIKEN

Die Diskrepanz zwischen Demokratisierungs- und Transformationsfortschritten auf der einen und Wachstumserfolgen auf der anderen Seite erfordern eine Interpretation. Die bisherige Erfahrung mit den Transformationsstaaten legt nahe, dass es sich dabei nicht um eine dauerhafte Konstellation handeln kann.

WACHSTUM HAT EINEN POSITIVEN BIAS

Die hohen Wachstumsraten werden vielfach in Zweifel gezogen. Als erstes wird zumeist unterstellt, dass die Daten geschönt sind. Ein Grund dafür, dass die Werte im internationalen Vergleich überzeichnet sein könnten, wird in den von internationalen Stan-

SCHAUBILD 5: TRANSFORMATIONSFORTSCHRITTE SIND GERING / NACH DEM EBRD-RATING (1 = PLANWIRTSCHAFT; 4 = MARKTWIRTSCHAFT)



Quelle: EBRD Transition report 2004 und update 2005.

dards abweichende Berechnung gesehen.²⁰ Weiter könnte eine ungenügende Preisbereinigung die Wachstumsrate erhöhen. Insgesamt gibt es dafür allerdings keine konkreten Hinweise. Auch die Internationalen Finanzinstitutionen haben ihre diesbezügliche Kritik zuletzt abgeschwächt. Offensichtliche Fälschungen sind in der Statistik nicht erkennbar, was dies aber nicht grundsätzlich ausschließt.²¹ Eine kritische Quelle wurde zudem von der belarussischen Führung verstopft²², so dass auch immer weniger Hinweise auf Ursachen für mögliche statistische Fehler und Manipulationen aus dem Land vorhanden sind.

Ein zweiter Grund für möglicherweise überhöhte Wachstumsraten sind die vom Präsidenten vorgegebenen hohen Wachstums- und Stabilitätswerte, die auf das Statistikministerium und alle übrigen Institutionen erheblichen Einfluss ausüben.²³ Dieser wirkt in doppelter Hinsicht. Zum einen wird auf die Wirtschaftssubjekte ein hoher Druck ausgeübt, besonders gute Ergebnisse zu erzielen. Daher werden schon die Betriebe bei ihrer Berichterstattung dazu neigen, die Werte nach oben zu korrigieren, was ja durchaus „guter sowjetischer Tradition“ entsprechen würde. Zum anderen entsteht bei dem herrschenden Regime auf jeder Ebene die Neigung, die Daten bei der Erfassung und Bearbeitung eher nach oben als nach unten tendieren zu lassen.

Weiter wird unterstellt, dass ein erheblicher Teil der Produktion auf Lager gehe. Allerdings sind die Anteile der Lagerinvestitionen am BIP nicht kontinuierlich gestiegen. Von 2000 bis 2004 haben sie sich insgesamt jedoch von 0,2% auf 1,5% erhöht, so dass in dieser Zeit 1,3% des BIP-Wachstums einer steigenden Lagerhaltung zuzurechnen sind. Jährlich wären dies also etwa 0,3 Prozentpunkte. Während die Lager des Handels sich 2004 stark zurückbildeten, sind die übrigen Lagerbestände weiter gestiegen.²⁴ Ob über entsprechende Abschreibungen von den Lagerbeständen Platz für neue „Lagerproduktion“ geschaffen wurde, kann nicht festgestellt werden. Die Abschreibungen müssten aber zu Lasten der Betriebsergebnisse gegangen sein. Die Verlustbetriebe haben aber, wie unten noch gezeigt wird, erst zuletzt in der Industrie wieder deutlich zugenommen.

Die ausgewiesenen Wachstumsraten haben also durchaus einen positiven Bias. Da es sich aber um

Wachstumsraten für mehrere Jahre handelt, ist davon auszugehen, dass der entsprechende Korrekturbedarf sich in relativ engen Grenzen hält und wahrscheinlich ein bis zwei Prozentpunkte nicht übersteigt.

POLITIKKRISIKEN

Eine weitere wichtige Frage ist, ob das Wachstum als nachhaltig angesehen werden kann. Dafür, dass dies nicht der Fall sein könnte, gibt es ernstzunehmende Indikatoren.

REFORMDEFIZITE

Viel spricht dafür, dass ein erheblicher Teil des Wachstums nicht durch marktwirtschaftliche Kräfte hervorgerufen wurde, sondern auf administrativen Eingriffen des Staates beruht, da der Staatseinfluss auf die Wirtschaft weiterhin extrem hoch ist. Zu diesen Maßnahmen zählen z. B.

- die hohen Reallohnsteigerungen. Durch sie wurde erhebliche Nachfrage geschaffen. Da die Löhne aber gleichzeitig die Kosten der Betriebe erhöhen, gehen sie zu Lasten der Wettbewerbsfähigkeit und werden, sollte diese Politik fortgesetzt werden, sehr schnell kontraproduktiv wirken.
- die hohen staatlich induzierten Investitionen. Über die Hälfte aller Investitionen werden durch den Staat veranlasst. Bei diesen ist ein ausreichendes Maß an Rentabilität nicht gesichert. Vielfach werden diese zudem durch Zwangskredite der Banken finanziert. Das ist nur möglich, weil das Bankensystem noch weitgehend staatlich ist und Kreditrisiken daher kein besonderes Gewicht beigemessen wird. In diesem System ist eines der größten Risiken für die belarussische Wirtschaft zu sehen.
- das steigende Volumen subventionierter Kredite u. a. für die Landwirtschaft. Die angewiesenen Kredite der Geschäftsbanken explodierten von 185,642 Mrd. BRbl 2002 auf 1117,114 Mrd. BRbl 2004.²⁵
- der hohe Staatsanteil, der die strukturelle Anpassung verzögert und damit die Herausbildung der Grundlagen für ein langfristiges Wachstum behindert.

Die notwendigen weiteren Reformen in Belarus werden daher nicht nur wachstumssteigernd wirken, sondern angesichts des noch nicht abgeschlossenen Transformationsprozesses auch Wachstum kosten. Die Industriestruktur des Landes ist aber lange nicht in dem Maße durch alte Industrien oder sanierungsbedürftige Schwerindustrien belastet wie z. B. in der Ukraine, so dass die Transformationskosten aufgrund der Umstrukturierung nicht so hoch anzusetzen sind. Allerdings bereitet der veraltete Kapitalstock der Industrie erhebliche Probleme bei der Restrukturierung. Da die Preisliberalisierung ebenfalls noch nicht abgeschlossen ist, müssen auch von dieser Seite noch gewisse Schocks erwartet werden.

Auf der anderen Seite werden tief greifende Wirtschaftsreformen zusätzliches Wachstumspotential freisetzen, das die Wachstumsverluste langfristig deutlich überkompensieren wird.

Der IWF geht z. B. davon aus, dass bei echten Reformen mittelfristig ein Wachstum von 5% erreichbar ist, ohne solche Reformen aber nur die Hälfte dieses Wertes realisiert werden kann.

MONETÄRE RISIKEN

Die quasifiskalischen Operationen nahmen 2004 deutlich zu. U. a. stiegen die von den Banken bereitgestellten direkten Kredite für Regierungsprogramme auf 3,4% des BIP. Zwei Fünftel des um 36% gestiegenen realen Kreditwachses ist auf solche Kredite mit günstiger Verzinsung und einer Laufzeit bis zu 40 Jahren zurückzuführen.

Die Reallohnsteigerungen haben seit 1995 die Produktivitätszuwächse erheblich übertroffen. Darunter leidet auch die Gewinnsituation der Betriebe. Die Zahl der Verlustbetriebe in der Industrie ist weiterhin hoch und 2004 wieder gestiegen, obwohl die durchschnittliche Gewinnrate sich von 12 auf 15% erhöhte. Dazu trugen aber vor allem die Raffinerien, die Chemische Industrie und die Metallurgie bei. Der von der belarussischen Regierung hervorgehobene starke Rückgang der Verlustbetriebe²⁶ in 2004 ist ausschließlich auf die Landwirtschaft zurückzuführen, wo die Zahl um drei Viertel abnahm.²⁷

Die internationalen Reserven sind trotz einer Verdoppelung in 2004 weiterhin äußerst gering. Sie erreichten Ende April 2005 nur 0,6 Monatsimporte. Bisher hat das Wechselkursband zum russischen Rubel die Währung stabilisiert. Dies wird aber längerfristig nur möglich sein, wenn die Inflation nicht zu stark von der russischen abweicht.

Die hohen Lohnsteigerungen, das Geldmengenwachstum und die Praxis der Zwangskredite sind aber Anzeichen dafür, dass sich wieder ein bedeutendes Inflationspotential aufbauen könnte. Zwar ist immer noch ein erheblicher Teil der Preise fixiert oder reguliert, der Geldüberhang würde sich dann aber in den Bereichen inflationstreibend auswirken, in denen die Preise freigegeben sind. Konkrete Anzeichen dafür sind derzeit noch nicht vorhanden. Um das System zu stabilisieren, muss aber u. a. die Notenbank in ihrer Geschäftspolitik unabhängiger und der Bankenapparat weiter stabilisiert und von direkten staatlichen Einflüssen befreit werden.

ABHÄNGIGKEIT VOM RUSSISCHEN MARKT

Belarus ist voll auf die GUS-Integration ausgerichtet. Mit Russland ist es die weitaus engsten Bindungen bis zur Bildung einer Zollunion und zur Gründung eines Unionsstaates eingegangen. Allerdings ist diese Beziehung nicht konfliktfrei. Auch der bereits vereinbarte einheitliche Wirtschaftsraum mit einer gemeinsamen Währung hat sich aufgrund der

Verschlechterung der politischen Beziehungen zu-
mindest zeitlich verschoben, wobei die Energielie-
ferungen und ihre Bedingungen eine erhebliche Rol-
le spielten. Derzeit ist noch umstritten, ob die geplan-
te Währungsunion zum 1. Januar 2006 tatsächlich

zustande kommen wird. Viel spricht dafür, dass dies
nicht der Fall sein wird. Die Währungsunion würde
aber auch nach Einschätzung der internationalen
Finanzorganisationen Belarus erhebliche Vorteile
bringen.

Die Ausrichtung auf den russischen Markt ist,
wie oben gezeigt, mit über der Hälfte des Handels
extrem und macht Belarus von der russischen
Konjunkturerwicklung hochgradig abhängig. Das
Land hat zwar in den letzten Jahren dadurch von
dem günstigen Wachstum in Russland profitiert,
würde aber bei einer Wachstumsabschwächung in
Russland ebenso stark betroffen. Zudem scheinen
die administrativen Probleme an der Grenze, die
angesichts der Zollunion eigentlich aufgehoben
sein sollten, erheblich zu sein. Allein die Umstel-
lung der Umsatzsteuererhebung Anfang 2005 hat
zu einem erheblichen Chaos geführt. Im ersten
Quartal 2005 hat darunter der Handel mit Russland
stark gelitten und ist deutlich gesunken.²⁸
Das Land profitiert aber erheblich von den günsti-
gen Energiepreisen. Während die Erdölpreise weit-
gehend den Weltmarktpreisen entsprechen, profi-
tizierte Belarus erheblich von den subventionierten
Erdgaspreisen. Berechnungen des IWF zeigen, dass
Belarus einerseits weniger für das Gas zahlte, ande-
rerseits aber auch weniger für die Durchleitung von
Gas erhielt. Der Nettoeffekt ist daher nicht so gewal-
tig, wie dies vielfach unterstellt wird, für Belarus
aber trotzdem eine beachtenswerte Größe.
Würde Belarus die Preise der Ukraine zu zahlen ge-
habt haben und die entsprechenden Durchleitungs-
gebühren bekommen, wie dies nun ab 2005 geplant
war, so hätte es 0,5 Prozentpunkte seines BIP (bzw.
101 Mio. USD) mehr an Russland übertragen müs-
sen. Unterstellt man die mit Polen verrechneten
Preise, so ergibt sich für Belarus ein Vorteil von 365
Mio. USD, was eine Differenz beim BIP von 1,9% Pro-
zentpunkten und beim Export von 3,8 Prozentpunk-
ten bedeuten würde. Dies wären erhebliche Belas-
tungen für das Land.
Da auch die Erdölpreise sich zwar an den Weltmarkt-
preisen ausrichten, aber jeweils längerfristig fixiert
sind, ergibt sich bei den steigenden Preisen auch hier
ein erheblicher Vorteil für das Land. Der IWF geht für
2004 von einem Gewinn für Belarus von 4,2 US\$ je
Barrel aus, was dem Land einen Vorteil von 1,8% des

TABELLE 1: ERDGASHANDEL ZWISCHEN BELARUS UND RUSSLAND 2004 (IN MIO. USD)

	zu Preisen von 2003	zu Preisen, die für die Ukraine gelten	zu Preisen, die für den Handel mit Polen gelten
Gasimport	757	900	1206
Gastransportgebühr, bezahlt von Gazprom	90	132	182
Nettozahlung durch Belarus	668	769	1024
in % des BIP	3,6	4,1	5,5
in % des Exports	7,1	8,2	10,9

Quelle: IMF, Republic of Belarus – Staff report for the 2004 Article IV Consultation, SM/04/144, April 23, 2004, S. 15.

TABELLE 2: WIRTSCHAFTSDATEN BELARUS
(Wachstumsraten, real in v.H. sofern nichts anders vermerkt)

	2000	2001	2002	2003	2004*
BIP	5,8	4,7	5,0	7,0	11,0
Industrieproduktion	8,6	7,2	6,1	9,9	18,8
Landwirtschaft	8,8	1,6	3,1	7,6	14,8
Bauwesen	3,8	5,1	3,8	8,6	12,8
Transport	1,9	1,8	2,2	4,3	4,2
Handel	9,6	19,5	8,4	9,5	11,9
Kapitalbildung	14,7	1,9	2,6	27,2	19,6
Anlagekapital	2,3	-2,3	6,7	22,0	18,9
Lagerhaltung		63,4	41,8	37,0	35,5
Konsumentenpreise JE	107,5	46,1	43,8	25,4	14,4
Produzentenpreise JE	168,0	39,1	42,6	28,1	18,9
Durchschnittslohn	197,6	108,1	53,8	32,5	37,3
Monatlicher Reallohn 1996=100		213,9	231,9	238,7	279,0
Monatlicher Reallohn**			8,4	2,9	16,9
Durchschnittslohn in USD	76	106	115	139	200
Staatshaushalt in % des BIP	-0,2	-1,9	1,8	1,4	0,03
Staatsausgaben in % des BIP	45,9	46,8	46,4	47,2	46,2
Geldmenge (broad)	124	97	60	71	58
Nettoinlandskredite der Banken	188	66	54	69	36
Refinanzierungszins, JE in v.H.	85	48	38	28	17
Handelsbilanz in USD	-884	-807	-914	-1,256	-2,066
Leistungsbilanzdefizit in % des BIP	-2,5	-3,5	-2,6	-2,6	-4,6
Währungsreserven in Monaten des Imports von Gütern und Dienstleistungen		0,5	0,6	0,6	0,5
Wechselkurs JD in USD	800	1420	1804	2075	2164

* vorläufige Werte, ** aus Indexwerten errechnet;

Quelle: IWF, Republic of Belarus – Staff Report for the 2005 Article IV Consultation, SM/05/197, June 3, 2005.
IWF, Republic of Belarus – Statistical Appendix, SM/05/199, Supplement 1, June 3, 2005, S. 4. Eigene Berechnung.

UNSER AUTOR



Dr. Hermann Cle-
ment studierte in
Köln, an der Lud-
wigs-Maximilians-
Universität in
München sowie
an der Universität
Hamburg. Her-
mann Clement ist
stellvertretender
Direktor am Ost-
europa-Institut

in München und leitet dort die wirtschafts-
wissenschaftliche Abteilung. Die wirt-
schaftswissenschaftliche Abteilung erstellt
politikrelevante Wirtschaftsanalysen. Es
werden nicht nur Regionalentwicklungen in
Osteuropa und die Wirtschafts- und Finanz-
verbindungen zwischen Ost und West unter-
sucht, sondern auch der breitere Bereich der
ökonomischen Systeme und ihrer Verände-
rung betrachtet. Dazu werden regionale
Wirtschaftsdaten erfasst und aufbereitet,
die Wirtschaftspolitik in den Ländern Ost-
europas analysiert.

BIP brachte. Hinzu kamen die steigenden Verarbeitungsmargen, so dass insgesamt aus dem Erdölimport aus Russland ein Vorteil von 2-3% des BIP unterstellt wird.²⁹ Belarus ist sich jedoch der Abhängigkeit von den russischen Energieträgern bewusst und will durch den Bau eines Kernkraftwerks diese vermindern.³⁰

Die nur langsame Abwertung des belarussischen Rubels führt zu einer realen Aufwertung und beeinträchtigt die Konkurrenzfähigkeit der belarussischen Betriebe auf den Märkten außerhalb Russlands. Damit verschlechtert sich die belarussische Situation und die Abhängigkeit vom russischen Markt nimmt weiter zu.

STANDORTDEFIZITE

Die marktorientierten Reformen stagnieren, was die Standortbedingungen und das Investitionsklima beeinträchtigt. Dies zeigt der immer noch relativ geringe Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen. Diese sind nicht nur wegen des Kapitalzuflusses, sondern vor allem auch wegen der Übertragung von Technologie von besonderer Bedeutung.

Die wichtigsten Standortnachteile sind:

- Derzeit wird die Wirtschaft noch zu mehr als drei Vierteln durch Staatseingriffe kontrolliert. Zu den dafür eingesetzten Mitteln zählen:
 - Das System der „Goldenen Aktie“;
 - Verordnete Kredite, die den Strukturwandel hemmen, den Wettbewerb verzerren und das Bankensystem negativ beeinflussen;
 - Die administrativ verordneten, weit über den Produktivitätsfortschritten liegenden Lohnsteigerungen, die zwar kurzfristig die Nachfrage steigern, jedoch gleichzeitig die betriebliche Entwicklung belasten;
 - Der weiterhin hohe Anteil administrativer Preise.

- Die extreme Abhängigkeit vom russischen Markt sowohl bei den Ex- als auch den Importen, die zum Teil noch russischerseits subventioniert werden, was ebenfalls den Strukturwandel behindert. Zudem bringen die Subventionen ein unsicheres Element in die langfristige Planung der Betriebe.

ALTERUNG DER BEVÖLKERUNG

Belarus schiebt wie viele andere Staaten die notwendige Anpassung der sozialen Sicherungssysteme vor sich her. Wie in Russland, der Ukraine und vielen anderen Ländern altert die Bevölkerung auch in Belarus sehr schnell. Darauf sind die sozialen Sicherungssysteme nicht ausgerichtet. Je länger deren Reform hinausgeschoben wird, umso höher werden die Einschnitte werden müssen. Die daraus auf die Wirtschaft zukommenden Belastungen wird diese ohne durchgreifende Reformen kaum verkraften können.

ANMERKUNGEN

- ¹ So u. a. die Bertelsmannstiftung in ihrem Transformationsindex, vgl. FAZ vom 8. Mai 2004.
- ² Vgl. EBRD: Transition report update, May 2005. London 2005, S. 13.
- ³ Usbekistan (113%), Turkmenistan (112%) und neuerdings auch Georgien (103%), wo die Reformen ebenfalls bis zur „Rosenrevolution“ stagnierten.
- ⁴ Vgl. EBRD: Transition report update, May 2005. London 2005, S. 13.
- ⁵ Vgl. Dow Jones VWD News, GUS-Republiken Aktuell, 10.5.2005.
- ⁶ Errechnet aus EBRD: Transition report update, May 2005. London 2005, S. 13.
- ⁷ Vgl. IWF Republic of Belarus – Statistical Appendix, SM/05/1999, S. 8.
- ⁸ Vgl. hierzu H. Clement, V. Vincentz: Die neuen Nachbarn und die Europäische Union – Möglichkeiten und Grenzen der Integration am Beispiel Ukraine und Belarus. Arbeiten aus dem Osteuropa-Institut München, Nr. 256, Januar 2005, S. 58, Tabelle 20.
- ⁹ Vgl. H. Clement, (bisherige Tabelle 4).

- ¹⁰ Vgl. Dow Jones, GUS-Republiken Aktuell, 14.7.2005.
- ¹¹ So liegt Belarus z. B. beim Index 2005 der Heritage Foundation von 155 untersuchten Ländern auf dem 142. Platz. Russland nimmt dagegen z. B. den 124. Platz ein.
- ¹² Vgl. IWF, Republic of Belarus – Statistical Appendix, Supplement 1; SM/05/199, June 3, 2005, S. 21.
- ¹³ Vgl. IWF, Republic of Belarus – Statistical Appendix, Supplement 1, SM/05/199, June 3, 2005, S. 20.
- ¹⁴ Vgl. IWF, Republic of Belarus – Staff Report for the 2005 Article IV Consultation, SM/05/197, June 3 2005, S. 4.
- ¹⁵ Vgl. IWF, Republic of Belarus – Staff Report for the 2005 Article IV Consultation, SM/05/197, June 3 2005, S. 26.
- ¹⁶ Vgl. u. a. FAZ vom 10.2.2004.
- ¹⁷ Vgl. EBRD, Transition report 2004, Infrastructure, S. 45.
- ¹⁸ Vgl. bfai, Wirtschaftsdaten aktuell, Belarus, Nov. 2004, S. 3.
- ¹⁹ Vgl. IWF, Republic of Belarus – Staff Report for the 2005 Article IV Consultation, SM/05/197, June 3, 2005, S. 3.
- ²⁰ Vgl. IWF, Republic of Belarus – Staff Report for the 2004 Article IV Consultation, SM/04/144, April 23, 2004, S. 5.
- ²¹ Der IWF bestätigt Belarus wesentliche Verbesserungen in seiner makroökonomischen Statistik, hält aber weitere Verbesserungen für sinnvoll. Vgl. IWF, Republic of Belarus – Report on the Observance of Standards and Codes – Data Module, SM /05/25, January 24, 2005, S. 4.
- ²² Das „Independent Institute of Socio-Economic and Political Studies“ wurde am 15. April 2005 nach einem Gerichtsbeschluss geschlossen.
- ²³ Vgl. FAZ-Institut, Länderanalyse Ukraine/Weißrussland, Juni 2004, S. 20.
- ²⁴ Vgl. IWF, Republic of Belarus – Statistical Appendix, SM/05/199, Supplement 1, June 3, 2005, S. 10.
- ²⁵ Vgl. IWF, Republic of Belarus – Statistical Appendix, SM/05/199, Supplement 1, June 3, 2005, S. 30.
- ²⁶ Vgl. Angaben der Botschaft der Republik Belarus in Berlin vom 18. 02. 2005. Die Verlustbetriebe sollen von 40% auf 26% gesunken sein.
- ²⁷ Vgl. IWF, Republic of Belarus, Statistical Appendix, SM/05/199, Supplement 1, June 3, 2005, S. 20.
- ²⁸ Dow Jones, Ostwirtschaftsreport.
- ²⁹ IWF, Republic of Belarus, Selected Issues, SM/05/1999, Supplement 1, June 3, 2005, S. 9.
- ³⁰ Dow Jones, VWD-News, GUS-Republiken Aktuell, 7.2.2005.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Redaktion: Siegfried Frech, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99-77.

Herstellung: Schwabenverlag media gmbh, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),

Telefon (07 11) 44 06-0, Telefax (07 11) 44 23 49

Vertrieb: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt,

Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 70 01 53 10.

Preis der Einzelnummer: € 3,33, Jahresabonnement € 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datenetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Good-bye Putin

PETER W. SCHULZE

Die Präsidentschaft Putins konnte anfänglich auf eine Reihe von Reformen – vor allem im wirtschaftlichen Bereich – zurückblicken. Inzwischen ist jedoch die schleichende autoritäre Transformation des russischen Staates unübersehbar geworden. Russlands Marsch in Richtung „straffer Staat“ ist in einem Stadium angelangt, in dem eine funktionierende Gewaltenteilung und parlamentarische Kontrollmechanismen ebenso wenig erkennbar sind wie eine öffentliche Kontrolle des „Systems Putin“ durch die russischen Medien. Eine unabhängige und kritische Presse- und Medienöffentlichkeit gibt es nicht. Die „Partei der Macht“, Edinaja Rossia, verfügt über eine Zweidrittelmehrheit in der Staatsduma und der Kreml kontrolliert den Föderationsrat. Auch die traditionellen Großverbände der Unternehmer und Arbeitnehmer sind in die „Machtvertikale“ der Kremlführung eingegliedert. Riesige Konzerne werden wieder verstaatlicht. Das Korruptionsgeflecht von käuflicher Staatsbürokratie und Oligarchen funktioniert wie eh und je. Putins Anspruch, die „Diktatur des Gesetzes“ durchzusetzen, ist zur reinen Fiktion geworden. Dass der Vertrauensbonus von Putin aufgebraucht ist, zeigte sich Anfang des Jahres in massiven sozialen Protesten. Trotz dieser Proteste muss man konstatieren, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine wirkungsvolle Opposition in Putins Russland vorhanden ist. Red.

PUTINS HERRSCHAFTSFORMEL: AUTORITARISMUS UND MARKTWIRTSCHAFT

Zweifelloso, der Triumph der „Partei der Macht“, Edinaja Rossia („Geeintes Russland“), in den Wahlen zur Staatsduma 2003 sowie der nachfolgende, überwältigende Wahlsieg Wladimir Putins in den Präsidentschaftswahlen 2004 beendeten die Jelzin-Ära. Beide Erfolge festigten die schon seit 2000 in Gang gesetzten Veränderungen im politischen System und schufen gleichzeitig die politischen Voraussetzungen für die Umsetzung eines Modernisierungsprojektes, das von Putin propagiert wird. Die postsowjetische Transformation war zu Ende gekommen. In der ersten Amtsperiode des neuen Präsidenten wurde versucht, sowohl Deformationen und Fehlentwicklungen der vorausgegangenen Dekade zu korrigieren als auch Akzente der Konsolidierung und der Neuorientierung zu setzen. Putins Projekt der Modernisierung zielt im Kern darauf, Russland zu einem wettbewerbsfähigen, innovativen, geachteten, berechenbaren und somit koalitionsfähigen Partner der internationalen Staatengemeinschaft zu machen. Im Zuge des Projektes sollten sowohl die technologische Basis erneuert als auch, was mit immensen sozialen Folgeproblemen verbunden ist, die alten Industriekomplexe restrukturiert und wieder

wettbewerbsfähig gemacht werden. Dazu bedurfte es innenpolitischer Stabilität, nachhaltigen Wirtschaftswachstums und steigender Attraktivität des Landes als Standort für Investitionen.

AKTIONSFELDER DER RUSSISCHEN POLITIK

Die Rekonstitution staatlicher Autorität wurde zum Hauptanliegen der Politik seit der ersten Amtsperiode von 2000 bis 2004. Folgende Aktionsfelder der russischen Politik sind seitdem klar erkennbar:

- Neuordnung des Staatsaufbaus und Stärkung des Zentralstaates:
 - Begrenzung des Einflusses von oligarchischen Interessengruppen und Ausschaltung der regionalen Machtelite aus der nationalen Politik;
 - Konstitution einer breiteren gesellschaftlichen Basis zur Stärkung und Legitimation politischer Macht;
 - Zurückdrängung von Bürokratie und Korruption;
 - Neugestaltung des Parteiensystems, Modifikation des Wahlrechtes und Schwächung der parlamentarischen Opposition;
 - Schaffung einer unabhängigen und eigenen politischen Machtelite.
- Modernisierung der russischen Wirtschaft und Stärkung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit durch den Beitritt zur WTO (World Trade Organization) und zur Gruppe der G-8-Staaten.
- Rekonstitution Russlands als anerkannte Großmacht und Sicherung sowie Durchsetzung nationaler Interessen in der internationalen Politik:
 - Überwindung der tendenziellen Selbstisolation Russlands in Europa durch Intensivierung des Dialoges mit der Europäischen Union;
 - Durchsetzung einer triangulären außenpolitischen Konzeption im Rahmen des multipolaren Ordnungsgedankens, die gleichberechtigte und arbeitsteilige Kooperationsangebote an die Europäische Union, an die USA und an asiatische Länder verbindet.

RUSSLANDS AUSSEN- UND GEOPOLITIK

Außenpolitisch ist Russland durch die geschickte Politik des Kremls im Gefolge des 11. September 2001 zum umworbene(n) Koalitionspartner der USA im Kampf gegen den internationalen Terrorismus und bei der Verhinderung der Aufweichung des Non-Proliferation-Regimes von Massenvernichtungswaffen geworden. Die Zusammenarbeit im NATO-Russland-Kooperationsrat vollzieht sich erstaunlich problemlos und auch die zweite Runde der NATO-Osterweiterung ist von der russischen Politik zwar widerwillig, aber ohne das Schüren von antiwestlichen Ressentiments akzeptiert worden. Überraschend war auch, dass trotz der russischen Weigerung, sich auf die Seite der USA im Irakkrieg zu stellen, die amerikanisch-russischen Beziehungen kaum Schaden genommen haben. Die atmosphärischen Verstimmungen mit der Europäischen Union über den Transit zur russischen Exklave Kaliningrad sind weitgehend einvernehmlich beigelegt worden.

Der Grund für die Zurückhaltung auf amerikanischer wie europäischer Seite, den andauernden brutalen Krieg in Tschetschenien und die schleichende autoritäre Transformation der russischen Demokratie nicht zu thematisieren, liegt aber nicht nur in geostrategischen Überlegungen.

Die Energieexporte sind ein Faktor der russischen Geopolitik geworden. Sie haben gewiss mit dazu beigetragen, internationale Kritik an innenpolitischen Entwicklungen, aber auch an der dilettantischen Einmischung in den ukrainischen Wahlkampf abzuwehren oder im Zaum zu halten. Russland ist nicht nur zum umworbene(n) Markt für westliche Güter geworden, auch die Preisentwicklung und die sich verschärfende Konkurrenz um Energie auf den Weltmärkten wirkten sich positiv für das Land aus. Schon im Falle der Jukos-Affäre wurde so die „Energiewaffe“ vom Kreml erfolgreich eingesetzt.

AKTIVE HINWENDUNG ZU WACHSTUMSREGIONEN

Zudem zeigten sich insbesondere in der zweiten Amtsperiode Putins ab 2004 deutliche Hinweise einer aktiven Hinwendung der russischen Wirtschafts- und Energiepolitik auf die Wachstumsregionen des asiatisch-pazifischen Raumes unter Einschluss von Japan und China. Doch die russische Politik greift über die beiden Länder hinaus. Sie sucht

- die Aufnahme von Energielieferungen in die USA zu forcieren;
- die Entwicklung von Energieverbundstrukturen mit Indien und dem Iran durchzusetzen;
- die Beteiligung von Kooperationspartnern an den Erschließungs-, Förderungs- und Transportkosten von Energie in Sibirien zu erlangen;
- die technologische Zusammenarbeit bei der Gasverflüssigung und dem Transport von Flüssiggas voranzutreiben.

Eine solche Entwicklung wird nicht ohne Folgen für die russische Außenpolitik bleiben wie schon der jüngste Gipfel der Shanghai Cooperation-Organisation von 2005 signalisierte. Es ist durchaus zu befürchten, dass sich der Kreml aufgrund der asiatisch-pazifischen Option gegen westliche Vorhaltungen an Fehlentwicklungen der Innenpolitik weitgehend immunisieren könnte.

MACHTFAKTOR DES INTERNATIONALEN SYSTEMS

Die russische Außenpolitik hat die kombinierte Wirkung der drei Faktoren, nämlich energie-asiatisch-pazifische Option und Koalition gegen den internationalen Terrorismus voll und erfolgreich ausgereizt. Zudem, die Europäische Union steckt in der Sinnkrise und die USA versinken im Sumpf des Irakkrieges. Selbst die dilettantisch-arrogante Einmischung in die ukrainischen Präsidentschaftswahlen 2004 sowie die rational nicht erklärbare Weigerung Russlands, seine Militärbasen in Georgien zügig aufzulösen und gemeinsam mit den Nachbarländern zu einer Lösung des Transnistrien-Problems zu kommen, haben zu keinem nennenswerten Druck auf Moskau geführt. Der außenpolitische Handlungsspielraum und die Akzeptanz des Landes als Machtfaktor des internationalen Systems sind in den bei-

WLADIMIR PUTIN GEHT UNTER BEIFALL IN DER ST. GEORGS-HALLE IM KREML ENTLANG, UM DEN AMTSEID FÜR SEINE ZWEITE AMTSZEIT ABZULEGEN (7.5.2004). PUTIN HAT SEINE ZWEITE AMTSZEIT MIT EINER POMPÖSEN ZEREMONIE ANGETRETEN. ER WOLLE IN DEN KOMMENDEN VIER JAHREN EINE „PRINZIPIELL NEUE LEBENSQUALITÄT FÜR DIE BÜRGER, EINE SPÜRBARE VERMEHRUNG IHRES WOHLSTANDS“ ERREICHEN. PUTIN WAR AM 14. MÄRZ MIT EINER MEHRHEIT VON 71,2 PROZENT DER STIMMEN BIS 2008 WIEDERGEWÄHLT WORDEN.

picture alliance / dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

den Amtsperioden der Putin-Präsidentschaft zweifellos gewachsen. Daher auch die implizite Warnung des Vorsitzenden des Ostausschusses der deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, an die Kanzlerkandidatin, die guten deutsch-russische Beziehungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet bei einem möglichen Wahlsieg nicht aufs Spiel zu setzen. „Gute deutsch-russischen Beziehungen und eine gute Partnerschaft zwischen Russland und der EU sind stabilisierende Faktoren in Europa.“¹ Daher brauche es auch einer besonderen Qualität der Beziehungen und sie sollten nicht von dritter Seite (gemeint ist Polen) kritisiert werden, da sie nicht gegen andere Länder gerichtet seien.

REFORMERFOLGE UND ABSCHIED VON DER JELZIN-ÄRA

Während die russische Außenpolitik weiterhin unter günstigen konjunkturellen Bedingungen operiert, war die Durchsetzung der innenpolitischen Stabilisierungsziele schwierig und von Konflikten durchzogen. Trotz alledem kann die Präsidentschaft Putins auf eine Reihe von Reformerfolgen zurückblicken. So wurde das Steuersystem radikal reformiert und damit erstmalig effektiv. Die Bodenreform wurde eingeleitet, die Zollverwaltung entbürokratisiert und Maßnahmen zur Erneuerung der sozialen Sicherungssysteme eingeleitet. Erstmals wurde ein Parteiengesetz geschaffen und das Wahlrecht wurde verändert.

Im Endeffekt begann seit 2000 die Auflösung der balancierten, aber fragilen Synthese von Pluralismus, Gewaltenteilung, Marktwirtschaft und Autoritarismus, die seit Anbeginn der Jelzin-Ära durch den demokratischen Wahlmechanismus abgesichert war und auf den beiden Herrschaftssäulen Oligarchie und regionale Elite beruhte.²

Schon zu Beginn, aber verstärkt gegen Ende der ersten Amtszeit Putins, erfolgten die systematische Zerstörung der alten Machtkonstellation aus der Jelzin-Ära und die Rückdrängung von politischen Kräften und wirtschaftlichen Einflussgruppen. Eine neue, von den alten Interessenstrukturen unabhängige politische Machtelite sollte geschaffen werden, was aber bisher nur partiell gelang. Die „Partei der Macht“, Edinaja Rossia („Geeintes Russland“), und die zahlenmäßig dünne Schicht von Sicherheitskräften und Vertrauten des Präsidenten, die „St. Petersburger“, erfüllen diese Voraussetzungen kaum oder nur bedingt. Das Zentralproblem der beiden Amtsperioden besteht fort, nämlich der Mangel an effizienten, nicht korrupten und loyalen Entscheidungsträgern.

DEMOKRATISCHER NEUBEGINN BLIEB AUF DER STRECKE

Entscheidend jedoch für den Erfolg der Putinschen Politik waren in den zurückliegenden fünf Jahren die enormen Wachstumsraten der Wirtschaft. Sie brachten der sich entfaltenden Mittelschicht Wohlstand, produzierten innenpolitische Stabilität und unterstützten den Kurs des Präsidenten. Aber diese Entwicklung hatte ihren Preis: Die Ausgestaltung und die Weiterführung des demokratischen Anbahnungsverhältnisses erzielte und die Opposition ausgeschaltet werden, aber die politischen Konflikte zwischen Staatsduma und Präsident verlagerten sich in die Präsidialadministration und in den Regierungsapparat. Mangelnde gesellschaftliche Korrektive

und die fehlende Kontrolle durch die Parlamente führten dazu, dass die Macht der ineffizienten und korrupten Bürokratie zunahm und die unter Jelzin grassierende Korruption, Verfälschung und der Missbrauch von Macht nun auch auf die neuen Kader der Machtelite übergriffen.

Trotz überwältigender parlamentarischer Mehrheitsverhältnisse geriet die Politik des Kremls in einen gefährlichen Strudel der Entscheidungsunfähigkeit, denn den bürokratischen Machtgruppen fehlt die Antriebskraft zur Modernisierung des Landes.

POLITISCHE SPIELREGELN HABEN SICH VERÄNDERT

All diese Entwicklungen indizieren, dass sich die politischen Spielregeln selbst zwischen der ersten und zweiten Amtszeit des Präsidenten folgenreich verändert haben. Stand die erste Amtsperiode ganz im Zeichen der „Vertikalen der Macht“, nämlich der Rückgewinnung von staatlicher Autorität und suchte der Präsident seine Position zu festigen, indem er die Balance zwischen den rivalisierenden Interessengruppen zu wahren suchte, so wurden diese Bedingungen in der zweiten Amtsperiode durch die Ausschaltung noch so einflussloser Oppositionsgruppen und die Gleichschaltung und Kontrolle der Medien ersetzt. Das ist nicht ungewöhnlich für die russische Entwicklung, wenn nicht, wie in der späten Breschnew-Zeit, die Antriebskräfte der Gesellschaft dadurch ausfallen würden.

Gewissermaßen schlägt nun die Mausefalle des Zentralismus und der Machtkonzentration zu. Denn in der Tat, das Korruptionsgeflecht von käuflicher Staatsbürokratie und oligarchischen Interessengruppen funktioniert wie eh und je, nur in anderer Anordnung und unter anderer Regie. Nach Michail Delyagin leitete die Ablösung der oligarchischen

Interessengruppen nicht etwa eine stärker durch den Staat geförderte Entwicklung ein. Im Gegenteil: Resultat dieser neuen Symbiose von korrupter Staatsbürokratie, oligarchischen Interessengruppen und den Machtgruppen aus den Sicherheitsstrukturen, also den „Siloviki“, die seit 2000 nach oben gespült wurden, sei ein Epauletten-Kapitalismus, behauptet Delyagin.³ Die neue Machtsymbiose von politischem Autoritarismus und neoliberaler Wirtschaftspolitik lasse die illegalen Praktiken der Privatisierung unangetastet, trotz der Kampagne gegen Michail Chodorkowski und der Zerschlagung von Jukos.

DIE „PERSONIFIZIERTE MACHT“ PUTINS

Das neue System gründet auf die „personifizierte Macht“ des Präsidenten, die wiederum auf den Prinzipien von Unterordnung, Loyalität und administrativem Druck beruht und sich scheut, die Modernisierungsziele konsequent zu implementieren. Letztlich resultiert daraus ein Legitimations- und Realitätsverlust der Machteliten, weil die Beziehungen zur Gesellschaft verloren gehen. Sie werden durch Manipulation ersetzt. In letzter Konsequenz wird der Präsident, weil er durch die Informationspolitik der Bürokratie und der „Siloviki“ von der Realität des Landes abgeschirmt wird, zum Gefangenen der eigenen autoritären Tendenzen.⁴ Die tragischen Ereignisse der Geiselnahme in Beslan vom September 2004 bestätigen diesen Sachverhalt. Eine Aufklärung über die Mitschuld der eingesetzten Sicherheitskräfte am Tode der Kinder und Zivilisten wurde verhindert, und schenkt man den Müttern der Opfer Glauben, die am Jahrestag der Tragödie Putin im Kreml aufsuchten, so war der Präsident über den wirklichen Ablauf der Geschehnisse einseitig und falsch unterrichtet worden.

Grigori Jawlinski, Führer der liberalen Partei Jabloko, spricht dann auch die Einstellung von großen Teilen der Bevölkerung aus, wenn das Verhältnis „Macht“ und Gesellschaft angeschnitten wird: „Does anyone really count on this government when push comes to shove? The answer is no. We count on our friends, on dumb luck, on fate, when you get right down to it. (...) And without recognizing these basic truths the state does not possess strength, prestige or ideology.“⁵

PUTINS ANSPRUCH WURDE ZUR FIKTION

Eine „Nomenklatura-Opposition“ (Maxim Sokolow, Iswestija) hat sich formiert, die nicht Produkt äußerer Drucks von Interessengruppen ist, sondern im Herrschaftsapparat entstand, weil die politische Kontrolle der Bürokratie durch die Gesellschaft und das Parlament nicht mehr gegeben ist. Die Ziele der Putin-Administration, der Korruption Einhalt zu gebieten, sie zurückzudrängen und dem Rechtsstaat zum Durchbruch zu verhelfen, sind vorerst gescheitert. Der eigene Anspruch, die „Diktatur des Gesetzes“ durchzusetzen, ist zur Fiktion geworden, die rituell in den jährlichen Ansprachen an die Nation beschworen wird. Ähnlich steht es mit den präsidentialen Bekundungen zur russischen Demokratie und Zivilgesellschaft. Die Machtelite um den Präsidenten, jene Prätorianer aus den Sicherheitsstrukturen, konnten zwar die „politischen Kommandohöhen besetzen“, aber sie wurden gleichsam zum Teil des korrupten Systems. In unheilvoller Weise erinnern die Ansprachen des Präsidenten an die Nation an die Appelle des früheren Revolutionsführers Lenin, kurz

vor seinem Tode, als er die Allmacht und Willkür der damaligen Bürokratie geißelte und davon sprach, dass die Bolschewiki nur ein „Tropfen“ im alten Herrschaftssystem wären.

Ohne eine durchgreifende Reform der Administration jedoch bleiben Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, Eindämmung der Korruption und Kontrolle bürokratischer Entscheidungen, letztlich das gesamte Projekt der Modernisierung, auf der Strecke.

WIE LANGE LÄSST SICH DER WIDERSPRUCH AUSSITZEN?

Fest steht, dass der Kreml diesen Widerspruch zwischen eigenen Zielen und der Realität nicht beliebig lange aussitzen kann. Denn unter der Oberfläche politischer Stabilität, die ein Produkt aus gleichgeschalteten Medien und entmündigter politischer Opposition ist, schreiten die gesellschaftlichen Differenzierungsprozesse, die Ausformung von wirtschaftlichen und somit auch von politischen Interessengruppen weiter voran. Die plurale Interessenstruktur einer sich synchron mit der wirtschaftlichen Integration und Differenzierung formierenden Gesellschaft kann nicht ohne gravierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Rückwirkungen abgekappt werden. Zudem, mit fortschreitender Internationalisierung und Diversifizierung der russischen Wirtschaft, Prozesse also, welche die gesellschaftliche Entwicklung antreiben, verblassen auch frühere Stabilisierungserfolge, weil sich das System von der chaotischen Jelzin-Ära fortbewegt und eigene Formen und Beziehungen geschaffen hat. Es wird an seinen eigenen Maßstäben gemessen. In diesem Kontext treibt das Modernisierungsprojekt auf einen entscheidenden Punkt zu. Entweder werden administrative Reformen und der Kampf gegen die korrupte Staatsbürokratie eingeleitet oder das verselbstständigte Handeln der Staatsapparate verschlimmert sich und untergräbt die Legitimation des Regimes.

Doch wer und wie soll der sich verschärfende Widerspruch zwischen Reformzielen und der Wirklichkeit aufgehoben werden? Die alten wie neuen Oligarchen sind dazu kaum imstande, eine kompetente und nicht korrupte Bürokratie fehlt und die politischen Machtgruppen um Edinaja Rossia und die Kremladministration sind zu schwach, zu heterogen und ohne Initiative. Hier rächt sich, dass der Kreml – entgegen eigener Ankündigungen – den Aufbau einer programmatischen und gesellschaftlich verankerten Partei vernachlässigt hat. Oder aber gravierender, dass ein solches Projekt an den Widersprüchen und Konflikten innerhalb der Kremladministration bislang scheiterte.

Denn von der „Partei der Macht“, Edinaja Rossia, die bemüht ist, sich „liberal“ und „links“ zu positionieren, kann kaum die Metamorphose zu einer demokratischen und gesellschaftlich verankerten Reformpartei erwartet werden. Und die umtriebige Partei Rodina („Heimat“), die sich aktiv in die Welle der sozialen Proteste einbrachte, die das Land seit Jahresbeginn 2005 überrollten, hat ihren inneren Klärungsprozess noch nicht abgeschlossen. Sie scheint zudem den zugebilligten Handlungsspielraum als „loyale Opposition des Präsidenten“ überschritten zu haben und ist durch Interventionen des Kremls in arge Bedrängnis gebracht worden.

Ihre Radikalität in sozialen und nationalen Fragen polarisiert und einige Gruppen in dieser Allianz hängen extrem rassistischen und chauvinistischen Ideen an, die auf internationale Ablehnung stoßen und auch innenpolitisch kaum dazu dienen, einen

gesellschaftlichen Konsens herzustellen. Falls Rodina überleben sollte oder vielleicht sogar mit Edinaja Rossia zu einer neuen Partei fusioniert wird, bleibt im Hinblick auf die Wahlen zur Staatsduma 2007 die Frage offen, ob es der Führung gelingt, das neue Parteikonstrukt auch für Mittelschichten wählbar zu machen. Nur wenn sie sich von extremen Positionen des Rassismus und Chauvinismus befreit, kann aus ihr eine neue, gesellschaftlich verankerte Machtbasis des neuen Präsidenten nach 2008 entstehen.

WIDERSPRÜCHE DER MACHT UND SCHWELENDE VERTRAUENSKRISE

Wer sind die gesellschaftlichen Agenten der Modernisierung? Oder verläuft die Modernisierung getreu den Traditionen der alten Sowjetunion, nämlich als Revolution von oben, die mit technokratischen Kadern auf die physische Umgestaltung der Wirtschaft und des politischen Systems allein gerichtet ist und normative wie emanzipatorische Ziele außer Acht lässt?

Letzteres glaubt Grigori Jawlinski, der ewige Präsidentschaftskandidat und das Gewissen der aufrechten Demokraten des postsowjetischen Russland. Unlängst schrieb er in der *Moscow Times*⁶, dass sich der Kampf für die nächste Runde von Duma- und Präsidentschaftswahlen 2007 und 2008 bereits abzeichnet. Die verbliebenen alten Oligarchen, die sich heute gern als Verfechter liberaler und demokratischer Ideen präsentieren und mit Hilfe einer Schar ausländischer und russischer Polit-Technologen und Journalisten – zu anständigen Honoraren – das Image anschaulich pflegen lassen, treten gegen die neuen Oligarchen aus den Sicherheitsstrukturen an, die mit Putin in Machtpositionen gehievt wurden. Jene neuen Oligarchen verfolgen kaum andere Ziele als die alte Oligarchie, obwohl letztere im Unterschied zur ersten Gruppe ihre Macht vom Staat entlehnen. Demzufolge fehlt beiden oligarchischen Gruppen jedwede Vorstellung für die gesellschaftliche Entwicklung Russlands. Sie sind am Status quo des Machterhalts und der Mehrung ihrer wirtschaftlichen Privilegien interessiert. Die Vorstellung, dass Reformen und Modernisierung in einen normativen Bezugsrahmen von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit eingebettet sein sollen, ist solchen Machtträgern fremd.⁷

Aber die autoritäre oder technokratische Modernisierung sei keine Option oder ein „dritter Weg“ kritisiert Jawlinski zu Recht. Für Russland gibt es nur die Alternative der Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft oder die Suche nach einem Platz an der Peripherie.

DIE REFORMPLÄNE JAWLINSKIS

Das größte Hindernis für wirkliche Reformen sei der Zustand des Herrschaftssystems, das sich in der vergangenen Dekade der Transformation herausgebildet hat und dem es an Legitimation und pluralistischer Offenheit mangle. Daraus resultiert die sich verschärfende Vertrauenskrise in die Politik. Nur wenn sich das System neuen sozialen Gruppen öffne und gleichzeitig den Einfluss organisierter Interessengruppen, insbesondere den der Oligarchie und den des Großkapitals, zurückdränge, sowie für mehr Transparenz bei wichtigen politischen Entscheidungen und für Rechtsicherheit Sorge, könne die Vertrauenskrise überwunden werden. Ein wichtiger

Schritt wäre die Beseitigung der Rechtsunsicherheit, die aus der kriminellen und bürokratisch korrupten Privatisierung der 1990er-Jahre entsprang sowie die Reform des Justizwesens.

In einem weiterführenden Beitrag konkretisiert Jawlinski seine Vorschläge. Weil ökonomisches Wachstum nicht automatisch zu einer effektiveren und weniger korrupten Verwaltung führe und auch die institutionellen Grundprobleme des Landes nicht beseitige, müssten „institutionelle“ Reformen Priorität genießen. Solche Reformen seien die Voraussetzung für nachhaltiges Wachstum, für die Verdoppelung des Bruttoinlandsproduktes und für andere ehrgeiziger Pläne der Regierung. Aber sie seien bislang steckengeblieben oder durch halbherzige Maßnahmen wie die Umbesetzungen von Personen, durch die Umbenennung oder Zusammenführung von Ministerien camouffliert worden. Kern der institutionellen Reform sei:

- die Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit und Effizienz durch besser ausgebildete und besoldete, daher auch höher motivierte, kreative und talentierte Kader in der Verwaltung;
- die Stärkung eines effizienten und unparteiischen Rechtswesens zur Abwehr des organisierten Verbrechens, zur Bekämpfung der Korruption und zur Rückdrängung organisierten Machtmissbrauches;
- die Garantie des freien Zugangs zur Information und der Schutz der Informationsfreiheit sowie
- die Restrukturierung des Sozialstaates.

Das Reformvorhaben müsse durch wirtschaftliche Erneuerungskonzeptionen abgestützt werden. Jawlinski scheint bei seinen Überlegungen über den eigenen marktliberalen Schatten zu springen, wenn er einerseits vor einer zu mächtigen bürokratischen Regulierung der Wirtschaft warnt, aber andererseits die Rolle des Staates bei der weiteren Entwicklung und Modernisierung der Wirtschaft einfordert. Sein Hinweis auf die Nutzung „europäischer“ Erfahrungen klingt wie eine späte Zurückweisung der angelsächsischen, neoliberalen Konzeptionen, die in der zurückliegenden Dekade die Wirtschaftspolitik des Landes bestimmten und die er selbst propagierte. Staat und Wirtschaft sollten in „Private-Public Partnerships“ zusammenarbeiten und sich arbeitsteilig gegenseitig unterstützen, damit das Land im internationalen Wettbewerb bestehen könne. Das erfordere auch eine loyale und ethisch begründete Unternehmenskultur. „However, it is just as clear that to jump-start the new economy and increase competitiveness, the state needs to get involved in attracting resources and entrepreneurs to particular technologically complex sectors that demand long-term planning and come with higher risks. For this reason, these sectors are inevitably dependent on goodwill from the government. Getting rid of incompetent bureaucratic meddling is a necessary precondition for Russia to join the ranks of the developed, postindustrial economies.“⁸ Und für solche Reform benötige man entsprechend qualifizierte und motivierte Kader. Damit spricht Jawlinski das zentrale Problem an, das bereits gegen Ende der ersten Amtsperiode der Präsidentschaft Putins deutlich wurde.

UNTER DER OBERFLÄCHE GÄRT ES!

Und unter der Oberfläche politischer Stabilität scheint es in der Tat zu gären. Nicht nur das anfangs des Jahres 2005 Hunderttausende Sozialhilfeempfänger, Rentner, Pensionäre, Veteranen, aber auch

Studenten für mehr Rechte und Verbesserungen ihres Lebensunterhaltes auf die Straße gingen und demonstrierten, Zukunftsängste scheinen generell große Schichten der russischen Bevölkerung erfasst zu haben.

So veröffentlichte das führende unabhängige Institut für Meinungsbefragungen, das Juri Lewada-Zentrum, im Juni 2005 erstaunliche Umfrageergebnisse. Zwischen 2004 und 2005 scheint sich ein fundamentaler Stimmungswandel in der russischen Bevölkerung vollzogen zu haben. Trotz anhaltenden wirtschaftlichen Wachstums, allerdings mit abgeschwächten Raten, trotz Währungsstabilität und kontrollierter Inflation, trotz innenpolitischer Stabilität und erworbener internationaler Anerkennung und auch trotz der Tatsache, dass die Regierung aufgrund der positiven Haushaltslage an die Realisierung von wirtschaftlichen und sozialen Zielen ging, sank das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik und Zukunft des Landes. Laut Umfrage meinten erstaunliche 43 Prozent der Befragten, das Land steuere auf Chaos und Anarchie zu.⁹ Nur 2 Prozent teilten im Jahre 2004 solch pessimistische Einstellung. Vor dem Hintergrund einer im europäischen und internationalen Kontext erfolgreichen Wirtschaft, steigender Realeinkommen und innenpolitischer Stabilität ist ein solcher Stimmungswandel trotz des anhaltenden Krieges in Tschetschenien schon sensationell. Themen wie Rechtssicherheit, innere Sicherheit und Stabilität dominieren mit 63 Prozent die Agenda kommender Befürchtungen. Im Jahr zuvor rangierten sie mit 16 Prozent weit hinten.

Im gleichen Zeitraum ging die Zahl derer, die annehmen, Putin würde das Land in Richtung Demokratie entwickeln von 55 Prozent auf 20 Prozent zurück. Jedoch blieb die Zahl derer, die eine autoritäre oder gar schlimmere politische Entwicklung befürchteten mit 8 Prozent konstant. Die Ängste der Bevölkerung vor Chaos und Anarchie können eben nicht auf demokratische Defizite in der Entwicklung des Landes zurückgeführt werden, wie ausländische Medien gebetsmühlenartig immer wieder betonen. Demokratie ist für große Teile der russischen Bevölkerung ein importiertes Kunstprodukt, dass zudem noch mit materiellen Entbehrungen, sozialem Abstieg, Existenzängsten, Korruption, Raub des Staatseigentums und Herrschaft des Verbrechens assoziiert wird. Hier wirkt das Chaos der Jelzin-Ära unheilvoll nach.

EINE NEUE QUALITÄT DER VERTRAUENSKRISE

Einleuchtender und als mögliche Erklärung für solche Einstellungen scheint der aus westlichen Demokratien hinlänglich bekannte Zusammenhang, dass die von der politischen Führung geweckten materiellen und sozialen Erwartungen nur unzulänglich oder nicht erfüllt werden können. Daraus folgt die „Revolution of rising expectations“, wie man solch ein Phänomen etwa im US-amerikanischen Zusammenhang der 1970er-Jahre beschrieb.

Falls die Erwartungen schneller steigen als sie der Staat zu erfüllen vermag, sinkt das Vertrauen in die Politik von Präsident und Regierung, die Zukunft zu meistern. Das ist keine Frage der demokratischen Ausgestaltung von Politik und Gesellschaft. Der Unterschied zwischen den steigenden Erwartungen und den tatsächlichen Wirkungsmöglichkeiten des Staates beschreibt die neue Qualität der Vertrauenskrise, die sich von den Ängsten, die in der Jelzin-Zeit grassierten, grundlegend unterscheidet. In der Jel-

zin-Ära stand die Meisterung des Überlebens im Vordergrund der existenziellen Angst. Nun jedoch, nach fünf Jahren nachhaltigen und imposanten Wachstums und gewonnener innenpolitischer Stabilität wie internationaler Anerkennung hat sich der Lebensstandard der Bevölkerung verbessert, hat sich die Gesellschaft differenziert und ist eine relativ starke Mittelklasse entstanden. Die Binnennachfrage nach Nahrungsmitteln und Konsumgütern ist gestiegen. Konsumentenkredite und Kreditkarten haben zugenommen und die Nachfrage nach Autos, Mobiltelefonen, PCs und Privateigentum an Immobilien scheint ungebrochen. Eine Konsumkultur setzt sich durch und erfasst die urban-industriellen Zentren des Landes. Aber im gleichen Maße ist das Vertrauen nicht gewachsen. Eher das Gegenteil ist der Fall:

„Few are confident that the president and the government are capable of addressing daunting issues like terrorism, inflation and social protection. If this gap is growing despite a positive economic outlook, it is hard to imagine what would happen in a time of economic contraction.“¹⁰

DER VERTRAUENSBONUS IST AUFGEZEHRT

Die sozialen Proteste des Jahres 2005 sind daher keine Randerscheinung. Angesichts zunehmender politischer Immobilität und Konflikten zwischen den Ministerien und innerhalb der Kremladministration scheint der Vertrauensbonus, den der Präsident bislang hatte, aufgezehrt. Noch richtet sich die Kritik nicht direkt gegen den Kreml, eher stehen die Regierung und die „Partei der Macht“, Edinaja Rossia („Gemeintes Russland“), im Fadenkreuz des Unmutes. Aber eines scheint gewiss, die alte Herrschaftsformel, dass der Konsens unter den Machtgruppen allein Stabilität gewährt, scheint aufgebraucht. Nur, angesichts der Abwesenheit oppositioneller Parteien, aber auch aufgrund fehlender kritischer Medien ist es schwierig, die Tiefe und das Ausmaß von gesellschaftlicher Entfremdung und Misstrauen gegen das System Putin zu messen. Solche Umfragen sind wichtig, aber leider nur momentane Stimmungsbarometer. Sie sagen wenig über die Aktionsbereitschaft der Gesellschaft und ihrer Gruppen aus. Russlands Entwicklung ist gegenwärtig in ein Stadium eingetreten, in dem die herrschende Partei Edinaja Rossia in den beiden parlamentarischen Kammern, nämlich der Staatsduma und dem Föderationsrat, eine Zweidrittelmehrheit besitzt, in der, abgesehen von einigen Inseln bei den Printmedien, vor allem die elektronischen Medien gleichgeschaltet sind oder unter staatlicher Kontrolle stehen und in der die traditionellen Großverbände der Unternehmer und der Arbeitnehmer in die Machtvertikale des Kreml unter unbestrittener Führung des Präsidenten eingegliedert sind. Gleichlaufend zur vertikalen Machtkonzentration beim Staatspräsidenten wurde der seit der Jelzin-Zeit mehr als pluralistisches Gegengewicht zum Kreml fungierende russische Föderalismus zurückgebaut, so dass man im Ergebnis weder von einer funktionierenden Gewaltenteilung sprechen kann, noch eine wirkungsvolle Opposition im Parlament vorhanden ist. Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen als Korrekturfaktor im politischen Leben des Landes nur eine untergeordnete Rolle. Das Regime und die Machtelite werden politisch nicht mehr kontrolliert, verfügen aber dennoch über ein recht hohes Maß an gesellschaftlicher Zustimmung.

SOZIALREFORMEN LÖSEN MASSIVE PROTESTE AUS

Der Realitätsverlust der neuen Machtelite und des Kreml zeigten sich in dramatischer Weise bei der Sozialgesetzgebung und bei der Einschätzung der politischen Entwicklungen in der Ukraine am Jahresende 2004.

Die massiven, anhaltenden Proteste gegen den gewiss überfälligen Umbau des alten, noch teilweise aus der Sowjetära übernommenen Systems sozialer Privilegien und Vergünstigungen haben das System Putin unvorbereitet getroffen. Die neuen Bestimmungen ersetzen noch gültige Privilegien, dass Veteranen, Rentner, Kriegsinvaliden und andere soziale Problemgruppen ab dem 1. Januar 2005 ihre Anrechte auf unentgeltliche medizinische Versorgung, auf freie Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel, auf subventionierte Medizin, Mietnebenkosten und freie Ortsgespräche verlieren. Die materiellen Begünstigungen wurden durch geringfügige finanzielle Aufbesserungen der Renten kompensiert. Gegen diesen Umbau des Sozialsystems richteten sich die Massenproteste der Betroffenen. Und die Nervosität der Regierung schien auch dadurch bedingt, dass die Umstellungen auf Finanztransfers auch soziale Gruppen traf, auf deren Loyalität sich das System bislang bedingungslos verlassen konnte: Militärs und Sicherheitsdienste.¹¹

Selbst die Popularität des Präsidenten blieb durch die Proteste nicht unberührt. Nach Umfrageergebnissen des schon erwähnten Lewada-Instituts bekundeten nur noch 39 Prozent, dass man Putin vertrauen könne.¹² Im Vergleich dazu pendelte die Popularitätsrate des Präsidenten von 2000 bis 2004 zwischen 60 und 70 Prozent. Diese Daten wurden von regimenahe Instituten bestätigt. So stellte die Public Opinion Foundation Mitte Januar 2005 einen Rückgang von 22 Prozent in der Popularität des Präsidenten fest. Nur noch 43 Prozent der Befragten würden erneut für Putin votieren. Der Umfrage nach bewerteten nur noch 33 Prozent der Befragten die Arbeit ihres Präsidenten als „sehr gut oder gut“. 17 Prozent erteilten ihm die Noten „schlecht oder sehr schlecht“.¹³ Ursache, so das Lewada-Zentrum, für den Popularitätsverlust von Präsident und Regierung seien die umstrittenen Sozialreformen. Erstmals fiel auch Putins Popularität bei jungen Menschen im Alter zwischen 18 und 25 Jahren.¹⁴

AUCH KREMLTREUE ZEIGEN WACHSENDEN UNMUT

Die Proteste und der Unmut über die Sozialreform erfassten auch spezifische Gruppen, auf die sich die Regierung und der Kreml bislang immer hatten stützen können. Mehr als 80 Prozent der Militärs und Sicherheitsdienste lehnten, wie eine Interfax-Umfrage belegt, die Umstellung der Vergünstigungen auf finanzielle Zuwendungen ab. Ein weiterer Indikator für den wachsenden sozialen Unmut unter den Bediensteten der Sicherheitsbranchen waren die schlechten Arbeitsbedingungen und zu geringe Bezahlung. Eine Umfrage des Verteidigungsministeriums zeigte, dass der schon extrem niedrige Zufriedenheitsindikator von 20 Prozent im Januar 2005 auf 5 Prozent fiel. Die finanziellen Belastungen durch den Wegfall von unentgeltlichen Vergünstigungen steigerten den Unmut nochmals.¹⁵ Nicht, dass die Proteste organisiert erschienen oder eine politische Systemkrise auslösten. Gewiss, die KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation) suchte sich in die spontanen Protestbewegungen, die das gesamte Land erfassten, einzubringen. So auch die nationalistische Parteiführung von Rodina („Heimat“), die bereits in der Kampagne gegen Chodorkowski 2003 für einen Politikwechsel eintrat und den antioligarchischen Kampf mit Forderungen nach einer Wende in der Wirtschaftspolitik verband. Sie forderten eine hohe Besteuerung von Windfall Profits aus den Energieexporten und die Hinwendung zum Aufbau einer modernen und effizienten Infrastruktur, die Unterstützung von Bildung und Hochtechnologie, die selektive Förderung von wettbewerbsfähigen Industrieprodukten sowie den Ausbau der Sozialsysteme. Der Führer von Rodina, der umtriebige Dimitry Rogozin, trat sogar mit vier seiner Parteimitglieder in einen symbolischen Hungerstreik, um ein Moratorium für die Sozialgesetzgebung durchzusetzen. Zusammen mit den Kommunisten brachte Rodina, eher ein symbolischer Akt, ein Misstrauensvotum gegen die Regierung ein, dass aber an den Mehrheitsverhältnissen scheiterte. Selbst Michail Gorbatschow, der sich bislang mit Kritik am Präsidenten zurückhielt, und eher dessen Politik gegenüber dem Ausland zu erklären versuchte, stimmte in das Konzert der Kritiker ein und warnte in einem Interview in der Tageszeitung Nesavisima Gazeta¹⁶ davor, dass Putin in Gefahr sei, seine über die Jahre angesammelte Popularität zu verlieren. Die neue Gesetzgebung belege nicht nur die Distanz zwischen Regierung und Volk, sondern auch die zynische Vorgehensweise der herrschenden Machteliten und der korrupten Bürokratie, die sich nicht um die gesellschaftlichen Konsequenzen ihres Handels schere. Bereits zum zweiten Mal hat Gorbatschow innenpolitisch interveniert. Im September 2004 kritisierte er die weitere Aushöhlung des föderalen Systems durch die Ernennung der Gouverneure. Nun ging er noch einen Schritt weiter und bemängelte, dass der zentralistische Kurs die demokratischen Freiheiten im Lande zu untergraben drohe.¹⁷ Über die umstrittene Sozialgesetzgebung scheidet auch die mühsam und repressiv hergestellte Disziplinierung der regionalen Machthaber wieder aufzubrechen. So verkündete der Regierende Bürgermeister von Moskau, Juri Luschkow, dass er zusätzlich zur monetären Umstellung der Sozialleistungen gewillt sei, am alten System der Privilegien festzuhalten. Andere Gouverneure zeigten sich außerstande, die neuen Maßnahmen umzusetzen und befürchteten angesichts unzureichender Vorgaben,

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

dass sich die Auszahlungen in den Regionen verzögern und es demzufolge zu militanten Auseinandersetzungen kommen könnte.

Auch extremistische Randgruppierungen wie die National-Bolschewiken, Viktor Anpilows „Arbeits-Russland und die Rote Jugend Avantgarde“ und die bislang kaum sozialen Fragen zugänglichen liberalen Parteien der Mitte wie Jabloko und die Union der Rechten Kräfte (SPS) suchten ihre Chance.

DIE WUCHT DER PROTESTE ÜBERRASCHTE

Denn die Wucht der Proteste überraschte. Spontane Demonstrationen waren in der Vergangenheit nicht nur spärlich gesät, sondern auch seit der ersten Amtsperiode Putins mit ihren politischen Stabilisierungserfolgen nahezu in Vergessenheit geraten. Zweifellos, die Abwicklung des Jelzin-Systems löschte auch die Erinnerung an spontane Massendemonstrationen am Ende der Sowjetunion aus. Damals belagerten die gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter mehrfach das Weiße Haus in Moskau der frühen 1990er-Jahre, und als Folge der großen Finanzkrise vom August 1998 blockierten Arbeiter Eisenbahnlinien und Hauptverkehrsadern. Urpötzlich entstand eine Ahnung, dass Schichten der Bevölkerung durchaus in der Lage sind, auch ohne Mithilfe von politischen Parteien, ihre gesellschaftlichen Anliegen vorzutragen. Das Gespenst einer selbsttätigen russischen Zivilgesellschaft ging urplötzlich um. Überall im Lande formierten sich Ad hoc-Komitees wie die „Union der Wohlfahrtsempfänger“ in Woronesch, das „Öffentliche Komitee für die Verteidigung von Bürgerrechten“ in Mordowia oder der „Zivile Widerstandsrat“ in Sankt Petersburg.¹⁸ Für einen Moment schienen die Atomisierung der russischen Gesellschaft und die Flucht der Bürger in den Konsum aufgehoben. Die Proteste enthüllten nicht nur grundlegende Interessenstrukturen der Gesellschaft, sondern auch die Bereitschaft sozialer Gruppen, sich für gesellschaftliche Ziele einzusetzen und soziale Verantwortung zu übernehmen. Und die friedlichen Proteste hielten mehr als einem Monat an. Mehr als eine viertel Million Menschen demonstrierten am Wochenende des 13. Februar 2005 in 70 Städten landesweit gegen die Abschaffung der sozialen Privilegien. Und Anzeichen der politischen Polarisierung mehrten sich. Forderungen zum Rücktritt der Regierung und des Präsidenten wurden laut. Alte

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

SCHLECHTE PRESSE FÜR PUTIN: RUSSISCHE SOLDATEN LESEN AM 17.8.2000 IN MOSKAU DIE NEUESTEN NACHRICHTEN VON DEM U-BOOT-UNGLÜCK IN DER BARENTSEE. DAS DRAMA UM DIE 118 EINGESCHLOSSENEN SEELEUTE IN DEM ATOM-U-BOOT „KURSK“ HAT PUTIN ERSTMALS SCHARFE KRITIK EINGEBRACHT. DER PRÄSIDENT SCHWIEG TAGELANG ZU DER TRAGÖDIE, ER ZÖGERTE, WESTLICHE HILFE ANZUNEHMEN, UND SETZTE SEINEN URLAUB AM SCHWARZEN MEER FORT.
picture alliance / dpa

und neue Symbole des Protestes tauchten auf. Neben den roten Fahnen der alten Generation trugen junge Menschen den orangefarbenen Schal der Kiewer Revolution. Nicht dass sie Kiew und Moskau gleichsetzten oder gar den Gang der Ereignisse in Kiew unterstützten. Für die jungen Mitglieder aus den liberalen Parteien wie Jabloko wurde die Farbe Orange das Symbol von Freiheit und Demokratie einer selbsttätigen Zivilgesellschaft.

Im April 2005 flackerten die Proteste erneut auf. Diesmal protestierten ca. 4.000 Studenten vor dem Weißen Haus in Moskau und forderten höhere Stipendien, bessere Unterbringung in Wohnheimen, Beibehaltung der Studiengeldfreiheit und verbesserte Bezahlung der Lehrkräfte.¹⁹ In Nischnij Nowgorod protestierten am Vortag an die 3.000 Studenten. Die Aktionen richteten sich gegen Reformpläne der Regierung, die Studiengebühren zu erhöhen und die Universitäten partiell zu privatisieren.²⁰

„ORANGENE REVOLUTION“ ERHÖHTE DEN REFORMDRUCK

Im Kontext der „orangefarbenen“ Ereignisse und des Machtwechsels in Kiew, die den Kreml außenpolitisch in die bedrohliche Nähe selbstverschuldeter Isolation brachten, verschärften die massiven Proteste die bereits schwelenden Konflikte zwischen den Herrschaftsfraktionen über den wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs der Regierung. Kernelemente der Reform mussten zurückgenommen werden. Der Druck auch innerhalb der Parlamentsfraktion von Edinaja Rossia auf Modifikation und teilweise Rücknahme der Vorhaben war groß. Es ist anzunehmen, dass der gewerkschaftliche und sozialpolitisch aktive Teil der Edinaja Rossia-Fraktion unter Andrej Isajew, aber auch die stellvertretende Sprecherin der Staatsduma, Lyubow Slika, sich für eine Korrektur der Maßnahmen einsetzten.²¹ Der Kreml reagierte überraschend schnell. Der für infrastrukturelle Vorhaben und Notfälle zurückgelegte Stabilisierungsfond, dessen Volumen im Sommer 2005 auf ca. 50 Milliarden US-Dollar angewachsen war, wurde zur Aufbesserung der Pensionen, für Kriegsinvaliden und Tschernobyl-Veteranen sowie für Steuererleichterungen erstmals angezapft. Insgesamt wurden 4,1 Milliarden Dollar sofort für die Erhöhungen der Renten und Pensionen bewilligt. Gleichzeitig nahm der Druck auf die Minis-

ter German Gref, Alexei Kudrin und Michail Zurabow zu, die als Neoliberale für die Härte der Sozialreform verantwortlich gemacht wurden. Gegen ihren Widerstand wurden die Sozialausgaben und Aufwendungen für Pensionen und Renten für 2005 um 11 Prozent erhöht.²²

DIE GRUNDFRAGE NACH DER VERANTWORTUNG BLEIBT

Damit war das Problem zwar einer technischen Lösung zugeführt, aber die Grundfrage nach der Effizienz und der Verantwortung des Systems blieb, nämlich wie können Krisen vermieden und strategische Entscheidungen getroffen werden, wenn die bestehenden Machtstrukturen die Verbindung mit der Bevölkerung verloren haben. Die unzureichenden Ansätze der administrativen Reform des letzten Jahres habe das System nicht handlungsfähiger gemacht, behauptet Igor Schuwalow, der Beauftragte des Kremls für die Kontakte zur Gruppe der G-8-Staaten,²³ Entscheidungen würden aufgeschoben. Und dies sei nicht nur der Fall auf der nationalen Ebene der Politik, sondern habe das gesamte politische System erfasst. Das alte sowjetische Gesellschaftsspiel sei wieder in Mode: kto winowat? („Wer ist schuld?“) Und untrennbar mit diesem Spiel kamen Verschwörungstheorien gegen den Präsidenten, gegen Russland in Umlauf.

Denn Schuld haben jeweils die anderen. Der Kreml kritisierte das Kabinett und wies der „Partei der Macht“, Edinaja Rossia, die Schuld zu, die sozialen Reformgesetze nicht sorgfältig genug ausgearbeitet zu haben. Diese wiederum beschuldigten die Oligarchen. Jene nicht unvorbereitet, brachten durch den Russischen Industriellen- und Unternehmerverband (RSPP) die regionalen Machthaber in die Schusslinie, die sich auf diese Weise gegen den erlittenen Machtverlust hätten rächen wollen. Schließlich sattelten die Sicherheitsdienste noch darauf und setzten das Totschlagargument von „gewissen ausländischen Kreisen“ in Umlauf, deren Wirken man ja bereits in Georgien und in der Ukraine habe beobachten können.²⁴ All diese Gruppen suchten sich aus der Verantwortung zu stehlen und sich gegenseitig die Schuld an den Protesten zuzuschreiben.²⁵

DIE OPPOSITION: OHNE CHANCEN UND ALTERNATIVEN

Bemühungen von Demokraten, insbesondere aus dem „Komitee 2008“, die zerstrittenen demokratischen Parteien und Gruppen zusammenzuführen, scheiterten vorerst im Frühjahr 2005. Eine Initiative vom Schachweltmeister Garri Kasparow und dem unabhängigen Dumaabgeordneten Wladimir Ryschkow, die Parteien Jabloko, SPS (Union Rechter Kräfte) und die kleine Gruppe „Unsere Wahl“ von Irina Hakamada zusammenzubringen, scheiterte vorerst. Das „Komitee 2008“ zerfiel. Ryschkow kündigte seinen Rückzug an und suchte in der kleinen Republikanischen Partei von Lysenko eine politische Heimat. Wieder schien sich zu bewahrheiten, was schon seit den letzten Tagen der Jelzin-Ära offenkundig ist. In Russland werden sich, so Yulya Latynina, die Demokraten nie vereinen, aber wie in der Ukraine kann eine vereinte Opposition entstehen.²⁶ Denn, die Bedingungen haben sich verändert. In der Jelzin-Ära konnte man sich um eine prodemokratische und promarktwirtschaftliche Plattform gegen die KPRF (Kommunistische Partei der Russischen Föderation)

vereinen. Heute, im System Putin, finden sich ähnlich viele Marktverfechter in den Reihen von Edinaja Rossia wie bei der SPS oder bei Jabloko. Nur, wer wagt eine vereinte Opposition „gegen Putin“? Selbst Parteien wie Jabloko und die SPS schrecken davor zurück, denn sie sind auf ihre Weise Teil des Systems geworden. Die Wahl des Vizegouverneurs von Perm, Nikita Beluch, und des Vorstandsvorsitzenden des russischen Stromkonzerns RAO UES, Leonid Gosman, zu Vorsitzenden der Union der Rechten Kräfte (SPS), bestätigt die These, dass die SPS nie einer Oppositionsbewegung gegen den Kreml, d.h. gegen Putin, beitreten würde.

Zu einem Zusammenschluss der Demokraten und Gegner Putins unter dem Dach von Jawlinskis Partei Jabloko können sich aber die wenigsten durchringen. Hier spielen weniger politische Überlegungen eine Rolle als subjektive Faktoren. Jawlinski gilt als anachronistisches Überbleibsel einer längstvergangenen Dissidentenkultur, die in den Transformationswirren der Jelzin-Ära ihre politische Chance verpasste.

DIE PERSPEKTIVE: 2007/2008

Wir haben anfänglich Jawlinskis These aufgegriffen, dass zwischen den Zielen der alten und der neuen Oligarchie kaum Unterschiede festzustellen sind. Beide Gruppen kämpfen um die Wahrung ihrer Besitzstände und um die Besetzung von Führungspositionen im Kreml. Und erinnern wir uns: Wladimir Wladimirowitsch Putin wurde im Jahre 2000 aufs Schild gehoben, weil ein Kompromiss zwischen den damaligen Machtgruppen aus der „Jelzin-Familie“, den „Tschekisten“ und den „Neoliberalen“ um Anatoli Tschubais aus St. Petersburg gefunden wurde. Dieser Kompromiss war aufgrund der Ergebnisse der Dumawahlen von 1999 möglich geworden und wurde durch die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung gestützt. Mit anderen Worten, die verbliebenen und sich re-gruppierenden Teile der alten Oligarchie, die die Finanzkrise von 1998 überlebt hatten, verhielten sich passiv oder neutral in der damaligen Suche nach dem neuen Führer der oligarchisch-korporatistisch strukturierten Herrschaft. Bis zu den Staatsduma- und Präsidentschaftswahlen 2003 bzw. 2004 traten nachhaltige Veränderungen im politischen Herrschaftssystem auf:

- Es gelang dem neuen Präsidenten Putin das Fehlen von eigenen politischen, administrativen und wirtschaftlichen Ressourcen durch eine Politik der populären Akzeptanz zu kompensieren. Bis heute genießt der Präsident eine erstaunlich hohe Zustimmung, die in der ersten Amtsperiode selten unter 70 Prozent fiel. Selbst nach den Katastrophen von Beslan oder der Katastrophe des gesunkenen U-Bootes „Kursk“ sowie nach den heftigen Auseinandersetzungen um die Reform der Sozialgesetzgebung pendelte sich die Zustimmungsrate bei ca. 50 Prozent ein. Diese Zustimmung verhielt und verlieh gleichsam der Politik Putins gesellschaftliche Legitimation, wie sie in Russland keinem anderen Staats- oder Verfassungsorgan zukommt.
- Auf der Basis der errungenen Wahlerfolge von 1999 und 2003 wurde eine relativ unabhängige, loyale politische Machtstruktur geschaffen, nämlich eine gefestigte und sich zunehmend gesellschaftlich verankernde „Partei der Macht“, Edinaja Rossia. Diese Partei, die mit verbündeten Gruppen in der Staatsduma eine Zweidrittelmehrheit hält, wurde zum politisch-parlamentarischen Umsetzungsorgan des Kremls. Und ob-

wohl Edinaja Rossia weder durch große Namen, charismatische Führer oder eine profilierende Programmatik glänzt und in den Auseinandersetzungen um die Modifizierung der Sozialgesetzgebung Anfang des Jahres 2005 erhebliche Einbußen an Vertrauen bei der Bevölkerung zu verbuchen hatte, gelang die Transformation zu einer durchorganisierten Nomenklatura-Partei. Edinaja Rossia ist auf allen Ebenen der Russischen Föderation vertreten und genießt weitgehend die Unterstützung der lokalen und regionalen Machthaber. Die in der Duma durchgesetzte Veränderung der Partei- und Wahlgesetze wirken sich potenziell positiv für Edinaja Rossia aus, da Listenverbindungen und Parteiblöcke nunmehr ebenso verboten sind wie die Kandidatur von Direktkandidaten. Zudem wurde die Wahlbarriere von 5 auf 7 Prozent angehoben. Nach dem neuen Gesetz ist auch der Wechsel von Abgeordneten zwischen den Parteien untersagt. Sie würden ihr Mandat verlieren.

- Gleichwie, ob Edinaja Rossia in dieser Zusammensetzung oder im Verbund mit einer anderen politischen Bewegung 2007 antreten oder ob die Partei in einer gänzlich neuen Form aufgehen wird, am Umstand, dass der Kreml zur Weiterführung seiner Politik eine ähnlich starke Mehrheit in der nächsten Staatsduma benötigt, ist nicht zu rütteln.
- Denn auf Basis der veränderten Mehrheitsverhältnisse wurde die Staatsduma zum Glied innerhalb der projektierten „Vertikale der Macht“ und zum Erfüllungsorgan der Kremlpolitik. So bedenklich diese Entwicklung auch eingeschätzt werden mag, so wurde sie doch von großen Teilen der russischen Bevölkerung akzeptiert und als „Stabilität“ am Ende des chaotischen Jelzin-Regimes empfunden.
- Das Modernisierungsprojekt des Kremls kann nur mit einer überzeugenden Mehrheit in der Staatsduma und mit Unterstützung des Föderationsrates weitergeführt werden. Von Anbeginn der ersten Amtsperiode Putins entledigte sich der Kreml potenzieller Oppositionsgruppen: Zum einen die regionale Elite und zum anderen die Oligarchie. Damit hat sich die Politik des Kremls vom Einfluss der oligarchischen Gruppierungen, die eine wesentlich mächtigere Position während der 1990er-Jahre der Transformation im russischen Herrschaftssystem als die Parteien einnahmen und das Geschehen zweifellos dominierten, emanzipiert. Die Disziplinierung der regionalen Elite war der erste Machttakt der Putin-Administration 2000, und mit dem Gesetz über die Ernennung der Gouverneure 2005 wurde der föderative Aufbau Russlands fundamental verändert. Der Kampf gegen die Oligarchie begann parallel, aber selektiv. Zuerst wurden Strafverfahren gegen die „Polit-Oligarchen“ eingeleitet. Boris Beresowski und Wladimir Gussinski flohen nach London und Israel. Bis zur Kampagne gegen Chodorkowski im Herbst 2003 hielt eine zwischen der Oligarchie und dem Kreml stillschweigend vereinbarte Absprache, dass man sich gegenseitig nicht in der Arbeit behindern werde. Jene, als „Schaschlik-Abkommen“ bespöttelte Übereinkunft vom Frühjahr 2000 sicherte dem Kreml Handlungsfreiheit gegen seine politischen Gegner und ermöglichte die Konzipierung eines Projektes der wirtschaftlichen, politischen und sozialen wie der außenpolitischen Erneuerung. Nach den nachteiligen innen- wie außenpolitischen Folgen der Chodorkowski-Affäre scheint der Kreml sich wiederum

um eine Neuauflage des Abkommens mit der Geschäftswelt zu bemühen. Bemühungen zur Eindämmung des Schadens sind unverkennbar, dennoch bleiben bei inländischen und ausländischen Investoren berechtigte Zweifel ob der Rechtssicherheit für Investitionen.

ZENTRALISIERUNG DURCHDRINGT ALLE EBENEN

Das alte System sah, wie eingeschränkt und deformiert auch immer, ein gewisses Maß an Checks and Balances vor, wurde aber durch den Ausgang der letzten Dumawahlen zerstört. Die Zentralisierung, kombiniert mit einer korrupten Staatsbürokratie und ohne rechtstaatliche Garantien, durchdringt nun alle Ebenen der Föderation. Das Zutrauen regionaler, lokaler Instanzen zu dezentralen Initiativen wird erstickt. Damit fallen einerseits die nach unten verlagerten Herrschaftsfilter weg, die Proteste absorbieren könnten, und zum anderen werden Entscheidungen nach oben verlagert. Aber auf der Ebene der nationalen Politik ist es kaum anders. Die beiden Kammern der gesetzgebenden Versammlung, die Staatsduma wie der Föderationsrat, sind völlig unter die Kontrolle der Präsidentschaftsadministration geraten und verkümmern quasi zu legislativen Feigenblättern des Kremls. Der am 30. Oktober 2004 eingebrachte Gesetzentwurf zur Ernennung der Gouverneure passierte die Duma ohne Schwierigkeiten, sogar die Mehrheit der Föderationssubjekte stimmte der Kreml-Initiative zu. Mit der Annahme des Gesetzes wurden die seit 2000 eingeleitete Zentralisierung politischer Macht und die Aufhebung regionaler Eigenständigkeit vorerst zum Abschluss gebracht. Die neue Regierung unter Premierminister Michail Fradkow schließlich, ist zum Vollstrecker und Umsetzer der präsidentialen Direktiven geworden. Stillstand, Immobilität und extreme Vorsicht plagten die politische Landschaft. Sie überfrachtet und beschädigt gleichsam das höchste Amt, da Entscheidungen von oben angewiesen werden müssen. Am Ende der Transformation steht der Kreml aufgrund seiner herausragenden Stellung nun voll in der politischen Verantwortung. Jedoch im Unterschied zur Jelzin-Ära, die nur auf rudimentär entwickelte Institutionen des Staates zurückgreifen konnte und kaum Erfahrungen im Umgang mit politischen Akteuren auf dem neuen demokratischen Parkett der postsowjetischen Ära hatte, scheint auch das System Putin es nicht geschafft zu haben, das Übermaß an konkurrierenden Regelungen und Institutionen für ein effizienteres Management der Staatsgeschäfte zu strukturieren.

PUTINS TECHNOKRATISCHER FÜHRUNGSSTIL

An diesem Punkt kommen auch subjektive Faktoren wie Stil und Qualität der Führung ins Spiel. Putins Führungsstil gleicht dem eines abwägenden Technokraten, der solange abwartet, bis der kollektive Konsens zur Entscheidung erzielt wird. So scheint das gesamte „System Putin“ gegliedert. Ebenso ist auch die „Partei der Macht“, Edinaja Rossia, beschaffen. Sie ist zum parteiichen Fortsatz der Apparate des Staates geworden, hat keine erkennbare politische Identität und strebt sie auch nicht an. Eher erfüllt eine solche Aufgabe die Partei Rodina. Sie kritisierte offen die Regierung und setzte die „Partei der Macht“, Edinaja Rossia, unter Druck. Ob es sich hierbei um ein abgekarte-

tes Spiel handelt, um einerseits die Tiefe des Protestes auszuloten und um andererseits den Protest zu kanalisieren, um damit seine potenzielle Sprengkraft zu nehmen, sei dahingestellt. Es fällt nur auf, dass Rodina die Rolle einer aktiven Opposition übernommen hat und Anklang bei der Bevölkerung findet. Die Gefahr, dass das eigene politische Geschöpf außer Kontrolle geraten könnte, zeigte sich erstmals in der letzten Phase des Wahlkampfes zur Duma 2003. Rodina überzog damals die antiloligarchische Kampagne, so dass das fragile, aber austarierte Gleichgewicht zwischen alter Oligarchie und neuer politischer Macht in Gefahr geriet, ausgehebelt zu werden. Damals entzog der Kreml der nationalistisch-sozialistischen Agitation von Rodina seine Unterstützung. Und auch diesmal schien Rodina den gestatteten Freiraum politischer Agitation überspannt zu haben. Im Sommer 2005 erfolgte dann die Abrechnung. Das Parteienbündnis Rodina zerbrach oder wurde zerbrochen. Eine Gruppe von neun Duma-Abgeordneten unter Führung von Sergej Baburin von der Partei „Volkswille“ löste sich von Rodina²⁷ und wurde als neue Fraktion vom Geschäftsführenden Ausschuss der Duma anerkannt. Damit endete vorerst ein monatelanger, hinter den Kulissen ausgetragener Machtkampf zwischen Baburin und Rogozin, der, so die Meinung vieler Beobachter, vom Kreml inszeniert wurde, um Rogozin zu warnen und Rodina zu schwächen.²⁸

DER KREML IM DILEMMA

Die Kritik an Edinaja Rossia ist im Zuge der Sozialreform schärfer geworden. Dies hat Spekulationen wieder belebt, der Kreml würde erwägen, eine neue „Partei der Macht“ zu schaffen. Denn es scheint derzeit undenkbar, dass Edinaja Rossia ein ähnlich gutes Wahlergebnis in den Parlamentswahlen 2007 erzielen kann wie 2003. Damit würde aber ein Grundpfeiler des Putinschen Systems wegbrechen. Der Kreml befindet sich in einem Dilemma. Einerseits ist ungewiss, ob sich Edinaja Rossia vom Makel des Hauptschuldigen an den Sozialreformen befreien kann. Gelingt das nicht, würde der Verlust der Mehrheit in der Staatsduma den Kreml in eine ähnliche Lage bringen wie sie während der gesamten Jelzin-Ära bestand. Andererseits würde ein abruptes Abrücken des Kremls von Edinaja Rossia das gesamte politische System erschüttern. Denn im Unterschied zu den früheren Parteikonstrukten der Macht unter Jelzin (Demokratisches Russland und NDR) aber auch der ersten Amtsperiode Putins (Edinstwo), sollte Edinaja Rossia zum Fundament der politischen Machtstruktur des Präsidenten werden. Die Partei war in der Konzeption des Aufbaus einer eigenen, loyalen Machtbasis von elementarer Relevanz. Erinnern wir uns: Präsident Putin verfügte beim Amtsantritt 2000 weder über eine politische Hausmacht noch über Finanzmittel. Er hatte nur einen beschränkten Zugriff auf administrative Ressourcen. Im Gegensatz dazu besaßen seine damaligen politischen Gegner, die Oligarchie und die regionale Machtelite, all dies. Trotz berechtigter Kritik an Edinaja Rossia, dass sie als Nomenklatura-Partei weder für ein Programm steht und profillos blieb, wuchs in den zurückliegenden Jahren ihre Mitgliederzahl auf ca. 800.000. Sie ist damit stärker als die KPRF. Sie verfügt über ein gut ausgebautes Netzwerk von Kontakten und stellt in den Regionen eine große Zahl der Gouverneure und tritt in den regionalen Parlamenten, bereits im Vorgriff auf die Wirkung des neuen Wahl- und Parteiengesetzes, als politische Kraft auf. Sollte sich der

Kreml von Edinaja Rossia abwenden, so würde auch die Ungewissheit zunehmen, ob eine neue „Partei der Macht“ trotz des Stimmungsumschwunges erfolgreich in die Bresche springen könnte.

Ob die neu geschaffene Gesellschaftskammer, die „obschestvaja palata“, den Kreml aus der Zwickmühle befreien kann, in die er sich selbst hineinmanövrierte, bleibt abzuwarten. Noch sind ihre Aufgaben und Kompetenzen unklar.

All diese Anzeichen belegen, dass die Konzentration und Konsolidierung von Macht und Kontrolle an der Spitze des Regimes zwar Stabilität und Ruhe vorgaukeln, aber den Entscheidungsprozess lähmen und das Land in den Stillstand abzusinken droht. Zudem schlagen die Konflikte zwischen den Herrschaftsfraktionen auf die Politik durch. Sie werden zwar wie im Falle der jüngsten Auseinandersetzung zwischen Rosneft und Gazprom kaum öffentlich ausgetragen, aber sie erschweren die erforderlichen Maßnahmen zur Restrukturierung der Industrie, zur technologischen Innovation und zur Verbesserung der Infrastruktur wie der Wettbewerbsfähigkeit russischer Produkte. Hierin liegt die wirkliche Gefahr für die angebrochene zweite Amtszeit Putins. Denn, falls das Regime weiterhin seine Rückkoppelung zur Gesellschaft schleifen lässt, wäre eine Legitimationskrise mit unklarem Ausgang die Folge. In einem solchen Fall wäre auch der Rückgriff auf repressive Mittel nicht ausgeschlossen.

ZERFALL DES HERRSCHAFTSKONSENSES

Im Zuge der Stabilisierung und der wirtschaftspolitischen Neuordnung, die recht klare Anzeichen von staatskapitalistischer Prägung im Energiesektor zeigt, kam es auch zu Verschiebungen innerhalb der Machtkoalition der an der Putin-Administration beteiligten Gruppen. Das Fehlen von gesellschaftlichen Kontrollen und parlamentarischen Korrektiven hat eben Tendenzen zur Abschottung der Macht und zur Verlagerung von Konflikten in die Präsidentschaftsadministration verschärft. Auch die regionalen Machtorgane, weil in die Machtvertikale eingegliedert, können nicht mehr selbsttätig auf Konflikte reagieren, warten auf von „oben“ zugewiesene Entscheidungen und verlieren damit ihre wichtige Funktion der Absorption und Eindämmung von Konflikten.

Innerhalb der Machtapparaturen der Herrschaft führen aber solche Konflikte, wie Auseinandersetzungen um die Richtung der Politik, zu nochmaligen Fragmentierungen und zur Cliquenbildung. Diese Entwicklung scheint sich mit den näherrückenden Wahlterminen 2007 und 2008 zu beschleunigen. Die beiden großen Unterstützungsfractionen des Präsidenten, die „Neoliberalen“ und die „Tschekisten“ aus St. Petersburg, brechen in verschiedene Fraktionen auseinander und gruppieren sich in neuen Machtkoalitionen. Das jedenfalls lassen Konflikte zwischen dem Chef des FSB²⁹, Nikolai Patruschew, und dem von Putin ernannten Bevollmächtigten für den Nord-West Bezirk Viktor Scherkessow vermuten. Mit anderen Worten, die Machtgruppe aus den Sicherheitsstrukturen ist in verschiedene Interessengruppen zerfallen. Eine Fraktion der „Tschekisten“, geführt von Iwan Iwanow, steht hinter Patruschew, und Scherkessow wird vom Vizechef des Kreml, Igor Sechin, protegirt. Ähnliche Auseinandersetzungen manifestierten sich beim Konflikt zwischen dem staatlichen Ölkonzern Rosneft und Gazprom. So wird der Vorsitzende von Gazprom, Alexei Miller, von Iwanow gestützt und der Chef von Rosneft, Bogdanchikow, wird von Igor Sechin, der im Aufsichtsrat von Rosneft sitzt, gestärkt.

WAS PASSIERT 2008 MIT PUTIN?

Bisher handelt es sich bei den Auseinandersetzungen um den Zugang oder um die Verteilung von Ressourcen. Eine machtpolitische Qualität der Kämpfe ist nur indirekt anzunehmen. Aber im Hintergrund brennt die Frage, was passiert 2008 und was geschieht mit Putin? Bei beiden Gruppen stehen längst Kandidaten fest, die ins Feld geschickt werden könnten, falls wider Erwarten keine Lösung der Nachfolgeproblematik solcherart erfolgt, dass Putin weiterhin die Geschicke des Landes lenkt. So wird unterstellt, und hier bewegen wir uns nun auf die astrologischen Traditionen der Kremlspekulation vor 1990 zurück, dass Viktor Iwanow den gegenwärtigen Sprecher der Staatsduma Boris Gryslow als Nachfolger favorisiert, während Igor Sechin auf den amtierenden Verteidigungsminister Sergej Iwanow setzt. Andere Szenarien gehen entweder von einer Fusion von Belarus und der Russischen Föderation aus, die eine nochmalige Kandidatur Putins ermöglichen würde. Andere Überlegungen fokussieren sich auf die Entwicklung Russlands zur parlamentarischen Demokratie, wobei die Machtbefugnisse des Premierministers gestärkt und die des Präsidenten beschnitten würden. Beide Konstruktionen würden es Putin erlauben, sich wieder zur Wahl zu stellen. Im letzteren Fall würde das nur mit einer starken „Partei der Macht“ gelingen. Beide Varianten ließen kaum schärfere Auseinandersetzungen zwischen den beiden tschekistischen Gruppierungen in der Kremladministration zu, denn Putin würde in einer Führungsrolle bleiben und könnte weiterhin den vereinigen- und integrierenden Faktor in der Machtkoalition übernehmen, obwohl in anderer Funktion.³⁰ Gleichwie die Entscheidung im Jahre 2008 für die nächsten Präsidentschaftswahlen auch ausgehen sollte, zweierlei scheint heute schon gewiss. Erstens, die Struktur der Machtverteilung wird sich auch ohne eine Kandidatur Putins kaum verändern. Das System hat sich eingerichtet. Und zweitens, die jetzige Ohnmacht und Unfähigkeit der Demokraten sich zu einen, wird einen hoffentlich unbelasteten Neuanfang nach 2008 unabdingbar machen.

UNSER AUTOR



PD Dr. Peter W. Schulze, geb. 1942, studierte Politische Wissenschaften und Geschichte an der Freien Universität Berlin, an der London School of Economics and Political Science und der Stanford University, Kalifornien. Wissenschaftliche Tätigkeiten an der FU Berlin, University of Maryland und University of California, Berkeley von 1971 bis 1981. Von 1984 bis 2003 Tätigkeit in der Friedrich Ebert Stiftung als Leiter des Büros an der Westküste der USA (1984-1987), in London (1988-1992) und in Moskau (1992-2003). Zurzeit Privatdozent an der Georg-August-Universität in Göttingen.

ANMERKUNGEN

¹ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Interview mit Klaus Mangold, 7.9.2005, S. 14.

² Weil Wahlen nach demokratischen Spielregeln den Umbruch vom sowjetischen zum postsowjetischen System markierten und die Formierung von Interessengruppen und somit von politischen Alternativen erlaubten, war der Wahlmechanismus die essentielle Schaltstelle für demokratische Entwicklungen. Dieser Befund soll nicht als melancholische Aufwertung des dahingegangenen „Systems Jelzin“ missverstanden werden, sondern die Differenz in den Rahmenbedingungen politischen Handelns und die Zentralisierung von Macht im politischen System Putin benennen. Siehe dazu: Peter W. Schulze: Die EU, Russland und die GUS: Auseinandersetzungen über das nahe Ausland. In: Internationale Politik und Gesellschaft, 3/2005, S. 144ff.

³ Mikhail Delyagin: From Purge to Consolidation. In: The Moscow Times, 5.3.2004, S. 7; „Siloviki“ ist die russische Bezeichnung für Politiker, die sich aus den alten Sicherheits- und Militärkräften rekrutieren.

⁴ Gabriele Gorzka/Peter W. Schulze: Wohin steuert Russland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie. Frankfurt am Main 2004.

⁵ Grigori Javlinsky: Our Children, Our Responsibility. In: The Moscow Times, 5.9.2005, S. 8. Der unabhängige Abgeordnete Wladimir Ryschkow, einer der wenigen Liberalen, die durch soziales Engagement glaubhaft geblieben sind, kritisierte denn auch auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum 2005 das „System Putin“, dass es keine Vision mehr habe, um das Land zu führen und trotz der oft zitierten politischen Stabilität, instabil geworden sei und in der Krise stecke. Zit. nach: The Moscow Times, 31.01.2005, S. 1. Und Liliya Schewtsowa fügte hinzu, dass das Projekt des Präsidenten, der Korruption Einhalt zu gebieten, gescheitert sei. Ebenso fruchtlos sei die bisherige Politik geblieben, die russische Wirtschaft zu diversifizieren. Bilanz von fünf Jahren Putin sei, das „Russia is a petro-state with all the characteristics of this petro-state – fusion between business and power, social disparities (...) [and] vulnerability to external shocks.“ Und sie fuhr warnend fort: „Russia, being a petro-state, wants to be a superpower. What a weird, schizophrenic hybrid, with all strange possible consequences!“, ebenda.

⁶ Grigori Javlinsky: A Road Map for Reform. In: The Moscow Times, 17.6.2005, S. 8.

⁷ Ebenda: „The concept of a state based on civil rights and liberties and social justice should become a compass on the road map to Russian reform.“

⁸ Grigori Javlinsky: Forward Towards True Reform. In: The Moscow Times, 24.6.2005, S. 8.

⁹ Alexei Sitnikov: Chaos on Demand. In: The Moscow Times, 16.6.2005, S. 8.

¹⁰ Alexei Sitnikov: Chaos on Demand. In: The Moscow Times, 16.6.2005, S. 8.

¹¹ Siehe Pavel Felgenhauer, Low Pay, Protest Don't Mix. In: The Moscow Times, 25.01.2005, S. 11: „An authoritarian state facing widespread public protest and at the same time paying its military and police pitiful salaries is looking for trouble. If the people challenge Putin's rule in streets, who will defend the Kremlin and shoot into the crowd? As things stand, the answer is no one. (...) The security ministries have some 4.5 million people on their payrolls, of which more than 2 million work for the Defense Ministry. Majors and lieutenant colonels have an average paycheck of 7,000 to 8,000 rubles, or \$250 to \$285, per month, and many rank-and-file officers get even less. Now, they have also lost their benefits. In the present climate of uncertainty and mass protest, the Kremlin would be well advised to double their pay to ensure loyalty. However, the vast numbers involved make this virtually impossible.“

¹² The Moscow Times, 24.1.2005, S. 1.

¹³ Russland aktuell, 1.3.2005.

¹⁴ Ebenda.

¹⁵ The Moscow Times, 25.1.2005, S. 1.

¹⁶ Nesavisima Gazeta, 19.2.2005.

¹⁷ The Moscow Times, 2.3.2005, S. 3.

¹⁸ Nikolai Petrov: A Product of Putin's System. In: The Moscow Times, 31.1.2005, S. 9.

¹⁹ The Moscow Times, 13.4.2005, S. 1.

²⁰ Zur Kritik des russischen Bildungssystems und der Reformpläne der Regierung siehe: Mikhail Delyagin: A Mickey-Mouse-Generation. In: The Moscow Times, 11.4.2005.

²¹ Siehe dazu: The Moscow Times, 17.1.2005, S. 1.

²² The Moscow Times, 3.6.2005, S. 1. Zur Verbesserung der medizinischen Betreuung von Behinderten sollen innerhalb der nächsten fünf Jahre sechs Milliarden US-Dollar bereitgestellt werden. Teilweise sollen die Mittel über russische NGOs eingesetzt werden.

²³ Interview mit Igor Schuwalow. In: Vedemosti; wiedergegeben in The Moscow Times, 17.2.2005, S. 5.

²⁴ Siehe dazu: Ernst Piehl/Peter W. Schulze/Heinz Timmermann: Die offene Flanke der Europäischen Union: Russische Föderation, Belarus, Ukraine und Moldau. Berlin 2005.

²⁵ Yevgenia Albats: Law 122 is Kremlin's Catch 22. In: The Moscow Times, 24.1.2005, S. 8.

²⁶ Yulia Latynina: Anti-Putin, Pro-whatever. In: The Moscow Times, 13.4.2005, S. 10.

²⁷ Rodina wurde 2003 maßgeblich von drei Gruppierungen gebildet: Baburins „Volkswille“, die Vereinte Sozialistische Partei Russlands und Rodina. 26 von 40 Abgeordneten Rodinas votierten für den Ausschluss von Baburin.

²⁸ Nikolai Petrov: Political Parties in Crisis. In: The Moscow Times, 18.10.2004, S. 9.

²⁹ Der FSB (Federalnaja Sluscha Besopasnosti Rossijskoj Federazii/Bundesagentur für Sicherheit der Russischen Föderation) ist der Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation.

³⁰ Vladimir Pribylovsky: Oligarchy Toy With Their 2008 Options. In: The Moscow Times, 25.2.2005, S. 8.

Die Russische Föderation im Überblick

DAGMAR MEYER

Fläche:	17 075 400 km ² . Ein Viertel der Fläche liegt auf dem europäischen, der Rest auf asiatischem Gebiet.
Bevölkerung:	143,425 Mio. Einwohner, davon 79,82% Russen, 3,83% Tataren, 2,03% Ukrainer u.a. Baschkiren, Armenier, Tschetschenen (Schätzung vom Oktober 2003, auf der Grundlage der Volkszählung im Oktober 2002).
Grenzen:	Im Norden grenzt Russland an das Nördliche Eismeer, im Osten an den Pazifischen Ozean und Nordkorea, im Süden an China und die Mongolei, Kasachstan und das Kaspische und das Schwarze Meer mit Georgien und Aserbaidschan, im Westen an die Ukraine, Belarus, Estland und Lettland, sowie Norwegen und Finnland.
Hauptstadt:	Moskau
Urbanisierungsgrad:	73,3%
Landessprache:	Amtssprache ist Russisch.
Währung:	1 Rubel (Rbl) = 100 Kopeken
Zeitzone:	11 Zeitzonen, da die West-Ost-Ausdehnung zirka 9000 km beträgt (d.h. MEZ + 1 bis 11 Stunden).
Gliederung:	Die Russische Föderation ist in 89 Verwaltungseinheiten eingeteilt. Jede Verwaltungseinheit besitzt eine unterschiedlich ausgeprägte Selbstverwaltung.
Religionen:	82% Christen (Russisch-orthodoxe, Katholiken, Protestanten). 18% Muslime, Juden und sonstige.
Landesnatur:	Die Russische Föderation besitzt durch ihre Ausdehnung zahlreiche unterschiedlichste Landesgebiete von den Dauerfrostböden im Norden bis hin zur subtropischen Schwarzmeerküste.
Klima:	Vom arktischen bis zum subtropischen sind alle Klimata in der Russischen Föderation vertreten. Der Hauptteil liegt in der gemäßigten Zone und hat kontinentales Klima.

GEOGRAPHIE

Die Russische Föderation erstreckt sich über 9000 km von Westen nach Osten sowie über 4000 km von Süden nach Norden. Dabei bildet das Uralgebirge die Grenze zwischen Europa und Asien. Die europäische Seite wird von der osteuropäischen Ebene geprägt. In diesem Teil Russlands liegt zwischen Kaspischem und Schwarzem Meer der höchste Berg Russlands (und Europas), der Elbrus mit 5642 Meter. Östlich des Urals geht die Westsibirische Ebene in das Mittelsibirische Bergland über.

47% der Landesfläche besitzen Dauerfrostböden. An die Zone der arktischen Kältewüsten schließen sich von Norden nach Süden die Zonen der Tundra, Waldtundra, die Waldzone (Taiga), die Waldsteppen-, Steppen- und Halbwüstenzone an. Die Kuban-Steppen und der fruchtbare Schwarzerdegürtel sind mittlerweile fast vollständig in Ackerland verwandelt. Es gibt zirka zwei Millionen Seen und zahlreiche Flüsse. An den Flüssen wurden eine Reihe großer Stauseen angelegt.

Die durchschnittlichen Temperaturen im Januar liegen, mit Ausnahme der Schwarzmeerküste, unter dem Gefrierpunkt. In Moskau bei -9 Grad Celsius und in Ostsibirien bei -35 bis -50 Grad Celsius. Die Temperaturen im Juli sind sehr unterschiedlich. Während im Norden die Durchschnittstemperatur im Sommer bei 1-2 Grad Celsius liegt, steigt in Moskau das Thermometer im Durchschnitt bis 19 Grad Celsius und in den Halbstebpen und Steppengebieten des Südens bis 24/25 Grad Celsius.

POLITIK

<i>Staatsname:</i>	Russische Föderation - Russland (Rossijskaja Federacij - Rossija - Kurzform)
<i>Staatsform:</i>	Föderative demokratische Republik (lt. Munzinger)

Präsidialrepublik seit 1991 (lt. Fischer Weltalmanach)

Nationale Feiertage: 12. Juni - Tag der Unabhängigkeit
Souveränitätserklärung der RSFSR 1990

POLITISCHE ENTWICKLUNG - VERFASSUNG

In der neuen russischen Verfassung sind die üblichen Grund- und Menschenrechte garantiert. Die Verfassung wurde am 12. Dezember 1993 per Referendum mit 58,4% angenommen, bei einer Wahlbeteiligung von 54,8%. Staatsoberhaupt ist der jeweils für vier Jahre gewählte Präsident. Derzeit ist amtierender Präsident der Russischen Föderation Wladimir Wladimirowitsch Putin (seit 31.12.1999; wiedergewählt am 14.3.2004; Amtsübernahme am 7.5.2004).

Die „Föderationsversammlung“ (Parlament) besteht aus der Staatsduma (Unterhaus) und dem Föderationsrat (Oberhaus). Die 450 Deputierten (Abgeordneten) der Staatsduma werden jeweils für vier Jahre gewählt. Bisher wurde die Hälfte (225) über Parteilisten und die andere Hälfte direkt gewählt. Bei der nächsten Parlamentswahl 2007 sollen alle 450 Duma-abgeordneten ausnahmslos über Parteilisten nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Ein entsprechender Gesetzentwurf, der die Abschaffung der bisherigen 225 Direktmandate vorsieht, wurde in erster Lesung am 24. Dezember 2004 angenommen.

Im Föderationsrat (Oberhaus) sitzen 178 Abgeordnete, je zwei Abgeordnete vertreten eine der 89 Verwaltungseinheiten des Landes. Bis Januar 2002 wurden die gewählten Gouverneure und die regionalen Parlamentspräsidenten als Vertreter der jeweiligen Verwaltungseinheit (=Region) im Föderationsrat ernannt. Seit Januar 2002 wird der Föderationsrat nicht mehr durch die Gouverneure und

die regionalen Parlamentspräsidenten gestellt, sondern durch vom jeweiligen Gouverneur oder Regionalparlament entsandte Vertreter. Des Weiteren hat Putin die direkten Gouverneurswahlen (seit 1996) landesweit wieder abgeschafft. Nach einem am 15. Dezember 2004 in Kraft getretenen Gesetz schlägt der Präsident nunmehr den Kandidaten für ein Gouverneursamt vor. Der Vorschlag unterliegt der Bestätigung durch das jeweilige Regionalparlament, erfolgt die Bestätigung bis zur dritten Lesung nicht, hat der Präsident das Recht, das Regionalparlament aufzulösen.

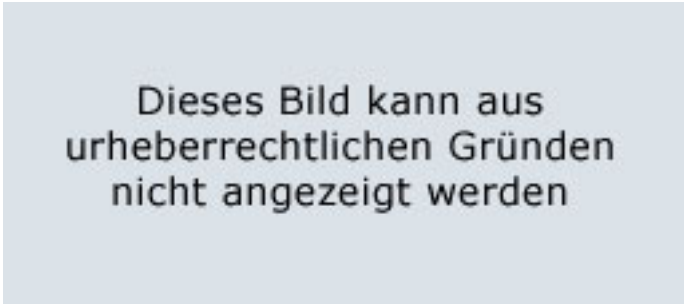
Um den Gouverneuren dennoch ein Mitspracherecht in der föderalen Politik zu erhalten, schuf der Präsident am 1. September 2000 per Erlass den Staatsrat. Dieses Gremium ohne Verfassungsvollmachten tagt unter Leitung des Präsidenten und gibt der Exekutive Empfehlungen zu aktuellen politischen Fragen und zu Gesetzesprojekten.

VERWALTUNGSEINHEITEN

Russland ist in 89 Verwaltungseinheiten unterteilt. Von den 89 Verwaltungseinheiten sind 21 autonome Republiken, ein autonomes Gebiet und 49 Verwaltungsgebiete (Oblasti), sechs Provinzen (Krais), zehn autonome Bezirke und die Städte Moskau und St. Petersburg, die einen Sonderstatus besitzen. Die meisten Verwaltungseinheiten haben im März 1992 den Föderationsvertrag unterzeichnet. Tschetschenien und Tatarstan haben bis heute den Föderationsvertrag nicht unterzeichnet.

INNENPOLITIK

Russland befindet sich seit Anfang der 1990er-Jahre in einem schwierigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Transformationsprozess. Seit seinem Amtsantritt Anfang 2000 hat Präsident Putin die Vereinheitlichung des russischen Rechtsraums vorange-



bracht, wichtige marktwirtschaftliche Reformen auf den Weg gebracht und konnte so die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Gesundung geschaffen. Parallel dazu treibt der Präsident mit Nachdruck die Stärkung zentralstaatlicher Machtstrukturen voran. Der Präsident besitzt aufgrund der Verfassung weit reichende Machtbefugnisse. Die Wiederwahl Putins am 14. März 2004 (71,3% im ersten Wahlgang) wurde zu einem deutlichen Vertrauensvotum für seine Politik. Seit der vierten Konstituierung der Duma im Dezember 2003 steht diese mit einer überwältigenden Mehrheit (mit 307 von 450 Sitzen) loyal zu Putin. Die rechtszentristische, präsidientennahe Fraktion „Geeintes Russland“ verfügt über eine Zweidrittelmehrheit. Diese ermöglicht es Putin, bei Bedarf auch Verfassungsänderungen durch die Duma zu bringen. Neben „Geeintes Russland“ haben lediglich die Kommunisten (47 Sitze) und die „Liberaldemokraten“ des Rechtspopulisten Schirinowski (34 Sitze) den Wiedereinzug in die Duma geschafft.

RECHT UND JUSTIZ

Nach dem Inkrafttreten der Verfassung der Russischen Föderation 1993 traten 1995 und 1996 der erste und der zweite Teil des neuen Zivilgesetzbuches in Kraft. Im Herbst 1991 wurde ein Verfassungsgericht installiert. Nachdem Präsident Jelzin das Parlament verfassungswidrig 1993 aufgelöst hatte, wurde das Verfassungsgericht suspendiert. Schon im Juli 1994 verabschiedete man ein neues Gesetz für ein aus 19 Richtern bestehendes Verfassungsgericht, dass unter wesentlicher Beteiligung deutscher Ratgeber zustande kam. Neuerungen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Richter wurden eingeführt. Mit der Mitgliedschaft im Europarat 1996 hat sich Russland verpflichtet, die Todesstrafe abzuschaffen. Offiziell wurde das letzte Todesurteil 1999 vollzogen, die Verfassungsänderung zur Abschaffung der Todesstrafe steht noch aus.

AUSSENPOLITIK

Präsident Putin hat 2001 eine strategische Entscheidung zur Öffnung nach Westen getroffen, an der er seither festhält. Ziel ist es, durch enge politische und wirtschaftliche Kooperation mit den USA und Europa Russland zu modernisieren, zu stärken und seinen internationalen Einfluss zu mehren. Zugleich und damit eng verbunden rückt in der Außenpolitik die Durchsetzung russischer Wirtschaftsinteressen stärker ins Blickfeld. Außenpolitisches Ziel ist die Wiederherstellung Russlands als anerkannte Großmacht und Sicherung nationaler Interessen in der internationalen Politik. Das beinhaltet die Überwindung der tendenziellen Selbstisolation Russlands in Europa und eine außenpolitische Konzeption im Rahmen des multipolaren Ordnungsgedankens, die Kooperationsangebote an die EU, an die USA und an asiatische Länder verbindet.

BEZIEHUNGEN ZUR EU

Ziel deutscher und europäischer Außenpolitik ist es, in einem gesamteuropäischen Raum ohne Trennlinien mit Russland in allen Bereichen der Politik und Wirtschaft eine umfassende, beständige, strategische Partnerschaft aufzubauen. Grundlage hierfür sind das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen von 1997 und der durch ihn ins Leben gerufene Kooperationsrat, der inzwischen zum „Ständigen Kooperationsrat“ aufgewertet wurde. Auf dieser Basis haben sich die Beziehungen zwischen der EU und Russland in den letzten Jahren verbreitert und verbessert. Auf dem europäisch-russischen Gipfel in St. Petersburg im Mai 2003 wurde vereinbart, die Zusammenarbeit in „vier Räumen“ zu intensivieren: Einem Raum der Wirtschaft, einem Raum der inneren und einem Raum der äußeren Sicherheit sowie einem Raum der Kultur und der Bildung.

WIRTSCHAFT

<i>Währung</i>	1 Rubel (Rbl) = 100 Kopeken
<i>BIP</i>	16 779 Bill. Rbl. (2004) (= 604 Mrd. USD)
<i>BIP/pro Kopf</i>	4216 USD (2004; + 41%)
<i>Wachstumsrate real</i>	7,1%
<i>Durchschnittliches Einkommen</i>	+ 8,2%
<i>Arbeitslosenquote</i>	8,2% (2004)
<i>Inflationsrate</i>	11,7%

Das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt weiter und die Prognosen für die russische Wirtschaft bleiben positiv. Das Wachstum gründete sich zu Beginn des Wachstumsprozesses in den 1990er-Jahren in erster Linie auf die konstant hohen Weltmarktpreise für Erdöl und Erdgas. Inzwischen basiert das Wachstum auf einer breiteren Grundlage. Denn auch in Branchen, die nicht direkt mit der Ölförderung verbunden sind, wird seit 2003 ein spürbarer Aufschwung registriert. So wurde im Maschinenbau ein Plus von 9,4% verzeichnet, die Lebensmittelbranche wuchs um 5,1%.

DIENSTLEISTUNGEN (59%)

Einschl. Transport, Kommunikation, Handel sowie staatliche und kommunale Dienstleistungen, davon Anteil am realen Zuwachs 61%, Anteil der Beschäftigten 64%.

INDUSTRIE (28%) UND BAUWESEN (7,2%)

Anteil am realen Zuwachs 34%, Anteil der Beschäftigten 22,6%. Die russische Föderation verfügt über zahlreiche Bodenschätze, wichtigste Exportgüter sind Erdöl und Erdgas. Zu den weiteren wichtigsten Bodenschätzen zählen Eisenerze (27% der Weltvorräte), Gold, Kupfer (10% der Weltvorräte), Blei, Zinn, Aluminium, Mangan, Magnesium, Silber, Molybdän und Nickel (1/3 der Weltvorräte). Reich ist die Russische Föderation auch an nicht-metallischen Bodenschätzen wie Kalisalz, Steinsalz, Phosphoriten, Glimmer, Schwefel und Asbest. Die wichtigsten Industriezweige sind die Nahrungsmittelproduktion, Transportausrüstung, Eisen und Stahl, Maschinenbau, Chemieindustrie sowie die Öl- und Gasförderung.

LANDWIRTSCHAFT (6%)

Anteil am realen Zuwachs 5%, Anteil der Beschäftigten 13,4%. Seit 27. Januar 2003 kann landwirtschaftlich nutzbarer Boden von Russen gekauft und verkauft werden. Ausländer können Land für 49 Jahre pachten. Die landwirtschaftliche Nutzfläche stellt sich als ein Agrardreieck dar, das durch die Städte St. Petersburg, Rostow und Nowosibirsk markiert wird. Wichtigste Anbauprodukte sind Getreide, Zuckerrüben, Kartoffeln und Gemüse. 9% der Agrarbetriebe arbeiten noch als Kollektivwirtschaften, ansonsten hat die Umstrukturierung zu privatwirtschaftlichen Betrieben erfolgreich stattgefunden.

DER KAMPF GEGEN DIE OLIGARCHIE ZEIGTE SICH IM PROZESS GEGEN DEN ÖLMAGNATEN MICHAIL CHODORKOWSKI, DEM IN EINEM GERICHT IN MOSKAU IN EINER ART KÄFIG DER PROZESS GEMACHT WURDE. NACH DEN NACHTEILIGEN INNEN- UND AUBENPOLITISCHEN FOLGEN DER CHODORKOWSKI-AFFÄRE SCHEINT SICH DER KREML UM EINE EINDÄMMUNG DES SCHADENS ZU BEMÜHEN. DENNOCH BLEIBEN BEI INVESTOREN BERECHTIGTE ZWEIFEL OB DER RECHTSSICHERHEIT FÜR INVESTITIONEN.

picture alliance / dpa

Insgesamt bleibt die technische Ausstattung der Betriebe weiterhin problematisch, eine große Agrarreform steht noch aus. Russland liegt mit einem Anteil von 20% der Wald- und Holzbestände weltweit an erster Stelle. 82% der Wälder liegen im asiatischen Teil in oft schwer zugänglichen Regionen.

SONSTIGES

Sozialreform

Die Duma hat am 8. August 2004 in zweiter Lesung ein Gesetz verabschiedet, dass die bisherigen Sozialvergünstigungen für rund 33 Millionen Russen durch finanzielle Leistungen ersetzt. Zu den bisherigen Vergünstigungen, die z.T. noch aus der Stalinzeit oder den 1990er-Jahre stammten, zählten zum Beispiel subventionierte Wohnungen, freie Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln, freie Krankenhausbehandlung, in deren Genuss u.a. Rentner, Veteranen des Zweiten Weltkrieges, verdiente Arbeiter oder Tschernobyl-Veteranen kamen. Schon im Vorfeld sorgte diese Änderung der Sozialgesetzgebung für zahlreiche Proteste in der Bevölkerung. Nachdem am 1. Januar 2005 das Gesetz in Kraft trat, kam es zu Demonstrationen im ganzen Land. Ein daraufhin von der Kommunistischen Partei initiiertes Misstrauensvotum gegen die Regierung von Ministerpräsident Michail Fradkow scheiterte jedoch am 9. Februar 2005.

Tschetschenien

In Tschetschenien setzt die russische Seite ihren politischen Prozess fort, den sie mit der Ausarbeitung einer Verfassung und Abhaltung eines Referendums am 23. März 2003 begonnen hat. Nach der Ermordung von Präsident Achmad Kadyrow am 9. Mai 2004 fanden am 29. August 2004 neue Präsidentschaftswahlen statt, aus denen der vormalige Innenminister Alu Alchanow (nach offiziellen Angaben) mit 74% der Stimmen als Sieger hervorging. Insgesamt hat sich die Sicherheitslage mit einer Kette von Selbstmordanschlägen, bewaffneten Zusammenstößen zwischen Rebellen und Sicherheitskräften und Terrorakten nicht nur innerhalb Tschetscheniens, sondern auch in anderen Gebieten der Russischen Föderation weiter verschärft – tragischer Höhepunkt war die Geiselnahme in einer Schule von Beslan. Am 1. September 2004 stürmten bewaffnete tschetschenische Terroristen in Beslan eine Schule und nahmen mehr als 1300 Schüler, Eltern und Lehrer als Geiseln. Am 3. September 2004 stürmten Sondertruppen des Inlandgeheimdienstes FSB die Schule. Dabei starben 330 Menschen, darunter 168 Kinder. Nach Be-

endigung der Geiselnahme richtete sich heftige Kritik auf die Vorgehensweise der Sicherheitskräfte und des Geheimdienstes. Missbilligung fand auch die Informationspolitik der Behörden. Am 10. September wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission eingerichtet, deren Vorsitzender teilte am 28. Januar 2005 mit, dass die Terroristen Verbindungen zu hochrangigen Sicherheitskräften gehabt hätten. Der Präsident der Republik, Alexander Dsasocho, trat wegen des (mangelnden) Krisenmanagements während des Geiseldramas am 31. Mai 2005 zurück, nachdem er in den Föderationsrat gewählt worden war.

Jukos-Affäre

Die bereits seit längerem gespannten Beziehungen zwischen der Regierung Putin und dem Erdölkonzern Jukos führten im September 2003 zur Festnahme des Vorstandsvorsitzenden Michail Chodorkowski. Bereits im Juli 2003 war der Finanzchef, Platon Lebedjew, verhaftet worden. Beide mussten sich vor Gericht wegen Betrug, Mitgliedschaft in einer kriminellen

Vereinigung und Steuerbetrug verantworten. Nach den Festnahmen ging die Staatsanwaltschaft weiter gegen den Konzern vor. Sie forderten Steuernachzahlungen, die 100% des Umsatzes überstiegen. Da der Konzern die Steuerschulden nicht bezahlen konnte, wurde die Zwangsversteigerung am 19. Dezember 2003 durchgeführt. Die Baikal Finance Group erhielt den Zuschlag, einziger weiterer Bieter war der staatlich kontrollierte Erdgaskonzern Gasprom/Gaspromneft. Wenige Tage nach der Versteigerung wurde die Baikal Finance Group von der staatlichen Ölfördergesellschaft Rosneft übernommen. Am 2. März 2005 wurde die Fusion der Ölfördergesellschaft Rosneft und des Erdgaskonzerns Gasprom genehmigt, womit das Konsortium zu einem der größten Energielieferanten weltweit wurde. Am 31. Mai 2005 verurteilte das Moskauer Bezirksgericht Chodorkowski und Lebedjew zu je neun Jahren Lagerhaft wegen Betrugs, Veruntreuung und Steuerhinterziehung. Die Anwälte der beiden legten am 9. Juni 2005 Berufung ein, beide Strafen wurden auf je acht Jahre Lagerhaft reduziert.

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Die verunsicherte Großmacht

CHRISTIAN WIPPERFÜRTH

Die von Putin forcierte politische Stabilisierung und ökonomische Modernisierung soll Russland als eigenständige und von westlichen Vorgaben möglichst unabhängige Großmacht auf die internationale Bühne zurückführen. Gegenwärtig weckt nicht nur die innenpolitische Entwicklung des Landes bei westlichen Beobachtern Bedenken. Im Westen wachsen auch die Sorgen über den außenpolitischen Kurs Russlands. Die Stimmung hat sich merklich verschlechtert. Dies gilt in gleichem Maße auch für die Einschätzung der Motive und des Vorgehens deutscher und westlicher Politiker in Russland. Der Beitrag von Christian Wipperfürth legt darum ein Schwergewicht auf das Verständnis der Politik aus russischer Sicht. Er analysiert die Entwicklung der russischen Außenpolitik – beginnend mit den ersten Jahren nach dem Ende der Sowjetunion – und erläutert die russische Politik gegenüber den GUS-Nachbarn sowie das Verhältnis zu den USA, der EU und zu Deutschland. Gerade diese Innensicht erlaubt tiefere Einsichten in die Motive und Hintergründe russischer Politik und eröffnet realistische Perspektiven einer zukünftigen Zusammenarbeit. Red.

NACH DEM ENDE DER SOWJETUNION

Die von Umbrüchen gekennzeichneten, labilen und zerrütteten Verhältnisse im Inneren Russlands zur Zeit Präsident Jelzins wirkten sich auch in der Außenpolitik aus, wenn auch nur in abgeschwächtem Maße. In der Substanz war die russische Politik der 1990er-Jahre gegenüber den GUS-Nachbarn und dem Westen durch Mäßigung und dem Willen zur Kooperation geprägt. Russland nutzte und schürte zugleich wiederholt aber auch Spannungen im Inneren von GUS-Ländern und übte mitunter wirtschaftlichen Druck aus, um Einfluss zu wahren. Das imperiale Gebaren Russlands wurde unter anderem durch die zurückhaltende Reaktion des Westens ermöglicht, dessen Aufmerksamkeit durch die Balkankriege gefesselt war. Es diente zum einen dem Zweck, von der Misere im Inneren abzulenken, zum anderen war es der Versuch, den als schmerzlich empfundenen Verfall des Imperiums, wenn nicht rückgängig zu machen, so doch aufzuhalten oder zumindest zu verzögern. Der russische Druck rief jedoch Proteste der GUS-Länder hervor und beschleunigte deren Stabilisierung, von Moldau und Georgien abgesehen. Die Führung Russlands verfolgte jedoch zu keiner Zeit die Politik einer Revision von Grenzen, nicht zuletzt deshalb, da Sorgen um die Integrität des eigenen Territoriums bestanden und bestehen. Russland war auch nicht in der Lage, vor allem jedoch nicht bereit, den Ver-

such zu unternehmen, durch entschlossenes Engagement und größere Opfer GUS-Staaten als Vorstufe für einen eventuellen neu zu gründenden Bundesstaat wieder enger an sich zu binden. Dies wurde beispielsweise an der leeren Integrationsrhetorik gegenüber Weißrussland deutlich.

SUBSTANZ UND SPRACHE RUSSISCHER AUSSENPOLITIK

Die Substanz russischer Außenpolitik war konzilient, die Sprache führender Politiker war es mitunter nicht. Der Moskauer Bürgermeister Luschkow beispielsweise, der zeitweise als aussichtsreicher Nachfolger des kranken Präsidenten galt, versuchte sich wiederholt durch eine nationalistische Rhetorik zu profilieren. Und während der Kosovokrise im Frühjahr 1999 verabschiedete das russische Parlament mit überwältigender Mehrheit eine Resolution, in der „die Aggression gegen das brüderliche Jugoslawien“ verurteilt und dem Westen Konsequenzen angedroht wurden. Auch Präsident Jelzin attackierte hin und wieder den Westen in innenpolitischen Krisenzeiten mit harschen Worten, um die bedrohte Machtbasis zu stabilisieren.

Die imperialen Reflexe von Jelzins Russland sollten in einem weiteren historischen Zusammenhang gesehen werden: Die Auflösung von Imperien ist in der Regel von großem Blutvergießen begleitet. Allein die Befreiungskämpfe, die zum Ende des französischen Kolonialreiches führten, kosteten weit über zwei Millionen Menschen das Leben. Vor diesem Hintergrund betrachtet war die Auflösung des sowjetischen Großreiches eine bemerkenswerte Friedensleistung der sowjetischen bzw. russischen Politik.

DIE ERSTEN JAHRE DER PRÄSIDENTSCHAFT PUTINS

Nach dem Abklingen der heißen Phase der Kosovokrise trat Wladimir Putin als Außenpolitiker erstmals in Erscheinung. Der soeben ernannte Premierminister befürwortete im Sommer 1999 eine Staatenunion aus Jugoslawien, Weißrussland und Russland. Er schlug zudem vor, diese auch für andere orthodoxe Staaten wie Rumänien, Bulgarien, Mazedonien oder Griechenland zu öffnen. Diese skurrilen Gedanken waren ebenso Ausdruck der außenpolitischen Unerfahrenheit Putins wie der Isolation Russlands und der Ratlosigkeit russischer Eliten. Die Verortung Russlands im Westen war missglückt. Was nun?

Putin, der zum 1. Januar 2000 das Ruder von Jelzin übernahm, setzte nach einer kurzen Orientierungsphase voll auf die substanzielle Annäherung an die euro-atlantische Welt. Bereits im Mai 2000 erklärte er: „Russland war immer, es ist heute und es wird in Zukunft ein europäisches Land sein, nicht nur wegen seiner geographischen Lage, sondern auch im Hinblick auf seine Kultur und den Grad der ökonomi-

schen Integration. Die grundlegenden Prinzipien, denen zufolge sich Europa vereinigt, sind für Russland die gleichen.“ Ähnlich deutliche Worte hatte Jelzin nicht gefunden.

RUSSLANDS ANNÄHERUNG AN DEN WESTEN

Das Land bekundete während der ersten Amtsjahre Putins weitaus konsistenter als während der Jelzin-Ära mit Worten und Taten, dass es sich als Teil des Westens aufgenommen sehen möchte. Stützpunkte in Kuba und Vietnam wurden ebenso aufgegeben, wie der erbitterte Widerstand gegen eine NATO-Osterweiterung. Bereits am 11. September 2001 stellte sich Putin eindeutig auf die Seite der USA, und ohne die Unterstützung Russlands wäre es für Washington kaum möglich gewesen, Stützpunkte in Mittelasien zu erwerben. Der Westen wurde grundsätzlich von Kritik verschont und es gab, anders als unter Jelzin, keinerlei Andeutungen mehr, dass sich Russland und China mit anti-atlantischem Hintergrund zusammenfinden könnten. Die innenpolitische Machtstellung Putins war unangefochten. Er nutzte seinen Freiraum als Präsident voll aus und kam dem Westen weiter entgegen als die Eliten und die Mehrheit der Bevölkerung es wünschten. Die Ursache dessen ist offensichtlich.

Die Konsolidierung und Modernisierung von Staat und Wirtschaft erfordern außenpolitische Stabilität und Kooperation mit den am weitesten entwickelten Ländern, also dem Westen. Viktor Christenko, damaliger amtierender russischer Ministerpräsident, definierte das Ziel russischer Außenpolitik im Frühjahr 2004 folgendermaßen: Russland wolle unentbehrlich für die internationale Gemeinschaft werden, sich im Inneren konsolidieren und modernisieren, in die Gruppe der höchstentwickelten Länder eingliedern und durch zunehmende wirtschaftliche Stärke auch an außenpolitischem Gewicht gewinnen. Diese Ziele sind nicht nur legitim und rational, sie sind aus deutscher und westlicher Sicht auch begrüßenswert.

RUSSLAND BENÖTIGT AUSSENPOLITISCHE STABILITÄT

Es versteht sich von selbst, dass es russischen Interessen entgegen kommt, zu einigen westlichen Ländern besonders intensive Beziehungen zu unterhalten, insbesondere zu Deutschland. Russland braucht jedoch den gesamten Westen, eine Spaltung der euro-atlantischen Welt widerspräche seinen Interessen, da es außenpolitische Stabilität benötigt. Außerdem sprechen weitere existenzielle Gründe dafür, sich im Westen zu verorten (s. u.). Dies erklärt auch die russische Position während der Irakkrise: Putin stellte sich, gemeinsam mit Deutschland und Frankreich, erst nach einigem Zögern der US-Politik entgegen. Die Kremführung war der Ansicht, dass die grundsätzliche Ausrichtung amerikanischer Politik stabilitäts- und frie-

densgefährdend sei. Putin achtete aber sehr darauf, das russisch-amerikanische Verhältnis nicht dauerhaft zu belasten. Putin strebte für sich und sein Land die Position eines ausgleichenden Vermittlers an, eines unentbehrlichen Teils der internationalen Gemeinschaft. Präsident Putin schöpfte seinen Spielraum zur Stabilisierung und Verbesserung der Beziehungen zum Westen voll aus. Er instrumentalisierte mitunter die verbreiteten autoritären und fremdenkritischen Reflexe, ohne sie jedoch zu schüren. Die im Vergleich zur Jelzin-Ära in einigen Bereichen autoritärere Politik im Inneren wurde von einer kooperationsbereiten Außenpolitik begleitet, die hierzu auch in der Lage war. Falls der Präsident eine Außenpolitik betrieben hätte oder hätte betreiben müssen, die sich stärker an den Wünschen der Bevölkerung und großer Teile der Eliten orientiert, hätte sich Russland weniger kooperativ gezeigt.

DROHT EIN „KALTER FRIEDE“?

Seit dem Frühjahr des Jahres 2004 wächst innerhalb Russlands die Kritik von patriotischer und nationalistischer Seite an Putins Außenpolitik, die als „zu weich“ qualifiziert wird. Im Westen wiederum mehren sich die Stimmen, denen der Kurs des Kremls nach Innen und Außen als „zu hart“ gilt. Die russische Außenpolitik hat seit diesem Jahr an Konsistenz eingebüßt. Sie verbindet schroffe Äußerungen und antiwestliche Reflexe mit anhaltender Konzilianz in der Sache. Das erinnert an Jelzin. Könnte sich die russische Politik erneut in einer Sackgasse wieder finden? Was sind die Ursachen dieser Entwicklung? Widmen wir uns zunächst dem russischen Blick auf die eigene Nation.

IDENTITÄTSKRISE EINER NATION

Staat und Nation befinden sich in einer tiefen Identitätskrise. Jahrhundertlang war in Russland die Auffassung weit verbreitet, dass von Moskau als Zentrum der Orthodoxie die spirituelle Erneuerung des Christentums ausgehen werde. Dieser weltumfassende Anspruch, der Menschheit den wahren Weg weisen zu können, wurde seit 1917 durch die Kommunisten übernommen, überlagert, säkularisiert, erweitert und mit neuer starker Stoßkraft versehen. Der Anspruch an sich selbst, Vorbild zu sein, sowie die Aufforderung an andere als solches betrachtet zu werden, beispielsweise als „Zivilisator“ in Mittelasien, sind für eine große Nation nicht ungewöhnlich. In der Geschichte und Gegenwart beispielsweise Frankreichs oder der USA lassen sich ähnliche Phänomene feststellen. Gleiches trifft auf den missionarischen Eifer zu, der recht unbekümmert mit nationalen Interessen verquickt und diesen dienstbar gemacht wird. Die französische Nation aber schöpft immer noch Selbstvertrauen aus ihrer vergangenen Rolle als revolutionäre Kraft und Kolonialmacht und erfährt hierfür nach wie vor eine gewisse Anerkennung von der Außenwelt. Dies trifft auf Russland nicht zu. Der jahrhundertlang bis zum Ende der Gorbatschow-Ära bestehende Anspruch, dass von Russland bzw. dem Kreml

die „Erlösung der Menschheit“ ausgehen werde, ist Ernüchterung wenn nicht Depression geworden. Dies war bereits vor einer Reihe von Jahren der Fall. Die innenpolitische und ökonomische Stabilisierung des Landes in den letzten Jahren eröffneten aber erst den Freiraum, sich auch einem anderen, nicht so unmittelbar drängendem Problem zu widmen, dem Statusverlust Russlands.

VERLETZTER RUSSISCHER PATRIOTISMUS

Der russische Patriotismus sieht sich verletzt und desorientiert. Bevölkerung und Eliten sehen die Außenpolitik ihres Landes im Prinzip in Kontinuität zu derjenigen vergangener Jahrzehnte und Jahrhunderte, was der Verletzung noch weitere Schärfe verleiht. Igor Iwanow beispielsweise, bis Februar 2004 Außenminister und seitdem Sekretär des russischen Sicherheitsrates, hob in einer weit verbreiteten Veröffentlichung zum Beispiel den langjährigen sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko positiv hervor und erklärte, dass ein aufgeklärter Patriotismus die russische Diplomatie zu allen Zeiten ausgezeichnet habe. Ein grundsätzlich positives und ungebrochenes Verhältnis zur russischen bzw. sowjetischen Außenpolitik und eine patriotische Gesinnung sind Allgemeingut im Lande. Es herrscht Einigkeit, dass ein zentrales Ziel russischer Außenpolitik darin bestehe, dem Land (wieder) den Status einer (wirklichen) Großmacht zu sichern. Iwanow konstatierte, dass es sowohl zu Zeiten des Zarenreiches, als auch der UdSSR Elemente imperialer Außenpolitik gegeben habe, denen man sich stellen müsse: „Doch müssen sie als Lehre und Warnung statt als Mittel und Argument zur Aufrechterhaltung von Feindseligkeit dienen und dürfen die bilateralen Beziehungen nicht beeinträchtigen.“ Es könne keine Politik einseitiger Zugeständnisse geben. Eine Politik des demonstrativen Entgegenkommens etwa gegenüber baltischen Staaten ist folglich nicht zu erwarten. – Diese fordern von Russland jedoch eine (weitere) demonstrative Entschuldigung für die Einverleibung in die Sowjetunion 1940, worin sie grundsätzlich von den EU-Partnern unterstützt werden. Es wird auf absehbare Zeit keine breit angelegte kritische Aufarbeitung der russisch-sowjetischen Vergangenheit geben: Die Menschen sind – abgesehen von der Angst vor dem Terror – zum einen vollauf mit der Bewältigung der Gegenwart und ihrer Existenzsicherung beschäftigt. Das Ausmaß des Stresses und der Verunsicherung, dem sich die russische Bevölkerung seit Beginn der 1990er-Jahre ausgesetzt sieht, wird besonders spektakulär an der Entwicklung der Lebenserwartung deutlich: Diese ist Anfang der 1990er-Jahre dramatisch gesunken und verharrt seitdem auf einem Niveau, welches dasjenige der 1960er-Jahre unterschreitet, ein weltweit einmaliges Phänomen. Experten führen dies zum großen Teil auf die psychische Belastung durch Stress und Armut zurück, dem sich die Bevölkerung ausgesetzt sieht. Die Unsicherheits- und Bedrohungsgefühle werden mitunter durch eine demonstrative Betonung eigener Macht zu kompensieren versucht, was bei den Nachbarn Abgrenzungstendenzen nährt.

IDENTITÄTSKRISE EINER NATION: DIE MENSCHEN IN RUSSLAND SIND VOLL- AUF MIT DER BEWÄLTIGUNG DER GEGENWART UND IHRER EXISTENZSICHERUNG BESCHÄFTIGT. IM VERHÄLTNISS ZUM BETTLER, DER AN EINEM EINGANG ZUR MOSKAUER U-BAHN SITZT, WIRKT DAS DOLLARZEICHEN SEHR STABIL. FÜR VIELE MENSCHEN IN RUSSLAND IST JEDOCH „TEST THE WEST“ ZUM ALPTRAUM GEWORDEN.

picture alliance / dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Zum Zweiten ist keine tief greifende „Vergangenheitsbewältigung“ zu erwarten, weil der Wert des Patriotismus so hoch rangiert, dass eine kritischere Sicht auf die russisch/sowjetische Geschichte allgemeine Missbilligung erfordere. Die Nation fungiert als (notwendiger?) emotionaler Anker. Dementsprechend lässt sich feststellen, dass die Beliebtheit von Filmen mit „patriotischen Themen“ seit einigen Jahren steigt.

BEDROHUNGSGEFÜHLE UND ÄNGSTE

Eine patriotisch gefärbte, vom eigenen Wert überzeugte Sicht, die typisch für eine Großmacht ist, wird begleitet von Minderwertigkeitsgefühlen gegenüber wohlhabenden westlichen Ländern und verbreiteten Ängsten um die Zukunft, ja Überlebensfähigkeit des russischen Staates. Diese Emotionen sind nicht nur auf Angehörige der Geheimdienste oder Streitkräfte beschränkt, sondern bewegen weite Bevölkerungskreise. Der überraschende Zusammenbruch der UdSSR ist in frischer Erinnerung. Vertreter aller politischen Lager warnen eindringlich vor einer von China ausgehenden Gefahr für die Sicherheit Sibiriens, und die Angst vor einem Zerfall des Landes ist weit verbreitet: Dies wurde beispielsweise im Frühjahr 2004 in einer bezeichnenden Episode deutlich, als der Bericht „Global Trends“ des US-Geheimdienstes CIA bekannt wurde. Nach Ansicht der Autoren

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

der im Jahre 2000 erstellten Studie könnten sinkende Geburtenraten, eine marode Infrastruktur sowie territoriale und nationale Konflikte dazu führen, dass Russland in bis zu acht Einzelstaaten zerfalle. Der Bericht wurde in der russischen Presse ausführlich diskutiert, in der auf-
lagenstarken „Komsomolskaja Pravda“ wurde der mögliche Zerfall des Landes sogar durch eine Karte illustriert. Der Parlamentsvorsitzende Boris Gryzlow sah sich genötigt, die Gefahr eines Auseinanderfallens entschieden zurückzuweisen; laut einer Umfrage des populären liberalen Radiosenders „Echo Moskvj“ hielten 71 Prozent der Befragten den Zerfall Russlands aber für wahrscheinlich. Im Frühjahr 2005 wiederholte sich die landesweite Aufregung aufgrund einer ähnlichen Analyse des CIA-nahen „Stratfor Center“. Die Kämpfe in Tschetschenien und die tendenziell instabiler werdende Situation im russischen Nordkaukasus verstärken die übertriebenen Sorgen.
Die in Russland ständig thematisierte demographische Entwicklung färbt das Gesamtbild noch düsterer ein. Die Anzahl der Todesfälle übersteigt diejenige der Geburten seit Jahren um über 700.000 Menschen.

DIE SICHT AUF DEN WESTEN

Die Menschen wünschen eine Modernisierung und eine grundsätzliche „Verwestlichung“ des Landes, aber auf Grundlage russischer Erfah-

rungen und Werte. Dies ist nicht ungewöhnlich und prinzipiell zu begrüßen. Unglücklicherweise führt eine solche Besinnung auf das Eigene in Zeiten der Unsicherheit aber gewöhnlich zunächst zur Abgrenzung gegenüber dem (vermeintlich) Fremden, wenn nicht gar zu seiner Abwertung, um die eigene Identität definieren zu können. Dementsprechend lässt sich in Umfragen der vergangenen Jahre feststellen, dass ausnahmslos alle Länder als weniger freundlich gegenüber Russland eingeschätzt werden als noch Mitte der 1990er-Jahre, und selbst in liberalen Zeitungen ist das Misstrauen gegenüber dem Westen groß.

Bereits im Verlauf des Jahres 2003 ist der Anteil derjenigen Bürger Russlands, die dafür eintreten, dass ihr Land sich um einen Beitritt zur Europäischen Union bemühen sollte, beträchtlich gesunken, ebenso wie der Prozentsatz derjenigen, die glauben, dass die Mehrheit der europäischen Führer mit Russland sympathisiert. Im März 2004 bekundete bei einer Befragung die Hälfte der interviewten Russen die Ansicht, dass die Beziehungen zwischen ihrer Heimat und dem Westen, unabhängig davon wie sich die innere Situation Russlands entwickeln sollte, immer auf Misstrauen basieren werde. Im Sommer 2004 zitierte die Zeitschrift „Rossija v globalnoj politike“, die als halboffiziös gelten kann, zustimmend ein anderes Organ, nach dessen Einschätzung die zeitweilig angespannten Beziehungen zwischen Russland und der EU daher rührten, dass Europa mit seiner Strategie

gescheitert sei, ein schwaches Russland zu schaffen. Ratschläge oder Ermahnungen aus der westlichen Welt stoßen folglich auf grundsätzliche Vorbehalte und nähren den latenten Verdacht, dass der Westen prinzipiell ein an sich selbst zweifelndes und willfähiges Russland wolle. Die westliche Öffentlichkeit neigt stark dazu, sich bei Konflikten Russlands mit einem anderen Land mit Nachdruck auf die Seite der Kontrahenten Moskaus zu schlagen, was bei der Bevölkerung und den Eliten das Gefühl einer Verbitterung nährt und zu mancherlei Verschwörungstheorien führt. Die seit einigen Jahren zunehmende Konkurrenz zwischen Russland auf der einen sowie westlichen Ländern und der EU auf der anderen Seite um Einfluss im GUS-Raum trägt ein Weiteres zu einer Eintrübung des Verhältnisses bei.

DIE SICHT AUF DIE GUS-NACHBARN

Die Beziehungen zu den GUS-Nachbarn sind aus russischer Sicht noch frustrationsträchtiger. Die russische Seite erwartet eine gewisse Dankbarkeit von Seiten der neuen unabhängigen Staaten und eine demonstrative Verbundenheit mit Russland: Etwa wegen der zivilisatorischen Errungenschaften, die Russland über Jahrhunderte beispielsweise nach Mittelasien gebracht habe, wegen der Bereitwilligkeit, mit der Moskau die Länder in die Unabhängigkeit entließ, sämtliche Schulden der UdSSR über-

nahm, wegen der verbilligten Energielieferungen oder des Verzichts auf Gebietsforderungen. Russland glaubt auch, dass die in allen GUS-Ländern mehr oder minder stark vertretenen russischen Minderheiten die Länder an Russland binden.

Tatsächlich jedoch grenzen sich die neuen unabhängigen Staaten in zunehmendem Maße von Russland ab, gerade weil die Verbindungen mit Russland so stark waren und sind. Die GUS-Länder distanzieren sich, um ihre noch unsichere Identität definieren zu können und neigen dazu, die russische Volksgruppe als „fünfte Kolonne“ Moskaus zu betrachten. Dies erschwert ihre Minderheitensituation und führt zu Konflikten mit Russland. Die neu gegründeten Staaten versuchen diese auch durch eine Schaukelpolitik zwischen Russland, dem Westen und China zu stabilisieren, um somit von verschiedenen Seiten Vorteile zu erhalten.

2004 – WENDE IN DEN BEZIEHUNGEN ZUR AUSSENWELT?

Gegen Ende des Jahres 2003 sah sich der georgische Präsident Schewardnadse wegen des Vorwurfs von Wahlfälschungen unter starkem innenpolitischem Druck und musste schließlich Michail Saakaschwili weichen. Dieser betonte seine Westorientierung eher noch deutlicher als dies bereits Schewardnadse unternommen hatte. Russland hat in den schwierigen Monaten des Umbruchs jedoch zu einem friedlichen Machtwechsel erheblich beigetragen, was allseits gewürdigt wurde. Es wünschte zum einen keinen weiteren Krisenherd im Kaukasus, zum anderen erhoffte sich der Kreml eine Entkrampfung der seit langem verfahrenen Beziehungen mit Tiflis. Der Besuch des neuen Präsidenten Saakaschwili in Moskau war dementsprechend von offizieller russischer Seite von vielen freundlichen Worten begleitet, und die Presse zeigte sich gar euphorisch.

Der Kreml ließ zu (und der Westen begrüßte), dass Saakaschwili in seinen ersten Amtsmonaten die international garantierte Autonomie der georgischen Provinz Adscharien beseitigte, das in den vorhergehenden Jahren zu einem feudalen Gebilde mutiert war. Putin übergab die innenpolitische Kritik, obgleich der „starke Mann“ Adschariens ein Gefolgsmann Russlands war. Die vom Kreml erhoffte Dividende einer grundlegenden Entkrampfung des russisch-georgischen Verhältnisses blieb jedoch aus. Der georgische Präsident, dem populistische Neigungen nicht fremd sind, ließ kurze Zeit darauf Gewalt einsetzen, um die abtrünnige Provinz Südossetien wieder der Autorität der Zentralmacht zu unterstellen. Es kam erstmals seit über zehn Jahren zu Toten sowie erbitterten diplomatischen Kontroversen zwischen Tiflis und Moskau, das bereits seit langen Jahren als Garant des Waffenstillstandes fungiert. Georgien beschuldigt Russland bereits seit Jahren durchaus zu Recht, die von Georgien abgespaltenen Provinzen Abchasien und Südossetien zu stützen, was dem Völkerrecht zuwider läuft. Andererseits trägt Georgien wegen der überaus nationalistischen Politik seiner Führung in den ersten Jahren seiner Unabhängigkeit eine schwere Verantwortung für die Abspaltung der Landesteile, deren Bewohner von Tiflis unabhän-

gige Wege gehen wollen. Zudem stellt Südossetien für Russland auch eine innenpolitische Frage dar, denn die Bewohner des russischen Nordossetien demonstrieren während der Kämpfe im Süden erkennbare Unruhe. Eine rasche Lösung der eingefrorenen Konflikte um die territoriale Integrität Georgiens ist nicht in Sicht.

Die russische Seite fühlte sich durch Saakaschwili hintergangen, der auf umfangreiche politische und finanzielle Unterstützung aus dem Westen bauen kann. Auf russischer Seite entstand der Eindruck, dass eine konstruktive Haltung bei der Ablösung von Regimen, die beträchtliche Demokratiedefizite aufweisen, nicht gewürdigt wird oder bezahlt macht, sondern Probleme in den zweiseitigen Beziehungen eher noch verschärft.

DER KREML IN DER SACKGASSE

Vor diesem Hintergrund manövrierte sich der Kreml im November/Dezember 2004 in Bezug auf die Ukraine in eine Sackgasse hinein, mischte sich direkt in den Wahlkampf ein und unterstützte einen Kandidaten fragwürdiger moralischer Qualität. Dabei unterschieden sich die beiden Lager innerhalb der Ukraine nur graduell in Bezug auf ihre Fähigkeit und Bereitschaft, die Korruption zu bekämpfen oder sich an Russland anzulehnen bzw. abzugrenzen. Die stark emotionalisierte Debatte im Westen, die zu Schwarz-Weiß-Bildern neigte, trug zur Verhärtung der russischen Position bei.

Putin suchte bereits wenige Wochen nach der „Orangen Revolution“ die Stimmung zu entspannen und erklärte gar, dass Russland einen EU-Beitritt der Ukraine „begrüßen“ würde, aber es treten wiederholt schwere atmosphärische Störungen auf. Russland nimmt den baltischen Ländern beispielsweise ihre demonstrativen antirussischen Affekte übel, Gorbatschow zum Beispiel wirft ihnen vor, „künstliche Spannungen“ zu schüren.

Im Mai 2005 platzte Putin auf der offiziellen Pressekonferenz aus Anlass des EU-Russland-Gipfels der Krage: „Die lettische Seite ist bereit, ein Grenzabkommen mit uns zu unterzeichnen, aber sie möchte eine Klausel in den Text einfügen, und einen Verweis auf ein Abkommen von 1920, demzufolge der (russische) Pytalowobezirk (...) lettisches Territorium ist. Als ein Ergebnis des Zusammenbruchs der Sowjetunion verlor Russland riesige Gebiete seines ursprünglichen Territoriums. Und was schlagen sie vor – mit allem wieder neu anzufangen? Uns die Krim und Teile der Gebiete anderer ehemaliger Sowjetrepubliken zurück zu geben? Gebt uns dann Klaipeda zurück. Fangt an, alles in Europa neu aufzuteilen. Ist es das, was sie wollen? Wahrscheinlich nicht.“

Die Beziehungen mit Polen sind ähnlich angespannt. 1940 ließ die Sowjetführung Tausende kriegsgefangener polnischer Offiziere ermorden, was sie erst Ende der 1980er-Jahre zugab. Die nachfolgenden Untersuchungen wurden im Frühjahr 2005 vom russischen Generalstaatsanwalt demonstrativ ergebnislos abgebrochen, was auf polnischer und westlicher Seite zu verständlicher Empörung führte. Russland andererseits hatte zuvor gefordert, dass Polen Untersuchungen über das Schicksal von 60.000 in Kriegsgefangenschaft verstorbenen

Soldaten anstellt, die Polen bei seinem Angriff auf Sowjetrußland 1919/20 in die Hände gefallen waren, was Warschau ablehnte.

Die russischen Forderungen an Polen waren natürlich auch taktisch bedingt, aber nicht ohne Substanz. Russland ist nicht (mehr) bereit, sich an den Pranger stellen zu lassen. Aus russischer Sicht nimmt der Westen regelmäßig einseitig antirussische Haltungen ein.

AUSBLICK AUF DIE RUSSISCHE AUSSENPOLITIK

Russland besitzt umfangreiche Rohstoffreserven, eine gut ausgebildete Bevölkerung auf einem riesigen Territorium, ist ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, Teil der G-8-Staaten und verfügt über ein Kernwaffenarsenal, das demjenigen der USA vergleichbar ist. Es hat seit Beginn der 1990er-Jahre aber fast stetig an Einfluss verloren. Dieser Erosionsprozess ist seit dem Amtsantritt Präsident Putins nur scheinbar zum Stillstand gekommen, trotz des gestiegenen Respekts, den die russische Führung im Vergleich zu den Jelzin-Jahren genießt.

Die innenpolitische Kritik am bedeutenden Machtverlust seit Anfang der 1990er-Jahre verstärkte eine Stimmung, auf „Demütigungen“ härter zu reagieren. Es sind Tendenzen einer „Revanchestimmung“ spürbar. Sie wird dadurch ermöglicht und verstärkt, dass in wachsenden Teilen der Bevölkerung, weniger in den besser informierten Eliten, eine allzu optimistische Vorstellung über die in den vergangenen Jahren gewonnene Stärke ihres Landes herrscht.

DER WESTEN GILT ALS SELBSTGERECHT

Wie berechenbar und zuverlässig ist Russland als außenpolitischer Partner? In Anbetracht der noch unverdaulichen imperialen Vergangenheit des Landes und Ängsten vor der Außenwelt kann eine vorläufige Antwort nur von Skepsis geprägt sein. Diese wird durch eine andere Beobachtung noch verstärkt: In den vergangenen Jahrzehnten gab es vielleicht noch nie eine Zeit, in der das Ansehen des Westens in der russischen Bevölkerung so niedrig war wie heutzutage, auch bei den Demokraten. Selbst die oppositionellen Medien reagierten empört, als in dem Menschenrechtsbericht des US-Außenministeriums vom Juli 2004 weltweit Noten verteilt wurden, aber die Folterungen im Irak unerwähnt blieben. Eliten und Bevölkerung sind in ihrer großen Mehrheit davon überzeugt, dass der Westen Russland schwächen möchte. Hinter den Umbrüchen bei GUS-Nachbarn werden verbreitet westliche Machenschaften vermutet. Beteuerungen, dass Demokratie und Menschenrechte handlungsleitende Maximen euro-atlantischer Außenpolitik seien, werden weithin als bloße Taktik gewertet. Der Westen gilt als selbstgerecht.

DER KREML UND DIE GUS-LÄNDER

GUS-Länder können für den Kreml auf Dauer keine Machtbasis bilden, da sie sich aus Identitätsgründen in eher übertriebenem Maße gegen die alte Vormacht abgrenzen werden, trotz ökonomischer Abhängigkeit: Nach einer Schätzung

des Internationalen Währungsfonds machen Überweisungen von Arbeitskräften aus Moldau und Georgien, die in Russland tätig sind, 30 Prozent bzw. 25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes des jeweiligen Landes aus. Abgrenzungstendenzen werden auf Dauer aber einen bestimmten Einfluss auf die Beziehungen ausüben, was auch in Zukunft zu schweren Enttäuschungen auf russischer Seite führen wird.

Nach einer Umfrage des demokratisch-oppositionellen Lewada-Zentrums betrachten 68 Prozent der befragten Russen die Ukraine nicht als „ausländischen Staat“. Es gibt mannigfaltige Gründe für diese Sicht. Sie sind jedoch vor allem historischer Natur – und werden von einer Mehrheit der Ukrainer skeptisch bis ablehnend betrachtet.

Russland weckt allein aufgrund seiner Größe und (potenziellen) Stärke den Argwohn von Nachbarn, was sich selbst durch die konzilianteste Politik der Kremelführung nur innerhalb von Jahrzehnten abbauen ließe, und auch dies nur partiell. Die Vorsicht gebietet kleineren Ländern, sich gegenüber dem potenziellen Hegemon abzusichern. Es steht folglich zu erwarten, dass die Politik der Nachbarn Russlands nachhaltig darauf gerichtet sein wird, sich gegen vermeintliche oder auch nur potenzielle Ambitionen des ehemaligen großen Bruders abzusichern, relativ unabhängig vom Charakter russischer Politik. Russland wird auf Dauer große Mühe haben, entspannte und kooperationswillige Partner zu finden, ohne allzu große Konzessionen machen zu müssen. Vermutlich wird es immer wieder seine guten Absichten betonen und dokumentieren müssen, um Sorgen über seine (potenzielle) Stärke nicht allzu groß werden zu lassen. Denn dies würde Isolation bedeuten.

WIE VERLÄSSLICH IST RUSSLAND?

Trotz der ernüchternden bisherigen Analyse sind die Aussichten für eine verlässliche russische Politik so schlecht nicht. Die enge und dauerhafte Zusammenarbeit mit dem Westen, die Putin bereits seit Beginn seiner ersten Amtszeit anstrebt, ist nicht vor allem normgeleitet, wie in der „romantischen“ Phase der russischen Außenpolitik zu Beginn der 1990er-Jahre, sondern vielmehr pragmatische Interessenpolitik. Sie besitzt insofern eine größere Verlässlichkeit und Dauerhaftigkeit.

Die große Mehrheit der Bevölkerung möchte Russland als Teil der euro-atlantischen Welt sehen und wünscht prinzipiell eine demokratische Entwicklung ihres Landes. Es ist zudem innerhalb Russlands weithin unbestritten, dass eine enge Kooperation mit dem Westen für die Modernisierung der Wirtschaft und somit für eine Hebung des Lebensstandards und die Sicherung der territorialen Integrität unerlässlich sind. Eine stark übertriebene Furcht vor einer potenziellen chinesischen Gefahr verbietet es, sich gegen den Westen in Pekinger Fahrwasser ziehen zu lassen, von vorübergehender Taktik abgesehen. Es ist mit russischem Selbstverständnis auch nicht zu vereinbaren, „Juniorpartner“ Pekings zu werden. Zudem sind die Beziehungen zu den USA für Russland – wie auch für China und Indien, dem weiteren „strategischen Partner“ in Asien – wichtiger, als die Beziehungen zu den jeweils anderen eurasischen

Ländern, sodass selbst chinesische Umrangungsversuche nicht zuletzt taktisch bedingt sein dürften, um die Pekinger Verhandlungsposition gegenüber den USA zu stärken.

Die Fakten gebieten dem Kreml ein enges Zusammengehen mit dem Westen. Russland sieht sich aber so anhaltend stark von westlicher Seite kritisiert und mit einer politischen Offensive im GUS-Raum mit antirussischer Spitze konfrontiert, dass die Psychologie die Fakten überlagern könnte. Die Stimmung zwischen dem Westen und Russland hat sich spürbar eingetrübt. Es besteht die Gefahr, dass sich Russland selbst in die Ecke stellt. Nicht aus bösem Willen, sondern aus Trotz. Ebenso groß ist die Gefahr, dass der Westen Russland ausgrenzt. Wie ein „Kalter Friede“ zwischen dem Westen und Russland aussehen könnte, hat die Krise in der Ukraine gezeigt.

WAS TUN? – ÜBERLEGUNGEN AUS DEUTSCHER SICHT

In den vergangenen Jahren wurde die Zusammenarbeit zwischen Russland auf der einen Seite und etwa Deutschland, der EU und der NATO auf der anderen wesentlich verstärkt. Mitunter hatte es gar den Anschein, dass die Zusammenarbeit eine qualitativ neue Stufe erreicht hat. Auch der Wirtschaftsaustausch floriert. Die russische Seite machte im Jahre 2005 deutlich, dass sie die Beziehungen zur EU weiter entwickeln will und sich nicht selbst ins Abseits stellen möchte. Ende Mai 2005 erklärte Russland seine Bereitschaft, die verbliebenen Militärbasen in Georgien bis 2008 zu schließen – ohne dass sich die georgische Seite verpflichtete, keine ausländischen Stützpunkte auf ihrem Territorium zuzulassen, was Russland bis dahin immer gefordert hatte. Das offizielle Russland zeigt seit dem Herbst 2005 auch eine zunehmende Bereitschaft, den wachsenden westlichen Einfluss im GUS-Raum gelassener zu betrachten.

Der Westen, als der bei weitem stärkere Part, kann und sollte Russland vermitteln, das es nicht ausgegrenzt wird. Beide Parteien befinden sich oft auf derselben Seite und kritisierten

beispielsweise einmütig die demokratischen Standards nicht genügenden Wahlen in Moldau im März 2005. Westliche Beobachter neigen auch dazu, sich mit allzu großer Emphase auf die Seite von Ländern zu stellen, die Russland mit Vorwürfen attackieren. Die Realität lässt sich aber oft nicht in Schwarz-Weiß-Mustern pressen.

Die Konkurrenzsituation zwischen dem Westen und Russland um Einfluss im GUS-Raum hat sich in den vergangenen Jahren verschärft, und die Gefahr ist groß, dass es in Zukunft noch einmal zu einer ähnlich vergiftend-emotionalisierten Kontroverse kommen könnte wie um die Ukraine. Deutsche Beobachter sollten folgendes nicht aus dem Auge verlieren: Eine zunehmende Westbindung der Ukraine darf die engen Bindungen des Landes an Russland nicht gefährden, weil sonst die innere Stabilität der Ukraine schweren Schaden nehmen könnte. Dieses Dilemma lässt sich wahrscheinlich lösen: Indem die drei geplanten gemeinsamen Räume der EU mit Russland bzw. der Ukraine, sowie derjenige der Ukraine mit Russland kompatibel gemacht werden.

INNENPOLITISCHE ENTWICKLUNG STIMMT SKEPTISCH

Russlands Bedeutung und potenzielle Macht sind immer noch erheblich, aber zu einer hegemonialen Politik ist das Land weder in der Lage noch letztlich bereit, die dafür erforderlichen Kosten zu tragen. Tendenzen westlicher „Containment-Politik“ sind folglich deplaziert. Aber müssen die autoritären Tendenzen im Inneren nicht skeptisch stimmen? Es ist tatsächlich zweifelhaft, ob Russland in absehbarer Zeit bereit und in der Lage ist, sich dem westlichen Wertekanon anzunähern. Dies ist jedoch Voraussetzung für eine Verortung Russlands in der euro-atlantischen Welt. Deutschland und die EU sollten Rechtsstaatlichkeit und Pluralität aber nicht einfordern, sondern als Angebot formulieren. Ohne Noten zu verteilen, auf welchem Niveau sich der „widerborstige Schüler“ befindet und ohne Verleugnung eigener Werte. Vielleicht ist im Westen sogar hin und wieder ein wenig Selbstkritik angebracht? Beim jüngsten Bericht von amnesty international schnitten die USA schlechter ab als Russland.

Sowohl Präsident Jelzin als auch Putin neigten bzw. neigen eindeutig in die westliche Richtung, wobei die Deutlichkeit der Richtungswahl Putins im Westen in der Regel unterschätzt wird. Die zutiefst patriotische, an der Macht des eigenen Staates orientierte und zugleich von Unsicherheit geprägte Haltung Russlands muss einer zukunftsgerichteten Zusammenarbeit mit diesem Land nicht entgegenstehen, sie war schließlich auch eine der wichtigen Antriebskräfte des europäischen Einigungsprozesses und ist es teilweise noch heute. Insbesondere europäischen Ländern – und an zentraler Stelle Deutschland – eröffnen sich potenziell herausragende Chancen für eine Zusammenarbeit mit Russland, denn gerade sie sind dessen bevorzugte Modernisierungspartner. Es gilt sie im Interesse der Menschen in Deutschland, Russland und aller ihrer Nachbarn und Partner zu nutzen.

UNSER AUTOR



Dr. Christian Wipperfürth, geb. 1961, studierte als Friedrich-Ebert-Stipendiat Geschichte, Politikwissenschaft und Philosophie in Bonn. Er war u. a. im Bankwesen, in der Erwachsenenbildung, für das

Europäische Parlament, den Deutschen Bundestag und das Erste Russische Fernsehprogramm tätig. 2001 promovierte er an der Freien Universität Berlin. Von 2001 bis 2004 war er Gastdozent für Internationale Beziehungen an der Staatlichen Universität St. Petersburg. Zahlreiche Veröffentlichungen zu politischen, politik- und geschichtswissenschaftlichen Themen.

Der Funke der „Orangenen Revolution“

GERHARD SIMON

Die „Orangene Revolution“ hat in der Ukraine die Demokratie vorangebracht und der sich formierenden Zivilgesellschaft zu einem Mehr an Selbstvertrauen verholfen. Gerhard Simon geht in seiner Zusammenschau der spannenden Frage nach, ob im GUS-Raum angesichts der Vorgänge in der Ukraine eine neue Welle revolutionärer Umwälzungen zu erwarten ist. Ein knapper Blick auf die Vorgänge in Kirgisistan und Georgien, in denen Wahlfälschungen erstmalig zu politischen Konsequenzen führten, und ein Vergleich mit den Vorgängen in der Ukraine zeigen, dass Proteste gegen gefälschte Wahlen allein offenbar nicht ausreichen. Zu den Erfolgsfaktoren der „Orangenen Revolution“ gehörten eine funktionierende Opposition gegen das autoritäre Regime Kutschma, ein herausragender politischer Führer in Gestalt von Viktor Juschtschenko und die nicht zu unterschätzende Wirkung des demokratischen Nationalismus. Gleichwohl mahnt Gerhard Simon angesichts des abrupten Endes des „orangenen Projektes“ zu Vorsicht und nüchterner Einschätzung. Ein Blick auf die Gegebenheiten der autoritären Regime in Aserbaidschan, Belarus und Russland stimmt eher skeptisch in Hinsicht auf einen möglichen „Export“ der „Orangenen Revolution“ in andere GUS-Staaten. Red.

HERAUSFORDERUNGEN DER TRANSFORMATION

Als die Sowjetunion 1991 zusammenbrach, stand die Ukraine – ebenso wie die anderen Nachfolgestaaten – vor gewaltigen Aufgaben. Vier Herausforderungen mussten gleichzeitig gemeistert werden: Ein unabhängiger Staat, der in diesen Grenzen lediglich als Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik existiert hatte, musste gesichert, die sozialistische Staatswirtschaft in eine Marktwirtschaft umgebaut werden; eine demokratische politische Ordnung der Macht sollte an die Stelle der Einparteidiktatur treten, und die nicht abgeschlossene Nationsbildung musste vorangebracht werden. Der neue ukrainische Staat und die ukrainische Gesellschaft waren mit dieser vielfachen Belastung überfordert.

Lediglich die erste dieser vier Herausforderungen konnte in der Ära Kutschma bewältigt werden; in allen anderen Bereichen waren schwere Defizite zu verzeichnen. Dabei ist die Sicherung der territorialen Integrität des Landes gewiss nicht gering zu achten. Es war eine beachtliche politische Leistung, dass es gelang, die allgemeine völkerrechtliche Anerkennung der territorialen Integrität – auch von Seiten Russlands – durchzusetzen und zu-

gleich die separatistischen und autonomistischen Kräfte innerhalb des Landes ruhig zu stellen. Damit war die Ukraine zu Beginn unseres Jahrhunderts in einer besseren Position als viele andere Nachfolgestaaten der UdSSR, insbesondere die Staaten des Südkaukasus oder Moldova (Moldau). Auch Russland ist von der Lösung seiner separatistischen und autonomistischen Probleme im Inneren, die durchaus über Tschetschenien hinausreichen, weit entfernt.

Aber der Weg nach Europa in Richtung auf Demokratie und Marktwirtschaft blieb in der Ära Kutschma weitgehend Wunschdenken oder schlimmer: Rhetorik zur Verdeckung einer ganz anderen Wirklichkeit, wo Seilschaften, Klanwesen und Korruption herrschten und der Staat von bestimmten Cliquen und Oligarchen privatisiert wurde.

EINE ZWEITE REVOLUTION WAR NÖTIG

In der Ukraine war eine zweite Revolution nötig, um die Demokratie voranzubringen, Medienfreiheit durchzusetzen und der Zivilgesellschaft zu Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen zu verhelfen. Was in Ostmitteleuropa im alten Vorfeld der Sowjetmacht mit einer Revolution, nämlich dem Sturz des Kommunismus von der Macht, erreicht werden konnte, dazu waren in der Ukraine zwei Schritte notwendig. Und die Ukraine steht nicht allein. Schon ist die Rede von den „Farben- oder Blumen-Revolutionen“. Es begann mit der „Rosenrevolution“ in Tbilisi im November 2003, nach der „Orangenen Revolution“ im November/Dezember 2004 folgte die „Tulpenrevolution“ in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek im März 2005. Wer wird der Nächste sein?

EINE NEUE WELLE REVOLUTIONÄRER UMWÄLZUNGEN?

Ohne Zweifel gibt es eine erhebliche Unruhe bei den Herrschenden in Russland, Belarus (Weißrussland) oder in Usbekistan. In vielen Nachfolgestaaten der Sowjetunion zeigt sich, dass die gelenkte oder defekte Demokratie nicht der Endzustand ist, dass die Gesellschaften nach Demokratie drängen, und dass sich die Menschen nicht mit der virtuellen Freiheit zufrieden geben. Stehen wir im GUS-Raum vor einer neuen Welle revolutionärer Umwälzungen? Wird die demokratische Ordnung der Macht, die vor 15 Jahren von der Elbe bis zum Bug und zur Ostgrenze Polens vorgedrungen ist, jetzt einen weiteren Sprung nach Osten machen und die neuen Staaten auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion in Demokratien verwandeln? Damit würden alte Hoffnungen und Erwartungen aus der Zeit am Ende der Perestroika wiederbelebt, Demokratie und Marktwirtschaft würden einen einheitlichen Werteraum vom Atlantik bis nach Wladivostok schaffen und so uralte historische Grenzen in Eurasien aufheben oder doch bedeutungslos machen. Oder geben wir uns mit

solchen Projektionen doch wieder nur Träumen und Illusionen hin, ausgelöst von der Faszination der friedlichen Revolution auf dem Kiewer „Majdan Nesaleschnosti“ (Platz der Unabhängigkeit)? Insbesondere das abrupte Ende der „Orangenen Revolution“ im September 2005, von dem noch die Rede sein wird, mahnt zu Vorsicht und Zurückhaltung bei der Einschätzung.

Nüchternheit und Distanziertheit sind die angemessene Haltung und das notwendige Instrumentarium des Analytikers. Andererseits muss daran erinnert werden, dass eben wegen dieser Nüchternheit und Skepsis so gut wie niemand unter den Analytikern die „Orangene Revolution“ auch nur vorausgeahnt hat. Zahlreich waren demgegenüber die Fachleute, die im Gegenteil einen großen Sprung nach vorn in Richtung auf Demokratie in der Ukraine für ausgesprochen unwahrscheinlich oder unmöglich erklärt hatten. Auch die Menschen in der Ukraine haben nicht an sich geglaubt. Bei einer Umfrage nach der „Rosenrevolution“ in Georgien, ob denn etwas Ähnliches auch in der Ukraine möglich sei, antwortete eine deutliche Mehrheit mit Nein.

WAHLEN UND WAHLFÄLSCHUNGEN

Zentrale Voraussetzung und zugleich Anlass für die bisherigen demokratischen Umbrüche waren Wahlfälschungen. Das Recht der Staatsbürger, die politische Führung zu wählen und vor allem abzuwählen, ist eines der simpelsten und einleuchtendsten Grundrechte. Es ist der Inbegriff der Volkssouveränität, die seit 200 Jahren zur Grundlage von Staat und Recht in Nordamerika und Europa geworden ist. Fast nirgendwo im GUS-Raum haben seit dem Ende des Kommunismus freie und faire Wahlen stattgefunden. Die Ausnahmen stellen die Präsidentenwahlen in Russland, der Ukraine und Belarus zwischen 1991 und 1994 dar. Seit Mitte der 1990er-Jahre haben Wahlmanipulationen und Wahlfälschungen zugenommen. Die Machthaber nutzen überall Wahlen, um sich oder designierte Nachfolger im Amt bestätigen zu lassen. Hier wirkt ohne Zweifel die kommunistische Tradition fort, die ja auch Wahlen kannte, allerdings nur zur Errichtung einer demokratischen Fassade. Die Vorausschau mancher Transformationsforscher, eine oder zwei faire und freie Wahlen zu Beginn der Demokratisierungsphase seien eine weitgehende Garantie für die endgültige Etablierung der Demokratie, hatten sich also nicht bestätigt. Das Gegenteil ist eingetreten: Der Weg ging von anfänglich vergleichsweise freien Wahlen hin zu zunehmend „gelenkten“ und gefälschten.

ZWEI INSTRUMENTARIEN GELENKTER WAHLEN

Insbesondere zwei Instrumentarien werden bei gelenkten und unfreien Wahlen eingesetzt: Erstens, der politische Gegner erhält keinen

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

ANHÄNGER DER OPPOSITION IN KIEW: IN DER UKRAINE WAR EINE ZWEITE REVOLUTION NÖTIG, UM DIE DEMOKRATIE VORANZUBRINGEN, MEDIENFREIHEIT DURCHZusetzen UND DER ZIVILGESELLSCHAFT ZU SELBSTBEWUSSTSEIN UND SELBSTVERTRAUEN ZU VERHELLEN.

picture alliance / dpa

tern der Zentralen Wahlkommission und der Präsidentschaft abhörten und veröffentlichten.

Es gehört offenbar zur Perfektion von Wahlfälschungen, dass sie auch dort angewandt wurden, wo die Inhaber der Macht auch ohne sie zum Ziel gekommen wären, zum Beispiel bei der Wahl Putins zum Präsidenten 2000 und 2004.

2003 STANDEN DIE WÄHLER ERSTMALS AUF

Wahlen werden also in den Ländern der GUS seit zehn Jahren gefälscht, zu politischen Konsequenzen hat das aber erst seit 2003 zunächst in Georgien und dann in der Ukraine geführt. Die Wähler sind aufgestanden. Sie haben die Annullierung gefälschter Wahlen gefordert und Neuwahlen oder Wahlwiederholungen durchgesetzt. Die bisherigen Präsidenten, Schewardnadse in Georgien (November 2003), Kutschma bzw. sein designierter Nachfolger Janukowitsch in der Ukraine (Dezember 2004) und zuletzt Akajew in Kirgisistan (März 2005) traten ab. Vergleicht man diese drei bisherigen Fälle von Umbrüchen nach Wahlfälschungen miteinander, so treten neben den Gemeinsamkeiten doch auch sofort die Unterschiede hervor. Zwar waren in allen drei Fällen gefälschte Wahlen der Auslöser, aber hinsichtlich der anderen Voraussetzungen und vor allem mit Blick auf die Ergebnisse bestehen zwischen diesen drei Ländern gravierende Unterschiede.

MACHTWECHSEL IN KIRGISISTAN

In Kirgisistan fanden am 27. Februar und 13. März 2005 Parlamentswahlen statt; entsprechend dem Wahlgesetz gab es überall dort, wo im ersten Wahlgang keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erreicht hatte, eine zweite Runde, um die 75 Parlamentsabgeordneten nach reinem Mehrheitswahlrecht zu bestimmen. Die Opposition unter Führung von Kurmanbek Bakijew nutzte die Fälschungen in zahlreichen Wahlbezirken, insbesondere im Süden von Kirgisistan, um massive Proteste und Unruhen auszulösen, bei denen es – im Unterschied zur Ukraine – zu Besetzungen von öffentlichen Gebäuden, Plünderungen und Gewalttätigkeiten kam. Die Opposition konnte sich dabei auf den seit langem aufgestauten, in der Bevölkerung weit verbreiteten Hass gegen das ineffiziente und korrupte Regime des Akajew-Klans stützen.

Präsident Akajew, seit 1990 im Amt, floh aus Bischkek und erklärte im April von seinem Moskauer Asyl aus seinen Rücktritt. In einigen Wahlbezirken wurde die Parlamentswahl wiederholt. Das neu gewählte Parlament be-

oder nur einen stark eingeschränkten Zugang zum Wähler, weil die Massenmedien ausschließlich oder überwiegend den Inhabern der Macht zur Verfügung stehen. Zweitens, die Wahlzettel werden beim Urnengang und der Auszählung manipuliert, so dass der manifestierte Wählerwille sich nicht in den Wahlergebnissen widerspiegelt. Diese Techniken der Wahlfälschungen sind im vergangenen Jahrzehnt in den Ländern der GUS außerordentlich verfeinert und differenziert worden. Die Ukraine hat dabei eine führende Rolle gespielt, auch insofern, als während der „Orangen Revolution“ zahlreiche Tricks und Techniken offen gelegt wurden.

Die Wahlergebnisse wurden zum Beispiel durch den massenhaften Missbrauch von Abwesenheitswahlscheinen gefälscht, mit deren Hilfe zahlreiche Wähler mehrfach in unterschiedlichen Wahllokalen abstimmten, zu denen sie organisiert transportiert wurden; „Karussell“ hieß dies Verfahren im Volksmund. Auch die Urnen, die zu angeblich kranken Wählern aus den Wahllokalen in Wohnungen getragen wurden, eröffneten der Manipulation außerhalb der Wahllokale Tür und Tor. Be-

sonders weitgehend und folgenreich waren die Wahlfälschungen im Osten der Ukraine in den Gebieten Donezk und Luhansk. Die Wahlbeteiligung im Gebiet Donezk stieg nach offiziellen Angaben von 78 Prozent beim ersten Wahlgang auf 96,65 Prozent beim zweiten am 21. November 2004. Davon stimmten angeblich 96,2 Prozent für Janukowitsch, den Kandidaten der Macht. Auf diese Weise erhielt Janukowitsch im zweiten Wahlgang im Donbas über eine Million mehr Stimmen als beim ersten. Damit entschieden die Wahlfälschungen im Donbas wesentlich den Ausgang der Wahl insgesamt.

Ein wichtiges Instrument zur Manipulation der Zahlen war ein Server, der in der Präsidentschaftsadministration eingerichtet worden war. Ehe die Daten aus den Wahlkreisen in die Computer der Zentralen Wahlkommission eingespeist wurden, durchliefen sie den unzulässig eingerichteten Server in der Präsidentschaftsadministration, wo sie massiv frisiert wurden. Dieser Sachverhalt wurde noch während der Großdemonstrationen bekannt, weil Mitarbeiter des ukrainischen Sicherheitsdienstes die Telefonsprache zwischen hochgestellten Mitarbei-

stimmte Bakijew zum Übergangspräsidenten. Er wurde dann am 10. Juli mit beinahe 90 Prozent der Stimmen von der Bevölkerung zum Präsidenten gewählt. Diese Wahl war nach Einschätzung der OSZE-Wahlbeobachter im Ganzen transparent und fair. Ob mit diesem Machtwechsel in Kirgisistan ein entscheidender Schritt zur Etablierung eines demokratischen Institutionengefüges vollzogen worden ist, kann erst die Zukunft zeigen. Festzustellen bleibt, dass Bakijew erst nach gewalttätigen Unruhen und über die Zwischenstufe einer Übergangspräsidentschaft den Machtwechsel durchgesetzt hat und nicht aus der Opposition heraus durch ein ordentliches Wahlverfahren an die Macht gelangt ist. Vorerst muss die Frage offen bleiben, ob in Kirgisistan eine Volksbewegung für Demokratie stattgefunden hat oder ein Kampf um die Macht zwischen politischen Führungscliquen.

DIE „ROSENREVOLUTION“ IN GEORGIEN

Die erste friedliche „Blumenrevolution“ war die Rosenrevolution in Georgien im November 2003. Von ihr gingen direkte Impulse auf die Ukraine aus, und Juschtschenko hat auch nach seinem Wahlsieg und der Machtübernahme den öffentlichen Schulterchluss mit dem jungen georgischen Präsidenten Saakaschwili gesucht. Georgien war der Vorreiter, hier hatte zum ersten Mal im GUS-Raum die Opposition nach massiven Fälschungen der Parlamentswahl vom 2. November 2003 die empörten Menschen auf die Straße geführt. Die wochenlangen Proteste gegen die gefälschten Wahlergebnisse erzwangen den Rücktritt von Präsident Schewardnadse, weil sein korruptes Klanregime keinen Rückhalt mehr hatte – weder in den Eliten, noch beim Militär noch in der Bevölkerung. Gefälschte Wahlen und eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem herrschenden korrupten und autoritären Regime waren also die Voraussetzungen für den Machtwechsel. Hinzu kamen zwei weitere Züge der sanften Revolution in Georgien, die sich später in den anderen Fällen wiederholten: Erstens, die Oppositionsführer waren nicht etwa Dissidenten, sondern Angehörige des Establishments aus dem alten Regime, mit dem sie sich überwarfen – Saakaschwili hatte unter Schewardnadse das Amt des Justizministers bekleidet. Zweitens, bei der Organisation der Demonstrationen spielten disziplinierte und geschulte NGO-Jugendorganisationen eine wichtige Rolle, im georgischen Fall „Kmara“ („Genug“). Getragen von einer Welle der Begeisterung und Euphorie wurde Saakaschwili am 4. Januar 2004 mit verdächtigen 96 Prozent der Stimmen in das Amt des Staatspräsidenten gewählt. Nach anfänglichen Erfolgen in der Korruptionsbekämpfung und Konsolidierung des Staatshaushaltes traten bald massive Rückschläge in der Wirtschaft und der Demokratieentwicklung ein. Eine Verfassungsreform im März 2004 etablierte ein superpräsidentielles Regime, das alle Voraussetzungen für die Wiederkehr eines autoritären Regimes erfüllt. Bis heute gibt es keine Opposition, die dem Präsidenten entgegentreten könnte, die Pressefreiheit ist eingeschränkt und in den Gefängnissen wird gefoltert.

DIE „ORANGENE REVOLUTION“ – EIN EXPORTARTIKEL?

Dieser knappe Blick auf die demokratischen Aufbrüche in Kirgisistan und Georgien macht deutlich, dass Proteste gegen gefälschte Wahlen offenbar allein nicht ausreichend sind, um stabile Fortschritte auf dem Weg zu einem demokratischen Institutionengefüge zu garantieren. Wahlfälschungen und der Protest dagegen haben sich zwar überall als Auslöser von Aufbrüchen erwiesen, aber Protestbewegungen gegen gefälschte Wahlen allein sind offenbar nicht ausreichend, um mehr Demokratie dauerhaft zu sichern.

Im Folgenden sollen weitere Faktoren benannt werden, die für den Erfolg der „Orangenen Revolution“ wichtig waren, und es wird danach gefragt, ob diese Faktoren in anderen Ländern im GUS-Raum gegeben sind.

Die „Orangene Revolution“ wendete sich gegen ein autoritäres und korruptes Präsidialregime, das sich nicht abwählen lassen wollte. Solche Regime sind die Regel im GUS-Raum, sie sind jedoch im Einzelnen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Das autoritäre Kutschma-Regime kann man als unvollendetes autoritäres System bezeichnen, denn es gab trotz aller Einschränkungen Nischen für oppositionelle Arbeit, auch die Medien unterlagen nicht einer totalen Kontrolle. Mehr noch: Die politische Opposition hatte ihren Sitz im Parlament und konnte sich von dort aus über mehrere Jahre hin formieren.

Putins autoritäres Regime ist demgegenüber als vollendet einzustufen. Die Opposition ist bis auf wenige Einzelpersonen aus dem Parlament verschwunden. Das neue Wahlrecht stellt sicher, dass dies aller Voraussicht nach auch in Zukunft so bleiben wird. Das Fernsehen unterliegt durchgehend staatlicher Kontrolle. Die präsidentielle Vertikale hat auch die Regionen fest im Griff. Noch weit illiberaler als das russische ist das belarussische autoritäre Regime einzuschätzen. In Zentralasien haben wir es – außer in Kirgisistan seit März 2005 – mit Präsidialdiktaturen zu tun. Unter diesem Gesichtspunkt sind also die Chancen für das Übergreifen des „orangenen“ Funkens eher skeptisch zu beurteilen.

ERFOLGSBEDINGUNGEN DER „ORANGENEN REVOLUTION“

Auch in anderer Hinsicht war die Ausgangssituation für die „Orangene Revolution“ günstiger als anderswo im GUS-Raum. Die Opposition in der Ukraine formierte sich schon seit Herbst 2000 und hatte seit Sommer 2001 in der Person von Juschtschenko einen herausragenden politischen Führer. Zwar gibt es in Belarus, Russland wie auch in den Staaten Zentralasiens kleine, oft untereinander zerstrittene Gruppen politischer Oppositionäre, die zumeist aus der Tradition politischer Gruppierungen aus der Wendezeit zu Beginn der 1990er-Jahre kommen. Aber diese meist außerhalb des Establishments stehenden Gruppen sind organisatorisch schwach und nirgendwo ist ein politischer Führer zu erkennen, der auch nur von ferne an die Statur und Popularität von Juschtschenko heranreicht.

Eine weitere Voraussetzung für den Erfolg der „Orangenen Revolution“ war die Spaltung der Eliten und das Überlaufen eines Teils des Establishments zur Opposition gegen das autoritäre Regime. In dieser Hinsicht gibt es in Russland durchaus Ansätze. Einige, wie der ehemalige Ministerpräsident Kasjanow und der Wirtschaftsberater des Kremls, Illarionow, haben öffentlich das Putin-Regime massiv kritisiert. Manch anderer dürfte sich vorläufig hinter den Kulissen halten. Ähnliches gilt wohl auch für Belarus, wo das polizeistaatliche Regime Lukaschenkos unter den Führungskräften viele Feinde hat, die möglicherweise auf ihre Stunde warten.

Insofern sind die autoritären Regime schwächer als zumeist nach außen sichtbar wird. Denn sie verbieten zwar Kritik und können dies Verbot äußerlich auch meist durchsetzen. Dieses bedeutet jedoch keineswegs, dass die Eliten diesen Regimen kritiklos gegenüberstehen. In der Ukraine hat sich gezeigt, wie rasch das einstmals scheinbar so fest gefügte Kutschma-Regime zerfiel, weil ein großer Teil der Eliten zur neuen Macht überging, manchmal sogar, bevor eindeutig klar war, auf welcher Seite die stärkeren Bataillone stehen würden. Deshalb kann unterstellt werden, dass sich auch in anderen Staaten Angehörige der Eliten rasch von den heutigen Regimen abwenden, wenn sie darin eine Chance sehen würden, in ihren Ländern mehr Demokratie und Freiheit durchzusetzen.

DEMOKRATISCHER NATIONALISMUS ALS RESSOURCE

Der Aufbruch zu mehr Demokratie in der Ukraine wäre ohne den ukrainischen Nationalismus nicht möglich gewesen. Die nationaldemokratischen Kräfte führten und mobilisierten den Widerstand gegen das autoritäre Kutschma-Regime. Nur sie waren in der Lage, der Zivilgesellschaft Richtung und Ziel zu weisen. Die Forderung nach nationaler Selbstbestimmung verband sich mit der Überzeugung von der europäischen Berufung der Ukraine, die sich nur in Demokratie und Freiheit verwirklichen lässt. Weder die linken noch die zentristischen Parteien erwiesen sich als fähig, das autoritäre Kutschma-Regime zum Abtreten zu zwingen.

Die Ressource demokratischer Nationalismus steht in Russland und Belarus nur sehr beschränkt zur Verfügung. Die belarussische nationale Identität ist unterentwickelt und schwach. Die russische nationale Identität ist von imperialer Nostalgie überformt und deshalb keine Kraft des demokratischen Aufbruchs. Die Jelzin-Demokraten hatten vor 15 Jahren für kurze Zeit demokratische Reformen und einen nationalen Aufbruch Russlands in eine post-imperiale Zeit miteinander verbunden. Die Last der imperialen Vergangenheit hat diese Symbiose bald erdrückt.

MASSENMOBILISIERUNG UND GEWALT

Schließlich war die Neutralität der Streitkräfte ein Garant für den Erfolg der „Orangenen Revolution“. Der SBU (Sluzhba Bezpeky Ukrainy),

der Ukrainische Sicherheitsdienst, trat sogar offen auf die Seite der Opposition auf dem Maidan über. Das alte Regime hatte eine Woche nach dem Beginn der Großdemonstrationen am 22. November 2004 keine Option mehr für den Einsatz von Gewalt. Würden in anderen Staaten die Streitkräfte des Innenministeriums auf Demonstranten schießen? Der usbekische Präsident Karimow hatte offenbar keine Schwierigkeiten, seine Soldaten Mitte Mai 2005 auf größtenteils unbewaffnete Demonstranten in Andischan schießen zu lassen, Hunderte von Todesopfern waren zu beklagen. Hier wird deutlich, welch gewaltige Kluft hinsichtlich der politischen Kultur sich aufgetan hat zwischen der nach Europa gewandten Ukraine und einer Diktatur in Zentralasien. Die EU hat als Reaktion auf die Weigerung Karimows, eine unabhängige Untersuchung der Gewaltexzesse in Andischan zuzulassen, im Oktober 2005 das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Usbekistan ausgesetzt – ein bisher einmaliger Vorgang. In der Ukraine und in Georgien wurde nicht auf Demonstranten geschossen, auch wenn sie Regierungsgebäude blockierten und mit Generalstreik drohten. Was wäre in anderen Staaten zu erwarten?

UKRAINISCHE SICHERHEITSKRÄFTE VOR DEM PARLAMENTSGEBÄUDE: DIE NEUTRALITÄT DER STREIT- UND SICHERHEITSKRÄFTE WAR EIN GARANT FÜR DAS GELINGEN DER „ORANGENEN REVOLUTION“. DAS ALTE REGIME HATTE EINE WOCHE NACH DEM BEGINN DER DEMONSTRATIONEN AM 27. NOVEMBER 2004 KEINE OPTION MEHR FÜR DEN EINSATZ VON GEWALT. picture alliance / dpa

Es muss daran erinnert werden, dass es während der Wendezeit Ende der 1980er-/Anfang der 1990er-Jahre in vielen Staaten Massenmobilisierungen mit Hunderttausenden von Teilnehmern gegeben hat. In den ostslawischen Staaten kam es damals nicht zum Einsatz von Streitkräften gegen friedliche Bürger, wohl aber in Litauen und im Kaukasus. Insbesondere während des August-Putsches 1991 in Moskau zeigte sich, dass die Streitkräfte nicht bereit waren, auf die eigenen Bürger zu schießen. Jelzin setzte zwar erfolgreich Panzer gegen seine politischen Gegner während des Staatsstreichs im Oktober 1993 ein, aber das blieb zeitlich und räumlich begrenzt. Insofern lässt sich die optimistische Prognose begründen, dass die jetzigen autoritären Regime in Russland und Belarus wohl vor dem Einsatz von Waffengewalt gegen Großdemonstrationen von den Ausmaßen wie auf dem Maidan zurückschrecken würden.

Natürlich werden sie alles unternehmen, damit es gar nicht dahin kommt. So stellt sich die Frage nach der Mobilisierbarkeit großer Menschenmassen für einen Politikwechsel. In der Ukraine trat neben die Entschlossenheit der Menschen, sich nicht noch einmal eine Wahl stehlen zu lassen, eine generelle Unzufriedenheit mit dem alten Regime, das als unfähig und korrupt galt. „Wir werden von Banditen regiert“, war die allgemeine Einstellung. Deshalb weckte Juschtschenko mit seinem moralischen Aufruf und dem Versprechen: „Meine Regierung wird nicht stehlen“, so viel Hoffnung. Ähnlich wie in der Wendezeit war in der Ukraine die Vorstellung weit verbreitet: So wie

bisher kann es nicht weitergehen. Es gelang Juschtschenko, die damit weithin verbundene politische Apathie in Aktivität zu verwandeln. Es ist schwer einzuschätzen, ob und in welchem Umfang die Frustration mit den bestehenden Verhältnissen und die Ablehnung des herrschenden Regimes in anderen Ländern die Massen erreicht haben.

DAS ENDE DER „ORANGENEN REVOLUTION“?

Die Faszination des friedlichen Aufbruchs zur Demokratie in der Ukraine hat durch den vorläufigen Zusammenbruch des „orangenen“ Projekts im September 2005 einen schweren Rückschlag erlitten. Am 5. September wandte sich der soeben zurückgetretene Leiter des Sekretariats des Präsidenten und bis dahin engste Weggefährte Juschtschenkos, Alexander Sintschenko, an die Öffentlichkeit und beschuldigte die Umgebung des Präsidenten, insbesondere den Oligarchen und Leiter des Nationalen Rates für Sicherheit und Verteidigung, Petro Poroschenko, bestechlich zu sein und seine staatliche Position zur persönlichen Bereicherung zu missbrauchen. Nach mehrtägigen hektischen Beratungen traten Poroschenko, Tretjakow, der Leiter des persönlichen Büros des Präsidenten, und weitere führende Staatsbeamte zurück. Zugleich entließ der Präsident gegen ihren Willen die Ministerpräsidentin Julija Timoschenko und die gesamte Regierung. Damit ging die „orangene“ Mannschaft, die gemeinsam vom Maidan in die Re-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

gierung gewählt worden war, nicht nur im Zorn auseinander, sondern beschuldigt sich seither gegenseitig, bestechlich zu sein, illegale Finanztransaktionen durchzuführen und den Staat zu ruinieren. Dem Präsidenten hielt man vor, illegal Geld des dubiosen russischen Geschäftsmanns Beresowski für den Wahlkampf angenommen zu haben.

In einem schwer nachzuziehenden Schritt vereinbarte Juschtschenko ein Memorandum über die Zusammenarbeit mit seinem Erzfeind aus der Zeit der „Orangenen Revolution“ Janukowitsch im Interesse der „gesellschaftlichen Versöhnung“. Die Abgeordneten der „Partei der Regionen“ stimmten daraufhin für die Bestätigung des von Juschtschenko vorgeschlagenen neuen Ministerpräsidenten Juri Jechanrow in der Werchowna Rada, dem ukrainischen Parlament. Das Memorandum sieht eine Amnestie für Wahlfälschungen während der Präsidentschaftswahlen 2004 vor und kündigt in nur leicht verhüllter Form ein Ende der strafrechtlichen Verfolgung von Wirtschaftskriminalität während der Kutschma-Ära an. Mehrere Hauptbeschuldigte wurden bereits aus der Untersuchungshaft entlassen. Damit wurde ein zentrales Ziel des Maidan, der Kampf gegen Mafia-Strukturen in Staat und Wirtschaft, praktisch aufgegeben. Es kann nicht verwundern, dass in der Ukraine von der Wiederkehr des „Kutschmismus“ gesprochen wurde.

Der Zusammenbruch der „orangenen“ Regierung wog umso schwerer, als er auch die Folge einer erfolglosen Wirtschaftspolitik war; das Wirtschaftswachstum fiel um mehr als die Hälfte und die mit großen Hoffnungen erwarteten ausländischen Investitionen blieben aus, weil die Regierung einen wirtschaftspolitischen Zickzackkurs zwischen Marktwirtschaft und sozialistischer Staatswirtschaft verfolgte. Eine Einigung innerhalb der Juschtschenko-Mannschaft darüber, welche Raubprivatisierungen unter den Vorgängerregierungen und mit welchen Mitteln juristisch wieder aufgerollt werden sollten, kam nicht zustande; das sorgte für erhebliche Unsicherheit und Investitionszurückhaltung.

DEN NOCH GLIMMENDEN „ORANGENEN“ FUNKEN NUTZEN!

Juschtschenko ging deutlich geschwächt aus der September-Krise hervor. Ob er für sich und die zusammengeschrunpften politischen Kräfte, die noch hinter ihm stehen, bei den im März 2006 bevorstehenden Parlamentswahlen eine Mehrheit erringen kann, bleibt offen und damit die Zukunft des „orangenen“ Projekts. War also alles umsonst? Kehrt die Ukraine in die vor- und schein-demokratischen Verhältnisse der Kutschma-Ära zurück? Noch sind wichtige strategische Entscheidungen der „Orangenen Revolution“ nicht außer Kraft gesetzt worden. Vor allem aber dürfte die ukrainische Gesellschaft sich in der Zukunft nicht wieder in die Passivität und Untertanenschaft zurückdrängen lassen, aus der sie durch die „Orangene Revolution“ herausgerissen wurde. Zu den strategischen Weichenstellungen der „Orangenen Revolution“ gehört die Durchsetzung freier und fairer Wahlen. Bislang ist dieses elementare demokratische Grundrecht

nicht in Gefahr, ebenso wenig wie die Presse- und Meinungsfreiheit. Weil es in der Ukraine freie Medien gibt, ist die gegenwärtige Krise mit all ihren dunklen Seiten an die Öffentlichkeit gelangt. Seit dem Auseinanderbrechen der „orangenen“ Mannschaft gibt es eine „orange“ Opposition, die mit Juschtschenko um die Gunst der Wähler konkurriert; darin liegt eine Chance. Insofern hat sich das Fenster für mehr Demokratie und Freiheit nicht geschlossen. Auch die außenpolitische Entscheidung für die Westintegration steht nicht in Frage. Die Ukraine wird nicht als Satellit in das Kraftfeld Russlands zurückkehren – trotz der fortbestehenden ökonomischen Abhängigkeit.

Es kommt alles darauf an, den noch glimmenden „orangenen“ Funken zu nutzen, um ein demokratisches Institutionengefüge aufzubauen, damit die Bewältigung politischer Krisen in der Zukunft weniger von Personen abhängig ist, und in einem allgemein akzeptierten institutionellen Verfassungsrahmen stattfinden kann. Bislang ist diese Aufgabe noch nicht gelöst.

Das Auseinanderbrechen der „orangenen“ Regierung hat zu Ernüchterung und Enttäuschung geführt, und aus einer Reihe von Gründen, die oben dargelegt wurden, lässt sich die „Orangene Revolution“ nicht ohne weiteres exportieren. Ist dennoch in anderen Ländern im GUS-Raum ein neuer demokratischer Aufbruch denkbar? Wie stabil und unangreifbar sind die autoritären und diktatorischen Regime? Anders gefragt, sind die Gesellschaften in anderen Staaten mit der Diktatur oder der gelenkten Demokratie zufrieden oder werden sie nach mehr Demokratie und Freiheit verlangen? Ist die Transformation abgeschlossen und hat sie einen weitgehend stabilen Endzustand erreicht oder rebellieren die Menschen gegen den Hybrid einer halben Demokratie? Die Frage nach einer „orangenen“ Entwicklung ist also nicht nur die nach einem Übergreifen des „orangenen“ Funkens auf andere Länder, sondern auch nach vergleichbaren Ausgangsbedingungen in anderen Gesellschaften. Eine ähnliche Situation bestand vor 15 Jahren während des unglaublich raschen Zusammenbruchs der kommunistischen Regime. Der Dominoeffekt war damals so unwiderstehlich, weil in den unterschiedlichen kommunistischen Ländern ähnliche Ausgangsbedingungen herrschten.

ASERBAIDSCHAN

Aserbaidschan und Belarus sind autoritäre Regime mit diktatorischen Zügen, aber in der Gesellschaft und den Eliten werden präsidentielle Willkür und Polizeiherrschaft nicht als unabänderlich akzeptiert. Wahlen sind seit Jahren zunehmend zu einer Farce geworden. In Aserbaidschan hat sich mit dem Übergang der Präsidentschaft von Hajdar Alijew auf seinen Sohn Ilham Alijew im Oktober 2003 eine quasi-dynastische Präsidialherrschaft etabliert. Die Polizei ging mit großer Härte gegen Demonstrationen aus Anlass der gefälschten Präsidentschaftswahl vor. Es gab zwei Todesopfer; Dutzende von Demonstranten und Polizisten wurden verletzt. Dagegen blieben Großdemonstrationen von drei Oppositionsparteien,

die sich zu dem Wahlbündnis „Azadlig“ („Freiheit“) zusammengeschlossen haben, mit bis zu 20.000 Teilnehmern in Baku im Juni 2005 relativ unbehelligt. Allerdings kam es bei einer Manifestation des Oppositionsbündnisses „Freiheit“ Ende September zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei; mehr als hundert Demonstranten wurden festgenommen. Die zentrale Forderung der Opposition lautete: freie Wahlen bei den im November in Aserbaidschan anstehenden Parlamentswahlen. Nach den Wahlen reagierte die Macht relativ flexibel auf die Fälschungsvorwürfe. In einigen Wahlkreisen wurden Wahlwiederholungen zugelassen, um Oppositionsführern doch noch den Weg ins Parlament zu ermöglichen. Dadurch blieben die Großdemonstrationen in Baku mit etwa 20.000 Menschen offenbar steuerbar. Zu einem Machtwechsel kam es nicht.

BELARUS – DIE LETZTE DIKTATUR

Gefälschte Wahlen, Unterdrückung der Opposition bis hin zu Mord an ihren Führern, umfassende Kontrolle aller Medien waren seit Jahren auch die Markenzeichen der letzten Diktatur in Europa. Aber der belarussische Diktator Lukaschenko ist verunsichert, und seine Macht hängt wesentlich von der Unterstützung durch Moskau ab, das trotz persönlicher Spannungen zwischen Putin und Lukaschenko bislang keine Alternative zum Diktator in Minsk sieht. Man darf davon ausgehen, dass ein Teil der Eliten den Polizeistaat und vor allem die Isolation innerhalb Europas ablehnt und im Grund auf den Tag wartet, an dem Belarus den Anschluss an die europäische Normalität findet und das Land sich nach Westen öffnet. Eine totale Abschottung gegenüber Polen und der Ukraine gab es allerdings in den vergangenen Jahren nicht, zumal eine beträchtliche polnische Minderheit in Belarus lebt. Es kommt hinzu, dass westliche Organisationen, auch aus Deutschland, seit langem NGOs und Oppositionsgruppen in Belarus finanziell und politisch unterstützen, die für Demokratie und Medienfreiheit eintreten. Insofern ist es nicht gelungen, einen eisernen Vorhang an den Grenzen von Belarus herunterzulassen.

Zwar gibt es bisher keinen allgemein anerkannten Führer der Opposition wie in der Ukraine in den letzten Jahren der Ära Kutschma, aber inzwischen sind eine Reihe ehemaliger Minister und anderer hoher Funktionäre Lukaschenkos in das Lager der Opposition gedrängt worden, das damit neben jugendlichen Aktivisten des „Subr“ („Bison“) auch über erfahrene Politiker verfügt. Gerade sein rücksichtsloses und unverschämtes Vorgehen könnte Lukaschenko in den Eliten weitere Unterstützung kosten: Durch ein Referendum im Oktober 2004 ließ er die Verfassung ändern, die nun keinerlei Beschränkungen mehr für ihn – der bereits seit 1994 Präsident ist – bei der Wiederwahl vorsieht. Die Begrenzung auf zwei Amtszeiten wurde aus der Verfassung gestrichen. Bei den gleichzeitigen Parlamentswahlen erhielt kein einziger Vertreter der Opposition ein Mandat. Lukaschenko hatte es sich nicht nehmen lassen, bereits vor der Wahl

mitzuteilen, man werde alle 110 Mandate „gewinnen“.

Gegen nicht genehmigte Demonstrationen ging die Polizei in den vergangenen Jahren wiederholt mit großer Härte vor. Allerdings haben die Manifestationen in Belarus bisher niemals eine kritische Größenordnung erreicht wie in der Ukraine. Eine solche kritische Größe liegt vielleicht bei 100.000 Menschen auf den Straßen in Minsk. Im vergangenen Jahrzehnt stützte sich die Diktatur auf bestimmte populistische Elemente, eine kommunistische Mentalität und die ländliche Bevölkerung, die Angst vor jeder Veränderung hatte. Eine Absicherung für alle Zukunft bedeutet das für Lukaschenko jedoch nicht. Im Jahr 2006 werden in Belarus Präsidentenwahlen stattfinden; Lukaschenko will sich zum dritten Mal als Präsident bestätigen lassen – niemand geht davon aus, dass die Wahlen fair und frei sein werden.

WIE STABIL IST PUTINS REGIME?

In Russland stehen Parlamentswahlen erst im Dezember 2007 und Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2008 an, bei denen Putin laut geltender Verfassung nicht mehr kandidieren kann. In Aserbaidschan oder in Belarus haben die Ablehnung der undemokratischen Regime und die Empörung über gefälschte Wahlen wohl tiefere Wurzeln in der städtischen Bevölkerung als in Russland. Andererseits zeigten die weit verbreiteten Proteste gegen die Monetarisierung sozialer Privilegien für Rentner in Russland um die Jahreswende 2004/2005, wie rasch Empörung zu einem Flächenbrand führen kann, der viele Menschen auf die Straße bringt. Allerdings muss bedacht werden, dass bei den bisherigen erfolgreichen Aufbrüchen für mehr Demokratie immer politische und nicht soziale Forderungen im Mittelpunkt gestanden haben.

UNSER AUTOR



Prof. Dr. Gerhard Simon, geb. 1937, studierte an den Universitäten in Göttingen, Hamburg und Bloomington (USA) Geschichte und Slavistik. Von 1968 bis 2000 war er am

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln tätig; von 1998 bis 2000 als Leitender Wissenschaftlicher Direktor. Seit 1991 ist Gerhard Simon Professor an der Universität zu Köln. Forschungen und Veröffentlichungen in den letzten Jahren vor allem zu den aktuellen politischen Entwicklungen in der Russischen Föderation, in der Ukraine und in anderen Nachfolgestaaten der UdSSR, zum Problemfeld Nationalismus und Nationsbildung in der GUS sowie zur Geschichte der Sowjetunion.

Auf den ersten Blick erscheint Putins autoritäres Regime politisch stabil und unerschütterlich. In den vergangenen Jahren ist eine lückenlose Machtvertikale errichtet worden, die vom Kreml bis hinunter in die Regionen reicht, deren Chefs, die Gouverneure, nun nicht mehr gewählt, sondern vom Präsidenten ernannt werden. Im Parlament, der Duma, gehören zwei Drittel der Abgeordneten der Präsidentenpartei „Geeintes Russland“ an, die Medien sind unter strikter staatlicher Kontrolle. Auch die riesigen Konzerne im Bereich der Öl- und Gasindustrie werden wieder verstaatlicht. Minister und hohe Beamte der Präsidentschaftsadministration sitzen in den Direktorenkollegien der strategischen Unternehmen. Oligarchen, die sich dem staatlichen Zugriff zu entziehen versuchen wie Michail Chodorkowski, landen im Gefängnis oder werden wie Abramowitsch dazu gezwungen, ihre Beteiligungen zu verkaufen.

Aber der Preis für die Errichtung einer Scheindemokratie und die Abschaffung der Medienfreiheit ist hoch. Das System Putin ist überzentralisiert und zunehmend unfähig, Konflikte im eigenen Land zu lösen. Der nördliche Kaukasus versinkt im Terror, der weit über Tschetschenien hinausgreift. Die Korruption im ganzen Land übertrifft kommunistische und postkommunistische Maßstäbe; der Kreml verkauft Führungsposten für Dutzende von Millionen Dollars. Zugleich wächst die Kluft zwischen der Macht und der Gesellschaft. Es gibt immer weniger Rückkoppelung und immer breitere Eliteschichten, die von der Partizipation ausgeschlossen werden. Der Versuch, in Russland das „chinesische Modell“ einzuführen – ökonomische Verbesserungen gegen politische Unterwerfung – gelangt an seine Grenzen.

Zwar gibt es in der russischen Gesellschaft eine verbreitete Akzeptanz autoritärer Herrschaft, drei Viertel der Menschen halten Ordnung für wichtiger als Demokratie; mehr als die Hälfte wünscht sich die Wiederherstellung eines reformierten Sowjetsystems. Aber andererseits besteht in der Gesellschaft ein erhebliches Demokratiepotezial. Das politische Regime verfügt über eine geringe Legitimität; die Zufriedenheit mit der Regierung, dem Parlament, den politischen Parteien liegt unter 20 Prozent. In früheren Jahren wurde das durch die hohe Popularität Putins kompensiert. Jetzt aber fällt sein Rating von 68 Prozent im Mai 2004 auf 42 Prozent im Mai 2005.

BEGRÜNDETE ANGST VOR EINEM „ORANGENEN“ FUNKEN

Die massive Angst der Putin-Führung vor dem „orangenen“ Funken erscheint wohl begründet. Der Standardvorwurf lautet, in der Ukraine habe die „Straße“ über die „Verfassung“ gesiegt. Die Angst vor freien Wahlen ist unübersehbar. Das neue russische Wahlgesetz verbietet eine unabhängige Wahlbeobachtung. Die Registrierung von Parteien wurde erheblich erschwert; die Barriere für den Einzug in die Duma auf 7 Prozent der Wählerstimmen heraufgesetzt. Die NGOs, die für faire Wahlen und Medienfreiheit eintreten, stehen unter massivem Druck und werden als Agenten des Wes-

tens verdächtigt. Wer also in Russland mehr Demokratie fordert, gilt ohne weiteres als Feind des Putin-Systems.

Tatsächlich sind dies Indizien für die Unsicherheit und Labilität der Scheindemokratie. Gelegentlich kann sich in den gedruckten Medien auch in Russland Kritik artikulieren. Jewgeni Kiseljow, der mehrfach aus dem kritischen Fernsehen verjagte Starjournalist und damalige Chefredakteur der Zeitung „Moskowskije nowosti“ schrieb im Heft 3 (Januar 2005) in nur wenig verhüllter Form von einer Putin-Dämmerung: Napoleon Bonaparte, „der Leutnant, der Imperator wurde“, habe wie Putin keine Kritik ertragen können, sei herrschsüchtig und kompromisslos gewesen. „Ich muss groß und berühmt bleiben, sie müssen begeistert von mir sein.“ Das sagte Napoleon an dem Tag (...) als es bis zum Fall von Paris noch neun Monate waren. Bis Waterloo waren es weniger als zwei Jahre.“

ES BRAUCHT MEHR ALS GEFÄLSCHTE WAHLEN

Zusammenfassend bleibt festzuhalten: Manipulierte und gefälschte Wahlen als Anlass und Auslöser für einen Aufbruch zu mehr Demokratie hat es in den vergangenen Jahren überall gegeben. Vieles spricht dafür, dass dies auch in nächster Zukunft so bleiben wird, denn die Herrschenden gehen davon aus, dass sie sich nur durch manipulierte und gefälschte Wahlen an der Macht halten können. Allerdings hat sich auch erwiesen, dass Wahlfälschungen allein nicht ausreichen, um eine Protestbewegung für Demokratie auszulösen. In der Ukraine kamen zahlreiche andere Faktoren hinzu, um die „Orangene Revolution“ zu einem Erfolg zu machen. Während also gefälschte Wahlen als Ressource für eine Demokratiebewegung voraussichtlich überall im GUS-Raum in den nächsten Jahren zur Verfügung stehen werden, gilt das für andere Voraussetzungen nicht oder nur mit erheblichen Einschränkungen. Außerdem lehren das ukrainische und georgische Beispiel, dass vom Sieg einer demokratischen Volksbewegung bis zur Befestigung einer stabilen demokratischen Ordnung ein weiter Weg zurückzulegen ist; Rückschritte sind offenbar unvermeidlich.

LITERATUR

- Åslund, A.: Putin's Decline and America's Response. In: Carnegie Endowment for International Peace, Policy Brief 41, August 2005
- Pavlovskij, G. O.: (Hrsg.): Kirgizskij perevorot. Mart-April 2005. Moskau 2005
- Kuzio, T.: Ukraine's Orange Revolution. The Opposition's Road to Success. In: Journal of Democracy, 2/2005, S. 117-130.
- Kuzio, T.: From Kuchma to Yushchenko. Ukraine's Presidential Elections and the Orange Revolution. In: Problems of Post-Communism, 2/2005, S. 3-17.
- Simon, G. (Hrsg.): Die neue Ukraine. Gesellschaft - Wirtschaft - Politik (1991-2001). Köln 2002
- Simon, G.: Revolution in Orange. Der ukrainische Weg zur Demokratie. In: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte, 1/2005, S. 115-146.

Eine Großmacht in der Orientierungskrise

CHRISTIAN WIPPERFÜRTH:

Putins Russland – ein vertrauenswürdiger Partner?

Grundlagen, Hintergründe und Praxis gegenwärtiger russischer Außenpolitik. Mit einem Vorwort von Heinz Timmermann. ibidem Verlag, Stuttgart 2004
225 Seiten, 24,90 Euro

Fragte man sich beim Amtsantritt von Wladimir Putin im Jahr 2000 noch, wer denn dieser neue Präsident sei und welche Konturen sein innen- und außenpolitisches Programm annehmen werde, herrscht inzwischen Klarheit über seine politischen Ambitionen. Die von Putin forcierte politische Stabilisierung und Modernisierung soll Russland als eigenständige und von westlichen Vorgaben möglichst unabhängige Großmacht auf die internationale Bühne zurückführen. Angesichts der aktuellen innen- und außenpolitischen Entwicklungen stellt sich allerdings die Frage, ob die Methoden und Instrumente Putins geeignet sind, dem Land den Weg in die Moderne zu bahnen?

Die innenpolitische Entwicklung Russlands wird seit dem Amtsantritt Putins und seit seiner Wiederwahl 2004 von westlichen Beobachtern zunehmend kritisiert. Konnte Putin anfänglich auf eine Reihe von Reformen folgen zurückblicken, ist inzwischen die schleichende autoritäre Transformation des russischen Staates unübersehbar geworden (vgl. auch den Beitrag „Good bye Putin“ von Peter W. Schulze in diesem Heft). Russlands Marsch in Richtung „straffer Staat“ ist in einem Stadium angelangt, in dem eine funktionierende Gewaltenteilung und parlamentarische Kontrollmechanismen ebenso wenig erkennbar sind wie eine öffentliche Kontrolle durch die russischen Medien. Die „Partei der Macht“, Edinaja Rossia, verfügt über eine Zweidrittelmehrheit in der Staatsduma und der Kreml kontrolliert den Föderationsrat. Putins Anspruch, die „Diktatur der Gesetze“ durchzusetzen, ist zur reinen Fiktion geworden. Neben den Vorbehalten, die sich auf die innenpolitische Entwicklung konzentrieren, wachsen im Westen zunehmend die Sorgen über den außenpolitischen Kurs Russlands. Die Stimmung hat sich merklich verschlechtert. Dies gilt im Übrigen auch für die russische Einschätzung der Motive und des Vorgehens deutscher und westlicher Politik. Es ist also die Wahrnehmung der eigenen wie der anderen Seite, die Irritationen und Probleme nach sich zieht. In der „subjektiven“ Perzeption werden die „objektiv“ existierenden Probleme und Divergenzen gravierender einstuft, als sie in Wirklichkeit sind. Eine wechselseitige Korrektur der Selbst- und Fremdwahrnehmung tut daher Not (vgl. auch das Vorwort des Buches von Heinz Timmermann).

Christian Wipperfürth zeichnet in seinem Buch die Politik des Kremls in zentralen innen- und vor allem außenpolitischen Bereichen nach. Wipperfürth geht von dem schlüssigen Ansatz aus, dass die innenpolitischen Entwicklungen in einem starken, wenn auch mittelbaren Verhältnis zu Russlands Außenpolitik stehen. Schaffen die innenpolitischen und auch sozialkulturellen

Faktoren – so z.B. die Identitätskrise der russischen Nation und der verletzte russische Patriotismus (vgl. auch den Beitrag von Christian Wipperfürth in diesem Heft) – gleichsam den Rahmen, innerhalb dessen sich außenpolitische Entscheidungen vollziehen. Deshalb nehmen auch die Erörterung der innenpolitischen Entwicklung und die Beschreibung der Mentalitäten, der Urteile, Vorurteile und daraus resultierenden „Stimmungen“ der russischen Bevölkerung sowie ein knapp gehaltener Überblick über die ökonomische Entwicklung Russlands einen breiten Raum ein (S. 17–69). Der Themenbereich „Russland und der GUS-Raum“ (S. 71–100) belegt den Wandel und das Profil der russischen Außenpolitik. Erörtert wird auch, wie die betriebene Politik im Westen wahrgenommen und interpretiert wird. Die nachfolgenden Kapitel konzentrieren sich auf das russisch-amerikanische Verhältnis (S. 101–114), die Beziehungen zur EU (S. 115–120) und zu Deutschland (S. 121–126).

Die einzelnen Kapitel bieten komprimierte, aber prägnante Informationen über die Grundlagen, Hintergründe und zentralen Handlungsfelder der russischen Außenpolitik von 2002 bis zum Dezember 2004. Nicht die Bemühung um eine möglichst facettenreiche Darstellung und akribische Bearbeitung der außenpolitischen Beziehungen steht im Mittelpunkt des Buches. Vielmehr geht es um eine Analyse der grundlegenden Motive der russischen Außenpolitik, die mehrere zentrale Fragen beantworten soll: „Ist Russland ein vertrauenswürdiger Partner bzw. kann das Land dies überhaupt sein? Wie groß ist das Ausmaß der ‚objektiven‘ bzw. ‚subjektiven‘ Interessenunterschiede und auf welche Weise könnte das deutsch-russische Verhältnis verbessert werden?“ (S. 14). Der abschließende Ausblick auf die Entwicklung der russischen Außenpolitik (S. 127–144) und die an den Westen und Deutschland gerichteten „Handlungsempfehlungen“ (S. 145–157) münden in ein deutliches Plädoyer für einen Abschied von Illusionen und eine Abkehr von der in Russland empfundenen selbstgerechten Haltung westlicher Beobachter, die den „widerborstigen Schüler“ Russland mit erhobenem Zeigefinger maßregeln wollen. Wenn es auch zweifelhaft ist, ob sich Russland mittelfristig an den westlichen Wertekanon annähert, so ist es dennoch aus westlicher Sicht geboten, Rechtsstaatlichkeit und Pluralität in Dialogen zu thematisieren und gleichzeitig die Richtungswahl, die eindeutig in die westliche Richtung zielt, nicht zu unterschätzen oder gar auszuschlagen. Die westliche und somit auch deutsche Strategie einer aktiven Unterstützung könnte durch „politische Öffnung, wirtschaftliche Verklammerung und gesellschaftlichen Austausch, die einen ‚unsichtbaren Wertetransfer‘ (Gerhard Simon) bewirken“ (S. 164) geschehen. Letztlich geht es um deutliche Zeichen, die russischen Eliten und die russische Bevölkerung davon zu überzeugen, dass ihre Zukunft und die Wahrung ihrer Interessen in Europa liegen.

Das kompetent, gut und verständlich geschriebene Buch ist nicht zuletzt deswegen empfehlenswert und interessant, weil in einem umfangreichen Anhang aktuelle Artikel und Dokumente die russische „Innensicht“ plastisch dokumentieren. Will man sich einen profunden Einblick in die innenpolitische Lage und Stim-

mung Russlands und gleichzeitigen Überblick über die aktuelle Außenpolitik verschaffen, so kann die Lektüre des Buches von Christian Wipperfürth nur empfohlen werden.

Siegfried Frech

Ein Standardwerk in neuer Auflage

WOLFGANG SANDER (HRSG.):

Handbuch politische Bildung

3. völlig überarbeitete Auflage,
Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2005
704 Seiten, 39,80 Euro

Der Wochenschau Verlag in Schwalbach hat sich in den letzten Jahren zu einem profilierten Verlage für politische Bildung entwickelt. Er bietet sowohl für den schulischen wie auch für den außerschulischen Bereich eine breite Palette von Fachpublikationen, Standardwerken, Buchreihen und Fachzeitschriften an, die jüngst mit einer neuen Taschenbuchreihe ergänzt wurde. Hervorzuheben ist beispielsweise eine Reihe von Handbüchern zur politischen Bildung, die derzeit zu den „einschlägigen“ Nachschlagewerken für Studium und Beruf zählen, in Fachkreisen eine hohe Akzeptanz genießen und an der Schnittstelle von Theorie und Praxis angesiedelt sind.

Der Wochenschauverlag konzentriert sich mit dieser Ausrichtung auf ein pädagogisches Arbeitsfeld, das seit vielen Jahren durch eine schleichende Marginalisierung gekennzeichnet ist und derzeit nicht „im Trend“ liegt – auch wenn viele Sonntagsreden der Politik dies anders erscheinen lassen wollen. Hinzu kommt eine Kluft innerhalb der Disziplin, die zwischen einer traditionell-emanzipatorischen und einer marktorientiert-konstruktivistischen Richtung polarisiert und zu einer unproduktiven Spaltung geführt hat.

In diesem Kontext brachte Wolfgang Sander 2005 die dritte völlig überarbeitete Auflage des „Handbuches politische Bildung“ heraus, das erstmals 1997 erschien. Mit insgesamt 46 Beiträgen von 40 Autorinnen und Autoren bietet das Werk auf 704 Seiten einen umfassenden Überblick aus der Sicht der etablierten akademischen Politikdidaktik.

Obwohl eine Reihe von Praktikerinnen und Praktiker in diesem Band schreiben, ist der Blick geprägt durch die akademische Brille universitärer Forschung und Lehre. Der inhaltliche Schwerpunkt des Bandes liegt eindeutig beim schulischen Bereich, der etwa 90 Prozent des Bandes einnimmt.

Das außerschulische Feld wird von Benno Hafener (außerschulische Jugendbildung), Wolfgang Beer (Marketing für außerschulische Bildung), Paul Ciupke (Reisend lernen), Klaus Ahlheim (Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus), Christian Büttner/Magdalena Kladzinski (Familie und Kindergarten) und Klaus-Peter Hufer (Erwachsenenbildung) abgedeckt.

Der Band repräsentiert überwiegend Positionen der akademischen Schuldidaktik zur politischen Bildung und ist bei den meisten Autorinnen und Autoren durch einen gemeinsamen Grundkonsens geprägt. Kontroversen werden nur selten thematisiert, was dazu führt, dass der Band das Bild einer relativ geschlossenen Dis-

ziplin vermittelt – was vermutlich auch Ziel des Handbuches ist. Er bietet das Profil einer auf einem hohen Niveau ausdifferenzierten Fachdidaktik, die alle zentralen Fragen im Blick hat. Das Handbuch repräsentiert den etablierten wissenschaftlichen Mainstream und publiziert eine gelungene „Leistungsmesse“, die den aktuellen Stand der Erkenntnis aufzeigt. Dies ist legitim und auch sinnvoll – sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich eines Wissenschaftsmarketings. Mehr denn je müssen derzeit Wissenschaftsdisziplinen ihre Leistungsfähigkeit dokumentieren und auch evaluieren (lassen). Diese Bringschuld schränkt allerdings auch den Blick ein, nivelliert Kontroversen und verführt zu einem Bild von der „heilen und edlen Wissenschaft“.

Was dem Titel auf den ersten Blick nicht entnommen werden kann – jedoch beim Lesen deutlich wird, ist erstens die Dominanz des Schulbereichs, zweitens der primär akademische Blick und drittens eine Autorenschaft, die in der Mehrzahl in einem dichten fachspezifischen Netzwerk aus Forschung, Lehre und Publizistik verbunden ist. Dies ist gute akademische Tradition.

Unter dem Blickwinkel unterschiedlicher Grundpositionen ist der Band allerdings einseitig, da er entsprechende Differenzen, wie etwa die Bedeutung konstruktivistischer Theorieansätze, nur sehr randständig thematisiert.

Ein kleines Problem der derzeitigen politischen Didaktik ist – das zeigt der Band auch – der Tunnelblick auf Schule und die Marginalisierung von Sozialisationsfelder außerhalb dieser Einrichtung. Obgleich im Vorwort vom Herausgeber Wolfgang Sander richtig angemerkt wird, dass sich Bildung nicht nur auf ein Praxisfeld, nämlich Schule, beschränkt, und auch Peter Massing in seinem Beitrag über die Infrastruktur der politischen Bildung (S. 62–76) den außerschulischen Bereich würdigt, gelingt es dem Handbuch nur bedingt, diese inhaltliche Schullastigkeit auszugleichen.

Der randständigen Rolle, die die außerschulische Bildung in dem Band insgesamt erhält, entspricht auch die Betrachtung des Herausgebers in seinem einleitenden Beitrag über Theorie und Praxis der politischen Bildung (Sander, S. 13–47). Hier wäre eine etwas tiefer gehende Recherche sinnvoll gewesen. Die außerschulische Bildung – insbesondere die Erwachsenenbildung – kann auf eine vielfältige und reflexionsreiche Tradition nach 1945 zurückblicken, die z.B. mit Fritz Borinski und seinem Ansatz der „Mitbürgerlichen Erziehung“ (1954) beginnt und bis heute nachhaltig wirkt. Sander erwähnt zwar die Gewerkschaften, Kirchen und parteinahen Stiftungen als Orte außerschulischer politischer Erwachsenenbildung, vernachlässigt allerdings die Tradition der Volkshochschulen, die historisch wie auch aktuell (derzeit gibt es über tausend Volkshochschulen in der BRD) eine wichtige Rolle bei der politischen Erwachsenenbildung spielen.

Die Kultur der außerschulischen politischen Bildung ist breit, bunt und wird – im Vergleich zur Schule – mit einer ungefilterten gesellschaftlichen Alltagsrealität konfrontiert. Der Zugang der politischen Bildung zum Adressaten ist in der außerschulischen Pädagogik lebensnäher und freier von bürokratischer Moral und Ordnung. Andererseits liegen hier auch

wieder stärker die Gefahren einer unkontrollierten fundamentalistischen Manipulation.

Der Sammelband dokumentiert die Leistungsfähigkeit einer akademischen Disziplin, die sich in den letzten Jahren systematisiert hat und zusammengerückt ist. Ein solches Profil wird in Zukunft an Bedeutung zunehmen, wenn es hochschul- und wissenschaftspolitisch um die Zukunftsfähigkeit einzelner Disziplinen und Fächer geht – wie z.B. der Politikdidaktik. Die politische Bildung wird, so lässt sich heute erkennen, zukünftig einen schwereren Stand bei ihrer Legitimation im Wissenschaftsbetrieb haben. Der Band zeigt in diesem Sinne die Stärken, aber auch die sensiblen Schwächen dieser Disziplin. Die Politikdidaktikerinnen und Politikdidaktiker müssen Wege finden, sich neben ihren wissenschaftlichen Leistungen, die allesamt vorzeigbar und gewinnbringend sind, auch in der Praxis zu profilieren. Sie werden daran gemessen werden (müssen), wie und ob es ihnen gelingt, Menschen an die Demokratie heranzuführen. Dies ist und bleibt eine mutige, schwierige und anspruchsvolle Aufgabe, die leicht zum Scheitern verurteilt ist. Eine hochtrabende akademische Rhetorik ist dabei fehl am Platz. Die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen und Fächer – vor allem die Geistes- und Sozialwissenschaften – werden sich in Zukunft im Kontext veränderter struktureller und finanzieller Hochschulrahmenbedingungen noch stärker am Praxisbezug legitimieren müssen.

Die Einteilung des Buches ist sinnvoll und unterstützt sein Anliegen. Nach drei „Grundlagenbeiträgen“ über Theorie (Wolfgang Sander), Forschung (Peter Henkenborg) und Infrastruktur (Peter Massing) der politischen Bildung, folgt ein Kapitel über didaktische Prinzipien. Im dritten Kapitel werden in zehn Beiträgen verschiedene Praxisfelder wie z.B. „Politikunterricht an Sonderschulen“ (Volkmar Baulig) oder „Politikunterricht an berufsbildenden Schulen“ (Eberhard Jung) angesprochen. Inhaltsbezogene Aufgabefelder wie z. B. „Geschlechtsspezifische Aspekte“ (Dagmar Richter) oder „Globales Lernen“ (Barbara Asbrand/Annette Scheupflug) werden in insgesamt 13 Artikeln im folgenden Abschnitt bearbeitet. Im fünften Kapitel geht es um klassische Methoden und Medien in der politischen Bildung. Elf Autorinnen und Autoren widmen sich hier den Aspekten Anfangssituationen, Gesprächsformen, Textanalyse, Karikaturen/Bilder, digitale Medien, Spielformen, forschendes Lernen, Studienreisen, Zukunftswerkstatt, Leistungsbewertung, Marketing.

Im abschließenden Kapitel steht der internationale Vergleich im Mittelpunkt. Die Gründe für die hier getroffene Auswahl in den drei Beiträgen bleiben allerdings im Dunkeln. Einsichtig ist die EU im Überblick. Warum aber die USA und Japan und nicht China und Frankreich oder Schweden und Russland? Interessant wäre hier z.B. auch ein Vergleich mit den so genannten „PISA-Siegern“ wie Schweden oder Finnland gewesen.

Alles in allem ist der Band trotz der hier angesprochenen kritischen Punkten gelungen, empfehlenswert und eine anerkennenswerte wissenschaftliche Pflicht- und Fleißarbeit. Auch in der dritten Auflage verdient das Handbuch Aufmerksamkeit und wird dazu beitragen, die schulische Politikdidaktik zu profilieren und zu

positionieren. Bezüglich der außerschulischen Bildung ist der Wille zur Wahrnehmung sowohl in den einleitenden Beiträgen von Sander und Massing als auch in den entsprechenden (wenigen) Fachbeiträgen erkennbar. Ein deutlicher Ergänzungsbedarf hinsichtlich von Differenzierungen besteht hier allerdings in einer vierten Auflage. Überlegenswert für eine weitere Auflage wären auch explizite Beiträge zur historischen Analyse, eine intensivere Auseinandersetzung mit kontroversen Ansätzen (Sander geht einleitend nur knapp auf aktuelle Kontroversen ein) und mit reformpädagogischen Impulsen sowie eine Reflexion aktueller lernpsychologischer Erkenntnisse bezüglich einer subjektorientierten Didaktik.

Ulrich Klemm

Von A wie „Abberufbarkeit“ bis Z wie „Zyklische Mehrheit“

MANFRED G. SCHMIDT:

Wörterbuch zur Politik

2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage 2004,
Alfred Kröner Verlag
840 Seiten, 34,00 Euro

In geradezu Vorbildlicher und übersichtlicher Darstellung gibt das bereits in seiner ersten Auflage gelobte und vielfach benutzte „Wörterbuch zur Politik“ von Manfred G. Schmidt eine profunde Orientierung über Sachbegriffe der Politik und die Terminologie der modernen Politikwissenschaft. Politik im dreifachen Sinn – Form (oder Institutionen), Prozess (politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozess) und Inhalt – ist der Gegenstand der Politikwissenschaft. Ein solches Verständnis des „Politischen“ setzt zunächst die solide Unterrichtung über Politik, die Kenntnis der drei Dimensionen (Form/Prozess/Inhalt) des Politischen sowie präzise definierte und klar abgegrenzte Begriffe voraus. Dieses Verständnis von Politik beeinflusste die Auswahl der im „Wörterbuch zur Politik“ erläuterten Stichwörter. Die Auswahl wurde aber auch von der „Nachfrageseite“ der Bildungs- und Wissenschaftspolitik geformt: In dem Wörterbuch wurden die meisten Sachgebiete, Themenfelder und Fachbegriffe berücksichtigt, die in Lehr- und Bildungsplänen bzw. Richtlinien der Unterrichtsfächer Politik, Gemeinschaftskunde und Sozialkunde sowie in Prüfungsordnungen oder Studienplänen des Faches Politikwissenschaft genannt werden.

Die vorliegende zweite, vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage enthält mehr als 3.800 Stichwörter. 6.000 sorgfältig ausgewählte Hinweise auf einschlägige Fachliteratur erleichtern die vertiefende Einarbeitung in das jeweilige Thema. Die Literaturhinweise sind als Empfehlungen gedacht zur vertiefenden Einarbeitung. Gleichwohl erhielt diejenige Fachliteratur Vorrang, die auf grundlegende Veröffentlichungen, welche einen detaillierten Überblick zum Forschungsstand verschaffen bzw. einen problemorientierten Einstieg in das jeweilige Thema ermöglichen, hinweist.

Zirka 12.500 Querverweise vernetzen die Einzelartikel und erschließen somit übergreifende Zusammenhänge. Die rund 600 neuen Einträge

gelten angesichts aktueller Debatten und Herausforderungen den Schlüsselkonzepten der Erforschung des Sozialstaats und seiner Reform sowie dem innenpolitischen Wandel in Deutschland seit 1994. Auf internationaler Ebene werden Prozesse der Globalisierung, der Realisierung der Europäischen Union und die mit dem 11. September 2001 verbundenen Entwicklungen thematisiert. Darüber hinaus ist es für das Verständnis der Politik und der Politikwissenschaft notwendig, auch speziellere Sachgebiete und Grenzbereiche zur Soziologie, zur Volkswirtschaftslehre, zum Verfassungsrecht und zur Demographie zu berücksichtigen. Soweit es zum Verständnis erforderlich ist, finden auch diese Überschneidungen Berücksichtigung.

Der Autor, Manfred G. Schmidt, lehrt Politikwissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und hat das vorliegende Wörterbuch auch in seiner zweiten Auflage von der ersten bis zur letzten Zeile in alleiniger Autorenschaft verfasst. Trotz günstiger Rahmenbedingungen und Hilfe von dritter Seite sind diese Leistung und vor allem die profunde Darstellung des neuesten Forschungsstandes in diesem Wörterbuch beeindruckend.

Zu den Adressaten der „Wörterbuchs zur Politik“ zählen über den engeren Kreis der Studierenden und Lehrenden der Politikwissenschaft hinaus Journalisten, in der Politik oder (Staats-) Verwaltung Tätige, allgemein politische Interessierte und nicht zuletzt Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer der Sekundarstufe II. Die zweite Auflage des „Wörterbuchs zur Politik“ ist ein unentbehrliches Nach-

schlagewerk, das in keiner Bibliothek fehlen sollte!

Siegfried Frech

Ein Schelm in der Staatsbürokratie

KARL NAPF:

Der wahre Jakob. Das wundersame Leben des Emmerich Pulcher

Deutsche Verlags-Anstalt (DVA),
Stuttgart 2004
302 Seiten, 19,90 Euro

Karl Napf, mit bürgerlichem Namen Ralf Jandl, beschreibt in diesem Buch das wundersame Leben des Emmerich Pulcher, und wir erkennen in diesem brillant geschriebenen, humorvollen aber auch mit einer gehörigen Portion Zeitkritik gespickten Werk nicht nur den Autor, sondern uns selbst im vorgehaltenen (Schwaben)Spiegel.

„Der Schwabe als solcher“ steht bekanntlich im Mittelpunkt vieler Bücher von Karl Napf. Hier zieht nun ein „reingeschmeckter“ Schwabe, aber schwäbisch im besten Sinne des Wortes, Bilanz, schildert sein Leben, persönlich und beruflich Erlebtes. Er blickt nicht zurück „im Zorn“, sondern er zieht Bilanz mit der ihm eigenen, aber nie verletzenden Ironie. Karl Napf, bekannt durch seine zahlreichen Bücher über Schwaben und seine Bewohner, aber auch den Hörern des SWR durch seine zahlreichen Hörspiele bestens im Ohr, schildert im „wahren Jakob“ seine Stationen als Studiosus in Tübingen, als Dozent an

der Fachhochschule für Finanzen, seine 27 Jahre lange Tätigkeit im Stuttgarter Staatsministerium und im Wissenschaftsministerium. Mit viel Eigensinn hat er sich durchs Leben und vor allem durch die baden-württembergische Staatsbürokratie geschlagen. Entstanden ist ein Panorama der baden-württembergischen und zugleich der bundesdeutschen Geschichte mit ihren vielen Brechungen.

Der „schwäbische Kishon“ begnügt sich (natürlich) nicht mit seinen bloßen Memoiren. Als „Schelm in der Staatsbürokratie“ kennt er den Mikrokosmos vieler Ministerien und die Schwierigkeiten, eine bürgernahe und alle Interessengruppen zufrieden stellende Politik bewerkstelligen zu können. Wenn Napf konstatiert, dass die beste Politik erst dann gemacht werde, wenn die Kassen leer sind, so lässt dies ja für die nächsten Jahre hoffen! Sein Fazit: Die Fehler sind alle bekannt und werden weiter gemacht. Überraschend, eigensinnig und unkonventionell sind daher auch seine Lösungsvorschläge. Offen bleibt dennoch die Frage, ob hier nicht ein etwas unbedarfter, im Alltagsverständnis verhafteter Politikbegriff zugrunde gelegt wird. Bekanntlich neigen Experten ja dazu, ihr Wirklichkeitsmodell für richtig zu halten, insbesondere wenn es sich so offensichtlich bewährt hat. Dass Politik hingegen ein komplexes Geschäft ist, das von widerstreitenden Interessen und Konflikten lebt, lehrt schon jede Einführung in die Politikwissenschaft. Diese „akademische Fußnote“ trübt jedoch keineswegs die sehr zu empfehlende Lektüre.

Klaus Jentsch

INHALTSÜBERSICHT

HEFT 4: NACH DER „ORANGENEN REVOLUTION“

Table listing authors and article titles for the 'Orangene Revolution' section, including 'Die „Orangene Revolution“ – Ein Überblick' and 'Die Ukraine unter Kutschma'.

BUCHBESPRECHUNGEN

Table listing authors and book titles for the 'Buchbesprechungen' section, including 'Menschenrechte. Eine Einführung mit Dokumenten' and 'Wegmarken südwestdeutscher Geschichte'.

----- bitte hier abtrennen -----

Wenn Sie DER BÜRGER IM STAAT abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 4160, 70779 Filderstadt. Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung für den Jahresbezugspreis in Höhe von € 12,80.

Form fields for Name, Straße, PLZ, Ort, Datum, Unterschrift.

Form fields for Geldinstitut, Konto-Nummer, BLZ, Datum, Unterschrift.

Rechtlicher Hinweis: Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 4160, 70779 Filderstadt. Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen. Datum, Unterschrift



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefax 0711/16 40 99-77
* Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart, Fax -55
lpb@lpb.bwue.de
Direkt-Mails (ohne akad. Titel):
Vorname.Name@lpb.bwl.de
www.lpb-bw.de

Telefon Stuttgart: 0711/16 40 99-0

	Durchwahlnummern
Direktor: Lothar Frick	60
Referat des Direktors: Dr. Jeannette Behringer.....	62
Controlling: Christiane Windeck	-11

1 Querschnittsabteilung Zentraler Service

11 Grundsatzfragen: Günter Georgi (Abteilungsleiter)	-10
12 Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer.....	-12
13 Personal: Ulrike Hess	-13
14 Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich	-14

2 Querschnittsabteilung Marketing

21 Marketing: Werner Fichter (Abteilungsleiter)	-63
22 Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk	-64

3 Abteilung Demokratisches Engagement

31* Geschichte und Verantwortung: Konrad Pflug (Abt.leiter) ...	-31
32 Frauen und Politik: Beate Dörr... -75, Christine Herfel	-32
33* Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel	-35
34 Jugend und Politik: Wolfgang Berger	-22
35* Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner	-26

4 Abteilung Medien

41 Neue Medien: Karl-Ulrich Templ (stv. Dir., Abt.leiter)	-20
42 Redaktionen Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe: Siegfried Frech.....	-44
43 Redaktion Deutschland und Europa: Jürgen Kalb	-43
44 Redaktionen Politik und Unterricht/Landeskundliche Reihe: Dr. Reinhold Weber	-42

5 Abteilung Regionale Arbeit

51 Außenstelle Freiburg, Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg: Dr. Michael Wehner, Tel. 0761/20773-0, Fax -99	
52 Außenstelle Heidelberg, Plöck 22, 69117 Heidelberg: Dr. Ernst Lüdemann (Abt.leiter), T. 06221/6078-0, Fax -22	
53* Außenstelle Stuttgart, Paulinenstr. 44 - 46, 70178 Stuttgart, Tel. 0711/164099-51, Fax -55 Dr. Iris Häuser -52, Peter I. Trummer -50	
54 Außenstelle Tübingen, Haus auf der Alb, Hanner Steige 1 72574 Bad Urach, Tel. 07125/152-133, Fax -145 Rolf Müller -135	

6 Abteilung Haus auf der Alb

Tagungsstätte Haus auf der Alb, Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach, Telefon 07125/152-0 , Fax... -100	
61 Natur und Kultur: Dr. Markus Hug (Abteilungsleiter)	-146
62 Zukunft und Bildung: Robert Feil	-139

63 Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr.....	-147
64 Frieden und Entwicklung: Wolfgang Hesse	-140
66 Modernisierung in Staat und Wirtschaft: Eugen Baacke	-136
67 Bibliothek/Mediothek: Gordana Schumann	-121
68 Hausmanagement: Erika Höhne	-109

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Tagungsstätte Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, (Tel. 07125/152-0)
Montag bis Freitag 8–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55
(Martina Plajer, Tel. 0761/20773-10)
Dienstag und Donnerstag 9–17 Uhr

Heidelberg Plöck 22 (Maria Melnik, Tel. 06221/6078-11)
Dienstag 9–15 Uhr, Mittwoch und Donnerstag 13–17 Uhr

Stuttgart Staffenbergstr. 38
(Antje Franz, Gertraude Hermann, Tel. 0711/164099-65),
Montag und Donnerstag 14–17 Uhr

Redaktion „Der Bürger im Staat“

Siegfried Frech, Telefon 0711/164099-44
E-Mail: siegfried.frech@lpb.bwl.de
Redaktionsassistentz: Barbara Bollinger,
Telefon 0711/164099-21, Fax -77
E-Mail: barbara.bollinger@lpb.bwl.de

Die Zeitschriften auf CD

Die Texte vergriffener Hefte auf den Jahrgangs-CDs:
„Zeitschriften und Dokumentationen“,
Ausgabe 1999/2000 und Ausgabe 2002,
zu je 2,50 € zzgl. Versandkosten.

Bestellungen aller Publikationen

(Zeitschriften auch in Klassensätzen) bitte schriftlich an:
Landeszentrale für politische Bildung,
Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart,
Fax: 0711/164099-77
E-Mail: marketing@lpb.bwl.de
oder im Webshop: www.lpb-bw.de/Shop

Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter
1 kg bestellen, fallen für Sie keine Versandkosten an.
Für Sendungen **über 1 kg** sowie grundsätzlich bei Lieferung
kostenpflichtiger Produkte werden die Versandkosten
(Porto, Verpackung, Bearbeitung) berechnet.

Bitte fordern Sie unsere Verzeichnisse an
oder orientieren Sie sich im Internet www.lpb-bw.de

Thema des nächsten Heftes:

Fußball und Politik
(1/2006)